

AUFTRAG



HEFT 264 – DEZEMBER 2006

46. JAHRGANG



- Politikergespräch und Weißbuch 2006
- Nuklearproblemtik und Proliferation
- Gewissen und Gehorsam« – 46. Woche der Begegnung
- Internationale Zusammenarbeit

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

editorial 3

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

REIHE POLITIKERGESPRÄCHE DER GKS:

Bundesminister der Verteidigung
Dr. Franz Josef Jung von Winfried Heinemann 4
Statement des Bundesministers der Verteidigung
Dr. Franz Josef Jung 5

WEISSBUCH 2006 ZUR SICHERHEITSPOLITIK

DEUTSCHLANDS UND ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR

GKS-Position zum Weißbuch 2006 8
Anmerkungen zum Weißbuch 2006
von Ludwig Jakob 9
Weißbuch 2006 zu Militärseelsorge: 11
Weißbuch 2006: Eine historische Herausforderung für Angela Merkel von Klaus Liebetanz.. 12
INTERVIEW mit der Vorsitzenden des VgAusschusses des Bundestages Ulrike Merten (SPD)
von Klaus Liebetanz 14
Vereinte Nationen wollen globales Abkommen zur Waffenkontrolle (PS/KNA/ZENIT) 16
Studie: Streumunition trifft vor allem die Zivilbevölkerung (KNA) 16
Religiöser Fanatismus nicht die Hauptursache von politischer Gewalt und Terror
(Bertelsmannstiftung) 17
Zur Nuklearproblematik von Ludwig Jacob 18
Proliferationsproblematik: Chronologie und Hintergründe des Konflikts um die Atomprogramme des Iran und Nordkoreas von Werner Bös 26
»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, ... dem Frieden in der Welt dienen«
von Klaus Liebetanz 36
Zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo vor Verkündung des Ergebnisses der Stichwahl
von Joachim Hellersdorf 38
Mehr als 11.000 Kinder in der Hand von Rebellengruppen (KNA) 39

BILD DES SOLDATEN

SCHÄDEL-FOTOS IN DER BILD-ZEITUNG BESCHÄFTIGEN AUCH DIE MILITÄRSEELSORGE:

Nicht allein Angelegenheit der Bundeswehr, sondern der Gesellschaft (PS) 40
Geschmacklos und makaber – BILD und die Bilder von Helmut Jermer 40
Papst: Soldaten müssen für Sicherheit und Freiheit eintreten (PS/KNA/ZENIT) 43
Zum Bild des Soldaten im neuen Weißbuch 43

KIRCHE UNTER SOLDATEN

46. WOCHE DER BEGEGNUNG: „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

Einführende Zusammenfassung (PS) 44
Tagesordnung für die ZV 2006 45
Bericht von MGv Prälat Walter Wakenhut vor der ZV 46
Podiumsgesprächs zum Thema „Soldaten als Diener der Freiheit – Gewissen und Gehorsam: 47
Statement Gewissensfreiheit als Grenze der militärischen Gehorsamspflicht von Thomas Hoppe 47
„Soldat als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“ von Generalmajor Rainer Glatz 52
„Pfarrer ja, Glaube und Kirche nein!“ Grußwort Moderator Priesterrat, MD Thomas Stolz 54
Nachbarschaftshilfe 2006/2007 – Projektbeschreibung: „Ein Gymnasium im Kosovo“
von Peter Weber 55
GEFUNDEN: Papst Benedikt XVI.: Soldaten müssen für Sicherheit und Freiheit eintreten (KNA) 55
Aus der Arbeit der Sachausschüsse der ZV 56
Der Bundesvorsitzende zur Lage der GK
OTL Paul Brochhagen 57
Schlusswort von Militärbischof Mixa zur ZV 58
DAS INTERVIEW: Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, neuer Vorsitzender der ZV (PS) 59

BUNDESKONFERENZ DER GKS

Bundeskonzferenz der GKS stellt das Thema „Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken“ in den Mittelpunkt
(PS/Klaus Achmann) 62
Wort des Geistlichen Beirats, Militärdekan Johann Meyer, zum Lagebericht 2006 65
Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken von Lothar Bendel 66
Mitgliederversammlung FGKS e.V. – Protokoll 75

51. GESAMTKONFERENZ DER MILITÄRSEELSORGE

Kirche als Lernort für interkulturelle Kompetenz und Wertevermittlung von Bertram Bastian 76

AUS STANDORTEN UND GKS

Aus dem Leben der GKS (Klaus Achmann) 80
Seminar 2007 für Funktionsträger der GKS 81
Bereich KLMD Glücksburg/Kiel 82
GKS-Kreis Wilhelmshaven 82
GKS-Kreis Augustdorf 83
Bereich Nordrhein-Westfalen 83
GKS-Kreis Köln-Wahn 84

Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland	86
Seelsorgebereich/GKS-Kreis Veitshöchheim	87
GKS-Kreis Dornstadt/Bereich Bad-Württbg	88

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Spanisch-deutsche Jakobuswallfahrt 2006 beginnt in Kantabrien von Franz Thiele/Norbert Glinka	90
A.M.I. Konferenz 2006 in Nairobi, Kenia: Stärkung christlicher Werte in den Streitkräften weltweit von Christoph Auer	94
50 Jahre EAS und KAS – eine ökumenische Erfolgsgeschichte von Jörg Hilgert, KAS	98
Militärseelsorge in den US-Streitkräften (KNA) .	99

CHRISTLICHES ZEUGNIS

Christenverfolgung heute: „Mein Glaube war nicht käuflich“ – Zehn Thesen zur Christenverfolgung von Andreas Püttmann	100
Internationaler Kongress Renovabis 2006: „Lebensform Familie – Zukunftsfrage für Europa“ von Heinrich Dorndorf	104

BLICK IN DIE GESCHICHTE

50 Jahre Bundeswehr: Der sechste Bundespräsident und die Bundeswehr. Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker – ein glaubhafter Brückenbauer
von Dieter Kilian

VERMISCHTES

Katholische Soldaten im ZdK.....	114
Spendenaufruf für GKS e.V.....	114
Mit dem Pferd hinauf zum Petersdom.....	115

GEFUNDEN 13, 55, 79

PERSONALIA 79, 99, 115

TERMINE 116

BUCHBESPRECHUNGEN..... 117

AUTOREN UND FOTONACHWEIS 115

IMPRESSUM 120

editorial

Liebe Leserschaft!

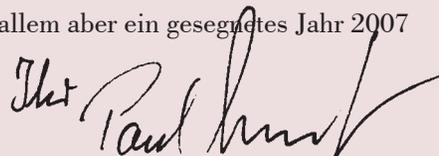
Dieses Heft Nr. 264 unserer GKS-Verbandszeitschrift AUFTRAG hatte als Weihnachtsausgabe Anfang der Adventszeit ausgeliefert werden sollen. Aber wieder einmal haben die Zeit und Arbeitskapazität zwischen September und November nicht ausgereicht, das Heft fertig zu stellen. Gründe dafür gibt es mehrere: Die Woche der Begegnung muss in diesem Zeitraum dokumentiert werden – eine mühselige Angelegenheit. Wünschenswert war es, die Stellungnahme der GKS zum Weißbuch 2006 in diesem AUFTRAG zu veröffentlichen und nicht ein Vierteljahr später. Schließlich hat die Redaktion eine neue Software für das Layout eingesetzt. Dieses ist zwar nur ein Update, wie es Neudeutsch heißt. Tatsächlich weist das neue Programm so viele Neuerungen und Änderungen auf, dass sich der zuständige Redakteur daran mehr als nur „die Zähne ausgebissen“ hat. Eine eigene Werkschulung kam aus Kosten- und Zeitgründen nicht infrage. Also autodidaktisch „try and error“; dazu die Ungeduld das Handbuch frühzeitig zu Rate zu ziehen. Der Zeitauf-

wand zum Erstellen der Druckvorlagen stieg dadurch ins Unermessliche an. – Im Zustand tiefer „technischer Depression“ fand ich im Briefing, das die niederländischen Delegation bei der diesjährigen A.M.I.-Konferenz gehalten hat, ein Foto, das mir Trost spendete, und das ich deshalb als Titelbild für diese Heft ausgewählt habe. Vielleicht kann die Aussage, „Gott hat die Zeit gemacht, von Eile hat er nicht gesprochen“, uns alle durch das Neue Jahr 2007 begleiten.

Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt deutlich im Themenbereich „Sicherheitspolitik und Friedensethik“. Besonders empfehlen möchte ich Ihnen aber in der Rubrik „Bild des Soldaten“ den Beitrag „GESCHMACKLOS UND MAKABER – BILD UND DIE BILDER“, in dem der Autor Helmut Jermer wohltuend seine Meinung zu einem gesellschaftlichen Phänomen sich von der Seele schreibt.

Zum Schluss des Jahres dankt die Redaktion allen, die durch Mitarbeit und qualitative Beiträge sicher gestellt haben, dass der AUFTRAG als Verbandspublikation ein respektables Ansehen genießt.

Ein glückliches, friedliches, erfolgreiches, gesundes, vor allem aber ein gesegnetes Jahr 2007 wünscht Ihnen allen im Namen der Redaktion



REIHE POLITIKERGESPRÄCHE DER GKS:

Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung diskutiert am denkwürdigen 9. November mit Mitgliedern der GKS und Angehörigen des KMBA

Wenn der Verteidigungsminister kommt, bedeutet das „großen Auftrieb“. Finden die Politikergespräche des Militärbischofs und der GKS sonst in den Räumen des Katholischen Militärbischofsamtes am Weidendamm in Berlin Mitte statt, hatten die Veranstalter für das Gespräch am 9. November mit Dr. Franz-Josef Jung wohlweislich einen größeren Raum gewählt und waren in das Offizierheim der Julius-Leber Kaserne ausgewichen.

Das erwies sich als die richtige Entscheidung, denn der Saal war gut gefüllt. Aber es war auch nicht zu viel „Volk“ gekommen – gerade recht, dass die beabsichtigte vertraute und vertrauliche Gesprächsatmosphäre noch gewahrt blieb. Der Minister wusste das zu schätzen und äußerte sich freimütig zu einer Vielzahl von Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sein Eingangsstatement zeichnete den Horizont der vielen Fragen und Probleme auf, denen er sich gleichzeitig stellen muss. Aber Jung dehnte seinen Vortrag nicht über Gebühr aus – es war offensichtlich, dass er das Gespräch mit den versammelten Soldaten und Militärseelsorgern suchte.

Mit dem Minister auf dem Podium: Militärbischof Dr. Walter Mixa, der sich im Laufe des Abends von einem skeptischen Beobachter zu einem loyalen Verbündeten des Ministers wandelte. Moderiert wurde die Diskussion von Oberst Josef Blotz, dem Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 30 aus Ellwangen und Vorsitzenden des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der GKS, dem es keine Mühe machte, das Publikum zum engagierten Mitreden zu bewegen.

Verteidigungsminister Jung nahm auch kritische Fragen als Anregungen an und ging mit innerem Engagement und Überzeugungskraft auf die Beiträge aus dem Plenum ein. Bischof Mixa erhielt großen und lang andauernden Beifall, als er dem Minister für seine Offenheit und Ehrlichkeit dankte. Die Reihe der „Politikergespräche“ der GKS hatte Höhe- und Tiefpunkte. Das Gespräch mit Dr. Franz-Josef Jung war eindeutig ein Höhepunkt – nicht nur wegen seines protokollarischen „Kalibers“.

Nachstehend veröffentlicht AUFTRAG in Absprache mit dem Ministerbüro das Statement des Ministers in der stringenten Form der schriftlichen Vorlage. Die Abweichungen und situationsbezogenen Äußerungen in der freien Rede bleiben hier unberücksichtigt. (Winfried Heinemann)



Am Rande des Politikergesprächs am 9. November in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz-Josef Jung im Gespräch mit dem Katholischen Militärbischof Dr. Walter Mixa und dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs, Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt.

(Foto PS)

Statement des Bundesministers der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung

Der 9. November als „Schicksalstag“ der Deutschen lädt in besonderer Weise dazu ein, sich mit den ethischen Grundlagen von Politik und Militär zu beschäftigen. Der 9. November steht leider nicht nur als Freudentag für den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung unseres Landes ohne Blutvergießen. Dieser Tag mahnt uns auch, es nie wieder zu einem so schwierigen Verhältnis zwischen Politik, Demokratie und Militär kommen zu lassen wie in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts:

- Als am 9. November 1918 die Abdankung Wilhelms II. verkündet und zwei Tage später der Waffenstillstand geschlossen wurde, wurden Politiker mit der Dolchstoßlegende als „Novemberverbrecher“ verleumdet und so die Demokratie von Weimar mit der schweren Hypothek der Niederlage belastet.
- Als am 9. November 1923 Hitler einen Putsch gegen die bayerische Regierung versuchte, waren es ehemalige Offiziere wie Ludendorff, die ihm dabei halfen.
- Und als am 9. November 1938 in der berüchtigten Reichspogromnacht jüdische Einrichtungen zerstört wurden, saß das Terrorregime bereits fest im Sattel und zu wenige Offiziere der Wehrmacht nahmen diese Barbarei zum Anlass für aktiven Widerstand.

Aber auch aus aktuellem Anlass haben wir leider allen Grund, uns mit den ethischen Fragen des Soldatenberufs zu befassen. Die in der Bildzeitung und bei RTL veröffentlichten Bilder von deutschen Soldaten, die in Afghanistan mit Totenschädeln posieren, haben Unverständnis und auch Entsetzen ausgelöst. Sofort erwachsen daraus Fragen an Führung, Ausbildung und Erziehung in den Streitkräften.¹

1 Anm. d. Red.: s.a. S. 42, Helmut Jermer „Geschmacklos und makaber – BILD und die Bilder“.

Und auch die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit ist wieder da. Wenn deutsche Gebirgsjäger aus Mittenwald in Afghanistan mit Skelletteilen spielen, so fragte eine Tageszeitung, sind das dann die geistigen Enkel derer, die in der Gebirgsdivision der Wehrmacht in Griechenland schwere Kriegsverbrechen begangen haben? Sieht so die Einsatzwirklichkeit unserer Sicherheitspolitik aus? Und was kommt da noch auf uns zu?

Es ist wichtig, dass wir diesen Fragen nicht ausweichen. Daher begrüße ich die Gelegenheit, heute vor Ihnen zu den ethischen Aspekten deutscher Sicherheitspolitik zu sprechen.

Fünf Thesen sind es, die ich mit Ihnen näher diskutieren möchte.

1. These: Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss sich an Werten und Interessen orientieren.

Das Grundgesetz ist die feste Basis für Deutschlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dessen Präambel – als zentrale Lehre aus der Geschichte – verpflichtet die deutsche Politik, „DEM FRIEDEN DER WELT ZU DIENEN“.² Und der erste Artikel gibt den wichtigsten Grundsatz vor, gerade auch für die Bundeswehr: „DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR. SIE ZU ACHTEN UND ZU SCHÜTZEN IST VERPFLICHTUNG ALLER STAATLICHEN GEWALT.“ Diesen Leitsatz zu verinnerlichen ist für Soldaten so wichtig wie die Zehn Gebote. Wenn wir das erreichen, ist viel gewonnen, denn alles weitere ergibt sich daraus.

Deutschland hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts für den Frieden in der Welt politisch und auch militärisch mehr und mehr Verantwortung übernommen. Heute haben wir rund 9.000 Soldaten in insgesamt elf, davon sechs größeren Operationen

2 Anm. d. Redaktion: s.a. S. 28, Klaus Liebetanz „»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, ... dem Frieden in der Welt dienen« – Eine sicherheitspolitische Betrachtung zur Präambel des Grundgesetzes.“



weltweit im Einsatz. Wir können aber kein Weltpolizist sein und wir wollen es auch nicht sein. Unsere Ressourcen sind begrenzt. Deshalb muss Deutschland Prioritäten setzen.

Wo und wie wir uns mit der Bundeswehr engagieren, dafür sind die Ziele unserer Sicherheitspolitik, die Interessen unseres Landes und die eingegangenen internationalen Verpflichtungen maßgeblich.

Nationale Interessen zu haben ist ethisch nicht verwerflich. Es ist richtig, seine Interessen zu formulieren. Erst dies ermöglicht ihren Abgleich mit Freunden, Partnern und Verbündeten im europäischen und transatlantischen Rahmen, und dies ist die Voraussetzung für vertrauensvolle multilaterale Zusammenarbeit jenseits nationalstaatlichen Denkens.

Im Weißbuch 2006 hat die Bundesregierung die für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gültigen Werte, Ziele und Interessen formuliert.³ Es ist allerdings unmöglich, daraus eine Art Checkliste zu entwickeln, aus der sich die politische Entscheidung für oder gegen einen Einsatz der Bundeswehr gewissermaßen von selbst ergibt.

Wichtig ist, dass bei der Begründung von Einsätzen ihr Sinn und Zweck sowie die Werte, Ziele und Interessen, um die es dabei geht, für jedermann nachvollziehbar benannt werden. Denn dies ist in unserer Gesellschaft unerlässlich für breite

3 Anm. d. Red.: s.a. Stellungnahmen zum Weißbuch S. 8 in diesem AUFTRAG.

Akzeptanz und die Bereitschaft, die Bundeswehr in ihren Einsätzen zu unterstützen. Und für unsere Soldaten im Einsatz ist diese Klarheit nötig, um im Sinne der politischen Zielsetzung eigenverantwortlich handeln zu können.

Im Handeln unserer Soldaten muss jederzeit deutlich werden, dass die Bundeswehr Instrument einer Politik ist, der es um die Werte des Grundgesetzes geht – Freiheit, Frieden, Recht, Menschenwürde. Dies gilt auch, wenn wir an Kriegshandlungen teilnehmen müssen.

2. These: Krisenbewältigung und Konfliktverhütung erfordern einen koordinierten Einsatz aller verfügbaren Akteure und Instrumente.

Soldaten können entscheidend dazu beitragen, die Waffen in Krisen und Konflikten zum Schweigen zu bringen. Sie können Zeit schaffen für die Erarbeitung politischer Lösungskonzepte. Sie können die Einhaltung politischer Abmachungen zwischen Kontrahenten durchsetzen und die Voraussetzung für zivile Stabilisierungs- und Wiederaufbauaktivitäten gewährleisten, nämlich ein sicheres Umfeld.

Sie können aber weder Konfliktursachen beheben, noch Ersatz für fehlende Konzepte oder unzureichende zivile Aktivitäten sein. Wir brauchen deshalb eine Sicherheitspolitik, die alle verfügbaren Instrumente verzahnt und koordiniert einsetzt. Dazu gehören politische, militärische, entwicklungspolitische, wirtschaftliche, humanitäre, polizeiliche und nachrichtendienstliche Mittel.

Vernetzte Sicherheitspolitik als Antwort auf komplexe Bedrohungslagen – das ist eine Kernbotschaft, die vom Weißbuch ausgeht. Sie fordert uns auf, die ressortübergreifende Zusammenarbeit im nationalen Bereich zu intensivieren. Und diese Kooperation muss auch im internationalen Bereich verbessert werden.

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden wir uns dafür einsetzen, die Zusammenarbeit von EU und NATO auf ein solides Fundament zu stellen. Vor allem wollen wir dazu beitragen, die zivilen und militärischen Fähigkeiten von NATO und

EU wirksamer und besser aufeinander abgestimmt einzusetzen.

Zur Vernetzung gehört auch engere Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen. Wir sollten uns der gemeinsamen Werte und Ziele vergewissern, denn dies ist die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dabei helfen gegenseitige Information, Bereitschaft zu vorurteilsfreier Zusammenarbeit und, wo immer möglich, abgestimmtes Planen und Handeln.

Wie mir berichtet wurde, hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten kürzlich ein Seminar mit Vertretern der Bundeswehr, von Pax Christi und Justitia et Pax zur Qualifizierung von Fachkräften im Auslandseinsatz durchgeführt und dabei sehr positive Erfahrungen gewonnen. Ich ermutige Sie, diesen Weg weiter zu gehen.

Aus Sicht der Bundeswehr müssen wir dringend Fortschritte in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit in den Einsatzgebieten erzielen. Wirksame Anwendung aller Mittel ist das Rezept für jede Ausstiegsstrategie. Denn das gemeinsame Ziel heißt „SELBSTTRAGENDE STABILITÄT“. Dies lässt sich nur mit Erfolgen auf der zivilen Seite erreichen. Nur in Abhängigkeit von Fortschritten dort können unsere internationalen Schutztruppen schrittweise reduziert und am Ende, wenn der Friedensprozess sich selbst trägt, ganz abgezogen werden.

Es kommt dabei nicht nur auf die vielen internationalen Organisationen, Regierungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen an, sondern vor allem auch auf die Einheimischen vor Ort. Unsere Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe. Wir schaffen nur den Rahmen, der es ihnen ermöglichen soll, selber die Dinge in die Hand zu nehmen. Dies erscheint banal, muss aber immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden. Und dies entspricht auch unserem Menschenbild.

3. These: Bei der Armee im Einsatz muss der Mensch im Mittelpunkt stehen.

Der einzelne Soldat ist wichtiger Akteur in der vernetzten Sicherheitspolitik. In bestimmten Einsatzlagen kann sein Tun oder Unterlassen, wenn es in Bildern um die Welt geht, strate-

gische Bedeutung erlangen – im Guten wie im Schlechten. Und dies gilt nicht länger nur für hohe Befehlshaber, sondern heutzutage auch für den Unteroffizier und Patrouillenführer.

Der Soldat muss daher alle seine Rollen zuverlässig beherrschen – zunächst als Kämpfer, der schützt und für Sicherheit sorgt, aber zugleich auch als Schlichter, Vermittler, Helfer und Retter aus Notlagen.

Seine Aufgaben erfüllt er in einem multinationalen zivilen und militärischen Umfeld, in Zusammenarbeit mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie mit den lokalen Entscheidungsträgern im jeweiligen Einsatzland. Dabei weisen die Einsatzländer teilweise gravierende kulturelle Unterschiede zur gewohnten westlichen Welt auf.

Dies alles bedeutet ein Höchstmaß an Anforderungen hinsichtlich Charakter und Einstellung, psychischer und physischer Belastbarkeit, Wissen, praktischem Können und fachlichen Fertigkeiten. Dies gilt noch verstärkt für die militärischen Führer und Vorgesetzten.

Die Bundeswehr unternimmt vielfältige Anstrengungen, um über die militärische Ausbildung hinaus die politische, ethische und interkulturelle Bildung und Erziehung so zu intensivieren, dass Lücken geschlossen werden.

Hierbei denke ich auch an die Weiterentwicklung des Lebenskundlichen Unterrichts in der Bundeswehr, in dem sich gerade die Kirchen besonders engagieren.

Das Vermitteln von Werten erweist sich allerdings als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von höchster Relevanz und Dringlichkeit. Die Bundeswehr kann dies nicht alleine meistern. Sie braucht Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. Denn die Bilder über den Umgang mit sterblichen Überresten durch Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan haben uns deutlich vor Augen geführt, dass auch Elternhaus, Schule und Betriebe mehr Wert auf Erziehung legen müssen.

Die Bundeswehr braucht für die Auftragserfüllung in Zukunft mehr denn je „Staatsbürger in Uniform“, die über grundlegende politische Kenntnisse und vorbildliche ethische

Maßstäbe verfügen, von den Werten unserer Verfassung überzeugt sind und in ihrem beruflichen Selbstverständnis als Soldat bereit sind, zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger ihr Leben einzusetzen.

Zugleich sind aber die Rahmenbedingungen für die Gewinnung von geeignetem Nachwuchs deutlich schwieriger geworden. Ich habe die Sorge, dass die Verbindung von oft zerrütteten Familienverhältnissen, fehlendem Religionsunterricht, zunehmender Konfessionslosigkeit und wachsender Politik- und Demokratieverdrossenheit die Werteorientierung auch in der Bundeswehr auf eine große Belastungsprobe stellt. Die Bundeswehr wird ihre Bemühungen um die ethisch-kulturelle Bildung und Erziehung ihrer Soldaten also noch weiter verbessern müssen.

Hilfreich ist dabei die Eigeninitiative der Soldaten. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist ein gutes Beispiel für das Engagement, die Bildung unter den Soldaten zu verbessern und insbesondere ein ethisch reflektiertes Soldatenbild zu entwickeln.

4. These: Als Soldat braucht man einen ethischen Kompass.

Auslandseinsätze unter Kriegsbedingungen bringen Menschen in existentielle Extremsituationen. Die Soldaten der Bundeswehr sind aber weder abgebrühte Landsknechte noch Söldner. Und wir werden auch nicht zulassen,

dass sie im Einsatz verrohen.

Den ethischen Kompass bietet die Innere Führung – mit ihren Prinzipien zur Menschenführung, ihrer ausgewogenen und auch dem Beschuldigten, dem Fehlverhalten vorgeworfen wird, gegenüber fairen Rechtsordnung, ihren Bestimmungen über Disziplin und ihren Grundsätze zur Pflege soldatischer Traditionen, die auf beispielhaftes Verhalten in der Militärgeschichte hinweisen.

Wenn bei Verletzungen von Grundsätzen der Menschenführung wie etwa in der Grundausbildung in Coesfeld oder bei Fehlverhalten wie beim Umgang mit sterblichen Überresten in Afghanistan nach der Inneren Führung gerufen wird, dann zeigt dies, wie selbstverständlich sie als Handlungsrahmen auch für die Einsätze allgemein akzeptiert ist.

Und dass bei über 200.000 Soldaten, die bisher an Auslandseinsätzen teilgenommen haben, nur wenige in solchem Tun verstrickt sind, ist doch Beweis dafür, dass die Innere Führung sich unter den Bedingungen einer Einsatzarmee bewährt hat.

Der Wertebezug der Inneren Führung verleiht innere Stärke. Dies hilft dem Einzelnen, auch im Einsatz. Denn wer über einen ethischen Kompass verfügt, der erträgt auch eher die psychischen Belastungen eines Einsatzes.

Wer zwischen Gut und Böse zu unterscheiden weiß, wer Anstand und Ehrgefühl hat, und wer auch im geschichtlichen Vergleich mit soldatischen Vorbildern bestehen will, der wird nicht leichtfertig gegen Menschenrechte und kulturelle Tabus verstoßen und damit sein eigenes Leben und das Leben seiner Kameraden in Gefahr bringen.

Wir müssen daher die Werte der Inneren Führung in Ausbildung und Erziehung vermitteln, und das heißt

vor allem vorleben.

Dies gilt für jede neue Generation von Vorgesetzten, und es geht am besten im Dialog mit älteren, erfahrenen Vorgesetzten.

Der Wert des Konzepts der Inneren Führung liegt aber auch noch in etwas anderem:

Wie vor 50 Jahren ist die Innere Führung bis heute unverzichtbare Voraussetzung für das Engagement vieler Institutionen, wie der Kirchen im Rahmen der Militärseelsorge.

Daher werde ich mich persönlich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für ihre wichtige Arbeit weiterhin stimmen und die Innere Führung gestärkt wird.

5. These: Als Christen sind wir besonders gefordert.

Papst Benedikt XVI. hat die Soldaten mit seiner Botschaft zum Weltfriedenstag gestärkt, indem er die Worte des Zweiten Vatikanischen Konzils ins Bewusstsein rief: *„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“*

Ich weiß aus meinen Truppenbesuchen, dass viele Soldatinnen und Soldaten gerade in den Einsatzgebieten angeregt werden, neu oder erstmalig über Gott nachzudenken.

Die unmittelbare Konfrontation mit dem Leid der Menschen ruft bei vielen Fragen nach dem Warum hervor. Die Erfahrung, dass Kameraden – ob nun in deutscher Uniform oder der befreundeter Staaten - Opfer terroristischer Anschläge werden, lassen manchen an dem Sinn seiner Aufgabe zweifeln.

Immer mehr Soldatinnen und Soldaten erkennen, dass in solchen Grenzsituationen vor allem der Glaube Hilfe bieten kann. Das gibt Anlass zur Hoffnung. Für mich persönlich ist das Gespräch mit meinen Glaubensschwestern und -brüdern sehr wichtig.

Daher freue ich mich jetzt auf das Gespräch mit Ihnen, lieber Herr Bischof, und Ihnen, meine Damen und Herren, die sich so engagiert für die Fragen von Glaube und Soldatsein beschäftigen. □



„Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.“

Nach zwölf Jahren ist endlich das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ erschienen. In den Reihen der GKS sind das lang erwartete Weißbuch und seine Aussagen zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Eine Analyse, ob und wie darin die Grundsätze der katholischen Friedenslehre berücksichtigt werden, wird von den GKS-Sachausschüssen „Sicherheit und Frieden“ sowie „Innere Führung“ vorgenommen. Die GKS hat durch Ihren Bundesvorsitzenden am 6. Dezember in Berlin die nachstehende Erklärung zum Weißbuch herausgegeben. Dieser folgen auf den Seiten 9 bis 13 zwei detailliertere Meinungen von Mitgliedern des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“.

GKS-Position zum Weißbuch 2006

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) begrüßt das Erscheinen des neuen Weißbuchs, bedauert aber zugleich, dass die Vorstellung durch die gezielte Veröffentlichung der sogenannten „Skandal-Fotos“ gestört wurde. Die GKS will sich mit dieser Stellungnahme an der vom Bundespräsidenten angemahnten Debatte über sicherheitspolitische Fragen beteiligen.

1. Aus **friedensethischer Sicht** ist es erfreulich, dass die Regierung ihre Sicherheitspolitik „mit dem Auftrag zur Wahrung des Friedens, zur Einigung Europas, zur Beachtung und Stärkung des Völkerrechts“ begründet und auch die Überwindung der Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen als Interesse unseres Landes definiert. Auf das Weißbuch können sich nun alle Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr beziehen, wenn sie nach dem Sinn ihres Dienstes fragen. Schmerzlich vermisst werden allerdings Aussagen zu den Prinzipien für die Anwendung militärischer Macht und Gewalt, wie sie die christliche Friedenslehre vorgibt. Damit ist keineswegs ein Kriterienkatalog quasi als Checkliste gemeint, sondern die Selbstbindung der Politik an ethische Normen.
2. Die GKS begrüßt, dass das Weißbuch von vernetzter Sicherheit spricht und damit von einem **erweiterten Sicherheitsbegriff** ausgeht, der diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche und – äußerstenfalls – auch militärische Mittel umfasst. Die katholischen Soldaten erwarten, dass die Bundesregierung jetzt entsprechende Prioritäten setzt; es kann auf Dauer nicht angehen, dass für den militärischen Einsatz viermal mehr finanzielle Mittel eingesetzt werden als für die wirtschaftliche Entwicklung und rund 25-mal mehr als für den polizeilichen Aufbau.
3. Das Weißbuch nennt die **Innere Führung** als leitendes Prinzip für die Bundeswehr. Die GKS ist der Inneren Führung in besonderer Weise verpflichtet und versteht sich als deren Hüter. Erfreulich sind die Passagen, welche die „Zukunftsfähigkeit“ der Führungskonzeption beschreiben. Die GKS begrüßt ausdrücklich den Hinweis auf die beabsichtigte „Intensivierung der ethisch-moralischen und interkulturellen Bildung“, wie es auch von der katholischen Deutschen Bischofskonferenz in dem Wort „Soldaten als Diener des Friedens“ angemahnt wurde. Umso mehr ist zu bedauern, dass die Militärseelsorge nur zu kurz im Abschnitt „Organisation“ Erwähnung findet. Gerade der Lebenskundliche Unterricht ist Träger ethischer Bildung und verdiente die Aufnahme in die Abschnitte „Innere Führung“ und „Ausbildung, Bildung und Erziehung“. So verwundert es nicht, dass Militärseelsorge im soldatischen Alltag als Randerscheinung wahrgenommen wird.
4. Die GKS begrüßt, dass sich die Bundesregierung im Weißbuch zur **Allgemeinen Wehrpflicht** bekennt. Allerdings bleibt zu fragen, wie glaubwürdig dieses Bekenntnis ist. Der „Massenverschleiß des Gewissens“ (Theodor Heuss, 1948) ist längst Wirklichkeit geworden. Mehr junge Männer leisten Zivil- oder gar keinen Dienst, als Stellen mit Grundwehrdienstleistenden besetzt sind. Die Verkürzung des Zivilen Ersatzdienstes auf die Länge des Grundwehrdienstes weist hier in die falsche Richtung. Wie die inzwischen ausgehöhlte Dienstgerechtigkeit wieder hergestellt werden soll, zeigt das Weißbuch nicht auf. □

Anmerkungen zum Weißbuch 2006

VON LUDWIG JACOB

Einleitung

Am 26. Oktober hat der Bundesminister der Verteidigung nach mehrjährigen Vorarbeiten das neue Weißbuch der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach 12 Jahren (1994) gibt es endlich wieder ein zentrales Grundsatzdokument, das die deutsche Sicherheitspolitik, entsprechend dem Vorwort der Kanzlerin, „in ihren strategischen Rahmenbedingungen und ihren Werten, Interessen und Zielen“ erläutern sowie die Lage und Entwicklung der Bundeswehr als einem „Instrument“ der Politik aufzeigen will.

Ausgangspunkt und Grundlage aller Überlegungen zur Sicherheit Deutschlands bildet die Werteordnung des Grundgesetzes und die Notwendigkeit, diese Werte auch zukünftig zu bewahren.

Mit der Analyse der strategischen Rahmenbedingungen befasst sich der erste Teil des Weißbuchs „Die Sicherheitspolitik Deutschlands“ gefolgt von der Definition deutscher Interessen sowie der Beschreibung der Bedingungen für deren Umsetzung in konkrete Politik.

Analyse der Rahmenbedingungen

Bemerkenswert an der Analyse der strategischen Rahmenbedingungen im Weißbuch ist deren „Eingängigkeit“. Im Vordergrund der Risiken stehen der Terrorismus als „die unmittelbarste Gefahr“ für Deutschlands Sicherheit sowie die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als „potenziell die größte Bedrohung der globalen Sicherheit“. Der Fokus der Analyse liegt beinahe ausschließlich auf diesen beiden Risikogruppen einschl. substaatlicher Regionalkonflikte.

Nur sehr randständig werden demgegenüber geopolitische Risiken angesprochen, so z.B. der Aufstieg Chinas und Indiens als Regionalmächte, was bereits heute zur Verschiebung des globalen Gravitationszentrums vom Atlantik zum Pazifik führt. Nicht erwähnt wird auch die gegenwärtige Legitimitätskrise der Supermacht USA, die nicht folgenlos

für die NATO sowie die Handlungsfähigkeit der USA in internationalen Sicherheitsfragen bleiben wird. Ebenso übergangen wird die gravierende Änderung der Sicherheitslage im Nahen Osten durch das Atomwaffenprogramm des Iran sowie die Lähmung der UNO, USA und EU, angemessen auf den Genozid im Sudan zu reagieren. Unbearbeitet bleibt auch die Erkenntnis, dass die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen nicht mehr durch ideologische Gegensätze eingeschränkt wird, wie im Kalten Krieg, sondern zunehmend durch die globalen Wirtschaftsinteressen von China und dem wieder erstarkenden Russland, mit ernststen Folgen z.B. für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte.

Grundlagen der Sicherheit

Das Weißbuch stellt fest, dass der „grundlegende Wandel im Sicherheitsumfeld neue Risiken und Bedrohungen mit sich bringt“ und folgert: „Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert den Einsatz eines breiten außen-, sicherheits-, verteidigungs- und entwicklungspolitischen Instrumentariums zur (...), Prävention und Konfliktlösung. Hierzu leistet die Bundeswehr mit ihrem gesamten Fähigkeitspektrum einen wesentlichen Beitrag.“ Darüber hinaus wird festgestellt, dass „die in der Vergangenheit bewährten Strategien zur Abwehr äußerer Gefahren – wie Abschreckung und Einhegung – gegen die neuen asymmetrischen, (...) Bedrohungen nicht mehr ausreichen. Deshalb bedarf es für eine wirksame Sicherheitsvorsorge eines präventiven, effektiven und kohärenten Zusammenwirkens im nationalen wie internationalen Rahmen.“

Da sowohl die USA wie auch Frankreich und England Abschreckung durchaus noch als wirksame Strategie vor allem gegen Unterstützer-Staaten für Terrorismus und Proliferation bewerten, müsste eine solche Aussage wesentlich differenzierter entfaltet werden, zumal an anderer Stelle festgestellt wird, dass „glaubhafte Abschreckung (...) ein wichtiges Element zur Eindämmung des Risikos (...) bleibt“.

Die Erklärung zu präventiven Optionen zur Wahrung der eigenen Sicherheit kann so – besonders im Anbetracht der Katastrophe des Irakkrieges – ohne einen Hinweis auf die Gefahren, die mit einem solchen militärischen Konzept verbunden sind, nicht stehen bleiben. Ein vor allem von den USA weit ins Vorfeld der akuten Bedrohung verlagertes Recht zur militärischen Bekämpfung von Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und verbrecherischen Regimen führt dazu, dass das in der VN-Charta verbriefte Recht auf Selbstverteidigung dem Spiel einer subjektiven Interpretation ausgeliefert wird. Ein solches Konzept unterläuft das Gewaltverbot der Vereinten Nationen und öffnet die Tür für Manipulation und Missbrauch. Das völkerrechtlich verankerte Verbot des Präventivkrieges darf nicht in Frage gestellt werden, denn sonst kehrt der Krieg als Mittel der Politik zurück, in der Sprache wie im Handeln.

Die Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts muss bei jedem Einsatz ohne Einschränkungen gewährleistet sein. Insofern ist der „Military Commissions Act“, den der US-Präsident durch Kongress und Senat kürzlich hat billigen lassen, ein schwerer Rückschlag, denn er stellt menschen- und völkerrechtliche Vergehen von US-Truppen weitgehend straffrei – hier müsste die Bundesregierung ihre Absicht kundtun, diesem das Völkerrecht negierenden Trend im bilateralem Verhältnis sowie in der NATO entgegen wirken zu wollen. Hier hat das im Weißbuch herausgestellte „Streben nach Kompatibilität und Interoperabilität“ der Bundeswehr „mit den Streitkräften der USA“ eine deutliche Grenze.

Werte, Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik

Das Weißbuch macht deutlich, dass die Sicherheitspolitik Deutschlands von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet wird, „die Interessen unseres Landes zu wahren“. Die Spannweite der Interessen reicht von „Recht und Freiheit

der Bürger“ über den „freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes“ bis „zur Achtung der Menschenrechte und der Stärkung der internationalen Ordnung auf der Basis des Völkerrechts“. Diese Aufzählung ist ebenso umfassend wie erschöpfend. Offen bleibt dabei jedoch, wann Deutschland zur Sicherung seiner Interessen aktiv werden muss, welche Ziele vorrangig sind und mit welchen Mitteln sie erreicht werden können.

Einzelstaatliche Interessen und die Interessen der ganzen Völkergemeinschaft werden in der summarischen Aufzählung nebeneinander gestellt. Offen lässt das Weißbuch, wie Einzelinteressen (unser Wohlstand) und Interessen der Völkergemeinschaft (Stärkung der internationalen Ordnung) in Ausgleich gebracht werden können.

Es ist unbestritten, dass Staaten Interessen haben. Kritisch wird es jedoch, wenn Einzelinteressen der starken Staaten zulasten der Schwachen durchgesetzt werden und das Völkerrecht den eigenen Machtinteressen untergeordnet wird.

Weil der Wohlstand zwischen armen und reichen Staaten der Welt krass ungleich verteilt ist, kann aus Sicht der Friedensethik „der freie und ungehinderte Handel als Grundlage unseres Wohlstandes“ nur dann als Interesse verteidigt werden, wenn zugleich an der Überwindung der bestehenden Ungerechtigkeit gearbeitet wird.

Umfassende Sicherheit

Deutscher Sicherheitspolitik liegt laut Weißbuch ein „umfassender Sicherheitsbegriff“ zugrunde, um den Risiken und Gefahren mit einem abgestimmten Instrumentarium entgegenzutreten zu können. Die im Weißbuch propagierte „präventive Sicherheitspolitik“ wird „künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen“.

Mit diesem Bekenntnis zu einer korrespondierenden, „umfassenden Sicherheitsstrategie“ lässt das Weißbuch es dann aber bewenden. Es bleibt die Antwort schuldig, wie denn

das Zusammenspiel diplomatischer, entwicklungspolitischer und militärischer Kompetenzen in der angekündigten „Netzwerkstruktur“ aussehen soll, wie eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Ressorts erreicht werden kann und wie denn z.B. die eklatanten Defizite im zivilen und polizeilichen Bereich abgebaut werden sollen und worin der spezifische Beitrag der Bundeswehr zur Vermeidung bzw. Lösung internationaler Konflikte bestehen soll.

Die Bundeswehr – Instrument deutscher Sicherheitspolitik

Im zweiten Teil („Die Bundeswehr – Instrument deutscher Sicherheitspolitik“) werden die Bemühungen dargelegt, die Bundeswehr in einem Transformationsprozess auf die Bewältigung der neuen Aufgaben auszurichten. Der Transformationsprozess wird dabei nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt mit dem Erreichen eines vorgegebenen Endzustandes abgeschlossen, sondern ist vielmehr ein permanenter, fortlaufender Prozess der Anpassung an die sich verändernden Bedingungen. Auf die Frage, wie die Struktur- und Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr abgebaut werden können, wird jedoch nicht eingegangen. Kein Wort von der seinerzeit von der Weizsäcker-Kommission vorgeschlagenen „Anschubfinanzierung“ zur Modernisierung der Bundeswehr.

Zu den „auf absehbare Zeit (...) wahrscheinlicheren Aufgaben“ der Bundeswehr zählt das Weißbuch in erster Linie „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung unter Einschluss des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“. Im Vergleich zur zentralen Stellung militärischer Mittel im Sicherheitskonzept des Kalten Krieges bedeutet das eine deutliche Zurücknahme der Rolle militärischer Optionen. Wie das Weißbuch betont, kann den „neuartigen Risiken weder allein noch vorrangig mit militärischen Mitteln begegnet werden.“ Damit ist die Zeit traditioneller Kampfeinsätze vorüber. Der erste Einsatz der ursprünglich für „Operationen mit hoher Intensität“ vorgesehenen Nato Response Force galt bezeichnenderweise den Erdbebenopfern in Kaschmir.

Internationale Einsätze der Bundeswehr sind immer komplexe zivile, polizeiliche und militärische Missionen. Wie in Afghanistan, im Balkan und in Afrika liegt heute die Hauptaufgabe militärischer Kräfte in der Schaffung eines sicheren Umfeldes als Voraussetzung für die langfristige Stabilisierung und den nachhaltigen Aufbau zerrissener Staaten und Gesellschaften durch zivile Akteure. Deutsche Soldaten stehen nicht modernen Armeen gegenüber, sondern Milizen regionaler Gewaltherrscher/Drogenbarone, lokalen Anführern ethnisch-fundamentalistischer Gruppierungen sowie terroristischen Anschlägen und kriminellen Gangs – Herausforderungen, für deren Ausgang die Haltung der zivilen Bevölkerung ganz entscheidend ist.

Jeder Einsatz erfordert eine klare Zielbestimmung durch die politische Führung, in der Sinn, Dauer und Ausmaß des Engagements darlegt werden müssen. Sonst ist die Perspektiv- und Endlosigkeit militärischer Einsätze vorprogrammiert.

Aus den Erfahrungen von mehr als zehn Jahren deutschen Krisenengagements und Auslandseinsätzen der Bundeswehr hätte das Weißbuch deutliche Konsequenzen ziehen müssen. Im Weißbuch heißt es jedoch lediglich, die Bundeswehr solle „mit ihrem gesamten Fähigkeitsspektrum hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten“. Es bleibt im Weißbuch offen, was genau die Rolle der Bundeswehr z.B. beim Kampf gegen Internationalen Terrorismus ist, welchen spezifischen Interessen der Einsatz in Afghanistan, im Kongo, am Horn von Afrika und im Libanon dient.

Ebenso bleiben Fragen unbeantwortet, ob z.B. die strukturelle Aufteilung der Bundeswehr in „Eingreifkräfte“ (35.000), die „vorrangig mit hochwertiger Technologie“ ausgerüstet werden und „Stabilisierungskräfte“ (70.000) noch den Anforderungen entspricht, ob und wie die Einführung von 320 Eurofightern, Kampfhubschraubern und die neue Heeresluftabwehr in das zukünftige Einsatzprofil passen. Die amerikanischen Streitkräfte brauchen keine Unterstützung bei „High-Tech“-Einsätzen, aber dringend Unterstützung bei Stabilisierungsmissionen.

Innere Sicherheit

Eine Schlüsselfrage der neuen Sicherheitskonzeption bleibt völlig ungeklärt. Sie lautet: Kann die Bundeswehr künftig als ein eigenständiger Akteur im Bereich der inneren Sicherheit handeln, oder soll sie der Polizei bloß im Ausnahmefall als Unterstützer mit nicht „polizeitypischen“ Waffen dienen? Die Antwort hängt letztlich davon ab, ob die Bundesregierung den neuen Terrorismus als einen kriegsähnlichen Angriff begreifen oder als Superkriminalität einstufen will. Das Weißbuch verweist auf die Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung, um nach dem Kasieren des Luftsicherungsgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht gegen terroristische Angriffe mit einem zivilen Flugzeug militärische Waffen einsetzen zu können. Bis dahin ist Deutschland solchen Angriffen

schutzlos ausgeliefert, eine Lage, die in der westlichen Welt einmalig sein dürfte.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass ein verfassungswidriges Gesetz alle parlamentarischen und regierungsamtlichen Kontrollen ohne Probleme durchlaufen kann, und erst danach vom Verfassungsgericht gestoppt werden muss. Das bedeutet für Soldaten, dass auf die Verfassungs- und Völkerrechtskonformität von Einsatzbeschlüssen für die Bundeswehr durch Regierung und Parlament nicht in jedem Fall Verlass ist.

Fazit

Während im Weißbuch 1994 noch etwas über die Hälfte des Textes (Kapitel 1-4) für die veränderte Lage, die deutschen Interessen und den politischen Raum reserviert war, beschränkt sich dies im neuen Weiß-

buch auf etwas mehr als ein Drittel. Das neue Weißbuch widmet sich vorrangig strukturellen und militärischen Fragen, es fehlt eine übergreifende Konzeption, in der alle friedenspolitischen Instrumente erfasst und auf die wichtigsten Zielsetzungen hin koordiniert werden.

Insgesamt kann das Weißbuch den Anspruch, ein sicherheitspolitisch-konzeptionelles Grundlagenwerk zu sein, nicht erfüllen. Es bleibt mehr ein „Verteidigungsweißbuch“, was nach 12 Jahren Abstinenz durchaus schon ein erheblicher Fortschritt ist. □

GEFUNDEN:

Verein Aachener Friedenspreis zeigt Merkel und Jung an

Der Verein Aachener Friedenspreis hat Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Franz Josef Jung (beide CDU) wegen „Vorbereitung von Angriffskriegen“ gestellt. Dieser Straftatbestand sei mit der Verabschiedung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr erfüllt, sagte der Vereinsvorsitzende Otmar Steinbicker am 15. Nov. in Aachen. Das Weißbuch beschreibe eine neue Militärdoktrin, in der die Bundeswehr „die Rolle einer weltweit einzusetzenden und präventiv tätigen Interventionsarmee“ übernehme. Außerdem erfolge eine „materielle Umrüstung der Bundeswehr“. Damit sei die Vorbereitung von Angriffskriegen gegeben, so Steinbicker. Das Weißbuch löse sich vom bisherigen Verteidigungsbegriff und plädiere für Militäreinsätze, ohne dass zuvor ein Angriff auf das eigene Territorium oder das eines Bündnispartners stattgefunden habe, kritisierte die Vereinigung. „Eine derartige präventive Kriegsführung hebelt das gesamte, auf Friedenspflicht angelegte Völkerrecht aus“, sagte Steinbicker.

In der Begründung der Strafanzeige heißt es, die Bundesregierung zeige im Weißbuch ein neues Verständnis der Begriffe „Sicherheit“ und „Verteidigung“, das auch mit dem Grundgesetz und der UNO-Charta nicht übereinstimme. Die Bundeswehr werde zu einem Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Ziele mit militärischen Mitteln, kritisierte Steinbicker. Als Ziele und Interventionsgründe nenne das Weißbuch freie Transportwege, ein offenes Welthandelssystem, funktionierende Kommunikationssysteme, eine gesicherte Rohstoffzufuhr und eine nachhaltige Energieversorgung. Die Aachener Bürgerinitiative zeichnet jedes Jahr Gruppen oder Persönlichkeiten aus, die sich „von unten“ für den Frieden einsetzen. In diesem Jahr ging der Preis an den Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebungshaft Büren“. Frühere Preisträger waren der katholische US-Theologe Roy Bourgeois, die Münchner Schauspielerinnen Hanne Hiob, die Tochter von Bertolt Brecht, die türkische Anwältin Eren Keskin, die Initiative Petersburger Soldatenmütter, die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ und die ökumenische US-Gruppe „Pastoren für den Frieden“. (KNA)

WEISSBUCH 2006 ZU MILITÄRSEELSORGE:

„Auch religiös ungebundene Soldaten schätzen Militärseelsorge“

Die Militärseelsorge der Kirchen wird nach Angaben des Weißbuchs auch von religiös ungebundenen Soldaten geschätzt und angenommen. Laut dem am 26.10. von der Bundesregierung vorgelegten Bericht gehören mittlerweile rund 40 Prozent der Bundeswehrangehörigen weder der evangelischen noch der katholischen Kirche an. Es gebe demgegenüber „zunehmend Angehörige anderer Religionen“.

Das Weißbuch hebt hervor, dass die Seelsorge durch die einsatzorientierte Ausrichtung neue Aufgabenschwerpunkte erhalten habe. Das Engagement der Geistlichen gerade bei den mitunter extremen Situationen während eines Auslandseinsatzes sei ein „wichtiges Element der Fürsorge“. Die Seelsorge unterstütze die Soldaten erfolgreich bei der Bewältigung persönlicher und seelischer Belastungen im Einsatzgebiet. Als weitere neue Aufgabe nennt das Weißbuch die Sorge um Familienangehörige von im Einsatz befindlichen Soldaten. Ferner beteilige sie sich an der Wiedereingliederung von Rückkehrern in den dienstlichen und privaten Alltag. (KNA)

Weißbuch 2006:

Eine historische Herausforderung für Angela Merkel

VON KLAUS LIEBETANZ

Das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ ist wesentlich besser und umfassender als der ursprünglich militärisch verengte Entwurf des Planungsstabes im BMVg vom 29.04.2006 befürchten ließ (vgl. AUFTRAG Heft 203 „Wo bleibt das christliche Profil?“). Im Vorwort des neuen Weißbuches fordert Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „eine vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik, die zivile und militärische Instrumente aufeinander abstimmen und zum Einsatz bringen muss.“ Damit ist Angela Merkel in ihrer Richtlinienkompetenz gefordert.

Wesentliche Forderungen der GKS erfüllt

Die GKS hat in ihrer Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte „Der Friede ist möglich“ ein ausgewogenes Gesamtkonzept aller beteiligter Ressorts gefordert. Wörtlich heißt es in dieser GKS-Erklärung:

„Bei Friedenseinsätzen bedingen sich Sicherheit und Wiederaufbau gegenseitig. Nur eine konzertierte Aktion aus angemessener militärischer Stabilisierung und ziviler Konfliktbearbeitung ist geeignet, in einem vom Krieg heimgesuchten Land einen sich selbst tragenden Friedensprozess in Gang zu setzen und nachhaltig zu unterstützen. Die Mitwirkung der Menschen vor Ort ist unabdingbarer Bestandteil einer Entwicklung zu einem gerechten Frieden.“

Diese Forderung wird vom nunmehr vorliegenden Weißbuch an mehreren Stellen aufgenommen:

„Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen“ (WB S. 169).

Das neue Weißbuch stellt mit Recht fest, dass die neuen Bedrohungen und Risiken (wie z.B. internationaler Terrorismus und zerfallene Staaten mit organisiertem Verbrechen) „weder allein noch vorrangig mit militärischen Mitteln begegnet werden kann.“ (WB S. 23).

Werteorientierung statt reiner Interessenlage

Gegenüber dem Entwurf des Planungsstabes im BMVg, der sich fast ausschließlich auf unmittelbare deutsche Interessen bezog, stellt das neue Weißbuch die Werteorientierung in den Vordergrund und berücksichtigt damit auch die Sicherheit und den Frieden der betroffenen Menschen in den Krisenregionen. Damit entspricht das Weißbuch weitgehend dem christlichen Weltbild, wie es im 2. Vatikanischen Konzil formuliert wurde:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS Nr. 79).

Nachhaltige Friedenskonsolidierung und Eigenverantwortlichkeit

Zu diesem Thema hält das neue Weißbuch fest:

„Nur die nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität und die Schaffung von Eigenverantwortung der Betroffenen („ownership“) können verhindern, dass Konflikte erneut ausbrechen“ (WB S. 30).

Das Versagen der Vorgängerregierung

Der ressortübergreifende Ansatz bei Friedenseinsätzen deutscher Kräfte wurde auch schon bei der rot-grünen Vorgängerregierung angestrebt. Dafür gab es den vielgerühmten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“. Tatsächlich und in der Realität blieb


 Bundesministerium
der Verteidigung

 Download bei: www.bundeswehr.de

Weißbuch 2006

 zur Sicherheitspolitik Deutschlands
und zur Zukunft der Bundeswehr

Online Ausgabe

es bei einer Schieflage des ressortübergreifenden Ansatzes in der Phase der Stabilisierung. Das betrifft insbesondere den unzureichenden Aufbau der rechtstaatlichen Polizei und die wenig durchgreifenden entwicklungspolitischen Maßnahmen in Afghanistan. Wenn es nicht gelingt, die Situation der einfachen Bevölkerung in Afghanistan nachhaltig zu verbessern, wird auch der Einsatz von Streitkräften scheitern, seien diese noch so sehr in der Lage, vernetzte und wirkungsorientierte Operationen durchzuführen. Der UN-Sonderbeauftragte Tom Königs (Grüne) hat Anfang August 2006 in einem Spiegelinterview ein vernichtendes Urteil über die bisherigen Bemühungen von Rot/Grün in Afghanistan gesprochen. Es sei in gefährlicher Weise beim Aufbau der afghanischen Polizei und Armee an Personal und Geld gespart worden.

Dringende Verbesserung des Polizeiaufbau in AFG

Der Aufbau einer effektiven rechtstaatlichen Polizei in Afghanistan hat eine *Schlüsselfunktion* (Kriminalitätsbekämpfung). Deutschland ist hierbei die Lead Nation. Der deutsche Ausbildungsbeitrag ist mit ca. 40 Beamten qualitativ hervorragend und international anerkannt; aber quantitativ für ein Land, das zweimal so groß wie Deutschland ist und deren polizeiliche Infrastruktur durch die langjährigen Kriege völlig zerstört war, viel zu gering und nicht ausreichend wirksam. Hinzu kommt die dringend notwendige Unterstützung für die Infrastruktur der landesweiten Polizei. Der jährliche deutsche

finanzielle Beitrag von 12 Mio Euro für den afghanischen Polizeiaufbau ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Was ist von einem frisch ausgebildeten Polizisten zu erwarten, der für umgerechnet 28 Euro seine Familie ernähren muss, und im Süden des Landes in einem Erdloch (Polizeiposten) schlecht ausgerüstet seinen Dienst verrichten muss. Er hat gegen die Wordlords und die Taliban keine Chance und wird nur verheizt.

Fazit: Der deutsche Beitrag als Lead Nation für die Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Polizei muss erheblich erhöht werden. **Auf die Dauer muss das Innenministerium einen eigenen Titel für die internationale Polizeiausbildung erhalten.** Das BMI darf nicht weiterhin auf die Almosen des BMZ und das AA angewiesen sein. Es war ein Skandal, dass der Innenausschuss des Deutschen Bundestages an der Debatte über die Verlängerung des deutschen Einsatzes in Afghanistan am 21. und 26. September 2006 nicht einmal beteiligt war. Darüber hinaus muss das BMI ein Attraktivitätsprogramm für befähigte Polizisten auflegen, welches verhindert, dass vom fordernden internationalen Polizeieinsatz zurückkehrende Polizisten obendrein noch Karriere Nachteile haben. Ferner muss der Deutsche Bundestag begreifen lernen, dass bei Friedenseinsätzen deutscher Kräfte in der Friedenskonsolidierung dem Aufbau einer effektiven rechtstaatlichen Polizei die gleiche Bedeutung zukommt wie der militärischen Absicherung. Derzeit gibt Deutschland in Afghanistan 26 mal mehr für Militär als für Polizisten aus. Das muss sich ändern. **Voraussetzung für eine sinnvolle Exitstrategie ist eine funktionierende rechtstaatliche Polizei.** Das Gleiche gilt für alle sog. „failing states“, wo Zehntausende von ehemaligen Kämpfern das organisierte Verbrechen subsistieren (z.B. für die DR Kongo und den Libanon).

Verstärkter Wiederaufbau im Süden von Afghanistan

Die Bevölkerung des Südens und besonders die traditionell deutschfreundlichen paschtunischen Gebiete partizipieren kaum am Wiederaufbau,

was zur Folge hat, dass diese Teile der Bevölkerung für die Propaganda der Taliban immer anfälliger werden.

Fazit: Afghanistan und besonders der Süden des Landes muss zu einem Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden, damit der Einsatz deutscher Soldaten nicht sinnlos werden soll.



Wachsende Bedeutung der Vernetzten Sicherheit

Auf dem „Berliner Forum Sicherheitspolitik – Impulse 21“ am 10. November 2006 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die wachsende Bedeutung einer vernetzten Sicherheitspolitik hingewiesen. Diese könne sich nicht allein auf militärische Mittel stützen. Vielmehr müssten Diplomatie, zivile Aufbau- und Entwicklungshilfe zusammenwirken. Die Bundeskanzlerin kündigte an, dass sich Deutschland während seiner EU- und G-8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 verstärkt für eine internationale Vernetzung zur Lösung von Konflikten einsetzen werde.

Eine historische Aufgabe für Angela Merkel

Die CDU/CSU, die nach dem 2. Weltkrieg aus Protestanten und Katholiken als „Partei der praktischen Befreiungstheologie“ gegründet wurde, hat mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft zum Wohlstand der einfachen Bevölkerung beigetragen und so letzten Endes den Untergang des sozialistischen Lagers verursacht, weil dieses an seinen eigenen Ansprüchen gescheitert ist. Des Weiteren hat die CDU/CSU durch ihr konsequentes Eintreten für die Einigung Europas dazu verholfen, dass heute von Portugal bis kurz vor St. Petersburg eine Zone entstanden ist, in der aus strukturellen Gründen ein Krieg innerhalb dieser Region ausgeschlossen ist.

Heute kommt es darauf an, dass die CDU/CSU in der Koalition mit der erheblich gewandelten SPD (Godes-

berg), in der viele engagierte Christen dienen, einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Weltfrieden gehen, nämlich durch angemessene ressortübergreifende Friedenskonsolidierung in den sog. failing states, um nicht zuletzt die geschundene Bevölkerung dieser Regionen von der unerträglichen Last zu befreien und sie an den Reichtümern der jeweiligen Länder zu beteiligen. Dies kann natürlich nur in Zusammenarbeit mit der EU, den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika und last but not least mit der betroffenen Bevölkerung geschehen.

Voraussetzung dafür ist, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel – erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte – angemessen von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und die eigensüchtigen Ministerien auf ein gemeinsames friedenspolitische Ziel einschwört. Angesichts der Tatsache, dass SPD und CDU/CSU gemeinschaftlich 1948 die Präambel des Grundgesetzes auf Herrenchiemsee formuliert haben, dürfte das eigentlich nicht zu schwer fallen. Die Präambel¹ beginnt mit den prophetischen Worten:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, ... in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. □

¹ s.a.: K. Liebetanz „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, ... dem Frieden in der Welt dienen«. Eine sicherheitspolitische Betrachtung zur Präambel des Grundgesetzes; Seite 28 f.

INTERVIEW MIT DER VORSITZENDEN DES VERTEIDIGUNGS-AUSSCHUSSES DES BUNDESTAGES ULRIKE MERTEN (SPD):

„Wir dürfen den Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen in Afghanistan nicht verlieren!“

Die Fragen an die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages Ulrike Merten stellte Major a.D. Klaus Liebtanz, Mitglied des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“. Ulrike Merten unternahm Mitte Oktober mit einer Delegation von Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Informationsreise nach Afghanistan.

AUFTRAG: Wie ist der Stand des Aufbaus der Afghanischen National Armee (ANA)? Die Bundeswehrwehrt ist in Afghanistan keine Besatzungsmacht, sondern hat eine Unterstützungsmission. Halten Sie es im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für ausreichend, wenn die Bundeswehr in Kundus mit nur 24 Offizieren und Feldwebeln die Ausbildung der ANA unterstützt? Teilen Sie die Auffassung des UNO-Sondergesandten für Afghanistan, dass die ANA viel zu schwach ist? Wie ist es eigentlich möglich, dass die tapferen und hochgelobten afghanischen Kämpfer, welche die Engländer und Russen nachweislich aus ihrem Land

vertrieben haben, mit ein paar hundert Taliban nicht fertig werden?

Ulrike Merten: Wenn der Aufbau der Afghanischen National Armee (ANA) einmal beendet sein wird, dann soll sie einen Umfang von 62.000 Soldaten haben. Die Bundeswehr unterstützt die Ausbildung und bietet Begleitung in einem Mentoring-Programm an. Die Erfahrungen sind durchaus positiv, auch wenn der Aufbau insgesamt langsamer vorangeht, als das am Anfang erwartet wurde. Mangelnde Erfahrung, Ausrüstungsmängel und die unbefriedigende Besoldungssituation sind u.a. Gründe dafür, dass die ANA noch für eine geraume Zeit nicht in der Lage

sein wird, ohne Unterstützung ihre Aufgaben wahrzunehmen. Wäre es anders, bedürfte es nicht der ISAF- und OEF-Mandate unter Führung der NATO.

AUFTRAG: Während der Debatte am 21. und 26. September 06 im Deutschen Bundestag um die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der ISAF haben nicht wenige Redebeiträge gezeigt, dass dem Aufbau einer effektiven rechtsstaatlichen Polizei in Afghanistan eine Schlüsselfunktion zukommt. Ist es tatsächlich ausreichend, wenn die Bundesregierung als „Lead Nation“ für diese Aufgabe lediglich 12 Mio. Euro zur Verfügung stellt? In einem Spiegel-Interview behauptet Tom Koenigs kürzlich, dass in gefährlicher Weise beim Aufbau der afghanischen Polizei und Armee an Personal und Geld gespart wurde?

Ulrike Merten: Ja, ich bin auch der Meinung, dass dem Aufbau der Polizei eine besondere Bedeutung zukommt. In dieser Auffassung bin ich bei meinem Besuch durch viele Gespräche noch einmal bestärkt worden. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung sich entschließen würde, ihre Anstrengungen in dem Bereich noch zu intensivieren.

AUFTRAG: Ferner konnte man aus der o.a. Debatte im Deutschen Bundestag entnehmen, dass die Bevölkerung des Südens von Afghanistan und besonders die traditionell deutschfreundlichen paschtunischen Gebiete kaum am Wiederaufbau partizipieren. Was kann getan werden, dass dieser Teil der afghanischen Bevölkerung weniger für die Propaganda der Taliban anfällig wird?

Ulrike Merten: Ein Weg könnten die in Rede stehenden ADZ (Afghan Development Zones) sein. Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass dieses Konzept früher hätte zum Tragen kommen können. Nach der sog. Operation „Medusa“ ist es nötiger denn je, dass die Menschen im Süden Afghanistans den unmittelbaren Zusammenhang

Ulrike Merten, SPD

*13.12.1951 in Bielefeld; ev.; verh., 2 Kinder.
bis 1965 Volksschule bis 1965.
1965-68 Ausbildung zur Kauffrau u. Drogistin.
1978-82 Telekolleg NRW, Fachabitur.
1971-75 Geschäftsführerin,
1975-78 Abteilungsleiterin Einkauf u. Distribution,
1978 Ausscheiden aus dem Beruf.

Politischer Werdegang

seit 1972 Mitglied der SPD
1988-99 SPD Ortsvorsitzende
1992-2001 SPD-Kreisvorsitzende Krs Gütersloh
seit 1998 MdB
seit 2002 Wahlkreis Rhein-Sieg II

Arbeit in den Ausschüssen des Bundestages

Seit 1998: Ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses
Seit 1998: Stellv. Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen, Jugend
seit 2002: Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung
seit 05/2005: Vors. Verteidigungsausschuss im Dt. Bundestag

Politische Schwerpunkte

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft



(Quelle: <http://www.bundestag.de/mbd/bio/W/merteu10>)

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Ulrike Merten (Bildmitte) besuchte vom 10. bis 14. Okt. 2006 mit einer Delegation von Bundestagsabgeordneten die deutschen Friedenskräfte in Afghanistan. Hier beim Eintreffen im PRT Kunduz.

zwischen dem Kampf gegen Taliban-Kräfte und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erkennen können. Ich bin darüber hinaus der Auffassung, dass sich die NATO um eine stärkere Kohärenz ihres Engagements in Afghanistan bemühen muss.

AUFTRAG: Die Drogenproduktion in Afghanistan befindet sich auf Rekord-Höhe und bedient 92 Prozent des Weltmarktes. Der Erlös dieser Produktion finanziert und fördert auch mafiose Strukturen, Kriminalität, den Taliban-Guerillakrieg, den islamischen Terrorismus und die grassierende Korruption in Afghanistan. Bemüht sich die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft um eine ernstzunehmende alternative Strategie zum Mohnanbau in Afghanistan? Wie könnte eine solche aussehen?

Ulrike Merten: Sie sprechen eines der größten Probleme an. Dies zu lösen wäre ein wichtiger Teil des Weges, der die Afghanen am Ende in die Lage versetzen soll, ihr Schicksal ohne fremde Hilfe in die Hand zu nehmen. Die heimischen Bedingungen in Afghanistan sind so, dass vieles wächst, was eine Alternative böte: Reis, Getreide, Wein, Obst, Heilkräuter, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Bemühungen der Bundesregierung und ihrer Kräfte vor Ort gehen natürlich dahin, Alternativen und Strategien dafür aufzuzeigen und sie in die Realität umzusetzen. Aber Sie wissen doch so gut wie ich, dass es mächtige, einflussreiche Akteure gibt, die alles daran setzen, diesen Weg zu unterbinden und die Landwirte und deren Familien in Abhängigkeit zu sich zu halten.

AUFTRAG: Das Ziel der Friedenskonsolidierung ist ein sich selbst tragender Friedensprozess in der betreffenden Region. Dieses zivile Ziel kann nur durch zivile Maßnahmen erreicht werden. Streitkräfte können diesen Prozess absichern und sind auch häufig



eine „conditio sine qua non“, aber sie können den Friedensprozess nicht gestalten. Langfristig muss es daher zu einer Neugewichtung der finanziellen Mittel in der Phase der Friedenskonsolidierung zu Gunsten der zivilen Maßnahmen, wie den Aufbau einer effektiven und rechtstaatlichen Polizei, entwicklungspolitischen Maßnahmen, wie Schaffung von genügend Arbeitsplätzen, kommen. Halten Sie es für möglich, dass die große Koalition die Kraft findet, hier ein Umdenken herbeizuführen oder werden die eingesetzten Soldaten weiterhin Lückenbüßer für einen verfehlten Gesamtansatz bei Friedensmissionen sein?

Ulrike Merten: Über das Ziel müssen wir nicht streiten. Der Weg dahin – das will ich gerne zugeben – kann, ja ich meine, er muss, Veränderungen erfahren. Sie sprechen die richtigen Dinge an. Ich widerspreche Ihnen allerdings in Ihrer Bewertung, dass die Soldaten der Bundeswehr Lückenbüßer in einem verfehlten Gesamtansatz seien. Ich habe mich mehrfach von der hervorragenden, hilfreichen Rolle der Bundeswehr überzeugen können. Dass sie in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem BMZ, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium ihre Arbeit tut, will ich noch einmal ausdrücklich hervorheben.

Ich glaube, alle Verantwortlichen wissen, dass wir den Kampf um die

Herzen und Köpfe der Menschen in Afghanistan nicht verlieren dürfen. Dazu gehört, dass sich die Lebensbedingungen spürbar und möglichst schnell verbessern müssen.

AUFTRAG: Abschließend möchte ich Ihnen eine ganz persönliche Frage stellen. Wie werden Sie mit den enormen Anforderungen an Sie als Bundestagsabgeordnete und als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses fertig? Welche Rolle spielt dabei Ihr evangelischer Glaube als Kraftquelle und Motivation auch bei schier unlösbaren Aufgaben und Anforderungen durchzuhalten und den Durchblick zu behalten?

Ulrike Merten: Das ist eine nicht einfach zu beantwortende Frage. Mir hilft sehr, dass ich meine Arbeit, auch nach so vielen Jahren, mit großer Freude tue. Ich fürchte mich nicht vor schwierigen Aufgaben, aber ich nehme sie auch nie – bei aller Routine – auf die leichte Schulter. Ich bleibe, wenn Sie so wollen, eine Lernende. Das schützt mich vor Oberflächlichkeit. Ich bin dankbar, dass ich im Glauben wurzeln darf. Nicht selbstverständlich und gedankenlos, sondern auch immer wieder zweifelnd. Aber am Ende steht dann immer wieder die Freude über neuerliche Gewissheit. □

WAFFENKONTROLLE:

Vereinte Nationen wollen globales Abkommen zur Waffenkontrolle

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wollen einen neuen globalen Vertrag zur Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter ausarbeiten. Der zuständige Ausschuss der UN-Vollversammlung beschloss am 26. Oktober in New York mit großer Mehrheit eine entsprechende Resolution. Von 163 Staaten enthielten sich 24; allein die USA stimmten gegen den Auftrag für ein Vertragswerk, das unter anderem Waffenlieferungen in Krisenregionen verhindern soll. Auch Deutschland, Frankreich und Großbritannien als große Waffenexporteure stimmten zu. Russland und China nahmen an der Abstimmung nicht teil. Rüstungsorganisationen begrüßten die Entscheidung.

Damit ist der künftige UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon beauftragt, in den kommenden zwölf Monaten einen Bericht vorzulegen, wie ein Vertrag zur Waffen- und Rüstungskontrolle aussehen kann. Darin sollen international verbindliche Regeln für Import und Export festgelegt werden. Derzeit können nur in ein-

zelnen Ländern geltende Auflagen leicht umgangen werden. Der neue Vertrag wäre nach Meinung von Beobachtern ein entscheidender Schritt, um Grauzonen und Schlupflöcher bei der Regulierung weltweiter Rüstungstransfers zu schließen. Nur so könne verhindert werden, dass Rüstungsgüter bei Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. In den vergangenen Jahren hatten Rüstungsorganisationen immer wieder auf ein entsprechendes Abkommen gedrängt. Zuletzt forderten 15 Friedensnobelpreisträger die Vereinten Nationen auf, den Weg für ein globales Übereinkommen zur Kontrolle des konventionellen Rüstungshandels freizumachen.

Vatikan fordert Kontrolle konventioneller Waffen

Bereits Anfang Oktober hatte der Vatikan eine effektive Kontrolle des Handels mit konventionellen Waffen gefordert. Der Päpstliche Rat „Gerechtigkeit und Frieden“ verlangte am Dienstag in einer Erklärung, die internationale Staatengemeinschaft

müsse auch das Know-how und die Technologie zur Herstellung dieser Waffen überwachen. Seit dem Zweiten Weltkrieg seien damit Millionen von Menschen in Konflikten verletzt oder getötet worden, betont der Vatikan. Der Präsident des Päpstlichen Rats, Kardinal Renato Raffaele Martino, begrüßte eine derzeitige Initiative vor der UN-Vollversammlung, die internationale Regeln für den Umgang mit konventionellen Waffen zum Ziel hat. Mehrere Staaten haben in New York vorgeschlagen, verbindliche Vereinbarungen für den Export, Import und den Austausch konventioneller Waffen zu erarbeiten.

Das Fehlen eines Überwachungssystems zum Waffenhandel belastet nach Auffassung des Vatikan nicht nur Friedens- und Versöhnungsprozesse nach Konflikten, sondern wirkt sich auch negativ auf die Stabilität von Institutionen und eine nachhaltige Entwicklung aus. Die unkontrollierte Weitergabe von Rüstungsgütern sei auch unmittelbar mit dem organisierten Verbrechen und dem internationalen Terrorismus verbunden.

(PS/KNA/ZENIT)

Studie: Streumunition trifft vor allem die Zivilbevölkerung

Internationale Experten haben ein umfassendes weltweites Verbot von Streumunition gefordert. Nach einer am 2. November in Berlin vorgestellten Untersuchung treffen 98 Prozent aller dokumentierten Unfälle mit Streumunition Zivilpersonen und nicht Militärs. Streubomben hätten unter der Zivilbevölkerung verheerende Auswirkungen, erklärte die Initiative „Handicap international“. 40 Prozent der Opfer seien unter 18 Jahre alt.

Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbotsregelung wies sie als unzureichend zurück. Der Geschäftsführer von Handicap International Deutschland, Francois De Keersmaecker, betonte vor allem die langfristigen Folgen. So töteten oder verletzten Blindgänger spielende Kinder oder Familien, die nach einem Krieg in ihre Heimat zurückkehrten. Zu

den Opfern zählten häufig auch Einsatzkräfte bei der Friedenssicherung oder Kampfmittelräumer. Die internationale Gemeinschaft müsse endlich rechtlich verbindliche Regelungen treffen, um den weiteren Einsatz von Streumunition zu verhindern und die Räumung bisher verseuchter Gebiete zu beschleunigen. Zügige umfassende Räumung sei der einzige Weg, um die Zahl der Opfer zu reduzieren.

Tausende Opfer

Die Organisation stellte den Bericht „Fatal Footprint – Tödliche Spur“ vor, der erstmals umfassend die weltweiten humanitären Folgen von Streumunition erfasse. So seien die verfügbaren Daten über die Auswirkungen auf das Leben der Menschen in jenen 24 Ländern oder Gebieten erfasst, die erwiesenermaßen von Streumunition betroffen seien. Die Studie doku-

mentiert weltweit 11.044 Opfer von Streumunition. Die tatsächliche Zahl schätzt die Organisation auf rund 100.000.

Als Streubomben gelten Waffen, die viele kleine explosive Munitionsteile freisetzen und dadurch größere Flächen treffen sollen. Zuletzt war insbesondere Israel in die Kritik geraten, die Munition in den letzten Tagen des Libanon-Krieges verwendet zu haben.

Bundestag fordert Verbot von Streumunition

Die Bundestagsparteien haben sich für ein Verbot von Streumunition ausgesprochen. Union und SPD forderten in einem Bundestagsantrag am 28. September die Bundesregierung auf, Streumunition mit einer Blindgängerquote von über einem Prozent

Fortsetzung auf S. 17, Sp 1 u.

Religiöser Fanatismus nicht die Hauptursache von politischer Gewalt und Terror

Anzahl der Opfer und Anschläge in fünf Jahren um 300 Prozent gestiegen

Wesentliche Ursachen sind Armut, Misswirtschaft und Unterdrückung

Die Anzahl der Terroranschläge und Opfer ist in den vergangenen Jahren weltweit um mehr als das Dreifache gestiegen. Doch entgegen verbreiteter Auffassung machen die religiös motivierten Anschläge und Attentäter nur eine Minderheit aus. Der geographische Schwerpunkt von gewalttätigen Konflikten und politischer Militanz liegt zudem nicht im Nahen und Mittleren Osten, sondern in Asien. Dies sind einige der zentralen Ergebnisse einer weltweiten Studie der Bertelsmann Stiftung über politische Gewalt und Extremismus, die heute veröffentlicht wurde.

Danach ist die Anzahl der Terroranschläge in den vergangenen fünf Jahren von 700 auf 2.200 pro Jahr angestiegen und die Anzahl der dabei getöteten Menschen und Verletzten von 4.000 auf 13.000. Dabei lässt sich aufzeigen, dass der religiös motivierte transnationale Terrorismus zwar ansteigend ist, aber nicht das Hauptmotiv von politischer Gewalt darstellt. So sind lediglich 26 Pro-

zent aller terroristischen Gruppen weltweit dem religiösen – und dabei vor allem dem islamistischen – Extremismus zuzuordnen. Dies entspricht in etwa dem Anteil linksextremistischer militanter Organisationen. Den größten Anteil an politischer Gewalt haben mit 36 Prozent nach wie vor nationalistische und separatistische Bewegungen.

Während die Zahl der Konflikte insgesamt weltweit gestiegen ist, hat das Ausmaß der Gewalt abgenommen. Im Gegensatz zum gängigen Eindruck liegt der geographische Schwerpunkt dieser politischen Gewalt nicht im Nahen und Mittleren Osten, sondern im asiatischen Raum, der dreimal so viel politische Konflikte aufweist. 80 Prozent aller terroristischen Anschläge entfallen auf eine Kerngruppe von Staaten: Russland mit Tschetschenien, Kolumbien, Irak sowie die Länderdreiecke Indien-Kaschmir-Pakistan und Thailand-Philippinen-Indonesien. „Auch wenn unsere Bedrohungswahrnehmung aufgrund der Anschläge in New York, London und Madrid eine andere ist, so wird politische Gewalt im Regelfall dort ausgeübt, wo sie aufgrund von sozialer Ungerechtigkeit und der Ausgrenzung von benachteiligten Gruppen auch entsteht“, so der Autor der Studie, Professor Aurel Croissant, Universität Heidelberg.

Die wesentlichen Ursachen für politische Gewalt sind nach den Ergebnissen der Studie nicht religiöser Fundamentalismus, sondern Armut, ethnische Spaltung, Staatsschwäche, Mängel des politischen Systems und externe Intervention. „Unsere einseitige Aufmerksamkeit auf den islamistischen Terrorismus und den Mittleren Osten verstellt den Blick des Westens auf die eigentlichen Ursachen der politischen Gewalt sowie geeignete Ansätze ihrer Bekämpfung“, folgert Dr. Hauke Hartmann, Projektleiter der Bertelsmann Stiftung. „Abschottungsszenarien und Kontrollmechanismen werden allein keine umfassende Sicherheit bieten können. Vielmehr muss die westli-

che Entwicklungspolitik in die Lage versetzt werden, sich noch stärker in den Bereichen Armutsbekämpfung, Demokratieförderung und Unterstützung guter Regierungsführung zu engagieren, um so politischer Gewalt entgegen zu wirken.“

Zum Konfliktmanagement in Form von Deeskalation und Wiederaufbau müssen daher umfassende und nachhaltige Entwicklungsstrategien treten. Sabine Donner, Projektleiterin der Bertelsmann Stiftung, warnt vor überzogenen Erwartungen an kurzfristige Interventionen von außen: „Die Umsetzung von externen Strategien für Demokratisierung, Staatsaufbau und Entwicklung braucht eine dauerhafte Perspektive und stößt zudem schnell an ihre Grenzen, wenn die lokalen Entscheidungsträger nicht bereit sind, Verantwortung für eine stabile und demokratische Ordnung zu übernehmen.“

Die Studie „Violence, Extremism and Transformation“ ist im Rahmen des Bertelsmann Transformation Index 2006 entstanden. Der BTI erhebt alle zwei Jahre neue Daten und Berichte zum Stand von Demokratie und Marktwirtschaft sowie zur Qualität der politischen Führung in 119 Ländern. In einer Zusatzbefragung ihrer weltweit über 250 Experten ermittelte die Bertelsmann Stiftung zudem Informationen zur Stärke nichtstaatlicher politischer Extremisten, ihres Einflusses, ihrer Unterstützer und vor allem ihrer Gewaltbereitschaft. In die Ergebnisse dieser Sonderstudie sind zusätzlich die Daten der Konflikt Datenbank CONIS der Universität Heidelberg sowie der RAND/MIPT Terrorism Knowledge Database eingeflossen. In der Studie wird die Stärke und Militanz extremistischer Bewegungen im internationalen Vergleich untersucht. Ein Anhang von 23 Kurzberichten stellt die Situation in den am meisten von politischer Gewalt betroffenen Ländern dar. Die Publikation ist im Verlag Bertelsmann Stiftung (ISBN 3-89204-921-1) erschienen.

(Bertelsmann Stiftung)

Fortsetzung von S. 16

aus den Beständen der Bundeswehr zu entfernen. Das Militär solle die Munition nur einsetzen dürfen, wenn es keine Alternativen gebe. Ferner solle sich Berlin international dafür engagieren, das Völkerrecht um Regeln für den Einsatz von Streumunition auszuweiten. Notwendig sei ein umfassendes und nachprüfbares Verbot.

FDP und Grüne kritisierten in eigenen Anträgen das Festhalten an der Ein-Prozent-Blindgängerquote. Sie forderten ein generelles Verbot jeglicher Munition dieser Art. Außerdem sollte die Bundeswehr sämtliche Streumunition aus den Beständen entfernen. Die Grünen riefen dazu auf, dem Beispiel Belgiens zu folgen und entsprechend einer Forderung des EU-Parlaments ein vollständiges Verbot der Streumunition zu beschließen.

(KNA)

Zur Nuklearproblematik

VON LUDWIG JACOB

Die Krisen um die Nuklearprogramme Nordkoreas und des Irans sowie die Auseinandersetzungen um das indisch-amerikanische Nuklearabkommen vom Sommer 2005 haben zu einem tiefen Pessimismus über die Aussichten des nuklearen Nichtverbreitungsregimes geführt. Fraglos besteht ein enger Zusammenhang zwischen internationaler Ordnung und der Aufrechterhaltung des globalen Regimes der nuklearen Nichtverbreitung. Wie sehr nukleare Ordnung und internationale Ordnung zusammenhängen erkennt man daran, dass ein Umkippen des Gewaltverbots, d.h. also des Verbots präventiver Gewaltanwendung, in der Charta der VN dann eintreten könnte, wenn es radikalen Vertretern des politischen Islam gelänge die Kontrolle über Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen (MVW) zu erhalten.

I. Grundlage nuklearer Kontrolle:

Nichtverbreitungsvertrag (NVV) (1968) mit seinen Bestimmungen:

Verpflichtungen der Kernwaffenstaaten:

- Weitergabe von Kernwaffen oder Kernsprengkörpern an andere oder Hilfe bei der Beschaffung, Übergabe der Verfügungsgewalt ist verboten (Artikel I).
- Mögliche Vorteile aus »friedlichen Kernsprengungen« sollen den Vertragsparteien zugänglich gemacht werden (Artikel V).
- Verhandlungen in redlicher Absicht über Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung, sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung (explizit genannt werden Kernwaffenteststopp, Einstellung der Kernwaffenproduktion) sollen geführt werden (Artikel VI und Präambel).

Verpflichtungen der Nicht-Kernwaffenstaaten:

- Keine Annahme von Kernwaffen oder Kernsprengkörpern oder Verfügungsgewalt darüber, keine Herstellung oder Produktion, keine Unterstützung anderer oder Annahme von fremder Unterstützung (Artikel II).
- Annahme von Sicherungsmaßnahmen (gemeint sind die Safeguards

der Internationalen Atomenergieorganisation IAEEO), die auf alles Ausgangsmaterial und besondere spaltbare Materialien, sowie alle Nuklearaktivitäten angewandt werden (Artikel III).

Gemeinschaftliche Verpflichtungen:

- Weitergabe von besonderem spaltbarem Material und entsprechenden Ausrüstungen an andere, nur wenn sie Sicherungsmaßnahmen unterliegen (Artikel III).
- Erleichterung und Beförderung der weltweiten zivilen Kernenergienutzung, insbesondere durch internationalen wissenschaftlich-technologischen Austausch (Artikel IV und Präambel).

Zu den gemeinsamen Verpflichtungen gehören auch die angestrebten Verhandlungen zur Abrüstung (Artikel VI), die aber von der Sache her Vorleistungen der Kernwaffenstaaten erforderlich machen.

Kommentar

Im Hinblick auf die Verhinderung der raschen Zunahme der Zahl der Nuklearmächte war der Vertrag ein Erfolg – nur 8-9 Staaten verfügen über Nuk-Waffen – bei über 40 Staaten, die Atomkraft nutzen. Dennoch bleiben doch einige gewichtige Mängel des NPT zu konstatieren, die in ihrer Problematik im Zusammenhang mit dem Iran-Konflikt deutlich werden:

Der NVV ist de-facto und de-jure diskriminatorisch. Er schreibt fünf Kernwaffenstaaten auf Dauer fest, sieht keinerlei Kontrollen in diesen Staaten vor und baut in der Praxis ein Dreiklassensystem des Technologiezugangs auf: Einer privilegierten Gruppe von Staaten ist der Besitz von Kernwaffen auf Dauer erlaubt. Einer zweiten Gruppe von (OECD) Industriestaaten ist zwar der Zugriff auf Kernwaffen verwehrt, aber alle sensitiven Anreicherungstechnologien können genutzt oder innerhalb dieser Gruppe exportiert werden. Einer dritten Gruppe von Staaten ist sowohl der Zugriff auf Kernwaffen als auch auf bestimmte sensitive Technologien verwehrt, die als Ausdruck einer Kernwaffenoption interpretiert werden.

Auch in anderer Hinsicht war er ein klarer Fehlschlag: Die Nuklearmächte haben ihre aus dem NVV stammenden Verpflichtungen nicht erfüllt, die nuklearen Potentiale sind nur begrenzt abgebaut worden und es besteht auch auf absehbare Zeit keine Aussicht auf weitere Abrüstungsgespräche. Im Gegenteil, mit der seit Mitte der 90er Jahre laufenden Modernisierung wird den strategischen Veränderungen im internationalen System Rechnung getragen und die nuklearen Optionen an die neuen Risiken angepasst, d.h. ihre operative Rolle in den strategischen Konzepten wird gestärkt zu Lasten der strategischen Abschreckungsfunktion.

Hinzukommt, dass die USA durch das Abkommen mit Indien über zivile nukleare Zusammenarbeit vom 02.03.2006 mit dem in den Vereinigten Staaten bislang gesetzlich verankerten Grundsatz brechen, dass Staaten, die nach den Bestimmungen des NVV als Nichtkernwaffenstaaten gelten, nur dann mit atomarem Brennstoff und Technologie beliefert werden dürfen, wenn sie die Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) für ihre gesamten atomaren Aktivitäten („full-scope safeguards“) akzeptieren. Darin liegt eine deutliche Schwächung des

NVV-Regimes und der Kontrollfunktion der IAEA.

Mit diesem Präzedenzfall verschärft sich die Gefahr eines nuklearen Dammbrochs.

Der Leiter der IAEA, Mohammed El Baradei, mahnte die Atomwaffenstaaten im November 2005 erneut, die Abrüstung der Atomwaffen rascher voranzubringen.

Die jüngste NVV-Überprüfungskonferenz von 2005 endete ohne Fortschritt und ohne ein Abschlussdokument, das auch nur ein bescheidenes Maß an Übereinstimmung demonstriert hätte.

II. Stellungnahme der Kath. Kirche

1. Heiliger Stuhl:

Auszug aus der Botschaft an die 2. außerordentliche Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen, verlesen von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli vor der UN-Vollversammlung in New York am 14. Juni 1982, Teil 3: Probleme realistisch und ehrlich in Angriff nehmen

„Tötet den Krieg durch Verhandlungen“

8. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden. Um jedoch den Frieden sicherzustellen, ist es unerlässlich, dass man sich nicht mit einem Minimum zufrieden gibt, das immer von einer wirklichen Explosionsgefahr belastet ist. Was ist also zu tun? Mangels einer übernationalen Autorität, wie sie bereits von Papst Johannes XXII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* gewünscht worden war und die man in der Organisation der Vereinten Nationen zu finden gehofft hatte, bleibt die einzige realistische Lösung angesichts der Kriegsdrohung immer noch die Verhandlung. Hier möchte ich Sie an ein Wort des hl. Augusti-

Eine Lösung der vertraglichen Probleme wäre dann möglich, wenn der Sicherheitsrat eine Resolution beschließen würde, wonach bei bestimmten, sensitiven Technologien Artikel II des NVV Vorrang vor Artikel IV habe und dass Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungstechnologien nur bei jenen Nichtkernwaffenstaaten zulässig sind, die einen Bedarf schlüssig nachweisen können (dazu gehören z.B. eine Mindestzahl an Kraftwerken) und für die jeweils gesonderte Kontrollregime durch den Sicherheitsrat (oder den Gouverneursrat der IAEA) verabschiedet werden.

nus erinnern, das ich bereits früher zitiert habe: »Tötet den Krieg durch Verhandlungen, aber tötet nicht die Menschen durch das Schwert!«

Wiederum bekräftige ich heute vor Ihnen mein Vertrauen in die Kraft fairer Verhandlungen, um zu gerechten und vernünftigen Lösungen zu kommen. Diese Verhandlungen verlangen Geduld und Ausdauer und müssen vor allem auf einen gleichgewichtigen, gleichzeitigen und international kontrollierten Rüstungsabbau abzielen.

Genauer gesagt, die laufende Entwicklung scheint zu einer wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der Waffensysteme zu führen. Wie soll unter diesen Umständen ein gleichmäßiger Abbau erwogen werden, wenn die Verhandlungen nicht alle Waffengattungen einschließen? In dieser Hinsicht könnte die Weiterführung der Studie zu einem »Gesamtabrüstungsprogramm«, das Ihre Organisation bereits in Angriff genommen hat, die notwendige Koordination der verschiedenen Formen erleichtern und den Ergebnissen mehr Wahrheit, Gerechtigkeit und Wirksamkeit verleihen.

9. In der Tat, die Kernwaffen sind nicht die einzigen Mittel für Krieg und Vernichtung. Die Herstellung und der Verkauf konventioneller

Waffen überall in der Welt sind eine wirklich alarmierende Erscheinung, die sich, so scheint es, in vollem Aufschwung befindet. Abrüstungsverhandlungen wären nicht vollständig, wenn sie die Tatsache unbeachtet ließen, dass 80 Prozent der Rüstungsausgaben für konventionelle Waffen verwendet werden. Der Handel mit ihnen scheint sich überdies in steigendem Maße zu entwickeln und sich vorwiegend auf die Entwicklungsländer zu richten. Jeder Entschluss, zu dem man sich durchringt, und jeder Vorstoß, den man unternimmt, um Herstellung und Handel einzuschränken und einer immer wirksameren Kontrolle zu unterwerfen, ist ein bedeutsamer Beitrag zur Sache des Friedens.

Ereignisse der jüngsten Zeit haben die Zerstörungskraft der konventionellen Waffen und die beklagenswerten Verhältnisse bestätigt, zu denen sich die Staaten selbst verurteilen, die versucht sind, zur Regelung ihrer Differenzen zu diesen Waffen zu greifen.

10. Aber die Berücksichtigung der quantitativen Aspekte sowohl der atomaren wie der konventionellen Rüstung genügt nicht. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit muss ihrer **Vervollkommnung entgegengebracht** werden, die mit Hilfe neuer, hochentwickelter Techniken vorangetrieben wird, denn eben das ist eine der wesentlichen Dimensionen des Wettrüstens. Sie nicht zu beachten, würde dazu verleiten, sich Illusionen zu machen und den Menschen, die sich nach Frieden sehnen, nur trügerischen Schein zu bieten.

Kommentar

Der Hinweis auf die qualitativen Veränderungen der „Nuclear-Posture“ treffen die heutige Entwicklung: seit 2001 findet ein deutliches Wettüsten zwischen den Nuklearmächten statt.

Das betrifft sowohl offensive Systeme, wie auch defensive Systeme.

Im Hinblick auf das Erfordernis einer „Not-Ethik“ hat sich gegenüber 1983 daher strategisch nichts qualitativ geändert. Im Gegenteil, der Einsatz von MVW gegen westli-

che Staaten – vor allem durch terroristische Organisationen – aber auch von westlichen Systemen gegen sog. „Rouge States“ ist wahrscheinlicher geworden. Dabei kommt den „failing“ oder „failed states“ eine besondere Bedeutung zu, da sie als Basis für Terrororganisationen dienen können.

2. Deutsche Bischofskonferenz

2.1 Wort der deutschen Bischöfe von 1983: „Gerechtigkeit schafft Frieden“, Nr. 3.5.2.

Der Besitz von Kernwaffen wird vom Konzil nicht verurteilt, die sittliche Beurteilung der Abschreckung mit Kernwaffen wird offen gelassen. Die entscheidende Aussage lautet: „Viele halten dies (gemeint: die Abschreckung möglicher Gegner mit Kernwaffen) heute für das wirksamste Mittel, einen gewissen Frieden zwischen den Völkern zu sichern. – Wie immer man auch zu dieser Methode der Abschreckung stehen mag, die Menschen sollten überzeugt sein, dass der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und dass das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist“ (GS 81). Der politischen Wirklichkeit wird insofern Rechnung getragen, als eine solche Bewaffnung vorübergehend toleriert werden kann, vorausgesetzt, wir nutzen „die Frist, die uns noch von oben gewährt wurde, ... um mit geschärftem Verantwortungsbewusstsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist“ (GS 81). Es handelt sich weniger um einen fixierten Standort als um eine Notstandsethik auf dem Weg vom Krieg weg und hin zu mehr Frieden. Im Übrigen werden vom Konzil alle Forderungen der Päpste im Blick auf die Schaffung einer Weltautorität und auf eine Reduzierung von Ursachen des Krieges, z.B. durch Ungerechtigkeiten, erneut verstärkt (vgl. GS 82).

Papst Paul VI. hat leidenschaftlich eine Beendigung des Rüstungswettlaufs und eine völlige Beseitigung der Massenvernichtungswaffen gefor-

dert. Papst Johannes Paul II. setzt die Appelle seines Vorgängers fort und begründet seine Forderungen nach Frieden vor allem vom Recht und von der Würde des Menschen her. Die Worte gegen die Rüstung mit Waffen, die Tod und Vernichtung bringen, Furcht hervorrufen und wirtschaftliche Mittel in falsche Kanäle leiten, werden immer schärfer. Besonders eindringlich hat Johannes Paul II. in seinen Ansprachen vor der UNO-Vollversammlung am 02.10.1979 und vor dem Friedensdenkmal in Hiroshima am 25.02.1981 sowie in seiner Botschaft an die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung vom 14.06.1982 an die Stunde der äußersten Gefahr und an die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens gemahnt.

Nr. 4.3.2 Kriegsverhütung

Nukleare Abschreckung ist auf Dauer kein verlässliches Instrument der Kriegsverhütung.

... Diese sittliche Tolerierung der Abschreckung, sofern auf sie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf dem mühsamen Weg zur Abrüstung nicht sofort und ersatzlos verzichtet werden kann, ist an strengste Bedingungen geknüpft:

Der erste und entscheidende Gesichtspunkt ist das **Ziel**, das mit dieser Strategie verfolgt wird: die Kriegsverhütung ...

Der zweite Gesichtspunkt zur Bewertung der Abschreckung bezieht sich deshalb auf die **Mittel**, d.h. die vorgesehenen konventionellen und nuklearen Waffen sowie die entsprechende Einsatzplanung ...

Eine von dieser politischen Zielsetzung losgelöste Beurteilung nuklearer Strategien und nuklearer Rüstungsmittel müsste zwangsläufig zu einer radikalen Verurteilung führen.

Papst Johannes Paul II. an die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1982: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar

gehalten werden.“ ...

2.2 Bischofswort „Gerechter Friede“ (Sept 2000)

Einleitung:

(2) Als wir „Gerechtigkeit schafft Frieden“ verfassten, konzentrierte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung auf die Frage der nuklearen Abschreckung. ...

Sie drehte sich im Kern um das Problem, ob die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen und die entsprechenden militärischen Planungen als Element einer Politik der Kriegsverhütung ethisch verantwortet werden könnten oder nicht. Die lehramtlichen Äußerungen innerhalb der katholischen Kirche gaben auf diese schwierige, das Gewissen vieler Menschen außerordentlich belastende Frage durchaus unterschiedlich nuancierte Antworten. Sie stimmten aber in der Überzeugung überein, dass die Strategie der nuklearen Abschreckung nur befristet und verbunden mit der Pflicht, „mit aller Anstrengung nach Alternativen zur Androhung von Massenvernichtung zu suchen“ (GsF 4.3.2), ethisch toleriert werden könne. Diese Bewertung hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren, denn nach wie vor verfügen die Großmächte über umfangreiche Atomwaffenarsenale.

II 7 Bedeutung und Grenzen militärischer Mittel

II 7.1 Abrüstung und Rüstungskontrolle

(132) Wir mahnen deshalb folgende Gesichtspunkte an:

- Umfang, Ausrüstung und Organisation der Streitkräfte sind daran auszurichten, was für die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung, aber auch für ein angemessenes Engagement im Rahmen internationaler Krisenbewältigung ausreicht. Mehr ist immer von Übel, auch ein gewohnheitsmäßiges Beharren auf der Unterhaltung mächtiger Militärapparate als Attribut nationaler Souveränität. ...
- Die Verpflichtungen, die sich für alle Signatarstaaten aus dem Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen ergeben, müssen strikt erfüllt werden. Vor allem sind waf-

fenfähiges Nuklearmaterial und militärisch nutzbare Nukleartechnologien strengen internationalen Kontrollen zu unterwerfen. ...

III. Internationaler Gerichtshof in Den Haag

Frage nach der Zulässigkeit der Androhung und des Einsatzes von Nuk-Waffen:

„It follows from above mentioned requirements that the threat or use of nuclear weapons would generally be contrary to the rules of international law applicable in armoured conflict, and in particular the principles and rules of humanitarian law.“¹

Abstimmungsergebnis: 7 zu 7 (mit Präsidentenmehrheit), jedoch 3 weitere Richter (Sri Lanka, Guayana, Sierra Leone) votierten nur deshalb gegen diese Formulierung, weil sie die Regelung verschärft haben wollten. Daher Ergebnis eigentlich 10 zu 4 gegen die Androhung nuklearer Mittel.

Einstimmige Feststellung der Richter, dass Nuk-Staaten gem. Art. VI des NVV verpflichtet sind, ernsthaft mit dem Ziel „Null“ zu verhandeln. Der Besitz von Nuklearwaffen ist völkerrechtlich nicht verboten, die Haager Richter ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass auch für Nuklearwaffen das Völkergewohnheitsrecht, das humanitäre Völkerrecht sowie spezifische, anderen Waffen gewidmete Rechtsnormen gelten. Sie erklärten, in diesem Sinne seien gleich mehrere internationale Verträge relevant – die Genfer Konventionen etwa, die alle Arten der Kriegführung verbieten, die nicht zwischen militärischen Zielen, kämpfender Truppe und der Zivilbevölkerung unterscheiden – radioaktiver Staub richte sich nicht nach Uniformen und kenne keine Ländergrenzen. Der Gerichtshof sah sich (in seiner „Präsidentenmehrheit“) zwar nicht abschließend in der Lage, positiv oder negativ definitiv festzustellen, ob der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen in einer für einen Staat existenzgefährdenden extremen Notwehrsituation – ausnahms-

weise – rechtmäßig oder rechtswidrig wäre. (...)

Bemerkung:

Geklärt: Es gibt weder im Völkergewohnheitsrecht noch im Völkervertragsrecht eine spezifische Ermächtigung zur Androhung oder zum Einsatz von Atomwaffen.

Es gibt jedoch auch weder im Völkergewohnheitsrecht noch im Völkervertragsrecht eine umfassende und weltweit geltende Rechtsnorm, die ausdrücklich die Androhung oder den Einsatz von Atomwaffen verbietet.

Das Völkergewohnheitsrecht verbietet im humanitären Kriegsvölkerrecht zwingend die Verwendung von Waffen,

- die nicht unterscheiden zwischen kämpfender Truppe (Kombattanten) und der Zivilbevölkerung,

IV. NATO

1. Die geltende Nato-Nukleardoktrin

1.1 Auf der Tagung des Nato-Rates 1996 in Brüssel ist mit Zustimmung des deutschen Verteidigungsministers beschlossen worden: „Wir bekräftigen, dass die nuklearen Kräfte der Bündnispartner weiterhin eine einzigartige und essentielle Rolle in der Allianzstrategie der Kriegsverhinderung spielen. Von neuen Mitgliedern, die in jeder Beziehung Vollmitglieder der Allianz sein werden, wird erwartet, dass sie das Konzept der Abschreckung sowie die essentielle Rolle unterstützen, die die Nuklearwaffen in der Allianzstrategie spielen. Die Erweiterung der Allianz wird keine Änderung im gegenwärtigen Nukleardispositiv der Nato erforderlich machen, und daher haben die Nato-Länder nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass, nukleare Waffen auf dem Hoheitsgebiet neuer

- die unnötige Grausamkeiten und Leiden verursachen und
- die unbeteiligten und neutralen Staaten in Mitleidenschaft ziehen.

Das ist bei einem Einsatz von Nuklearwaffen nicht zu gewährleisten, das gilt gleichermaßen für biologische und chemische Massenvernichtungswaffen.

Nicht geklärt durch den IGH: Ausnahmeregelung, ob in „einer extremen Selbstverteidigungssituation, in der die Existenz des/eines Staates auf dem Spiel stünde“, Androhung und Einsatz möglich wären.

Rechtliche Verbindlichkeit des IGH-Richterspruchs:

Die deutsche Bundesregierung hatte in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Deutschen Bundestag wiederholt die Auffassung vertreten: „Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs sind weder nach der UN-Charta und dem IGH-Statut noch nach allgemeinem Völkerrecht rechtlich verbindlich.“² Sie sind „advisory opinion“.

² Bundestags-Drucksache 13/5906

Mitglieder zu stationieren, noch sehen sie die Notwendigkeit, das Nato-Nukleardispositiv oder die Nuklearpolitik in irgendeinem Punkt zu verändern - und sehen wir dazu auch in Zukunft keine Notwendigkeit.“³

Die Bundesregierung erklärte in einer 1996 veröffentlichten Antwort auf eine parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag: „Die Bundesregierung sieht sich ... in ihrer Auffassung bestärkt, dass bei Androhung des Einsatzes oder Einsatzes von Nuklearwaffen Art. 2 Abs. 4, und Art. 51 der UN-Charta – die Regeln der Verhältnismäßigkeit sowie die auf alle Waffen anwendbaren Regeln des Humanitären Völkerrechts – zu beachten sind ... (und) dass die Staatenpraxis noch nicht zu einem generellen Verbot von Nuklearwaffen gelangt

³ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 105; vom 20.12.1996, S. 1136.

¹ Ziff. 105, Abschn. E, 1. Absatz des Rechtsgutachten gem. Art. 96 UN-Charta vom 08.06.1996

... (Der) Besitz von Nuklearwaffen durch die Kernwaffenstaaten und die zugrundeliegende Abschreckungsstrategie (sind) nicht als völkerrechtswidrig zu betrachten. Die geltende Verteidigungsstrategie des Nordatlantischen Bündnisses bleibt daher ... mit dem Völkerrecht vereinbar.“⁴ Schließlich beharrte deshalb die alte deutsche Bundesregierung auch auf der Notwendigkeit der Option eines nuklearen Ersteinsatzes. ...

1.2 Die nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998 gebildete neue Regierungskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vom 20. Oktober 1998 vereinbart: „Die neue Bundesregierung hält an dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und wird sich in Zusammenarbeit mit den Partnern und Verbündeten Deutschlands an Initiativen zur Umsetzung dieses Ziels beteiligen.“⁵

1.3 In Übereinstimmung mit der deutschen Position hat der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer für die Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die u.a. von Brasilien, Irland, Ägypten, Schweden und Mexiko eingebrachte Resolution L. 48 („Towards a Nuclear Weapon Free World: The Need For A New Agenda“) in letzter Minute dem deutschen Vertreter die Weisung erteilt, sich der Stimme zu enthalten. Andere Nato-Staaten wie Kanada waren da mutiger und wären zu einem „Ja“ in der UN bereit gewesen, wenn die deutsche Bundesregierung „mitgezogen“ hätte. Immerhin: Die UN-Resolution fand – gegen die Nein-Stimmen u. a. der Atomwaffenmächte Großbritannien, Frankreich, USA, Russland sowie anderer Staaten – eine große Zustimmung in der UN-Vollversammlung.

Kommentar:

Die grundlegende Position der jetzigen Bundesregierung hat sich gegenüber der vorherigen nicht geändert.

4 Bundestags-Drucksache 13/5906.

5 Kapitel XI, Ziff. 6, Absatz 2.

In Deutschland sind in Büchel (20) und Ramstein (130 – möglicherweise bereits abgezogen) nukleare Bomben B-61 stationiert. Sie dienen politisch dem Erhalt der nuklearen Teilhabe, haben aber operativ keine Aufgabe mehr.

Das Schlusskommuniqué des Ministertreffens der Verteidigungsplanungsgruppe und der Nuklearen Planungsgruppe in Brüssel hat am 12.06.2003 den Status der nuklearen Kräfte der NATO und das Strategiekonzept der Allianz bekräftigt. Hervorgehoben worden ist die große Bedeutung der in Europa stationierten nuklearen Kräfte.⁶ Der Nordatlantiker hat im Dezember 2003 „die in Europa stationierten und der NATO zur Verfügung stehenden Nuklearstreitkräfte“ als essentiell bezeichnet.

2. NATO-Strategie MC 400/2 von 1999

2.1 Nukleare Elemente

22. Die Verbreitung von ABC-Waffen und ihrer Trägermittel gibt weiter Anlass zu großer Sorge. Das Bündnis weiß, ... dass dies eine direkte militärische Bedrohung der Bevölkerung, Hoheitsgebiete und Streitkräfte des Bündnisses darstellen kann.

46. ... das Bündnis (wird) für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist, wenngleich auf dem geringstmöglichen ausreichenden Niveau ... Einzig Nuklearwaffen machen die Risiken jeglicher Aggression unkalkulierbar und unannehmbar. Sie sind daher nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Friedens.

2.2 Merkmale nuklearer Streitkräfte

62. Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhin-

6 s.a.: <http://www.nato.int/docu/pr/2003/p03-064e.htm>

derung von Zwang und jeder Art von Krieg. Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen,.....

63. Ein glaubwürdiges nukleares Streitkräftedispositiv des Bündnisses und die Demonstration von Bündnissolidarität ... erfordern auch in Zukunft breite Teilhabe der in die kollektive Verteidigungsplanung involvierter europäischer Bündnispartner an nuklearen Aufgaben, der Stationierung von Nuklearstreitkräften.....

64. ... die NATO (wird) in Europa stationierte substrategische Nuklearstreitkräfte auf dem niedrigsten, mit der jeweils herrschenden Sicherheitslage zu vereinbarenden Niveau beibehalten, die ein ... Bindeglied zu den strategischen Nuklearstreitkräften darstellen

2.3 Kommentar General Naumann:

„In der gegebenen sicherheitspolitischen Lage – hier erwähne ich insbesondere die nuklearen, biologischen und chemischen Waffen und ihre Verbreitung samt ihrer Trägersysteme – halte ich einen Verzicht auf Nuklearwaffen zur Abschreckung und Kriegsverhinderung nicht für möglich.“

„Die Frage eines Erstschlags stellt sich für die Allianz grundsätzlich nicht. Denn ihr Charakter ist rein defensiv. Die Nato würde niemals Waffen außer zur Selbstverteidigung einsetzen. Sie sieht sich auch nicht als Gegner irgendeines Staats. Die nukleare Option betrachtet die Allianz als das schon erwähnte allerletzte Mittel zur Kriegsverhinderung und Beendigung einer Krise im Sinne der Abschreckung.“

Kommentar:

Eine Erstschlagsstrategie hat es in der NATO nicht gegeben, wohl jedoch die Option eines Ersteinsatzes. Diese Option ist heute noch gültig. Die Nuklearstrategie des Bündnisses hat sich seit der „FLEXIBLE RESPONSE“ nur materiell jedoch nicht konzeptionell geändert.

Die NATO beschränkt ihre Nuklearstrategie nicht auf Fälle extre-

mer Notwehrsituationen, in denen das reine Überleben eines Staates auf dem Spiel steht. Zudem gewährleistet die NATO nicht die Einhaltung der vom IGH bestätigten völkerrechtlichen Einschränkungen eines

V. Bundesrepublik Deutschland

Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik gemäß Weißbuch 2006

(...) „Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel (Proliferation) entwickelt sich zunehmend zu einer potenziellen Bedrohung auch für Deutschland. Staatliche und nichtstaatliche Akteure versuchen, sich Hochtechnologiegüter zu kriminellen Zwecken zu beschaffen. Darüber hinaus strebt eine Anzahl von Ländern den Besitz von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen an. Glaubhafte Abschreckung, ergänzt durch defensive Abwehrmaßnahmen, ...

„Deutsche Sicherheitspolitik im internationalen Rahmen.“

„... Für die überschaubare Zukunft wird eine glaubhafte Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses neben konventioneller weiterhin auch nuklearer Mittel bedürfen.

„... Bündnissolidarität und fairer Lastenteilung erfordern es, dass Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und der im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätze entsprechenden Beitrag leistet. [Substrategische Nuklearwaffen] „werden auf einem Mindestniveau gehalten, das zur Wahrung von Frieden und Stabilität ausreicht.“

„Ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zu den USA ist für die Sicherheit Deutschlands im 21. Jh. von überragender Bedeutung.“ ... „Deutschland strebt weiterhin nach Kompatibilität und Interoperabilität seiner Streitkräfte mit denen der Vereinigten Staaten ebenso wie mit denen seiner anderen Bündnispartner.“

Kommentar:

Zur nuklearen Teilhabe gehören die Stationierung von verbündeten

etwaigen Atomwaffeneinsatzes. Aus beiden Gründen verstößt die Nuklearstrategie der NATO gegen zwingendes Völkerrecht. Ein neuer Entwurf der Strategie erscheint daher zwingend erforderlich.

Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Konsultationen, Planung sowie die Bereitstellung von Trägermitteln, einschl. der In-Übunghaltung. Im nächsten Jahrzehnt veralten große Teile des nuklearen Arsenal der NATO. Trägerflugzeuge wie der Tornado und die F-16 erreichen das Ende ihrer tech-

VI. USA

National Security Presidential Directive 17 (NSPD 17)

„USA behält sich das Recht vor, mit überwältigender Macht, einschl. des möglichen Einsatzes von Nuklearwaffen, auf den Einsatz von MVW... zu reagieren.“⁷

Waffen des letzten Auswegs („last resort“)

Insbesondere nach dem 11. September 2001 wurden die „Schurkenstaaten“ und der internationale Terrorismus zu einer gesamtheitlichen Bedrohung durch mögliche ABC-Waffen fusioniert. Die NATIONAL SECURITY STRATEGY (NSS) 2002 und 2006 formulieren die grundlegenden Ziele der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Mittel zu ihrer Umsetzung), sie sind in Inhalt und Stil stark militärisch und offensiv geprägt. Kernpunkt ist das Bekenntnis der USA, ihre „beispiellose militärische Stärke sowie ihren großen wirtschaftlichen und politischen Einfluss“ zu nutzen, um ein „Mächtegleichgewicht zu schaffen“, das sich zugunsten der Freiheit neigt. Zur Durchsetzung dieser Ziele verfolgt die Strategie einen Ansatz, bestehend u.a. aus: der aktiven Bekämpfung von Terroristen und Schurkenstaaten, dabei wird der „präemptive Einsatzes militärischer Mittel“ betont – unter

7 Präs. Bush v. 14. Sept. 2002.

nischen Lebensdauer. Theoretisch wäre sogar eine Modernisierung der Waffen möglich.

Zu der Weiterentwicklung der Nukleardoktrin der USA ist Deutschland nicht gehört worden.

Im Rahmen einer künftigen Weiterentwicklung des Strategischen Konzepts der Allianz soll auch die künftige Rolle von Nuklearwaffen in Konsultationen in den dafür zuständigen Gremien überprüft werden.

Eine Aktion europäischer Parlamentarier fordert den Abzug aller 480 noch auf europäischem Boden stationierten US-Atomwaffen. Dieser Forderung neigt die französische Verteidigungsministerin Michele Alliot-Marie zu.

Einschluss nuklearer Waffen. In dem „NUCLEAR POSTURE REVIEW“ (NPR) von 2002 werden konventionelle und nukleare Streitkräfte konzeptionell integriert (*“Integrating conventional and nuclear attacks will ensure the most efficient use of force..”*) und ein umfassendes Spektrum militärischer Optionen geplant: *„U.S. strategic forces need to provide the President with a range of options to defeat any aggressor - nuclear weapons will continue to play a vital role“*. Nach einer Entscheidung des US-Senats von 2003 scheint die Zeit inzwischen reif zu sein, eine neue Generation taktischer Kernwaffen – der *“low yield mini-nukes”* mit einer Explosionskraft von 0,1 KT zu entwickeln, die den Zerstörungsherd eng begrenzt halten könnten. Der Kongress hat bisher einer Entwicklung solcher Waffen nicht zugestimmt.

„CONPLAN 8022“

Zur Vorbereitung von Einsätzen von Nuklearwaffen ist das US-Strategic Command (USSTRATCOM) in der Offutt Air Force Base in Nebraska mit neuen Vollmachten ausgestattet worden, um die Rolle eines „globalen Integrators“ zu übernehmen, der für Operationen im Weltraum, Nachrichten-Operationen, integrierte Raketenabwehr, für die Geheimdienste, die Überwachung und Aufklärung sowie

den globalen Angriff und die strategische Abschreckung zuständig ist. Um diesen Auftrag abzusichern, entstand gleichzeitig eine neue Führungsstelle: die Joint Functional Component Command Space and Global Strike (JFCCSGS/Kommandostelle für die vereinigten Komponenten Weltraum und weltweiter Angriff). The new Space and Global Strike command is tasked with implementing the new Global Strike mission assigned to STRATCOM in January 2003:

Zusammengefasst: JFCCSGS hat die Aufgabe, die Auslösung eines nuklearen Angriffs im Sinne der erwähnten Nuclear Posture Review (NPR) zu überwachen, die einen Einsatz nuklearer Gefechtsköpfe nicht nur gegen „Schurkenstaaten“, sondern notfalls auch gegen andere Nuklearmächte vorsieht. Es gibt unterschiedliche Szenarien, unter denen es gerechtfertigt sein könne, die Erlaubnis vom Präsidenten für den Einsatz dieser Waffen einzuholen. Bereits im November 2005 hatte das US Strategic Command eine Übung für einen „Global Lightning“ genannten Operationsplan abgehalten, bei der Angriffe mit konventionellen und atomaren Waffen gegen einen „fiktiven Feind“ simuliert wurden. Danach gab das US-Oberkommando einen „fortgeschrittenen Bereitschaftszustand“ bekannt.

Die operative Umsetzung einer solchen Planung trägt den Code-Namen Concept Plan („Conplan“) 8022 – das Planungstableau für strategische Szenarien, die Kernwaffen einbeziehen. Dabei gibt es eine aufschlussreiche Besonderheit: Bei „Conplan 8022“ ist der Einsatz von Bodentruppen nicht vorgesehen.

Kommentar:

Seine politische Brisanz gewinnt das Papier im Kontext der gescheiterten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages. Der unilaterale Kurs in der US-Sicherheitspolitik schwächt die dringend notwendige multilaterale Rüstungskontrolle und Abrüstung. Unmittelbar nach Bekanntwerden der US-Doktrin formierte sich Widerstand unter Wissenschaftlern in den USA und in anderen Ländern. Physiker, darunter zahlreiche Nobel-

preisträger, haben einen Appell gestartet.

Fast 90 Parlamentarier aus Europa haben wegen der neuen amerikanischen Nukleardoktrin einen Abzug aller US-Atomwaffen aus ihren Ländern gefordert.

Eine solche auch präemptiv (möglicherweise sogar präventiv) zu nutzende Einsatzdoktrin könnte es Nichtkernwaffenstaaten sinnvoll erscheinen lassen, sich selbst nukleare Waffen zur Abschreckung zu beschaffen.

Indem Nuklearwaffen in die Planung konkreter militärischer Operationen auf einem niedrigeren Niveau integriert werden, würde die Schwelle zur Anwendung atomarer Waffen herabgesetzt. Nukleare Waffen erhielten so eine neue Qualität als direkt auf dem Gefechtsfeld einsetzbare Waffen.

VII. Frankreich

Auch Frankreich und Großbritannien haben ihre Nuklearplanung im Sinne der amerikanischen Überlegungen umgestellt.

Präsident Jacques Chirac am 19.01.2006: „Eine solche Verteidigungspolitik beruht auf der Gewissheit, dass unsere lebensnotwendigen Interessen garantiert werden. Diese Rolle wird der nuklearen Abschreckung zugedacht, die sich in die direkte Fort-

VIII. Bedrohung

In Erklärungen der internationalen Gemeinschaft wird spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 immer wieder darauf verwiesen, dass in Zukunft auch Terroristen, d.h. Einzelpersonen, Massenvernichtungswaffen einsetzen könnten. Insbesondere die Zündung eines „primitiven nuklearen Sprengsatzes“ durch „substaatliche Akteure“ wird in Betracht gezogen. Eine Studie der Harvard-Universität kommt zu dem Schluss, dass die Explosion einer einfachen 10-KT-Bombe in Manhattan eine halbe Million Menschen töten könnte.⁸ Abgesehen von der zu er-

8 (M. Bunn, A. Wier, J.P. Holdren: Controlling Nuclear Warheads and Materials. A Report Card and Action Plan, commis-

So heißt es in dem Doktrin-Entwurf: „Für eine größtmögliche Abschreckung gegen den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen ist es unerlässlich, die US-Truppen auf den Gebrauch von Atomwaffen wirkungsvoll vorzubereiten und dass die US-Truppen zum Einsatz von Atomwaffen entschlossen sind, falls dies zur Vorbeugung oder zur Vergeltung eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen notwendig ist.“

Die Doktrin stünde damit in klarem Widerspruch zu den Initiativen der USA, zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, wie z.B. der „Proliferation Security Initiative“. Ebenso werden die Anstrengungen UN durch multilaterale Verhandlungen und die Arbeit der IAEA damit unterlaufen.

setzung unserer Präventionsstrategie einfügt. Sie ist deren letztes Mittel. ... Angesichts der Sorgen der Gegenwart und der Unsicherheiten der Zukunft bleibt die nukleare Abschreckung die grundlegende Garantie für unsere Sicherheit. Sie gibt uns die Macht, egal wo die Bedrohungen herkommen, Herrscher über unser Handeln, unsere Politik, über die Bewahrung unserer demokratischen Werte zu sein“

wartenden Panik und Lähmung der Metropole rechnet man mit direkten Kosten in Höhe von einer Billion Dollar. Weitere ökonomische und gesellschaftliche Folgen wären unabsehbar. Der Grund für die gestiegene Gefahr liegt im Erbe des Kalten Krieges und des Atomzeitalters, in dem weltweit in Nuklearenergie investiert und enorme Mengen an Nuklearmaterial (Sprengköpfe, Reaktoren, Atommüll, Plutoniumlager etc.) angehäuft wurden. „Quellen für radioaktives Material gibt es überall auf der Welt“, sagt der Generaldirektor der IAEA, Mohamed El Baradei. Annähernd 20.000 demon-

stritionierte taktische Nuklearsprengköpfe
sioned by the Nuclear Threat Initiative, März 2003, S. 15.

lagern immer noch in Russland. Hinzu kommen Depots mit schätzungsweise 1.000 Tonnen hochangereichertem Uran – genug für 20.000 Atombomben – sowie 160 Tonnen waffenfähiges Plutonium.

Somit hängen nukleare Sicherheit, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nuklearterrorismus unmittelbar zusammen. Noch heute gibt es zu viele ungesicherte Lagerstätten, Nuklearanlagen und Mülldeponien, die Ziel von terroristischen Anschlägen werden könnten, sei es, dass sie direkt angegriffen werden, sei es, dass waffenfähiges Material entwendet wird. Dies gilt nicht nur für die klassischen Nuklearmächte, sondern auch für Schwellenstaaten wie Pakistan, wo die Sicherheit von nuklearwaffenfähigem Material besorgniserregend ist. Vor allem die ungenügende Sicherheit der Atomkraftwerke und des Nuklear-

materials in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion rufen Besorgnis hervor. Wie russische Behörden meldeten, kam es in den vergangenen Jahren zu mehreren Fällen, in denen terroristische Gruppen Nuklearanlagen und -transporte ausspähten, mehr als 500 Mal wurde versucht, radioaktives Material illegal aus dem Land zu schaffen. Auch aus dem Reaktor Tschernobyl wurden zum Teil kiloschwere Brennstäbe gestohlen.

Wie wahrscheinlich sind nuklearterroristische Anschläge wirklich? Für UN-Generalsekretär Kofi Annan sind sie alles andere als Science Fiction, und die Indizien verdichten sich, dass es früher oder später tatsächlich dazu kommen wird.

Ein neues Konzept der nuklearen Abschreckung (beispielsweise gegen „mögliche Proliferateure“) erscheint nicht mehr ausgeschlossen zu sein.

Zusammenfassende Stellungnahme:

Solange Nuklear-Waffen und nukleares Material in der Welt existieren, besteht die Möglichkeit, dass sie an andere Staaten oder nichtstaatliche Akteure weiterverbreitet werden. Bei nichtstaatlichen extremistischen Gruppen ist die Aussicht auf Abschreckung durch die Mittel der vergeltenden Gewaltanwendung extrem gering. Das gilt auch eingeschränkt für „failed states“.

Um den Verzicht auf Atomwaffen durch die *Nicht-Atomwaffenstaaten* erreichen zu können, müssen diejenigen, die diese Waffen bereits haben, den ersten Schritt tun: Sie müssen Vertrauen in ihre guten Absichten schaffen. Es gibt ca. 44 Länder, die atomare Arsenalen entwickeln könnten, aber entschieden haben, dies nicht zu tun oder Entwicklungen abzubrechen. Darunter sind Kanada, Schweden, Japan, Südafrika und Brasilien.

Zu den wichtigsten Anreizen für Weiterverbreitung von nuklearen Waffen gehören: Bedrohungen durch einen Atomangriff, Bedrohungen durch einen konventionellen Angriff eines weit überlegenen Staates und nationales Prestige und Vorherrschaft. Diese Anreize lassen erkennen, dass Nuk-Waffen den Zielen schwacher

Staaten mehr nützen als den starken, militärisch überlegenen Staaten. Daraus lässt sich folgern, dass starke Staaten ihren nationalen Sicherheitsinteressen und ihren Bürgern mehr dienen würden, wenn sie auf dem Weg zu nuklearer Abrüstung weiter vorangingen, statt sich neue nukleare Optionen zuzulegen.

Ein ungleicher Vertrag, wie der NVV (Nicht-Verbreitungs-Vertrag mit einem Dreiklassensystem von Nuklearwaffenbesitzenden, Wiederaufbereitungserlaubten und eingeschränkt Nutzungserlaubten) ist langfristig instabil und politisch unhaltbar. Noch befinden sich keine Atomwaffen in den Händen von Terroristen, versichert die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien. Auch sei deren Herstellung bislang noch zu aufwendig und zu teuer, um sie außerhalb tradierter staatlicher Strukturen betreiben zu können. Sehr viel anders würde sich die Lage allerdings darstellen, wenn potenzielle Täter auf die mögliche Unterstützung durch Staaten rechnen könnten, die über Kernwaffen verfügen beziehungsweise diese entwickeln.

„Wir können Sicherheitsprobleme nicht mit militärischen Mitteln lösen

und keinesfalls mit militärischen Mitteln allein“, meint Jeffrey Sachs, Direktor des Earth Institute an der New Yorker Columbia University.

Nukleare Mittel sind heute mehr denn je ungeeignet, um in den prekären und differenzierten Sicherheitsbeziehungen zwischen und innerhalb der Staaten seine Vorstellungen durchsetzen zu können. Sie bringen für die hochentwickelten westlichen Industrienationen mit ihren offenen Gesellschaften und weltweiten Rohstoffabhängigkeiten kein Mehr an Sicherheit, weil ihre Abschreckungswirkung heute auf vielfältige Weise unterlaufen werden kann.

Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Richterspruch vom 08.07.1996 einstimmig festgestellt: „Es besteht eine völkerrechtliche Verpflichtung, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“

Es scheint, dass mit dem Ergebnis der NVV-Verlängerungskonferenzen auch über die zukünftige Rolle der Kernwaffen entschieden wird. Zwei grundlegend unterschiedliche Optionen zeichnen sich ab:

- Die eine bedeutet: Beibehaltung und Weiterentwicklung der Nuklearwaffen in den Kernwaffenstaaten und Neudefinition ihres Einsatzspektrums. Eine Steigerung des Strebens anderer Staaten nach Besitz oder Kontrolle von Massenvernichtungswaffen wäre damit verbunden.
- Die zweite Option hieße: die Bedeutung von Kernwaffen in der internationalen Politik Schritt für Schritt auf den kleinstmöglichen „level of ambition“ (Fähigkeitsbene) zu reduzieren, verbunden wäre damit eine erhebliche Verringerung des Anreizes für andere Staaten, Kernwaffen zu erstreben. Unabdingbare Voraussetzung dafür wäre die Aufrechterhaltung eines wirksamen umfassenden Kontroll- und Sanktionsregimes der Völkergemeinschaft. □

PROLIFERATIONSPROBLEMATIK:

Chronologie und Hintergründe des Konflikts um die Atomprogramme des Iran und Nordkoreas

VON WERNER BÖS

1. Die Kontroverse und ihre Hintergründe

Nordkorea und Iran sind der Ansicht, dass sie Nuklearwaffen zur Selbsterhaltung brauchen. Sowohl in Teheran als auch in Pjöngjang glauben Militärs und Regierungen, dass nur der Besitz von Massenvernichtungswaffen tatsächliche oder eingebildete Bedrohungen abschrecken kann.

Bereits 1968 unterzeichnete Iran den Atomwaffensperrvertrag und ratifizierte ihn 1970. Signatarstaaten haben dem Vertrag zufolge das Recht, Kernenergie ausschließlich für zivile Zwecke einzusetzen. Jedwede militärische Nutzung ist untersagt und mit Sanktionen bedroht. Der Iran hält diese Position für „scheinheilig“ und „doppelzünftig“ und verweist einerseits auf das ursprüngliche Ziel des Vertrags, nämlich die globale nukleare Abrüstung voranzutreiben, andererseits auf das Verhalten der drei Atommächte Israel, Indien und Pakistan, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Diese drei Staaten eigneten sich Atomwaffen in Geheimprojekten an (Israel 1968, Indien 1974, Pakistan 1990). Im Dezember 2003 unterzeichnete der Iran nach einem Ultimatum der IAEA zwar das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag, ratifizierte es bislang aber nicht. Das 1997 von der IAEA beschlossene Zusatzprotokoll ergänzt den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968. Es gestattet z.B. unangemeldete Kontrollen durchzuführen, die auf Grund der Erfahrungen mit den Atomrüstungsplänen des Iraks nach dem Zweiten Golfkrieg für notwendig erachtet wurden.

Im Jahr 2002 wurde bekannt, dass der Iran Atomanlagen unterhielt, die der IAEA verheimlicht worden waren, unter anderem in Natans und Arak.

Doch dies ist nicht der einzige Anlass, der das Misstrauen der IAEA und zahlreicher Staaten insbesondere Israels gegenüber der Regierung in Teheran verstärkte. So handelt es sich insbesondere bei der Urananreicherung um eine so genannte Dual-Use-Technologie, also ein Verfahren, das sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken, wie zum Beispiel zur Herstellung von Atomwaffen, verwendet werden kann. Jedoch ist für den gegenwärtigen Stand iranischer Atomstromgewinnung nach Ansicht von Experten kein angereichertes Uran erforderlich. Sollte das ein Einwand sein, so entkräftet ihn allerdings – rein rechtlich gesehen – der Atomwaffensperrvertrag selbst: Unterzeichner dieses Abkommens haben sogar Anspruch auf Unterstützung bei der Urananreicherung.

Die Regierung in Teheran erlaubte zunächst Inspektionen der IAEA und stellte die Urananreicherung vorübergehend sogar ein. Nach wie vor wird vehement jegliches Streben nach Atomwaffen bestritten. Man frage sich, warum es dem Land nicht erlaubt sein sollte, seine Energieversor-

gung zu diversifizieren, besonders vor dem Hintergrund der Verdopplung der iranischen Bevölkerung in den vergangenen 20 Jahren und der weltweiten Sorge um eine Erschöpfung der Ölvorräte. Angesichts steigender Ölpreise ist es für Iran auch wirtschaftlich von Interesse, mehr Öl zum Export zur Verfügung zu haben und Strom im Inland mit Atomkraft zu produzieren. Derzeit verbraucht der Iran ca. 40 Prozent seiner Ölförderung selbst.

Insbesondere die USA halten dagegen, dass der Iran kein Atomprogramm brauche, da das Land über umfangreiche Öl- und Erdgasreserven verfüge und deren Ausbeutung billiger sei als die Bemühungen zur Gewinnung nuklearer Energie. Der Iran bezichtigt die USA im Gegenzug, lediglich das seiner Meinung nach illegale Atommonopol Israels im Nahen Osten aufrechterhalten zu wollen.

Zwei der Hauptgründe, die gegen ein iranisches Atomprogramm ins Feld geführt werden, ist die Machtverlagerung in Nahost auf die iranische Seite und Ängste der israelischen Regierung. Hinzu kommen die z.T. stark ausgeprägten fundamentalistischen Strukturen wie auch die in den meisten westlichen Medien als gesichert geltende Unterstützung militanter Gruppierungen wie der libanesischen Hisbollah durch die derzeitige Regierung in Teheran.

Dass Nordkoreas Ingenieure es jetzt geschafft haben, die Bombe zu bauen, verdanken sie keineswegs allein ihrer Leistung. Dies ist vielmehr das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit mit Pakistan und China. Bereits in den neunziger Jahren hatten chinesische Ingenieure ihren pakistanischen Kollegen wichtiges Know-how und Gerät für den Bau einer Atombombe geliefert, von denen ein Teil später nach Nordkorea und in den Iran gelangte.

2. Iran

2.1 Entwicklung im Jahr 2005

- Im August 2005 lehnt der Iran die Vorschläge der „EU-Troika“ (die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands) für ein umfassendes technisches, wirtschaftliches und politisches Kooperationsprogramm mit dem Hinweis ab, die EU bestreite Iran die friedliche Nutzung der Kernenergie.
- Im September 2005 beschließt die IAEA – bei Enthaltung Russlands und Chinas –, dass sie kein Vertrauen habe, dass das Atomprogramm Irans nur friedlichen Zwecken diene.
- Der Iran hat seine Uran-Aufbereitungsanlage in Isfahan wieder in Betrieb genommen und mit der Umwandlung von Uranerz als Vorstufe der Urananreicherung begonnen.
- Iran verweist auf Ahmadinedschads Kompromissangebot

im September 2005 vor der UN-Vollversammlung. Danach würde der Iran sein Anreicherungsprogramm als Joint Venture mit privaten und staatlichen Nuklearunternehmen aus anderen Ländern betreiben.

- Ende Oktober 2005: Präsident Mahmud Ahmadinedschad fordert, Israel von der Landkarte zu tilgen.
- November 2005: Trotz internationaler Warnungen treibt Iran seine Pläne zur Uran-Anreicherung im eigenen Land voran und will nicht darauf verzichten. Das iranische Parlament erlässt ein Gesetz, wonach die Regierung im Falle des Überweisens Irans an den VN-Sicherheitsrat verpflichtet wird, alle ihre freiwilligen Maßnahmen zu beenden. Der Iran hat u.a. der IAEA erlaubt, seine Atomanlagen unangekündigt zu kontrollieren. Unberührt bliebe das im Atomwaffensperrvertrag festgelegte Mindestmaß der Zusammenarbeit.
- 16.11.05: Ahmadinedschad erklärt, die Hauptaufgabe seiner Regierung sei es, „den Weg für die glorreiche Wiederkehr von Imam Mahdi zu ebnen“. Der geheimnisvolle 12. Imam des schiitischen Islams verschwand 941 n.Chr. als Kind. Seitdem warten die Schiiten auf sein erneutes Erscheinen – im Glauben, dass er dann sieben Jahre lang herrscht, bevor er das Jüngste Gericht und das Ende der Welt herbeiführt. Um sich auf Mahdi vorzubereiten, soll der Iran „zu einer mächtigen fortschrittlichen und beispielhaften islamischen Gesellschaft werden“.
- 24.11.05: Selbstbewusst verbittet sich das iranische Parlament Ultimaten und Abenteuererium von Seiten des Westens und stützt damit die weitgehend kompromisslose Position von Präsident Mahmud Ahmadinedschad.
- Teheran fühlt sich nicht mehr an das freiwillige Moratorium gebunden, das man den EU-3 (London, Paris und Berlin) in Paris vor einem Jahr versprochen hatte.
- 26.11.05: Der Iran bestreitet ein geheimes Atomwaffenprogramm und argumentiert, alle Nuklear-Aktivitäten dienten ausschließlich der Stromerzeugung.

Gemäß der IAEA ist die Anreicherung legal, solange sie deklariert wird, was die Lage noch verkompliziert.

- 28.11.05: Ahmadinedschads Verbalattacken und Provokationen gegen Israels Existenz und das Auftauchen einer aus Pakistan importierten Bauanleitung für die Bombe verstärken die westlichen Befürchtungen.
- Israel fordert, im Streit mit der iranischen Staatsführung nicht nur auf Verhandlungen zu setzen. Angesichts des extremen Hasses müssten auch andere Lösungen vorbereitet werden.
- 10.12.05: Am Tag der Entgegennahme des Friedensnobelpreises warnt IAEA-

Chef Mohammed al-Baradei vor einer militärischen Lösung und bezeichnet sie als „absolut kontraproduktiv“. Nur mit Diplomatie und Zusammenarbeit sei dem Konflikt zu begegnen. Die IAEA betont, dass bisher keine Beweise für iranische Nuklearwaffenpläne existieren. Sie warnt weiter vor der Gefahr des nuklearen Terrorismus, der durch einen großen Schwarzmarkt für nukleares Material und Ausrüstungen entstanden sei. Außerdem sei die Stagnation bei der nuklearen Abrüstung beunruhigend.

- 14.12.05: Papst Benedikt XVI ruft die internationale Gemeinschaft zu neuen Abrüstungs-Initiativen auf, die auch Atomwaffen umfasst.
- Der israelische Generalstabschef glaubt, dass Iran noch eine Reihe von Hindernissen überwinden müsse, so dass eine Atombombe frühestens 2008 einsatzbereit wäre.
- 17.12.05: Auf dem EU-Gipfeltreffen wird vereinbart, die „diplomatischen Optionen sorgfältig zu prüfen und das Verhalten der EU den iranischen Erklärungen und Aktionen“ anzupassen. Trotz der scharfen Verurteilung hält die EU an ihrer Absicht fest, am 21.12.05 in Wien Gespräche über die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu führen.
- Unter Berufung auf den BND wird berichtet, dass Iran von Nordkorea 18 Raketenbausätze der mobilen BM-25 mit einer Reichweite von 2.500 km gekauft habe. Das Bedrohungsszenario für Deutschland und die NATO habe sich verändert.
- Nach Ahmadinedschad fürchtet der Iran westliche Drohungen nicht und droht seinerseits mit der Beendigung aller freiwilligen Kontrollen iranischer Atomanlagen durch die IAEA, falls die EU den Sicherheitsrat anrufen sollte. Immerhin hatte Iran fast zwei Jahrzehnte sein Atomprogramm vor der IAEA geheim gehalten. Theoretisch drohten damit Sanktionen und politische Isolation. Ein Austritt des Irans aus der IAEA würde diese ohne jegliche Kontrollmöglichkeiten lassen.



(Grafik: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Atomprogramm_des_Iran_2.png)

2.2 Entwicklung im Jahr 2006

- 10.01.06: Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates fordern den Iran in getrennten Schreiben auf, die Forschung am nuklearen Brennstoff-Kreislauf zu stoppen. Zugleich wird er aufgefordert, wieder zu ernsthaften Verhandlungen mit den Europäern zurückzukehren.
- 12.01.06: Die EU-Drei erklären, dass ihre Gespräche mit dem Iran an einem toten Punkt angekommen sind und wollen eine Sondersitzung des Gouverneursrats der IAEA beantragen. Dieser müsse über die Einschaltung des Sicherheitsrates befinden.
- 14.01.06: Präsident Bush und Bundeskanzlerin Merkel erklären, „die rote Linie“ sei überschritten. Dem Iran müsste gezeigt werden, dass sich die Staatengemeinschaft nicht provozieren lässt. Die Empfehlung der EU-Drei, den Sicherheitsrat einzuschalten, wird begrüßt. Zunächst aber müsse das IAEA –Direktorium dem Sicherheitsrat Bericht erstatten.
- Der VN – Generalsekretär, Kofi Annan, bietet seine Vermittlungsdienste an, will jedoch einer etwaigen Entscheidung des Sicherheitsrates nicht vorgreifen. Er legte dem Iran nahe, jede Eskalation zu vermeiden, Zurückhaltung zu wahren und Gesprächen noch eine Chance zu geben. Den westlichen Staaten empfiehlt er, das Nukleardossier nicht dem Sicherheitsrat vorzulegen.
- 18.01.06: Die Europäer haben mit der Ausarbeitung einer Resolution begonnen, die den Fall vor den Sicherheitsrat bringen soll. Der Text soll den Mitgliedern IAEA am 2. Februar vorgelegt werden. Der Textentwurf fordere Iran auf, rasch, umfassend und transparenter mit dem Weltsicherheitsrat zusammenzuarbeiten; Sanktionen würden nicht gefordert.
- Iran, die zweitgrößte Erdgas- und fünftgrößte Erdölmacht, droht als Reaktion mit einer Ölkrise.
- Ahmadinedschad trifft radikale Palästinenser und sichert ihnen Unterstützung ihres „gerechten Kampfes“ zu. Weiter besucht er Syriens Präsident Assad und verdeutlicht die enge Partnerschaft und „tief verwurzelten, starken, dauerhaften und alten Verbindungen“. Offene antisemitische Äußerungen machte er bei diesen Besuchen nicht.
- 23.01.06: Ahmadinedschad ruft die islamischen Staaten auf, ihre wirtschaftliche Stärke als Waffe gegen den Westen einzusetzen, um Feinden „die Hände abzuhacken“; parallel zu dem „politischen Krieg“. Gleichzeitig stimmt Iran neuen Kontrollen durch IAEA-Inspektoren zu und wertet dies als Signal des guten Willens.
- 26.01.06: Iran äußert sich wohlwollender als zuvor zum russischen Vorschlag, die umstrittene Urananreicherung gemeinsam auf russischem Boden zu betreiben.
- Ein Treffen von Vertretern der iranischen Regierung und der EU in Brüssel blieb ohne nennenswerte Fortschritte. Wohl auch deshalb gelang es beim späteren Treffen der Außenminister der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (FR,GBR,USA,CHI,RUS) sowie Deutschland in London eine gemeinsame Strategie für die Sitzung der IAEA am 02.02.06 in Wien zu beschließen: Der IAEA – Gouverneursrat soll mit möglichst großer Mehrheit seiner 35 Mitgliedstaaten den Atomstreit mit dem Iran an den Sicherheitsrat der VN verweisen.
- 05.02.06: Der Resolutionstext des IAEA-Gouverneursrats wird von 27 Vertretern der Staaten mit Gegenstimmen von u.a. Iran, Kuba, Venezuela und Syrien angenommen. Die Zustimmung der Regierungen steht noch aus. Die Resolution sieht vor, dass die IAEA dem SR über den Iran berichtet. Ägypten und andere arabische Staaten verlangten im Text den Einschluss einer atomwaffenfreien Zone im gesamten Nahen und Mittleren Osten (Israel!). Der VN-SR soll aber nur dann aktiv werden, wenn der Iran die Forderungen der IAEA nach Einstellung der Urananreicherung nicht einstellt.
- Iran stellt aus Protest gegen die geplante Einschaltung des Weltsicherheitsrates in den Atomstreit im März schriftlich die freiwillige Zusammenarbeit mit der IAEA ein. Dadurch werden unangemeldete Kontrollen unmöglich.
- Bundeskanzlerin Merkel setzt bei der Münchner Sicherheitskonferenz dennoch weiter auf Diplomatie, den „Prozess will keiner abbrechen“.
- 12.02.06: Iran sagt die Gespräche mit Russland über eine Urananreicherung in Russland als Kompromiss, die für den 15.02.06 angedacht waren, ab. Der SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck verlangt kategorisch, dass alle militärischen Optionen vom Tisch müssen. Deutschland müsse auch im Konflikt mit dem Iran Friedensmacht bleiben.
- 13.03.06: Wie von der IAEA verlautet, hat der Iran den Konfrontationskurs verschärft, indem er wieder in geringem Umfang Uran anreichert, „Urangas ist in drei Maschinen geleitet worden“.
- 18.02.06: DIE WELT-Umfrage unter Deutschen ergibt: Mehrheit sieht das Atombomben-Programm des Iran als große Gefahr und jeder dritte Deutsche ist für einen Militärschlag.
- 20.02.06: Gespräche in Moskau zwischen Russland und Iran über Atom-Kompromiss aufgenommen. Vorschlag wird von Iran als Einschränkung seiner Souveränität empfunden und droht mit Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag. El Baradei sieht Möglichkeit, Iran den Betrieb einer Pilotanlage zur Gesichtswahrung zu erlauben.
- 03.03.06: Die EU – Drei machen einen weiteren Versuch und treffen sich in Wien mit dem iranischen Chefunterhändler auf Bitten des Iran, um vor der Sitzung der IAEA eine Lösung zu finden. Nach zwei Stunden endet das Treffen ergebnislos. Russland und China mahnen zur Geduld und sehen weiter Chancen für diplomatische Einigung. Ahmadinedschad warf der IAEA politische Voreingenommenheit vor.
- 05.03.06: Die USA fordern bereits Sanktionen gegen den Iran und lehnen eigene direkte Gespräche mit dem Iran ab. Gleichzeitig akzeptiert Präsident Bush die Atommacht Indiens außerhalb des Sperrvertrages und schließt mit ihr Verträge über den weiteren Ausbau.
- 06.03.06: Der Gouverneursrat der IAEA hat Beratungen aufgenommen. El Baradei warnt zum Auftakt vor einer Konfrontation zwischen dem Westen und dem Iran. Er schlägt mit Russland als Kompromiss vor, dass der Iran in einer Pilotanlage weiter zur Urananreicherung forschen dürfe.
- 09.03.06: Teheran bleibt kompromisslos. Der Gouverneursrat der IAEA überweist gem. Resolution vom 05.02.06 den Atomstreit an den VN-Sicherheitsrat, der Sanktionen verhängen könnte. Die zentrale Botschaft des Berichtes ist die Unsicherheit über den möglichen Atomwaffenbau und

die Rolle des Militärs. Aber das ist noch nicht das Ende der Diplomatie; parallel soll weiter in der IAEA verhandelt werden.

- Der geistliche Führer des Iran, Ali Chamenei, unterstützt Ahmadinedschads Haltung, der bei Versammlungen im ganzen Land mit der Einstellung der Ölexporte droht, die den Westen härter treffen würde als die Sanktionen den Iran.
- 21.03.06: Die EU-Drei bieten dem Iran unter Bedingungen neue Verhandlungen an. Voraussetzung sei der Stopp der Urananreicherungsaktivitäten.
- 25.03.06: Uneinigkeit im VN-Sicherheitsrat über den Inhalt einer VN-Präsidentenerklärung. Russland und China blockieren die Beratungen auf Botschafterebene. Sie haben Bedenken, dass Drohungen mit Sanktionen zum völligen Abbruch der Zusammenarbeit des Iran mit der IAEA führen könnten. Weiter sind gegen eine kurze Frist von zwei Wochen, binnen der der Iran den Forderungen der IAEA nachkommen soll. Einer Erklärung müssen alle 15 Mitglieder des VN – Sicherheitsrates zustimmen. Für eine Resolution ist die Unterstützung von 9 Mitgliedern erforderlich, ohne ein Veto der 5 ständigen Mitglieder.
- Inzwischen lässt eine technische Nachricht aus dem Iran die westlichen Diplomaten aufhorchen: In einer Atomfabrik des Landes ist es gelungen, 164 Gaszentrifugen miteinander zu einer sog. Kaskade zu verbinden, mit der auch Sprengstoff für Atombomben hergestellt werden kann. Eine Schlüsseltechnologie, die den Iran zum Bau der Bombe in schon fünf Jahren befähigen kann.

2.3 Bewertung:

- Die IAEA inspizierte erstmals im Februar 2003 iranische Nuklearanlagen. Zwar konnten keine eindeutigen Beweise, aber viele Hinweise für ein Atomprogramm gefunden werden. Teherans Bereitschaft zur Offenlegung war und ist ungenügend. Auf internationalen Druck hatte der Iran die Urananreicherung im Oktober 2003 ausgesetzt.
- Mit der jetzigen Wiederaufnahme der Atomforschung will Iran wieder in begrenztem Umfang Uran anreichern, angeblich als Teil der geplanten Experimente zur Schließung des atomaren Brennstoff-Kreislaufs.
- Im Iran gibt es eine weit verbreitete Meinung, dass er sein im Atomsperrvertrag verbrieftes Recht auf die volle zivile Nutzung des nuklearen Brennstoffkreislaufs verteidigen müsse. Diese Frage ist für fast alle Bürger eine Frage des Nationalstolzes geworden.
- Aber das Streben der Hardliner nach der Verfügbarkeit der nuklearen Waffentechnologie findet keineswegs ungeteilte Zustimmung. Auch der aggressive Konfrontationskurs Ahmadinedschads spaltet die Führungselite. Selbst konservative Gruppen wollen keinen gewaltsamen Konflikt mit dem Westen.
- Der Iran verfolgt den Besitz eigener Nuklearwaffen. Es gibt sonst keine Erklärung, warum sie selbst die Anreicherung vornehmen wollen. Der Brennstoff für friedliche Nutzung würde ja geliefert werden. Darüber hinaus arbeitet der Iran an der Verbesserung der Reichweite seiner Mittelstreckenraketen. Wenn man beide Bemühungen verbunden betrachtet, dann ist eine Bedrohung fassbar.
- Stimmen fragen, warum dürfen Israel, Pakistan und Nordkorea die Atombombe besitzen, aber Iran nicht? Weil sich die arabische Welt vom Westen nicht ernst genommen fühlt, wird der Iran als antiamerikanisches und antiisraelisches Machtzentrum der islamischen Welt immer stärker. Der Atomstreit zusammen mit den Drohungen gegen Israel, haben den Iran des Ahmadinedschad bereits ins Zentrum gerückt.
- Der Westen besteht zu Recht darauf, dass Teheran verbindlich und kontrollierbar auf die militärische Nutzung der Atomkraft verzichtet. D.h. die Urananreicherung ganz vom Iranischen Boden fernzuhalten, um Missbrauch zu verhindern.
- Die Motive, die Iran nach der Bombe streben lassen, sind: Zweite Atommacht neben Israel zu werden, Führer der muslimischen Welt zumindest im Nahen und Mittleren Osten und neue Vormacht zu sein. Die kompromisslose Haltung soll die moderaten Kräfte in Teheran ausschalten und das Land auf einen harten islamistischen, antiwestlichen Kurs bringen. Seit einem Jahr ist der Iran dabei, seine Anlagen zu verbunkern.
- Zusammen mit dem umfassenden amerikanisch/europäischen Kooperationsangebot (zivile Atomtechnik, Handelsverträge, Mitgliedschaft in WTO) hätte der russische Vorschlag eine Brücke sein können, um sich ohne Gesichtsverlust aus der selbst verschuldeten internationalen Isolation zu befreien.
- Angesichts des latenten Widerstandes von Russland, China und mehreren Mitgliedern aus der dritten Welt hat sich die Einschaltung des Sicherheitsrates bisher als stumpfe Waffe erwiesen. Vor allem Putin wird sich entscheiden müssen zwischen seiner nur halbherzigen Unterstützung der EU/USA und der Rückendeckung für Irans Forderungen. Hier ist ein internationales Spannungspotential das weit über die engere Region hinausgreift. Jede Uneinigkeit der Weltgemeinschaft spielt Iran in die Hände.
- Der Westen kann sich nicht in Sicherheit wiegen. Dem Defätismus, wonach der Aufstieg Irans zur Atommacht letztlich nicht zu verhindern sei, aber auch nicht die größte Katastrophe wäre, darf man sich nicht hingeben. Der Scheintrost, dass Atommächte schon lernten, mit der Verantwortung umzugehen, die Ihnen die Bombe aufbürdet, setzt allerdings Rationalität voraus, die beispielsweise Selbstmordattentätern fremd ist.
- Ahmadinedschad wartet nur auf Repressalien des Westens, die ihm Gelegenheit zur großen Geste geben, damit der persische Löwe der Welt die Zähne zeigen kann. Er kann sich so als Gralshüter muslimischer Interessen gebärden und dem Westen sagen, was Millionen in der arabischen Welt denken und deren Herrscher niemals zu sagen wagen.
- In vielen Staaten der freien Welt würden Ahmadinedschads Äußerungen den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen, im Iran sind sie fester Bestandteil üblicher Propaganda. Es ist ein bewährtes Mittel diktatorischer Regime, einen äußeren Feind zu attackieren, um bröckelnde Stabilität nach innen zu festigen.
- Sie sind Teil einer prononciert antiwestlichen Regierungspolitik, die einen Ausgleich mit dem Westen nicht nur nicht sucht, sondern geradezu fürchtet, dass dies gesellschaftliche Reformen im Iran unterstützen könnte.
- Der Westen scheut sich, politische Konsequenzen zu ziehen. Er belohnt skandalöse Äußerungen noch mit diplomatischer Annäherung. Das nennt man Appeasement. Dagegen

wird eingewendet, wenn man Iran isoliere, gehe auch der Einfluss auf die Führung in Teheran verloren. Aber was hat das bisher gebracht. Die Europäer und die USA haben die Wiederaufnahme der Uranumwandlung in 2005 geschluckt, die „rote Linie“ wurde notgedrungen bis zur kritischen Urananreicherung nach vorn geschoben. Nuklearanreicherung in nationaler Regie bedeutet die Gefahr des Atombombenbaus, der Israel konkret und massiv gefährdet. Und den es nicht zulassen wird.

- Eine Minderheit der Iran-Insider glaubt, dass der rhetorische Lärm aus Teheran und das Katz-und-Maus-Spiel Verhandlungstaktik sei: Mit Maximalforderungen will Iran letztlich ein Minimum erreichen, heißt es hier. Innenpolitisch stärken die Drohungen des Westens die Position Ahmadinedschads. Er braucht den Hass und den Atom-Nationalismus, weil nur sie die Iraner hinter ihm vereinen.
- Der Konflikt mit dem Iran eskaliert. Und eine militärische Intervention, sei es durch die USA, sei es durch Israel, ist längst keine rein theoretische Option mehr, wenn der Iran seine Nuklearkoptionen nicht aufgibt oder sich einer strengen internationalen Kontrolle unterwirft. Doch schon Kriegspläne führen zu einer nicht gewollten Solidarisierung der Menschen in der islamischen Welt.
- Die USA glauben nicht mehr an eine politische Lösung und unterstützen die EU nur pflichtschuldig. Ahmadinedschads Hetze hat es geschafft, dass der Iran in den USA als echte Bedrohung wahrgenommen wird. Mit der Einschaltung des VN-SR geht die Suche nach diplomatischen Lösungen in die letzte Runde. Je mehr die Bedeutung Irans für die Energieversorgung (Gas, Öl), vor allem der asiatischen Großmächte in den kommenden Jahren wachsen wird, desto schlechter stehen die Chancen des Westens, im Streit um das iranische Atomprogramm eine „internationale Gemeinschaft“ gegen Teheran zu mobilisieren. Zudem auch Russland aus geostrategischen Gründen eine schwer durchschaubare Rolle spielt und den Iran mit 29 mobilen Flugabwehrraketen beliefern will.
- Es ist zu fragen, ob der Iran im Nervenduell mit dem Westen bisher überhaupt die richtigen Botschaften erhalten hat. Ob es nicht aus Teheraner Sicht sogar ein Erfolg war, Europa so lange hingehalten zu haben. Und vor allem, ob die Eskalation nicht vermeidbar gewesen wäre, wenn man dem Iran früh hätte spüren lassen, dass es sich hier nicht um rhetorisches Armdrücken handelt.
- Nun ist Härte zu erwarten, auch von den bisher kooperationsbereiten Europäern – möglicherweise zu spät. Die ausdauernde Diplomatie der Europäer mehr als ein Jahr lang, mögen taktisch falsch gewesen sein. Politisch allerdings besteht nach diesem Jahr kein Zweifel mehr, dass mit viel Geduld und warmen Worten im Iran nichts zu erreichen ist. Weil der Prozess der so lange torpedierten Verständigungsbemühungen so lange erduldet wurde, sollte es nun umso leichter fallen die harten Konsequenzen zu ziehen.
- Teheran meint es ernst mit seinem Atomprogramm und blufft nicht. Es hat seine Chance vergeben, aus seinem Paria-Status erlöst zu werden. Das Atomprogramm ist längst zu einer Angelegenheit nationaler Ehre mutiert, ein Selbstbehauptungs-Beweis gegen alles Westliche, ein Stützkorsett für den fundamentalistischen Trotz. Wer diese Logik mit Annäherungsversuchen belohnt, nährt lediglich die Hals-

starrigkeit. Wer jetzt die Konfrontation mit dem Iran scheut, der wird später einen viel höheren Preis zu entrichten haben. Es geht darum, dem gefährlichsten aller Länder die tödlichsten Waffen zu versagen.

- Die US-Regierung hofft, wie die Europäer auch, auf die Wirksamkeit von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Mit dem erklärten Ziel, Atomwaffen in den Händen Teherans auf keinen Fall zuzulassen, ist auch die militärische Option schon definiert.
- Der Konflikt scheint unaufhaltsam zu eskalieren. Doch ein Angriff gegen die nuklearen Forschungs- und Produktionseinrichtungen im Iran oder ein regelrechter Krieg, all das steht keineswegs unmittelbar bevor, und er ist noch immer vermeidbar. Zweieinhalb Jahre lang hat der Iran die Verhandlungspartner der EU mit einer Mischung aus Zugeständnissen, Halbwahrheiten, Provokationen und Drohungen hingehalten. Jetzt bleibt dem Mullah-Regime wahrscheinlich nur noch wenig Zeit, um internationales Vertrauen zurück zu gewinnen.
- Viel wahrscheinlicher ist, dass der SR eine Phase der klaren Forderungen, Ultimaten und Sanktionen einleiten wird. Wenn der SR glaubwürdig bleiben will, ist dann in letzter Konsequenz auch ein Mandat für Militäraktionen unvermeidbar. Das Blatt wenden kann nur die iranische Führung selbst.
- Der Westen darf sich nicht durch Drohgebärden beeindrucken lassen. Der Iran ist schwächer und weniger stabil als er sich gebärdet. Trotzdem darf es keinen Automatismus geben mit einem unausweichlichen Ausgang wie beim Irak-Krieg, der den Fundamentalismus in der muslimischen Welt geschürt und den islamischen Terroristen in die Hände spielte.

2.4 Problemlösungsansätze/-fragen:

- Wie schaffen wir eine Umwelt, in der Atomwaffen wie Sklaverei oder Genozid als Tabu und eine historische Anomalie gelten?
- Kann die Gründung einer multinationalen Bank für atomare Brennstoffe allen Ländern Zugang zu dem Material für friedliche Zwecke verschaffen? Kann so der Bau von eigenen Atomanlagen verhindert werden, die auch zum Bau von Waffen eingesetzt werden könnten? Könnten sich nicht auch weitere Staaten außer dem Iran an der russischen Urananreicherung beteiligen und damit Teile des Brennstoffkreislaufs unter multilaterale Kontrolle bringen.
- Kann die Zuständigkeit für die Nuklearfrage Ahmadinedschad entzogen werden, obwohl er viele wichtige Posten in der Regierung schon mit seinen engsten Vertrauten aus dem Kreis der Revolutionsgarden besetzt hat? Sind oppositionelle Kräfte noch willens und in der Lage, Widerstand gegen die Radikalisierung zu leisten?
- Hat die Einschaltung des Sicherheitsrates der VN eine Wende gebracht? Oder ist aller Dialog und Verhandeln nur ein Zeitgewinn für Irans Nuklearpläne. Könnte eine verurteilende Resolution die Isolation des Iran in der Völkergemeinschaft bedeuten, die das Land am stärksten treffen würde? Ist das Risiko einer Eskalation beherrschbar, wenn der Iran die Weisung des Sicherheitsrates ignoriert und ihn zum Handeln zwingt?
- Können politische (Abbruch der diplomatischen Bezie-

hungen und weit reichende Isolation, Ausschluss Irans von der Weltmeisterschaft – von der FIFA jedoch abgelehnt, Erklärung von Ahmadinedschad zur unerwünschten Person, Einreiseverbote) und wirtschaftliche Sanktionen (Errichten eines Handelsembargos trotz eigener Betroffenheit, Blockade der Ölverkäufe, Einschränkung des iranischen Flugverkehrs, Sperren von Auslandskonten und internationaler Kredite) bis hin zum Ausschluss aus den VN eine Richtungsänderung der iranischen Nuklearpolitik bewirken? Oder würde eine solche Eskalation schneller als jemandem lieb zum bewaffneten Konflikt führen? Zumindest aber zum Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag und einem Stopp der Öl- und Gaslieferungen?

- Sollte der Westen trotz allem den Iran als gleichberechtigtes Mitglied behandeln und eine KSZE-ähnliche Organisation mit vertrauensbildenden Maßnahmen im Mittleren Osten anstreben? Verhandlungen auf Augenhöhe statt Strafdiplomatie sowie Kulturaustausch und Städtepartnerschaften?
- Hat der Westen nicht Anlass, sich selbst und seine Doppelstandards (z.B. USA-Indien) zu prüfen und den aufrichtigen und intensiven Dialog und die beispielhafte Zusammenarbeit mit den gemäßigten Kräften des Islams zu suchen? Sind Abschottung und Einsatz von Machtmitteln nicht weniger überzeugend als Freiheit, Toleranz und Verantwortung, die stärksten Argumente des Westens?
- Kann es sein, dass es für das Iran-Problem vorerst gar keine Lösung gibt? Bleibt bei dieser Lage einstweilen nicht nur der Aufbau einer Drohkulisse, die nicht mehr die Verhinderung der iranischen Bombe, sondern die Verzögerung, und damit die Hoffnung zum Ziel hat, dass sich in der Zwischenzeit die politischen Bedingungen im Iran ändern? Vielleicht auch durch Einflussnahme auf die innere Entwicklung von außen? Noch haben wir die Zeit, denn der Iran steht noch immer vor großen technischen Problemen bis er sein Ziel in 5 bis 10 Jahren erreichen kann.

2.5 Fortschreibung der Entwicklung:

- 30.03.06: Nach dreiwöchigen Verhandlungen hat der Weltsicherheitsrat eine Erklärung des Präsidenten zum iranischen Atomprogramm beschlossen. Er fordert den Iran auf, alle Forderungen der IAEA zu erfüllen und seine Urananreicherung einzustellen. In 30 Tagen soll die IAEA den VN-Sicherheitsrat unterrichten, ob dies geschehen sei. Moskau und Peking hatten auf einen moderaten Kurs gedrängt. Dem Iran wird so nicht mehr vorgeworfen, dass sein Atomprogramm eine „Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ darstelle.
- 31.03.06: Der iranische Außenminister Mottaki lehnte die Erklärung scharf ab, betont aber, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.
- 31.03.06: Iran hat eine Rakete getestet, die mehrere Ziele zugleich angreifen und vom Radar nicht entdeckt werden kann. Es soll sich um eine ballistische Rakete handeln, die rund 2.000 km weit fliegen und auch Atomsprengköpfe tragen kann.
- 12.04.06: Ahmadinedschad erklärt die erfolgreiche Urananreicherung in der Anlage von Natans zu einem historischen Erfolg. Der Iran werde die Technologie weiter entwickeln, bis die Atomkraftwerke des Landes mit Brennstoff versorgt werden könnten. Er versicherte weiter, dass der Iran nicht nach Atomwaffen strebe und die Zusammenarbeit mit der IAEA fortsetzen werde. Diese Versprechen dürfte die Vetomächte der VN wenig beruhigen und den Verdacht, Iran strebe nach Atomwaffen, nicht beseitigen.
- 14.04.06: IAEA-Direktor El Baradei kann das iranische Regime nicht überzeugen, die Anreicherung von Uran „für eine bestimmte Zeit zur Vertrauensbildung“ wieder auszusetzen. Iran ist kompromisslos.
- 15.04.06: Die USA und Europäer fordern eine Resolution des VN-SR nach Kapitel XII der Un-Charta, mit der Forderungen rechtlich bindend würden und Sanktionen und militärische Einsätze angedroht werden könnten, wenn die internationale Sicherheit auf dem Spiel steht. Der Leiter der iranischen Atomenergiebehörde schlägt vor, jene Länder, die über das iranische Atomprogramm besorgt seien, sollten Partner Irans in der Anreicherungsanlage in Natanz werden.
- 16.04.06: Nach Außenministerin Rice sind die USA notfalls bereit für einen Militärschlag. Der Iran erklärt die Drohungen der USA für unglaubwürdig. Die USA seien nicht in der Lage einen weiteren Konflikt durchzustehen.
- 18.04.06: Papst Benedikt XVI fordert in seiner Osterbotschaft, ohne den Iran ausdrücklich zu nennen: „Was die internationalen Krisen im Zusammenhang mit der Atomkraft angeht, so möge durch ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen eine für alle ehrenhafte Schlichtung erreicht werden. Für den Fall eines Angriffs auf die Atomanlagen droht Teheran mit dem Einsatz von 40 000 Selbstmordattentätern.“
- 20.04.06: Für den Fall, dass der VN-SR sich nicht auf Maßnahmen einigen kann, bringt die US-Außenministerin eine „Koalition der Willigen“ ins Gespräch. Ein Begriff der aus dem Irak-Krieg bekannt ist und darauf hindeutet, dass die USA es auf einen bewaffneten Konflikt ankommen lassen, um die iranische Führung in die Knie zu zwingen. Diese Erpressungsstrategie birgt die Gefahr, dass am Ende tatsächlich nur der Militärschlag bleibt mit seinen unkalulierbaren Risiken.
- 22.04.06: Die russische Regierung sagt zum ersten Mal öffentlich, dass man nur über Sanktionen sprechen könnte, „wenn konkrete Tatsachen bekannt werden, die beweisen, dass Iran nicht ausschließlich mit friedlichen nuklearen Aktivitäten beschäftigt ist. Damit ist Teheran de facto aus dem politischen Schwitzkasten entlassen. Staatspräsident Hu Jintao wiederholte in Washington, dass der Atomstreit „friedlich“ und durch „diplomatische Verhandlungen“ beigelegt werden solle. Noch gibt sich die EU einig im Atomstreit, doch London und Paris könnten ausscheren. Es fällt immer schwerer eine gemeinsame Linie zu halten. Während Berlin auf das Konzept viel Zuckerbrot und wenig Peitsche setzt, sind Frankreich und Großbritannien in das Lager der Hardliner gewechselt. Noch tragen die EU-Drei ihre Differenzen nicht öffentlich aus.
- 28.04.06: Die dem Iran gesetzte 30-Tage-Frist des VN-SR ist abgelaufen. IAEA-Direktor El Baradei hat dem VN-SR über das Atomprogramm Bericht erstattet. Danach ist der Iran der Forderung des VN-SR nach einer Einstellung der Urananreicherung nicht nachgekommen. Irans Präsident Ahmadinedschad hatte jedes Zugeständnis abgelehnt und

die Zusammenarbeit mit der IAEA weiter eingeschränkt sowie die IAEA-Inspektoren erheblich behindert. Das bisher angereicherte Uran sei für Atomkraftwerke, nicht aber für Atomwaffen verwendbar.

- 29.04.06: Der Westen droht als Reaktion mit einer Resolution des VN-SR noch ohne Einschluss von Sanktionen, aber den Weg sichtbar öffnend für Mittel des Kapitel VII der UN-Charta.
- 01.05.06: EU-Chefdiplomat Javier Solana lehnt eine militärische Lösung ab. „Wir streben weiter eine diplomatische Lösung an. Der VN-SR ist jetzt gefordert zu handeln“.
- 04.05.06: Bundeskanzlerin Merkel trifft Präsident Bush in Washington. Im Atomstreit setzte sie sich für ein geschlossenes Vorgehen der Staatengemeinschaft ein und kann für Ihre Haltung auf eine breite politische Unterstützung der Bundestagsparteien rechnen. Die USA ziehen die Bildung einer „Koalition der Willigen“ für Strafmaßnahmen gegen Iran in Erwägung, sollte der VN-SR sich nicht auf gemeinsame Schritte einigen.
- 08.05.06: Ahmadinedschad schreibt Bush und macht allgemeine Vorschläge für neue Lösungen als Ausweg aus den internationalen Problemen. Er benennt das Schreiben als „Worte und Meinungen des iranischen Volkes“ und erklärt Demokratie und Liberalismus für gescheitert. Nur indirekt geht er auf den Atomkonflikt ein: „Warum wird jeder technologische und wissenschaftliche Fortschritt im Nahen Osten als Bedrohung des Zionistischen Regimes dargestellt?“
- 13.05.06: Der Verdacht gegen den Iran bekommt neue Nahrung. Die IAEA hat in Proben, die im Februar aus dem ehemaligen Forschungszentrum Lavisan-Schian entnommen wurden, neue Spuren hoch angereicherten Urans gefunden. Der Anreicherungsgrad liegt im waffentauglichen Bereich.
Der VN-Generalsekretär fordert die USA erneut zu direkten Verhandlungen auf. Beobachter gehen davon aus, dass es Teheran um eine Sicherheitsgarantie von Seiten der USA geht.
- 31.05.06: Die USA vollziehen in dem Atomkonflikt eine diplomatische Kehrtwende und bieten dem Iran direkte Gespräche an. Die USA wünschen eine „neue und positive“ Beziehung.
- 02.06.06: Die Außenminister der fünf Vetomächte des Welt sicherheitsrats und Deutschland haben sich auf eine gemeinsame Haltung im Atomstreit mit dem Iran verständigt. Dies beinhaltet ein Paket von Vorschlägen für Gespräche mit Iran, aber auch Elemente für eine Sanktionsbeschluss im VN-SR, falls das Regime den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nicht folgen wird.
- 06.06.06: Der EU-Beauftragte Solana traf am Vorabend in Teheran ein, um das Verhandlungsangebot zu überbringen. Es besteht aus Vorschlägen zum Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, zur technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und zu einem Dialog über Fragen der Sicherheit. Angeregt wird unter anderem eine Konferenz über Sicherheitsarrangements in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Sicherheitsgarantien lehnen die USA weiterhin ab.
- 10.06.06: Präsident Bush drängt den Iran zu einer raschen Reaktion auf den jüngsten Kompromissvorschlag der internationalen Gemeinschaft.

Die IAEA bestätigt, dass Iran in Natans mit 164 Gaszentrifugen einen erneuten Versuch zur Urananreicherung unternommen hat.

Der einflussreiche Vorsitzende des Wächterrates erklärte, dass der Iran nicht auf sein Recht zur Nutzung der Atomenergie einschließlich der Urananreicherung verzichten wird.

- 12.06.06: Iran will ein Gegenangebot zum Vorschlag der Staatengemeinschaft vorlegen. Es könnte sich nur um eine Änderung oder einen völlig neuen Entwurf handeln.
Dem Iran ist es nicht gelungen, die Veto-Mächte im VN-SR im Atomstreit zu spalten; diese haben den Termin für eine Antwort Teherans auf den 29.06.06 festgelegt.
- 18.06.06: Außenminister Steinmeier erklärt: „Wir sind dafür, den Nichtverbreitungsvertrag von 1970 effektiv anzuwenden. Der enthält das Versprechen der Atomkräfte abzurüsten, und dazu sollten wir sie auch drängen.“ Über den aktuellen Iran-Konflikt hinaus müsse der Stand der nuklearen Rüstung weltweit überprüft werden.
- 23.06.06: Der iranische Ölminister hat angekündigt, dass der Iran am 23. September 2006 die Einfuhr von Benzin beendet. Aufgrund fehlender Raffineriekapazitäten muss das Land mehr als 40 Prozent seines verbrauchten Benzins importieren. Es wird vermutet, dass die Verwundbarkeit Irans durch mögliche Sanktionen im Atomstreit verringert werden soll.
- 28.06.06: Der russische Präsident Putin hat den USA neue Verhandlungen zur Abrüstung bei den strategischen Atomwaffen vorgeschlagen. Es gehe zuerst einmal um einen Einsatz für das 2009 auslaufende START-Abkommen. Er sprach sich auch für eine grundlegende Neuordnung der weltweiten Sicherheitsstruktur aus.
- 11.07.06: Der EU-Vertreter Solana konnte beim Treffen mit dem iranischen Vertreter diesen nicht zu einer substantiellen Reaktion auf das Angebotspaket bewegen.
- 13.07.06: Präsident Bush erklärt bei seinem Deutschlandbesuch, dass die zumutbare Frist für den Iran nun abgelaufen sei und der Weg vor den VN-SR nur die logische Konsequenz wäre. Dabei ist ein wichtiges Ziel, die Geschlossenheit der Vetomächte und Deutschland zu erhalten. Ein mögliches Ergebnis (Sanktionen?) der SR-Beratungen deutete er nicht an.
- 15.07.06: Der VN-SR hat im vollen Wortlaut den Kompromissvorschlag der fünf Vetomächte und Deutschland im Atomstreit mit Iran veröffentlicht.
Darin werden Iran Unterstützung beim Bau eines Leichtwasserreaktors und bei der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie angeboten. Als weitere Anreize werden Iran die regelmäßige Versorgung mit Uran-Brennstäben aus Russland in Aussicht gestellt. Darüber hinaus solle auch die iranische Wirtschaft durch Investitionen und volle Integration in die Welthandelsorganisation (WTO) angekurbelt werden. Handelsbeschränkungen auf den Gebieten der zivilen Luftfahrt und der Telekommunikation könnten aufgehoben werden. Dabei geht es konkret um den Handel mit Flugzeugen und Flugzeugteilen der Hersteller Boeing und Airbus, die Lieferung moderner Internet- und Telekommunikationstechnologie sowie um eine Öffnung der Märkte in Europa und den USA für iranische Agrarprodukte.
Im Gegenzug soll sich Teheran verpflichten, alle Aktivitäten

zur Urananreicherung auszusetzen und voll mit der IAEA zusammen zu arbeiten.

- 21.07.06: Iran kündigt an, am 22. August seine offizielle Antwort auf das Verhandlungsangebot der VN-Vetomächte und Deutschland zu seinem Atomprogramm vorlegen zu wollen.

2.6 Bewertung:

Es war vorgesehen, in der Resolution zunächst auf die Artikel 39 und 40 nach Kapitel VII der UN-Charta zu verweisen. Danach kann der Sicherheitsrat eine Bedrohung des Weltfriedens feststellen (39) und die beteiligten Parteien noch einmal zu bestimmten Maßnahmen aufrufen (40). Im Falle Iran dürfte das u.a. die Einstellung der Urananreicherung und anderer nuklearer Verfahren sein, die auch militärisch genutzt werden können.

Strittig ist, ob auch ausdrücklich auf Artikel 41 Bezug genommen werden soll, der die Verhängung von (Wirtschafts-) Sanktionen ermöglicht. Militärische Maßnahmen gegen Iran stehen nicht zur Debatte.

Zudem fordert der Text alle Länder auf, sofort Lieferungen an Iran zu verhindern, die zur Urananreicherung oder für Raketenprogramme verwendet werden können.

2.7 Fortschreibung der Ereignisse:

- 31.07.06: Der VN-SR beschließt nach Artikel 40 Kapitel VII, die unter Androhung von Sanktionen nach Artikel 41 eine Einstellung der Urananreicherungen bis Ende August fordert. Diese Resolution 1696 wurde mit Stimmen 14 : 1 (Katar) angenommen.
- 02.08.06: Der iranische Präsident weist die Resolution zurück, die Iran für die Aussetzung der Urananreicherung eine Frist bis zum 31.08.06 setzt.
- 07.08.06: Der Iran will trotz der Sanktionsandrohungen der VN seine Arbeiten zur Urananreicherung ausweiten. Teheran bezeichnet die Resolution als illegal. Das Land werde die gesetzte Frist keineswegs einhalten. Es habe keine seiner Verpflichtungen nach dem Atomwaffensperrvertrag verletzt.
- 23.08.06: Chef-Atomunterhändler Laridschani übergab gestern in Teheran die offizielle Antwort seines Landes auf das Anreizpaket des VN-SR an die Vertreter der fünf Vetomächte und Deutschland. Details zum Inhalt nannte er nicht. Er betonte aber, die Führung in Teheran wolle ab sofort über alle Punkte des Pakets reden und dabei eine konstruktive Rolle spielen. Die Antwort des Iran sei so angelegt, dass sie den Weg für Verhandlungen ebne.

2.8 Bewertung:

Die Resolution des VN-SR vom 31.07.06 ist die erste, die rechtlich bindende Forderungen an den Iran stellt und wirtschaftliche sowie politische Sanktionen androht. Militärische Sanktionen blieben auf Drängen Russlands und Chinas unerwähnt.

Teherans Führer beharren weiter auf dem prinzipiellen Recht, über den vollen Nuklearkreislauf mit eigener Anreicherung zu verfügen. Ob sie dem Ultimatum des VN-SR entsprechen, dieses Programm bis zum 31. August zu suspendieren, wird zeigen, was ihre Gesprächsbereitschaft wirklich wert ist. Die demonstrativen Starts weit reichender

Raketen während der mehrwöchigen Manöver, die markigen Sprüche von Präsident Ahmadinedschad und Ajatollah Chamenei sowie das Zutrittsverbot für internationale Inspektoren zu einer wichtigen Anlage waren nicht gerade Vertrauen erweckend.

2.8 Fortschreibung der Ereignisse:

- 25.08.06: Die Bundesregierung und die USA haben die iranische Antwort als unzureichend zurück gewiesen. Es fehle die entscheidende Ankündigung des Iran zur zentralen Forderung des VN-SR, die Atomanreicherung zu stoppen. Die 21-seitige Antwort, vom französischen Außenminister Douste-Blazy als sehr langes und kompliziertes Dokument bezeichnet, lässt nach Einschätzung Londons harte Diskussionen im Sicherheitsrat erwarten. Russland bekräftigte, es halte an der Suche nach einer politischen Lösung fest, während China die Notwendigkeit des Dialogs unterstrich und den Iran zu konstruktiven Maßnahmen aufforderte. Erste Details des iranischen Schreibens sind bekannt geworden: Der Iran dringe auf einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung des Anreizpaketes, zudem fordere er Garantien und Einzelheiten zu vorgeschlagenen Sicherheitsvereinbarungen in der Region.
- 26.08.06: Der frühere iranische Präsident Chatami warnt vor wachsendem internationalem Druck auf sein Land. Dadurch würde nur eine weitere Krise in der ohnehin schon explosiven Region geschaffen. Der Iran habe ein Recht zur Entwicklung der Atomenergie, die ausschließlich friedliche Zwecke verfolge. Die Haltung der USA zur Nichtverbreitung nannte er heuchlerisch. Israel geht davon aus, dass die Welt den Iran nicht werde stoppen können. Deshalb würde eine Entscheidung hinsichtlich militärischer Gewalt gegen die iranischen Nuklearanlagen näher rücken. Israel traue den VN-Mechanismen keinen Erfolg zu und hält sich ein militärisches Vorgehen offen.
- 31.08.06: Das VN-Ultimatum im Atomstreit mit dem Iran ist abgelaufen. Die Zeichen stehen auf Konfrontation. Der Iran hat als wichtigsten Punkt die eigenständige Anreicherung von Uran nicht gemäß der Auflagen des VN-SR ausgesetzt. Iran hat das Ultimatum mehrfach als unrechtmäßig zurückgewiesen. Nun stellt Ahmadinedschad die Autorität des gesamten Sicherheitsrates in Frage. Da Beschwerden gegen ein Veto nicht möglich seien, sei dieses Recht „eine Beleidigung der Würde, Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität anderer Staaten“.

2.9 Bewertung:

Wird der VN-SR die angedrohten Sanktionen beschließen? Oder hat der Iran sein Ziel schon erreicht und die internationale Gemeinschaft gespalten? Die Grenzen der Gemeinsamkeiten der Ratsmitglieder sind in deren unterschiedlicher Reaktion auf die iranische Antwort sichtbar geworden.

Bis zu einem Beschluss des VN-SR werden wieder Wochen vergehen, wenn es überhaupt einen geben wird.

Eine Resolution zu internationalen Sanktionen könnte den Import von Kriegsmaterialien aller Art stoppen, einschließlich Präzisionswerkzeuge und Know-how für iranische Waffenprogramme.

Internationale Reisebeschränkungen für die Führung und

das Zudrehen des Geldhahns sowie die Lieferung von Treibstoffen an den Iran könnten ebenso auf der Verbotliste stehen. Wie immer in solchen Fällen wären die ärmsten Segmente der Gesellschaft am stärksten betroffen, sie könnten elementare subventionierte Güter nicht mehr erstehen.

Man muss jedoch auch sehen, dass solche Embargos auch immer Löcher haben: z.B. durch Schmuggel, Korruption und Boykott verbündeter Regierungen. Ayatollah Ali Chamenei behauptet, Sanktionen bedeuten überhaupt nichts für uns.

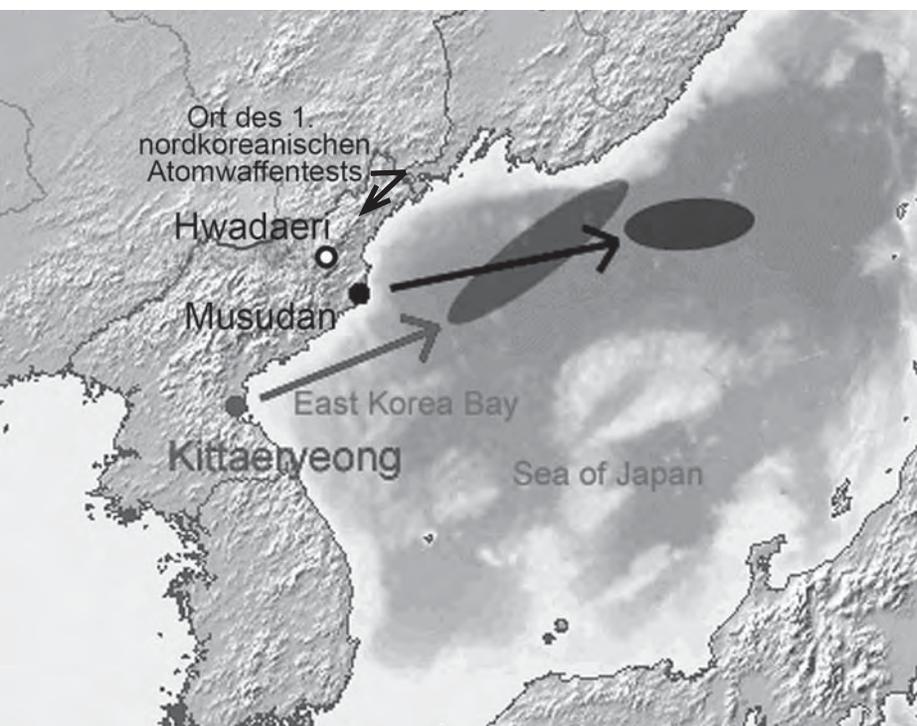
Die „diplomatische Druckluft“ wird Iran wahrscheinlich weiter als Überflieger im Islamischen Lager halten.

2.10 Fortschreibung der Ereignisse:

- 07.09.2006: Die VN-Vetomächte sind im Atomstreit uneins. Eine gemeinsame Haltung ist nicht zu erkennen. Die politischen Direktoren der Vetomächte und Deutschlands beraten heute in Berlin über das weitere Vorgehen.
- 10.09.06: Teheran spielt weiter auf Zeit und droht dabei sein Blatt zu überreizen. Jedoch, Sanktionen scheinen die Klerikalen nicht zu scheuen, Reformer hingegen fürchten die Isolation. Je länger das Debakel im Irak anhält und der Atomstreit andauert, desto besser werden wohl die Angebote für den Iran werden.
- 18.09.06: Außenminister Steinmeier schlägt die Schaffung einer von mehreren Staaten betriebenen Uran-Anreicherungsanlage unter dem Dach der Internationalen Atomenergie-Organisation vor. Von dort könnten dann Interessenten wie Iran unter strenger Aufsicht nukleare Brennstäbe für die zivile Nutzung beziehen. Es muss internationale Liefergarantien geben. Dies könnte den Wunsch nach eigenen Uran-Anreicherungsanlagen ersetzen.
- 27.09.06: Moskau bremst Irans Reaktor-Pläne. Das mit russischer Hilfe erbaute erste Atomkraftwerk Irans soll erst im

September 2007 in Betrieb genommen werden. Damit setzt sich Russland gegen iranische Forderungen nach schnellerer Fertigstellung durch.

- 07.10.06: Im Atomkonflikt mit dem Iran haben die fünf Vetomächte und Deutschland in London Gespräche über erste Sanktionen gegen Teheran aufgenommen. Nach Ansicht der USA und Großbritannien ist die Zeit für Strafmaßnahmen durch die internationale Gemeinschaft gekommen. Die Bundesregierung erwartet von den Gesprächen noch keine Entscheidung über konkrete Sanktionen. Einigkeit besteht darüber, dass eine Fortsetzung der Gespräche des EU-Außenbeauftragten Solana mit der iranischen Seite sinnlos sei und nun der VN-Sicherheitsrat wieder eingeschaltet werden müsse.
- 18.10.06: Die EU-Außenminister in Luxemburg erklären mit Blick auf die bereits am 31. Juli, mit Frist 31. August mit Resolution 1696 vom 31.07. angedrohten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, dass sie, die jetzigen Beratungen über VN-Sanktionen gegen den Iran unterstützen, sich parallel dazu aber weiter um Verhandlungen mit dem Iran bemühen.
- 21.10.06: Ein neuer Entwurf für eine Iran-Resolution liegt vor. Im VN-Sicherheitsrat wächst offenbar die Zustimmung zu Strafen. China versicherte den USA, sich konstruktiv an einer Lösung des Konflikts zu beteiligen.
- Irans Präsident Ahmadinedschad stellt indes die Legitimität des Rates in Frage und bezeichnete Israel in einer Rede als „unrechtmäßigen und erfundenen Staat, der nicht lange überleben könne“.
- 29.10.06: Iran bestätigt, seine Versuche zur Urananreicherung mit der sich Sprengstoff für Atombomben gewinnen lässt im Atomforschungszentrum Natans verdoppelt zu haben. Die IAEA zeigte sich nicht überrascht, sie hält dies für einen logischen zweiten Schritt nach den bisherigen Tests.



Nordkoreanische Raketenschüsse am 5. Juli und Ort des Atomwaffentests vom 9. Oktober 2006 (Quelle: Japan Defence Agency)

2.11 Bewertung:

Die EU hat wahrlich alle Register gezogen, ein fast übertriebenes Angebot voller Wohltaten für Iran geschnürt, um die Mullahs von ihren Plänen zur Urananreicherung abzubringen. Bei aller Wertschätzung dieses Versuches, den Aufstieg Teherans zur Atommacht mit diplomatischen Mitteln zu verhindern, muss man sagen: Iran hat sich keinen Millimeter bewegt.

Die Zeit der Gespräche ist zwar nicht vorbei, aber die Uhr für eine friedliche Einigung läuft ab. Teheran hat sich mit seinem Beharren selbst in eine Position gebracht, die es ohne Gesichtverlust nicht mehr verlassen kann. Für Europa ist das ein herber Rückschlag, weil der Atomkonflikt neben der Nahost-Krise wohl die derzeit wichtigste außenpolitische Herausforderung ist.

3. Nordkoreas Atomwaffentest

3.1 Sachstand:

- 10.10.06: Ungeachtet aller internationalen Warnungen hat Nordkorea seinen ersten

Atomtest durchgeführt. Die internationale Gemeinschaft zeigt sich geschlossen empört darüber. Präsident Bush spricht von einer Bedrohung des Weltfriedens. Außenminister Steinmeier sieht „Irrweg der Selbstisolation“. Selbst Nordkoreas bislang engster Verbündeter China zeigte keinerlei Verständnis. Südkorea hat seine Hilfslieferungen eingestellt. Der VN-Sicherheitsrat verurteilte den Atomwaffentest aufs Schärfste.

Nordkorea berichtet, das unterirdische Experiment sei mit „einheimischer Weisheit und Technologie hundertprozentig durchgeführt worden“. Damit ist Korea das neunte Land auf der Erde, das einen Atomtest durchgeführt hat.

3.2 Bewertung:

Bei der Frage nach einer angemessenen Reaktion auf diese schlimme Provokation des Hungerstaates bleibt nur die Ratlosigkeit. Scharfe Verurteilungen, eine Resolution des Sicherheitsrates, neue Sanktionen – das alles ist wohl richtig, aber was genau kann damit eigentlich erreicht werden?

Die Ausbreitung von Atomwaffen lässt sich langfristig wohl ohnehin nicht verhindern. Und gegen Regime, die wider alle Vernunft auf Provokation und Konfrontation setzen, hilft auch keine Diplomatie.

3.3 Fortschreibung der Ereignisse:

- 12.10.06: Nordkorea hat seine Drohgebärden verstärkt. Die Bemühungen um VN-Sanktionen bezeichnete es als Kriegserklärung und kündigte weitere Atomtests an. Im Westen wuchsen indes Zweifel, ob Nordkorea tatsächlich einen Atomtest unternommen hat und ob er nicht vielleicht misslungen ist.
- 16.10.06: Die 15 Mitglieder des VN-Sicherheitsrates haben einstimmig Sanktionen gegen Nordkorea beschlossen, weil sie durch den mutmaßlichen Atomtest des Landes „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht sehen“. Die Resolution verlangt, dass alle Ein- und Ausfuhren Nordkoreas nach Bestandteilen für Massenvernichtungswaffen und damit im Zusammenhang stehende Güter kontrolliert werden sollen. Daneben soll ausländisches Vermögen eingefroren werden. Ein generelles Waffenembargo ist nicht vorgesehen. Aber die Weitergabe von schweren konventionellen Waffen wird untersagt. Dies betrifft vor allem Kampfpanzer, Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge und –hubschrauber sowie Kriegsschiffe und Raketensysteme. Besonders gegen die Führungsschicht richtet sich das Verbot, Luxusgüter in das Land zu liefern. Die Staatengemeinschaft fordert weiter eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel. Sollte Nordkorea nachprüfbar sein Atomwaffenprogramm beenden, würden die USA und andere Länder umfangreiche Wirtschaftshilfe leisten. Nordkorea wird aufgefordert an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Aus Rücksicht auf China und Russland wird auf militärische Drohungen verzichtet. Japan kündigte zugleich an, dass es seine bereits beschlossenen Strafmaßnahmen gegen Nordkorea noch verschärfen wolle, dazu gehört allen nordkoreanischen Schiffen das Anlegen in japanischen Häfen zu verbieten. Die USA verweigern weiterhin direkte Gespräche mit dem „Schurkenstaat“. Die IAEA mutmaßte, dass Nordkorea genug Plutonium aus dem Versuchsreaktor in Yongbyong für fünf bis sechs Atombomben gewonnen haben könnte.

3.4 Bewertung:

Absehbar ist die Destabilisierung der Kräftebalance in Asien u.a. mit der Aufrüstung Japans, auch wenn „das Streben nach atomarer Bewaffnung nicht in Frage käme“. Zudem, eine Schleuse gegen die Verbreitung von Atomwaffen, von Iran bis hin in Terroristenhände, ist geöffnet worden. Und von den USA durch die Sanktionierung des indischen Alleingangs zusätzlich beschädigt, gerät das System der internationalen Kontrolle zusehends ins Wanken. Wer immer sich von den USA bedroht fühlt, wird Irak und Nordkorea vergleichen und zu dem Schluss kommen, mit Atomwaffen lebt es sich sicherer. Was wohl auch der Iran denkt.

3.5 Fortschreibung der Ereignisse:

- 17.10.06: Nordkorea hat die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen als Kriegserklärung bezeichnet. Außerdem gibt es offenbar wage Hinweise auf die Vorbereitung eines zweiten Atomtests.
- 20.10.06: US-Präsident Bush hat Nordkorea ernste Konsequenzen angedroht, sollte das Land Atomwaffen an andere Staaten wie den Iran oder an Terrororganisationen weiterleiten. Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il empfängt den chinesischen Gesandten. Es war das erste Mal seit dem Atomtest, dass Kim mit einem ausländischen Diplomaten zu Gesprächen über die Krise zusammenkam. Kim soll im Gespräch bedauert haben, dass sein Land China durch den Atomtest Anfang Oktober in eine schwierige Lage gebracht habe.
- 21.10.06: Nach den VN-Sanktionen als Reaktion auf seinen Atomtest bemüht sich Nordkorea offenbar um Entspannung. Es gebe keine Pläne für weitere Nukleartests, sagte Kim Jong Il.
- Die USA und China dringen derweil auf einen neuen Anlauf zu den seit November 2005 unterbrochenen Sechsergesprächen über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm. Daran nehmen weiter teil die beiden koreanischen Staaten, Russland und Japan.
- 03.11.06: Nordkorea geht gestärkt in neue Verhandlungen.

3.6 Bewertung:

Die allseits begrüßte Rückkehr an den Verhandlungstisch ist vor allem ein Erfolg chinesischer Diplomatie. Das Zugeständnis, zu den Sechser-Gesprächen zurückzukehren, besänftigte nicht nur China, sondern erlaubt Nordkorea die Feststellung, dass die USA jetzt am Zuge seien, die Gespräche voranzubringen. Dabei behält es sich unverändert das Recht vor, Atomwaffen zu testen. Die Forderung, dass die USA als Voraussetzung für Gespräche erst die amerikanischen Finanzsanktionen aufheben müsste, hatte Pjöngjang schließlich fallen lassen. Vor einem Jahr hatte sich Nordkorea grundsätzlich zur Aufgabe seines Atomprogramms bereit erklärt. Damals winkten wirtschaftliche Hilfe, Energielieferungen, eine Sicherheitszusage der USA und eine Normalisierung der Beziehungen zu Washington. Trotzdem wurde der Weg der Isolierung und Entwicklung der Atombombe gewählt. Heute hat das Regime sie im Arsenal! Wie teuer, wenn überhaupt realisierbar, sollte eine Rück-Rüstung werden? □

»Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, ... dem Frieden in der Welt dienen«

Eine sicherheitspolitische Betrachtung zur Präambel des Grundgesetzes

VON KLAUS LIEBETANZ

Im Folgenden untersucht der Autor, Mitglied des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, wie es zu der o.a. Formulierung in der Präambel des deutschen Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 gekommen ist.

Die Bedeutung der Präambel

Der Text des Grundgesetzes wurde im Wesentlichen in der Zeit vom 10. August 1948 bis zum Frühjahr 1949 in Bayern auf Herrenchiemsee vom Hauptausschuss des Verfassungskonvent formuliert. Dieser bestand aus 21 gewählten Vertretern der Länder. Um die Formulierung der Präambel des Grundgesetzes wurde monatelang heftig gerungen. Die Präambel sollte nämlich nach den Worten von Prof. Dr. Carlo Schmid (SPD) „nicht einen rhetorischen Vorspruch, den man aus Gründen der Dekoration und der Feierlichkeit dem „eigentlichen“ Text voranstellt“ zum Inhalt haben, sondern „ein wesentliches Element des Grundgesetzes“ (s. Protokoll des Parlamentarischen Rates – 6. Sitzung, 20.10.1949, S. 70).

Der Gottesbezug und die Verpflichtung zum Frieden

Der Gottesbezug und die Verpflichtung zum Frieden war ein besonderes Anliegen der Vertreter der CDU/CSU. Dies kommt in besonderer Weise in den folgenden Ausführungen des bayerischen Staatsminister Pfeiffer zum Ausdruck: „Es soll – das ist unsere große Hoffnung – in den nächsten Monaten ein Verfassungswerk entstehen, dass dem neuen Deutschland den Weg in die europäische Völkerfamilie öffnet und uns die Möglichkeit gibt, durch eigene staatsgestaltende Kraft zu beweisen, dass wir vielmehr in uns Kraft fühlen, das wahrhaft Gute im deutschen Wesen zu gestalten und die Gefahr von Fehlern und Wirrungen der Vergangenheit zu vermeiden, ein Verfassungswerk, das

zeigt, dass wir Deutsche ein positives, fruchtbares Glied der europäischen Völkerfamilie sein wollen und sein können. Damit eröffnet sich dann auch der Weg zum Frieden. Denn alles, was wir tun, kann zunächst nur eine Vorarbeit dafür sein, dass auch in Deutschland wieder die Friedensglocken läuten können und die Friedensarbeit beginnen kann. Das ist die tiefste Sehnsucht des ganzen deutschen Volkes.

Meine Herrn, ich darf, vielleicht ist es ein wenig altmodisch, zum Schluss noch einem Gedanken Ausdruck geben. Das Werk, das von hier seinen Ausgang nehmen soll, wird so vielen großen Aufgaben gerecht werden müssen. Es soll den Grundstein legen nicht nur für künftige materielle, sondern auch für die geistige Wohlfahrt des deutschen Volkes. Daher muss es nach meiner Auffassung von der Führung des heiligen Geistes überschattet sein. Dabei mag jeder sich vom Heiligen Geist das Bild machen, das seiner Weltanschauung entspricht. Einig aber sind wir alle in dem Gedanken, dass die edelste göttliche Form des Geistes Sie erfüllen muss, damit einstens in der Geschichte des Aufbaus des neuen Deutschlands dem Verfassungskonvent von Herrenchiemsee ein Ehrenplatz gebührt.“ (s. Protokoll der 1. Sitzung des Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee am 10.08.1948, S. 8)

Unterstützung von Dr. Seebohm (DP)

Die Verankerung des Gottesbezuges in der Präambel wurde auch von Dr. Seebohm (Deutsche Partei,

später CDU) mit folgenden Worten gefordert: „Wenn ich zum Inhalt der Präambel noch weitere Ausführungen machen darf, so muss ich darauf hinweisen, dass wir bei dieser Fassung einiges vermissen, was mit der von Herrn Dr. Süsterhenn (CDU, Anm. d. Verf.) gewünschten Verankerung des Werkes im metaphysischen zusammenhängt. Ich bin der Auffassung, dass die ethische Qualifikation der Präambel klar und deutlich hervortreten muss. Ich bin der Auffassung, dass die Bezugnahme auf unsere Verantwortung vor Gott in diese Präambel hineingehört; denn wir sind nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch durch unser Gewissen auch den geistigen Mächten verantwortlich, die sich in Gott personifizieren. Auch im Weimarer Verfassungsausschuss ist diese Frage erörtert worden. Damals bestand die Sorge, ein Antrag hierüber könnte abgelehnt werden, und man hat wegen der Gefahr dieser Ablehnung verhindert, dass er überhaupt gestellt wurde. Das soll uns aber heute nicht beeinflussen, die Notwendigkeit dieser Bezugnahme klar und eindeutig zu vertreten.“

(Protokoll der 6. Sitzung des Parl. Rates vom 20.10.1948, S. 77)

Einwände von Prof. Dr. Heuss (FDP)

Auf der gleichen Sitzung des Parlamentarischen Rates gab Theodor Heuss, der spätere erste Bundespräsident, seine Bedenken gegen den Gottesbezug in der Präambel mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Darüber, ob man eine theologische Formel mit hereinnimmt oder nicht, können wir miteinander reden. Aber von dorthier kommt auch die Sorge, dabei Gott zu bemühen, für die Unzulänglichkeiten, die Torheiten und die Missverständnisse, die auf Grund

eines sehr menschlichen Werkes entstehen. Man muss sehr vorsichtig sein um der theologischen Position willen, dieses sehr diesseitige Werk zu stark im Metaphysischen verankern zu wollen, weil man sich selber dann in eine quasi Nichtverantwortung begibt. Aber darüber wird zu sprechen sein. Mir kommt es darauf an, dass wir die knappe, feierliche und doch sachlich bindende Form in der Präambel schaffen können, die, so mühsam und anständig unser gemeinsames Bemühen gewesen ist, im Ergebnis bis jetzt leider noch nicht vorliegt.“ (Protokoll der 6. Sitzung des Parl. Rates, S. 76)

Wortlaut der Präambel

Am 23. Mai 1949 wurde der Text der Präambel (s. *Kasten*) durch den Parlamentarischen Rat in das Grundgesetz aufgenommen, nachdem er vom Hauptausschuss des Verfassungskonvents mit 18 gegen 1 Stimme angenommen wurde.

Abschließende Betrachtung

Die Entstehungsgeschichte der Präambel des deutschen Grundgesetzes zeigt, dass die CDU/CSU maßgeblich an der friedenspolitischen Formulierung derselben beteiligt war.

Friedenspolitik ist also nicht – wie gelegentlich jüngere Mitarbeiter der CDU meinen – eine zu bekämpfende „weltfremde“ Propaganda linker Parteien, sondern ein wesentlicher Bestandteil christdemokratischer Politik. Die CDU/CSU hat vom Beginn an eine aktive Friedenspolitik betrieben und insbesondere durch ihre konsequente Europapolitik zu einer friedlichen Gestaltung der Welt wesentlich beigetragen.

Derzeit muss die CDU/CSU jedoch darauf achten, dass sie nicht in das gleiche Verhaltensmuster verfällt wie nicht wenige westdeutsche Politiker, die 40 Jahre lang bei Sonntagsreden feierlich bekundet hatten, dass Berlin Hauptstadt würde, sobald die Wiedervereinigung da sei. Nach der Wiedervereinigung bekamen sie jedoch kalte Füße und wollten davon nichts mehr wissen. Bonn sollte aus durchsichtigen Gründen Regierungssitz bleiben. Heute, wo die CDU/CSU zusammen mit der SPD, in der auch

nicht wenige überzeugte Christen dienen, an der politischen Macht ist, ist sie verpflichtet wieder wirksame Friedenspolitik zu betreiben (s.a. das Interview mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann (SPD), auf dieser Seite). Dies geschieht bei Auslandseinsätzen deutscher Kräfte nicht nur durch militärische Eindämmung, sondern vor allem durch

- angemessene effektive und rechtsstaatliche Ausbildung der jeweiligen lokalen Polizei;
- durch massive entwicklungs- politische Maßnahmen, wie vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen;
- demokratischen Staatsaufbau;

- Förderung der jeweiligen Zivilgesellschaft und
- lebensrettende humanitäre Hilfe.

Die große Koalition sollte sich vor allem von der halbherzigen Friedenspolitik der Vorgängerregierung trennen. Kronzeuge für diese Halbherzigkeit ist der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs (Grüne), der dies Anfang August 2006 in einem Interview beklagte (Der Spiegel 32/2006, S.104 ff). Die CDU/CSU ist zusammen mit der SPD gut beraten, deutsche Auslandseinsätze im Lichte der gemeinsam unter Anrufung Gottes feierlich verabschiedeten Präambel des deutschen Grundgesetzes zu korrigieren. □

Präambel des GG

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo vor Verkündung des Ergebnisses der Stichwahl

VON JOACHIM HELLERSDORF

1. Die Situation blieb nach der Stichwahl vom 29. Oktober 2006 ruhig, die beiden Kontrahenten haben sich in einer Absichtserklärung auf die Anerkennung des Wahlergebnisses und ihres gegenseitigen Schutzes nach der Verkündung des Wahlergebnisses verpflichtet. Auch sollte das Wahlergebnis nicht mit Waffengewalt in Frage gestellt werden.

Es war auch nicht sehr wahrscheinlich, dass es am Wahltag – eine gute Organisation der Wahlen vorausgesetzt – zu größeren politischen Problemen kommen würde.

Trotz Bekundungen zur Gewaltfreiheit ist die Entwicklung der Situation nach Verkündung des Wahlergebnisses nicht vorhersagbar. Auch begrenzte Gewaltandrohung oder -anwendung kann eine Kettenreaktion der Gewalt und Gegengewalt in Gang setzen. Dazu reicht bereits ein betrunkenen Soldat.

2. Kabila und Bemba hielten sich als Personen im Wahlkampf zurück. Die Massenmedien in ihrem Umfeld weniger. Einzelne Zeitungen und Homepages vermelden bereits den Sieg des einen oder anderen Kandidaten.

3. Die bisher veröffentlichten Wahlergebnisse zeigen, dass in allen Wahllokalen die Entscheidung eindeutig entweder für Kabila oder für Bemba ausfiel. Egal wer die Wahl gewonnen hat, die Wähler der Region, die nicht für ihn gestimmt hat, werden sich betrogen fühlen. Ihre Reaktion auf das Wahlergebnis ist unklar, Überreaktionen einzelner Milizen oder Truppenteile sind möglich.

Offenbar verfügt Kabila gegenüber Bemba über einen bevorgelagerten Vorsprung 58 zu 42 Prozent.

4. Die beiden zur Wahl stehenden Politiker verkörpern auch unterschiedliche, zeitweilig auch gegensätzliche, politische Grundlinien: Während Bemba bis zu einem gewissen Grade die Mobutu-Tradition widerspiegelt, ist der politische Hintergrund von Kabila und Gizenga, der designierte Premierminister, eher das politische und moralische Erbe von Lumumba. (Dieser Umstand sollte weniger in das europäische Links-Rechts-Schema gepresst, eher als unterschiedliche Ausprägungen von nationalistischen Strömungen verstanden werden.) Offenbar hat das Wahlverhalten der Kongolesen auch einen historisch-politischen Aspekt.

5. Folgende Faktoren könnten einer weiteren Stabilisierung entgegenwirken und gar destabilisierende Wirkungen entfalten:

- Dauerstreit zwischen dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Parlament: Die Verfassung sieht eine Machtteilung vor, die es bisher in der politischen Kultur des Landes nicht gab. Es bedarf dafür seitens der Politiker einer angemessenen Politik, auch der Einsicht in die Rechtsgebundenheit der Politik. Es ist fraglich, ob dies kongolesische Politiker dem Land vorleben können. Ein Lernprozess wird unvermeidlich sein.

- Die führenden Politiker verfügen außerhalb von Kinshasa noch immer über Milizen, die (aus meiner Sicht) nicht von der MONUC kontrolliert werden. Unter den vielfältigen Gerüchten gibt es auch solche, die von Neuaufrüstung von Milizen sprechen. Jeder führende Politiker hat die Möglichkeit, bewaffnete Gruppierungen über Mittelsmänner zu steuern. In Equateur soll eine bewaffnete Gruppe mit dem Namen „Rote Armee“ momentan stärker in Erscheinung

treten. Auch kann die aktuelle Ruhe in Kivu täuschen.

- Es sind noch zu wenige Soldaten von der Neustrukturierung der Armee erfasst worden.

- Bevorzugung einer ethnischen Gruppe; im Falle Kabilas der Tutsi (Meinung in Kinshasa: mit Kabila kommen die Rwander).

- Machtpolitische Ambitionen einiger Nachbarstaaten des Kongo, die über ein breites Spektrum von direkter und indirekter Einflussnahme verfügen. (Bsp. Rwanda: Es könnte alle Kongolesen in Rwanda auffordern, die vorgeschriebenen Visagebühren zu bezahlen oder das Land zu verlassen, was das sicherheitspolitische Gefährdungspotential im Ostteil Kongos stärken würde.)

- Die Wahl von Bemba zum Präsidenten hätte auch weitreichende regionale Konsequenzen: Angesichts seiner guten Beziehungen zu Uganda und vor dem Hintergrund der Dauerspannungen zwischen Rwanda und Uganda wäre dies für die politische Führung in Rwanda ein Verlust an Einflussmöglichkeiten und an politischem Handlungsspielraum. Umgekehrt, jedoch nicht so akzentuiert, würde dies bei der Wahl von Kabila für Uganda zutreffen.

- Nachlassende (Selbst-)Kontrolle der Massenmedien, besonders in der Hauptstadt.

Ausblick

6. Dem Kongo eröffnet sich die Möglichkeit für eine friedliche Entwicklung, die aber noch vielfältigen Gefährdungen unterliegt.

7. Die Bevölkerung und der Großteil der Politiker wollen den politischen Neuanfang in ihrem Land. Das bisherige System

– 1 + 4 (ein Präsidenten und vier Vizepräsidenten) – brachte zwar den Frieden in Form eines politischen Kompromisses, aber keine Entwicklung. Die schnelle Arbeitsaufnahme der obersten Machtorgane des Landes, vor allem der Regierung, hat zentrale Bedeutung.

Die Bevölkerung erwartet von der Regierung eine zügige Verbesserung ihrer Lebenslage, darunter Entlastung von Schulgeld, Verbesserung des Gesundheitsdienstes sowie überschaubare (und betrugsfreie) Verwaltungsabläufe. Ungenügende Fortschritte in diesen Bereichen möglicherweise gepaart mit schweren Korruptionsfällen in Regierungskreisen oder gar Menschenrechtsverletzungen würden schnell dem Präsidenten angelastet werden und könnten erneut die Situation destabilisieren.

8. Der Kongo bedarf weiter der Unterstützung und Begleitung durch die internationalen Gemeinschaft. Besonders die Zeit der Regierungsbildung und ihrer ersten Arbeitsmonate bleiben sicherheitsrelevant. Ein wichtiger Aspekt wird dabei zumindest anfänglich auf dem militärischen Faktor liegen (Abschreckung durch Anwesenheit, Druck auf Abschluss der Neubildung der Armee, Unterstützung ihrer sozialen Logistik, staatsbürgerliches Schulungsprogramm).

9. Die internationale Gemeinschaft sollte sich selbst auf einen angemessenen Umgang mit dem Kongo verpflichten. Im Hinblick auf „Sondereinnahmen“ werden die führenden Politiker Kongos mit Sicherheit die unterschiedlichen Staatenvertreter gegeneinander auszuspielen wissen. Veruntreuungen sollten publik gemacht werden, auch der Verdacht. Keine Budgethilfen oder Finanzzuwendungen ohne direkte Kontrolle. Die Kultur der Veruntreuung öffentlicher Gelder lähmt den Kongo und dürfte das entscheidende Entwicklungshemmnis sein. Eine

Art spezialisierter Gerichtshof könnte sich diesem Problem annehmen.

Es besteht die Gefahr, das kongolesische Politiker nicht nur in die „Gewohnheiten“ der Mobutu-

Ära zurückfallen, sondern dass sie dies angesichts der Globalisierung (u.a. durch das Verwischen der Grenzen zwischen Staat und Wirtschaft) dies noch akzentuierter zelebrieren können. □

Mehr als 11.000 Kinder in der Hand von Rebellen Gruppen

Drei Jahre nach Ende des Bürgerkriegs im Kongo sind nach Angaben von amnesty international (ai) noch mehr als 11.000 Kinder in der Hand von bewaffneten Gruppen. Ein Regierungsprogramm zur Entwaffnung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft reiche nicht zum Schutz der als Kindersoldaten missbrauchten Jugendlichen aus, heißt es in einem am 4. Oktober in London veröffentlichten ai-Bericht. Besonders die Anzahl der verschleppten Mädchen, die von den ehemaligen Kämpfern als sexuelles Eigentum angesehen würden, sei ungeklärt. „In manchen Gegenden wurden weniger als zwei Prozent der Mädchen aus den Gruppen befreit“, sagte der stellvertretende Afrika-Direktor von amnesty, Tawanda Hondora. Dabei seien mehr als 40 Prozent der Verschleppten Frauen. Zugleich rekrutierten die Rebellen weiterhin neue Kindersoldaten. ai forderte die kommende Regierung der Demokratischen Republik Kongo

auf, alle Kinder zu befreien.

Ein seit 1998 dauernder Bürgerkrieg in dem zentralafrikanischen Land endete im April 2003. Dabei wurden nach UN-Schätzungen mindestens 30.000 Jugendliche unter 18 Jahren von der Armee oder bewaffneten Gruppen als Kindersoldaten rekrutiert. Das Reintegrationsprogramm für ehemalige bewaffnete Kämpfer wurde nach ai-Angaben mit umgerechnet rund 160 Mio Euro von der internationalen Staatengemeinschaft finanziert. Seit 2003 stand Präsident Joseph Kabila an der Spitze einer Übergangsregierung. Ende Oktober haben die Kongolesen in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen zwischen Kabila und seinem Herausforderer Jean-Pierre Bemba entschieden.

Kabila erhielt 58 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird damit der neue Präsident der Demokratischen Republik Kongo

(KNA)

Stichwort: Kindersoldaten

Weltweit werden VN-Schätzungen zufolge nahezu 300.000 Kindersoldaten eingesetzt. Ein Drittel von ihnen sind Mädchen. Viele der kleinen Krieger haben das 10. Lebensjahr noch nicht erreicht. Kindersoldaten stammen meist aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung.

Land	Zahl der Kindersoldaten	Einsatz
Kolumbien	ca. 14.000	FARC, ELN etc.
Burma	ca. 50.000	Regierungsarmee, bewaffnete Oppositionsgruppen
Angola	ca. 7.000	
Indien	Anzahl unbekannt	Regierungsarmee, bewaffnete Oppositionsgruppen
Afghanistan	Anzahl unbekannt	
Philippinen	Anzahl unbekannt	Paramilitärs, bewaffnete Oppositionsgruppen
Indonesien	Anzahl unbekannt	Informanten für Regierungs- u. Oppositionsgruppen)

SCHÄDEL-FOTOS IN DER BILD-ZEITUNG BESCHÄFTIGEN AUCH DIE MILITÄRSEELSORGE:

Nicht allein Angelegenheit der Bundeswehr, sondern der Gesellschaft, deren Spiegel die Truppe ist

Deutsche Soldaten hatten sich in Afghanistan mit menschlichen Totenschädeln in obszöner Weise fotografieren lassen. „Bild“ hatte dazu am 25.10.2006 drei Fotostrecken veröffentlicht und damit einen Zeitpunkt gewählt, als Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ der Öffentlichkeit vorstellte. Motivforschung betrieben nicht nur Medien und Behörden, sondern auch die Militärseelsorger, die bei ihrer Gesamtkonferenz (23.-27.10.2006 in Freising) von dem „Skandal“ überrascht wurden, so berichtete der KNA-Informationdienst Nr. 44 am 01.11.2006.

Der Gautinger Pfarrer Otto Gäng, 2002/2003 in Kabul im Einsatz, hätte nach eigenen Worten „eine solche Schändung nie für möglich gehalten“. Zugleich bestätigt er, dass der Einsatz unter Lebensgefahr zu einer gewissen Verrohung führt: „Man stumpft ab.“ In dieser Haltung komme auch ein gewisser Selbstschutz zum Ausdruck. Denn vor allem bei Patrouillen durchlebten die Soldaten enorme psychische und physische Strapazen. Entschuldigen will Gäng die Grenzüberschreitung damit allerdings nicht.

„Die Soldaten waren sich nicht im Klaren darüber, was sie tun“, sagt der Münchner Standortpfarrer Edwin Grötzner. Er verweist auf das zum Teil sehr junge Alter der Täter. Für den Geistlichen, der noch im Juli in Kabul war, ist der Skandal jedoch keine Angelegenheit der Bundeswehr, sondern der Gesellschaft, deren Spiegel die Truppe sei. Wenn es in der Schule Probleme mit der Disziplin gebe, „dann haben wir irgendwann diese Probleme auch in der Bundeswehr“. Die Soldaten würden vor ihren Auslandseinsätzen mindestens dreimal in zum Teil mehrwöchigen Seminaren vorbereitet. „Da lernt man auch, dass man so nicht mit Gebeinen von Toten umgeht.“

Militärbischof Walter Mixa meint, zu solchen Taten seien nur Menschen fähig, die innerlich haltlos seien und offenbar zwischen Gut und Böse nicht unterscheiden könnten. Umso wichtiger seien die Innere Führung und der von den Kirchen gestaltete Lebenskundliche Unterricht. Der Münchner Benediktiner-Abt Odilo Lechner will die Ereignisse trotz der schlimmen Bilder nicht überbewertet wissen. Es habe sich um einen ungeschickten Versuch gehandelt, spaßhaft mit etwas Unbekanntem wie dem Tod umzugehen. Schlimmer sei, wenn Lebende gefoltert oder misshandelt würden.

Militärpfarrer Michael Waldschmitt, der bis Ende September die deutschen Truppen in Kabul begleitet hatte, äußerte sich dazu auf Befragen im „Hamburger Abendblatt“ vom 26.10.2006. Er wandte sich gegen den Eindruck, dass der Einsatz in Afghanistan zu einer Verrohung der Soldaten geführt haben könnte. Die „abscheulichen Bilder“ verwiesen vielmehr darauf, dass viele junge Menschen gewalttätige Filme und brutale Computerspiele konsumierten. Das gelte auch für manche Soldaten, die in Afghanistan Laptops zur Freizeitgestaltung nutzten. „Die Bundeswehr ist ein Spiegel der Gesellschaft“, sagte Waldschmitt. „Entscheidend ist, was die Soldaten an Vorerfahrungen mitbringen, und welche Einstellung ihre private Umgebung und die Gesellschaft zu Gewalt haben.“

Die GKS hatte bei einer Vorstandssitzung beschlossen, über die von ihr mitgetragenen Stimmen aus der Militärseelsorge hinaus, sich nicht mit einer eigenen Stellungnahme zu dem Vorfall zu äußern. Nachfolgend veröffentlicht AUFTRAG aber die sehr engagierte Meinung eines Mitglieds des GKS-

Geschmacklos und makaber – BILD und die Bilder

VON HELMUT JERMER

Ende Oktober wurde von BILD – wieder einmal – eine „Sau durchs Dorf getrieben“. Das Boulevardblatt hielt es für seine Informationspflicht, die Menschen draußen im Lande mit makaberen und anstößigen „Knochenbildern aus Afghanistan“ beglücken zu müssen. Um die voyeuristische Leserschaft zu

bedienen, scheute die Redaktion keine Mühe und kein Honorar. Wie groß muss sie den Gaffer-Faktor einschätzen, wenn sie glaubt, auf so scheinheilige Weise die Volksseele – mit drei Jahre alten Bildern – aufwühlen zu müssen? Die Aktualität kann nicht das Motiv gewesen sein. Welche journalistische *Ethik* – für dieses Blatt

wohl ein Fremdwort – steckt hinter solem Gebaren? Natürlich kann BILD sich die Presse-„Freiheit“ nehmen und über solche Vorfälle berichten. *Muss* man aber Bilder, auch wenn sie als Dokumente der Zeitgeschichte *rechtlich* nicht zu beanstanden sind, mit so unästhetischen und verabscheuenswürdigem Szenen zeigen. Cui

bono? Welche Absicht steckt hinter einer solchen „Berichterstattung“?

Das *schnell-lebige* Tagesgeschäft in einer Boulevard-Zeitungsredaktion vernebelt nicht selten den Blick für weitsichtige und tiefgründige Themen. Die oft selbstgemachte Hektik führt zu einer ex-und-hopp-Mentalität, die einen Fast-Food-Journalismus generiert. Wirklich wichtige, über die Tagespolitik hinausreichende Themen verlieren die sensationslüsternen Schreiberlinge aus dem Blick, den ihnen die dicken schwarzen Lettern verstellen. Da wartet die Republik seit 12 Jahren auf ein neues Weißbuch. Der Bundesminister der Verteidigung, das Auswärtige Amt, das Kanzleramt haben sich redlich bemüht, eine Zusammenschau „zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und zur Zukunft der Bundeswehr“ vorzulegen - für den Verteidigungsminister ein großes und bedeutsames Ereignis. BILD hat mit seinen Schlagzeilen den Auftritt vermässelt. Der Öffentlichkeit wurden am gleichen Tag vom auflagenstärksten Boulevard-Blatt des Landes alte Knochen statt seriöse Information über ein existenziell wichtiges Thema serviert. Vermutlich weiß man bei BILD nicht, wie Sicherheit buchstabiert wird. Wenn es aufgrund solcher „Berichte“ zu Gefährdungen der Truppe im Einsatzland kommt, trägt, um es klar zu sagen, BILD die größere Schuld. Und in diesem Sinne ist dieser Artikel eine Anklage.

Erklären, aber nicht entschuldigen

Was die Sache selbst betrifft: das (seinerzeitige) Verhalten der Soldaten kann natürlich nicht hingenommen werden. Da gibt es nichts zu beschönigen und auch nichts zu entschuldigen. Solche makaberen Spielchen, solche obszönen Posen, in denen sich die Soldaten fotografiert haben, müssen gemaßregelt werden. Wohl haben Psychologen und Seelsorger Erklärungen, die m.E. recht einleuchtend klingen: die jugendlichen Soldaten leben in einer schwierigen Lage: einerseits Langeweile, andererseits ständige Bedrohung durch einen anonymen Feind, keine Privatsphäre, Trennung von Freundin oder Ehefrau (und Familie), mangelnde Gelegenheiten zum Abarbeiten schlimmer



Eindrücke aus der Krisenregion – Stress eben.

Ungeheuerlich ist allerdings die Masche, dass die am ekelhaften Treiben beteiligten Soldaten ihre „Erinnerungsphotos aus Afghanistan“ meistbietend an Zeitungen und Sender verschern. Zutreffend kritisiert der Bundeswehrverband dieses dumm-dreiste Verhalten der Unkameraden, mit denen sie das Ansehen der Bundeswehr insgesamt geschädigt haben und ihre abgelichteten „Kameraden (vermutlich ohne sie zu fragen) in widerwärtiger Weise einem Millionenpublikum vorgeführt“ haben. Sie haben in Kauf genommen, dass die knapp 3.000 ISAF-Soldaten deswegen noch größeren Gefahren ausgesetzt werden. Spätestens seit dem „Karikaturen-Streit“, seit „Abu Graib“ ist bekannt, wie islamistische Extremisten solche Bilder zu instrumentalisieren verstehen. Für dieses wirklich schändliche Tun darf es „null Toleranz“ geben. Zusammen mit ihren journalistischen Aufkäufern trifft diese „Kameradenschweine“ die größere Schuld.

Sie nennen es Kunst

In den Feuilletons liest man in den letzten Jahren über „modern inszenierte“ Theaterstücke oder Opern (z.B. „Idomeneo“). Was dort auf der Bühne als (nicht selten staatlich geförderte) „Kunst“ angeboten wird, spottet jeder Beschreibung: Blut-Sudeleien, Kotz, Kack, Pornos ... Und die Leute klatschen Beifall. Mit anderen Perversionen betreibt der Plastinator Günther von Hagen seine Geschäfte, indem er systematisch und fabrikmäßig Leichen verwertet; neuer-

dings¹ schneidet er tiefgefrorene Tote auf und verkauft die Scheibe für 7.000 Euro. Seine Ausstellungen sind auch von Kindern (unter sechs Jahre Eintritt frei!) besucht, und kaum jemand regt sich öffentlich auf über diese Störung der Totenruhe. Eine wirklich verlogene und kranke Gesellschaft!

Wenn sich junge Leute an so einem „Scheiß“ orientieren, dann darf man sich nicht wundern, wenn ein paar selbsternannte „Künstler in Uniform“ eine Knochen-Performance der obszönen Art bieten. Wer Gewaltvideos wie Nutella-Brötchen in sich „reinzieht“, merkt vermutlich nicht einmal auf der Anklagebank, wie er sich gefühlsmäßig selbst amputiert hat. Gewalttätigkeiten und entwürdigende Behandlungen gehören mancherorts, und nicht erst seit heute, zum Schul-Alltag. (Rütli-Schule und anderswo), Heavy-Metal-Kult, Skin-Heads und Baseball-Schläger schwingende Glatzen sind nichts anderes als ein Menetekel der fortschreitenden Wohlstandsverwahrlosung. In so gottloser Unkultur schmilzt die Achtung vor der Menschenwürde ab! Und wer glaubt, man könne dem entgegenwirken, indem man Kinder so früh wie möglich vom wärmenden Nest (der weniger werdenden) intakter Familien entwöhnt und in KiTas entsorgt, dem ist nicht mehr zu helfen. (Diesen Exkurs nur, um auf Verhältnismäßigkeit, Ursachen und Wirkung von Schuld hinzuweisen.)

Erziehungs- und Bildungsversagen

Wenn Kinder geschändet oder zu Tode gequält werden, wie neu-lich in Bremen, aber nicht nur dort, ist das m.E. viel schlimmer. Rudolf Affemann: *Krank an der Gesellschaft* und Christa Mewes: *Manipulierte Maßlosigkeit, Freiheit will gelernt sein, Macht Gleichheit glücklich, Kinderschicksal in unserer Hand, Entscheidend sind die ersten Jahre, Unser Leben muss anders werden, Der Weg zum sinnerfüllten Leben* – wer kennt schon diese prophetischen Schriften – sie warnen seit 30, 40 Jahren vor gesellschaftlichen Fehlentwicklungen: „*Hilfe, ich bin normal*“ schrieb Hans

¹ Deutschlandradio Kultur: „Umstrittene Leichen-Plastinationsfabrik in Guben eröffnet“ am 16.11.06.

Mayer Mitte der 80er in einem Herder-Bändchen, gleichsam als Reaktion auf die Irrungen und Wirrungen der 68er. Und Georg Huntemann beklagte in einer weitsichtigen Schrift: *Die Zerstörung der Person, Der verlorene Maßstab, ...*

Die Bundeswehr zieht junge Leute als Erwachsene ein. Nach dem Gesetz sind sie mit 18 Jahren mündig. Bis dahin ist erzieherisch alles längst „gelaufen“; Korrekturen am Auftreten und/oder Verhalten sind bestenfalls noch aus Einsicht möglich. Die Bundeswehr ist quasi ein Hohlspiegel der Gesellschaft. Wo und wie sozialisieren ihre Rekruten, bevor sie eingezogen werden? Viele Familien sind kaputt. Elternhaus und Schule sind nicht selten überfordert. (Bindungsunfähigkeit, Scheidungswaisen, sog. Kinderarmut, Erziehungsversagen ...) Moral und Anstand fördernde Institutionen wie die Kirchen verlieren zunehmend an Bedeutung oder werden nicht mehr ernstgenommen.

Anstand und Sitte – ganz schön altmodisch

Die Anständigkeit (*sinnverwandt: ehrenhaft, ehrenwert, ehrlich, einwandfrei, fair, korrekt, loyal, moralisch, nett, rechtschaffen, rein, rücksichtsvoll, salonfähig, seriös, sittlich, sittsam, tugendhaft, unverdorben, züchtig²*) eines Menschen, der gelernt hat, mit seiner Freiheit umzugehen, der verantworten kann, was er tut, der weiß, wie er sich zu benehmen hat, was er geben soll und empfangen darf, kommt nicht durch Pollenflug. Der Charakter eines Menschen ist nicht naturgegeben. Die Familie, die unter dem besonderen Schutz(?) des Staates steht, ist die Keimzelle, in der Kinder geborgen aufwachsen können und ihre frühe Prägung durch Erziehung erfahren. Aus dem Ur-Vertrauen, das aus familiärer Geborgenheit wächst, können Sinn für das *Gemeinwohl* (von allzu vielen auf *Meinwohl* [Egoismus, Hedonismus] reduziert) und *soziales Engagement* erwachsen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was *Familie* mit dem Selbstverständnis des Soldaten zu tun hat. Mit der Antwort tut sich mancher schwer: Verbundenheit und Verbind-

lichkeit als Grundbedingung für den Dienst an der Gemeinschaft, was sich für den Soldaten in Eid oder Gelöbnis verdichtet, nämlich „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit tapfer zu verteidigen!“

Die *Schulen* haben die Pflicht, im Rahmen der politischen Bildung im Sozialkunde-, Religions- bzw. Ethikunterricht die heranwachsende Generation auf Bürgerrechte aber auch -pflichten gegenüber Staat und *Gemeinschaft* vorzubereiten. Wo sonst sollen junge Menschen die komplexen und mitunter komplizierten Zusammenhänge der Fragen, wie „man Staat macht“, verstehen lernen: Werte und Normen, grundgelegt in der Verfassung, vorgelebt von Eltern, Lehrern, Vorgesetzten ... (von den in die Dekadenz abdriftenden Parteien ist diesbezüglich nichts zu erwarten) bewirken gesellschaftlichen Zusammenhalt in guten und schlechten Zeiten. Und gerade in letzteren müssen sie sich bewähren. Ansonsten verkommt die Bundesrepublik zur Bananenrepublik, die Demokratie zu Demoskopie.

Vor-beugen und Für-sorgen ist besser als anklagen!

Über diese Tatsachen und Befindlichkeiten und den Umgang mit ihnen wird man im Verteidigungsministerium und an anderen Stellen nachdenken müssen. Denn zunächst ist es ein Problem der *Führung*, nicht – wie manche behaupten – der Inneren Führung. Aber: Innere Führung kann helfen, die Probleme aufzufangen und ggf. zu heilen. Wer von den politisch und militärisch Verantwortlichen allerdings glaubt, die Soldaten, die Vorgesetzten zumal, durch irgendwelche zusätzlichen Alibi-Programme noch mehr belasten zu müssen, macht sich selbst was vor und lügt sich in die Tasche.

Haben alle, die „Innere Führung“ so oft bemühen, auch tatsächlich verstanden, wofür es geht? Oder noch schärfer gefragt: beherzigen sie im Truppenalltag, was der Begriff vorgibt? Die langen Erfahrungen von Mittlern der Inneren Führung zeigen, dass es in der Vergangenheit oft schwierig gewesen ist, Innere Führung gerade dem Führungsnachwuchs der Bundeswehr (Offizier- und Unteroffizieranwärter)

nachhaltig zu vermitteln. Wenn es aber schon schwer ist, diesen Multiplikatoren begrifflich zu machen, was Innere Führung ist, wie viel schwerer ist es dann erst, sie dem ‚einfachen Soldaten‘ oder gar Außenstehenden nahe zu bringen.

Innere Führung erzeugt eine konstruktive „Unternehmenskultur“

Um Innere Führung in der Bundeswehr zu verankern, muss jede Gelegenheit zur Vermittlung genutzt werden – nachwuchsbedingt ein Dauerauftrag. Die Vorgesetzten stehen in der Pflicht, Innere Führung den ihnen anvertrauten Soldaten vorzuleben und sie anzustecken. Es geht schließlich um *Wertvorstellungen* (Menschenbild GG) und daraus abgeleiteten (soldatischen) *Tugenden*, die beim Soldaten (als Rezipienten) *Denk- und Verhaltensweisen* beeinflussen.

Militärseelsorger bieten hier, unabhängig von militärischer Hierarchie und Befehlsgewalt, ihre Dienste an: sie begleiten die Truppe und sind für jeden Soldaten ansprechbar. Sie sensibilisieren die Soldaten im Allgemeinen und die Vorgesetzten im Besonderen für die moralische Verantwortung des militärischen Dienstes und geben Antworten auf Fragen nach Sinn, Schuld und Vergebung. Neben der eigentlichen und allgemeinen pastoralen Aufgabe, die freie Religionsausübung in dem Bereich der Streitkräfte, dem sie zugeordnet sind, sicherzustellen, vermitteln die Militärseelsorger Inhalte, „die für die Lebensführung des Menschen, seine Beziehung zur Umwelt und für die Ordnung des Zusammenlebens in der Gemeinschaft wesentlich sind.“ Mit solcher, vom Dienstherrn angesetzten „Lebenskunde“ fördern sie die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte, „die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen“. Militärseelsorger reden damit einer anspruchsvollen *soldatischen Ethik* das Wort; sie tragen dazu bei, dass der Soldat in die Lage versetzt wird, zu *sehen*, zu *werten* und zu *handeln*. Die katholische Kirche legt Wert auf *Wertebindung*, *Gewissenbildung* und eine verantwortete *Lebensführung*, wofür die Militärseelsorge einen wesentlichen Beitrag zu leisten vermag. □

² vgl. Duden, Bedeutungswörterbuch, Bd. 10, Mannheim, Wien, Zürich, ²1985.

Papst: Soldaten müssen für Sicherheit und Freiheit eintreten

Kongress für Militärbischöfe und Militärseelsorger im Vatikan

Für Papst Benedikt XVI. besteht die erste Aufgabe von Soldaten darin, „Diener des Friedens“ zu sein. Die geistliche Unterstützung, die die Kirche den Rekruten und Armeeingehörigen zuteil werden lässt, sollte diesem Ziel verpflichtet sein.

Der Heilige Vater richtete diese Botschaft an die Mitglieder des fünften internationalen Kongresses für Militärordinariate. Organisiert hatte das Treffen die Kongregation für Bischöfe, der die Militärordinariate direkt unterstehen. Die Militärseelsorger tagten vom 23. bis zum 27. Oktober in der alten Synodenhalle im Vatikan und setzten sich dabei mit dem Thema: „Die Soldaten im Dienst des Friedens“ auseinander. Der Katholische Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, nahm an dem Kongress teil und erläuterte in einem Referat vor den versammelten Militärbischöfen aus aller Welt die Aussagen der deutschen Bischöfe „Soldaten als Diener des Friedens – Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr“ vom 29.11.2005.

In seiner Ansprache bezog sich Benedikt XVI. auf die Apostolische Konstitution „*Spirituali Militum Curae*“ aus dem Jahr 1986, in der sein Vorgänger Papst Johannes Paul II. die kanonischen Richtlinien für die

geistliche Betreuung von Soldaten im Licht des Zweiten Vatikanischen Konzils dargelegt hatte.

Im Vorwort dieses Dokuments werden die Armeeingehörigen als „Diener der Sicherheit und des Friedens der Völker“ bezeichnet, da sie wahrhaft zu dauerhaftem Frieden beitragen würden, sofern sie ihrer Verpflichtung in Gerechtigkeit nachkämen.

In diesem Sinn ermutigte Papst Benedikt seine Gäste, den Soldaten zu helfen, „echte Experten und Lehrer dessen zu sein, was die Kirche hinsichtlich der Errichtung des Friedens in der Welt lehrt und praktiziert“. Dazu wolle die katholische Kirche weiter an der Gewissensbildung von Soldaten mitarbeiten, damit sie ihre Aufgabe als Dienst für Sicherheit und Freiheit begreifen. Nach wie vor seien Personenwürde und Frieden die grundlegenden Werte, an denen sich die Seelsorge in Armeen orientieren müsse. Das Thema des Friedens sei ein „wesentlicher Aspekt“ der kirchlichen Soziallehre, betonte der Bischof von Rom.

Die kirchliche Sicht habe die westliche Kultur wesentlich beeinflusst und dem heute verbreiteten Ideal zum Durchbruch verholfen, nach dem die Streitkräfte „im ausschließlichen Dienst der Verteidigung und der Sicherheit der Völ-

ker“ stehen. „Leider führen manchmal andere, durch internationale Spannungen hervorgerufene wirtschaftliche und politische Interessen dazu, dass diese positive Tendenz Hindernisse vorfindet und Rückschläge erleidet, wie man es etwa an den Schwierigkeiten sehen kann, die bei den Abrüstungsprozessen vorkommen.“

Vatikan: Politischer Weltfrieden setzt Friedenskultur voraus

Ebenfalls im Oktober äußerte sich der Vatikan-Vertreter bei der UNO, Erzbischof Celestino Migliore, vor der Vollversammlung in New York zu dem Thema „Die Kultur des Friedens“. Politischer und sozialer Frieden setzten nach Ansicht des Vatikans ein richtiges Verhältnis zwischen Wahrheit und Frieden auf kultureller Ebene voraus. Internationaler Terrorismus, Krieg, Völkermord und weltweite Ungerechtigkeit hätten ihre Ursachen nicht nur im sozialen und politischen Bereich. Kriege hätten ihre tiefere Motivation auch im kulturellen, ideologischen und philosophischen Bereich, betonte der Erzbischof laut einem im Vatikan verbreiteten Text. Daher müsse eine nationale wie internationale Friedenspolitik formuliert werden, die der „Wahrheit vom Frieden Rechnung trägt, und die darauf verzichtet, Lügen zum System von Beziehungen oder von Regierungsar-

Zum Bild des Soldaten im neuen Weißbuch

„Gerade vor dem Hintergrund der Besonderheiten des militärischen Dienstes ist es wichtig, dass die Soldatinnen und Soldaten über eine enge und bewusste Bindung an die in der Verfassung verankerten Werte und Normen verfügen. Nur wer die freiheitliche demokratische Grundordnung aktiv anerkennt, kann sie mit Überzeugung verteidigen. Nur wer rechtsstaatliche Grundsätze und Werte selbst im täglichen Dienst erlebt, entwickelt die erforderliche Bereitschaft, sich für sie einzusetzen.“ (WB S. 79)

„Gleichzeitig sind die Soldatinnen und Soldaten in der neuen Bundeswehr – neben ihrer Funktion als Kämpfer – auch Helfer, Schützer und Vermittler. Dieses Anforderungsprofil verlangt von ihnen Analyse- und Handlungsfähigkeiten, die über rein militärische Aspekte weit hinausreichen. ... Intensive ethisch-moralische Bildung trägt nicht nur dazu bei, ein reflektiertes berufliches Selbstverständnis zu entwickeln, sondern fördert auch die Fähigkeit des Einzelnen, in moralisch schwierigen Situationen eigenverantwortlich zu handeln. Eine umfassende interkulturelle Bildung schärft das Bewusstsein für die religiösen und kulturellen Besonderheiten in den jeweiligen Einsatzgebieten. Dieser umfassende Bildungsansatz steigert die Motivation des Einzelnen, bindet sein Handeln an den Schutz von Freiheit und Frieden und stärkt seine Handlungssicherheit vor allem im Einsatz.“ (WB S. 80 f.)

„Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“

Zentrale Versammlung – Einführende Zusammenfassung

Das zentrale Treffen der in der Katholischen Militärseelsorge in der Bundeswehr organisierten Soldaten fand in diesem Jahr vom 18. bis 23. September 2006 statt. Tagungsort war das Heinrich Pesch Haus (HPH) in Ludwigshafen/Rheinland-Pfalz. Am 24. September konnte das HPH, ein Bildungszentrum für angewandte Ethik und gesellschaftliche Praxis, sein 50-jähriges Bestehen feiern. Der Leiter des HPH, Pater Tobias Karcher SJ, stellte bei der Begrüßung der Delegierten den Namensgeber Heinrich Pesch, Jesuit und Sozialökonom, vor.¹

1 Heinrich Pesch (* 1854 in Köln, † 1926 in Valkenburg/NL), gilt als Begründer des Solidaritätsprinzips der kath. Soziallehre. Er war Lehrer von Oswald von Nell-Breuning. Mit seinem 5-bändigen „Lehrbuch der Nationalökonomie“ schuf er die wesentlichen Grundsätze der fünf Jahre nach seinem Tod erschienenen Enzyklika Pius XI. „Quadragesimo anno“.

Pesch geht in seinem Werk davon aus, dass zwischen dem Individuum und der Gesellschaft ein wechselseitiges Abhängigkeits- und Verpflichtungsverhältnis besteht. Aus diesem Grundgedanken entfaltet er sein „soziales Arbeitssystem“, indem der Mensch und der Dienst am Gemeinwohl als Ziel der Wirtschaft definiert werden. Pesch befürwortet Privatwirtschaft und freie Konkurrenz, die aber der sozialen Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl als regulative Prinzipien unterstellt sein sollen

Die stellvertretende Vorsitzende des Diözesanrates Speyer, Frau Finkinger, stellte in einem Grußwort die wechselhafte Geschichte des Bistums vor und wies auf die wegen der Auslandseinsätze der Bundeswehr große Aktualität des Leitwortes der Woche „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM.“ hin.

Zunächst tagte in dieser 46. Woche der Begegnung (WdB) die ZV vom 18. bis 20. September, dann die Bundeskonferenz der GKS (21.-23.09.). Das gemeinsame Motto der Woche lautete: „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM.“ Zu diesem Thema fand im Rahmen der ZV eine Podiumsdiskussion² statt. Diese beleuchtete die rechtliche, die ethisch-moralische und die soldatische Position zu diesem Problemkreis.

Auch der Jesuit Karl Weich stellte in seiner am Mittwoch vorgetragenen Lebensbild des seligen P. Rupert Mayer³ die Thematik „Gewissen und

Gehorsam“ in den Mittelpunkt. Gehorsam in der Kirche sei immer eingebettet in den Dienst an und für Gott. „Die Ehre Gottes und der Dienst am Nächsten schließen sich immer ein“, so P. Weich. Auch in strengen, dem Gehorsam besonders verpflichteten Jesuitenorden gehe es nicht um einen „Ping-Pong-Gehorsam“, wie der Pater es nannte, sondern um einen Gehorsam, der dem Gewissen und dem Dienst an Gott verpflichtet sei.

Beschlossen hat die ZV wiederum die Fortsetzung ihrer „Nachbarschaftshilfe“ für ein weiteres Jahr. Die Aktion des abgelaufenen Zeitraumes „Hilfe für jugendliche Landminenopfer im Kosovo“ hatte im Jahreszeitraum 2005/2006 einen Spendenbetrag von 11.500 Euro erbracht. Für 2006/2007 hat die ZV einmütig beschlossen, die „Nachbarschaftshilfe“ fortzusetzen und ein Renovabis-Projekt „Perspektiven durch Bildung – ein Gymnasium für Schülerinnen und Schüler im Kosovo“ zu unterstützen.⁴

Am 20. September wählten die Delegierten der ZV Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt (40) für eine vierjährige Amtszeit zu ihrem Vorsitzenden. Er tritt die Nachfolge von Oberst Richard Schmitt an, der Ende des Jahres 2006 in den Ruhestand geht. Eisenhardt wurde 1966 in Essen-Steele geboren. Nach der Schule schloss er eine Ausbildung zum Brillenoptikschleifer ab. 1986 trat er in die Bundeswehr ein und absolvierte eine Ausbildung zum Transportfeldwebel sowie zum Industriemeister für Kraftverkehr. Seit Januar 2006 ist Eisenhardt Wehrdienstberatungsfeldwebel am Zentrum für Nachwuchsgewinnung West, Düsseldorf, Zweigstelle

Fortsetzung auf Seite 46 u.

sorge verfügbare Sonderheft 1987 der Zeitschrift „Militärseelsorge“, Hans Jürgen Brandt, „... Zur Seligsprechung der Karmelitin Edith Stein und des Jesuitenpaters Rupert Mayer“, verwiesen.

4 Projektbeschreibung der neuen Nachbarschaftshilfe s.S. 55.



Stabwechsel bei der diesjährigen Zentralen Versammlung: Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt folgt Oberst Richard Schmitt, der zum Jahresende in den Ruhestand versetzt wird, in das Amt des Vorsitzenden der ZV. (Foto KMBA)



Tagesordnung für die

Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten 2006

im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

TOP	Thema / Vorhaben / Ereignis	Durchführung	Dokumentiert (Hinweis) Seite
1	Begrüßung	O Schmitt	
2	Einweisung in das Tagungshaus	P. Karcher SJ	(S. 44)
3	Grußworte: Katholischer Leitender Militärdekan Koblenz Katholikenrat Speyer	MD Schnettker Frau Fikinger	(S. 44)
4	Eröffnung der Beratungen der Zentralen Versammlung 2006 Bericht zur Lage der katholischen Militärseelsorge	MGV Wakenhut	S. 46
5	Bildung eines Wahlausschusses	OTL Schellhaas	
6	Podium „Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“	Prof. Dr. Hoppe GM Glatz MR Günther	S. 47-51 S. 52-53
7	Aussprache zum Thema	LWD i.K. Bendel	
8	Vorbereitung der Wahl des Vorsitzenden ZV	Wahlausschuss	
9	Wort des Vertreters des Priesterrates	MD Stolz	S. 54
10	Bericht über die Arbeit im ZdK	GLt Lather	
11	Bericht über die Arbeit im Vorstand ZV	O Schmitt	
12	Bericht über die Nachbarschaftshilfe 2005/2006 Beschluss zur Fortsetzung der Nachbarschaftshilfe 2006/2007	StFw Weber	S. 55
13	Vorstellung der Arbeit aus den Sachausschüssen des Vorstandes – Sachausschuss „Ehe-Familie-Partnerschaft“ – Sachausschuss „Gemeindearbeit“ – Sachausschuss „Dienstalltag und Christsein“ – Sachausschuss „gesellschaftliches Engagement“ – Sachausschuss „Information“	Frau Petersen StFw Koethe M Gräf OFA Dr. Keim OTL Graichen	Merkblatt S. 56
14	Möglichkeit zum Einbringen weiterer Beschlussvorlagen	Moderator	
15	„Zeugnis für Gott, Dienst am Menschen“ – das Leben des seligen P. Rupert Mayer SJ“	P. Weich SJ	(S. 44)
16	Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken der Katholischen Leitenden Militärdekane	Moderatoren/ Vertreter der AK	
17	Zusammenfassung durch den Vorsitzenden ZV	O Schmitt	(S. 46)
18	Verabschiedung von Beschlussvorlagen	Moderator	
19	Vorstellung der Kandidaten für die Wahl des Vorsitzenden ZV - evtl. Personaldebatte	Wahlausschuss	
20	Wahl des Vorsitzenden	Wahlausschuss	
21	Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS	OTL Brochhagen	S. 57-58
22	Bekanntgabe des Wahlergebnisses	Wahlausschuss	
23	Wort des Militärbischofs zum Abschluss	MB Dr. Mixa	S. 58
24	Schlusswort des scheidenden Vorsitzenden ZV Wort des neuen Vorsitzenden ZV	O Schmitt SF Eisenhardt	(S. 46) Interview S. 59-60



Bericht von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut vor der ZV am Montag, den 18.09.2006, in Ludwigshafen

zu einem erfüllten Leben sein kann, aber ebenso wenig ein unvernünftiger Glaube, der zu Fanatismus und Terror ausarten kann.

In seiner ersten Enzyklika „DEUS CARITAS EST“ hat Papst Benedikt den Weg gewiesen. Der Gott, der Liebe ist, will dass wir Menschen diesen Weg der Liebe, als Diener des Friedens gehen.

Sie wollen als katholische Soldaten und Soldatinnen ein deutliches Zeichen setzen für die Welt Gottes, einer Welt voller Hoffnung und Zukunft trotz aller Widerwärtigkeiten und aller Bosheit in eben dieser Welt.

Als Militärseelsorger wollen wir sie dabei mit bestem Wissen und Gewissen unterstützen. Und gerade deswegen erfüllt es mich mit großer Sorge, dass es zunehmend schwieriger

wird, unsere freien Stellen nachzubesetzen.

In mühsamen und anstrengenden, im Letzten aber doch erfolgreichen Verhandlungen mit dem Staat ist es uns gelungen für die Ortsebene („Der Katholische Standortpfarrer“) 90 Dienst-/Planstellen zu erhalten. Mit diesen neunzig müssen und können wir die Seelsorge in der Heimat wie im Einsatz gewährleisten – wenn auch mit manchen Schwierigkeiten. Aber das kennen sie auch aus ihren Bereichen, dass Personal knapp ist.

Nachdem der Staat seine Bringschuld in organisatorischer Hinsicht erbracht hat, ist es an der Kirche, an den Diözesen, auch das nötige, für die Militärseelsorge geeignete (Alter, Fitness) Personal freizustellen – Pfarrer, Pastoralreferenten und -referentinnen.

In einer Zeit hoher Spannung (Libanon – Aufregung der Muslime über den Papst) haben Sie sich als katholische Soldaten hier in Ludwigshafen eingefunden. Das Thema dieser Tage „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“ ist so gerade jetzt von höchster Aktualität.

Der Papstbesuch hat uns gezeigt, wir haben als Christen, ja als katholische Christen durchaus etwas zu sagen – auch wenn das nicht immer so ankommt. Erinnern wir uns der Worte Jesu aus dem Evangelium vom gestrigen 24. Sonntag im Jahreskreis, die er an den Petrus richtet. „*Du hast nicht das im Sinn, was Gott will, sondern was die Menschen wollen.*“

Christsein in der Welt von heute, Soldat und Christ sein in der Welt von heute, ist nicht so einfach. Die Versuchung, sich auf diese Welt, auf das eigene Leben, auf die eigenen Interessen zu beschränken, einen guten Job zu machen und dabei ein leidliches Auskommen zu haben, ist immer wieder groß.

Aber gerade der Beruf des Soldaten ist es, der zwangsläufig den Blick weitet. Frieden, Freiheit, Wohlergehen, eine gerechte Ordnung all das ist nicht mehr nur für sich möglich. Das umzusetzen und zu verwirklichen geht nur mit den anderen, der Völkergemeinschaft, der ganzen Menschheitsfamilie.

Der Papst hat bei seinem Besuch in Altbayern mehrmals darauf hingewiesen, wie gefährdet eine Welt ohne Gott ist – in der es nur um das eigene Interesse geht – und dass Vernunft ohne Glaube keine Grundlage

Fortsetzung von Seite 44

Hamm/Unna. Ralf Eisenhardt wurde getauft in der methodistisch-evangelischen Freikirche in Essen. Im April 1992 trat ZUR katholischen Kirche über. Seit dieser Zeit nimmt Eisenhardt verschiedene Ehrenämter in der Katholischen Militärseelsorge wahr. Seit 1992 ist er Mitglied im Pfarrgemeinderat/Seelsorgebezirksrat, dessen Vorsitzender er von 1998 bis 2003 war. Seit 1993 nimmt er regelmäßig als Delegierter an der ZV teil. 2003 wählte ihn die ZV als einen ihrer drei Vertreter ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Eisenhardt ist verheiratet und hat zwei Söhne.⁵

Die Berichte aus der Arbeit der Sachausschüsse des Vorstands der ZV wie auch die Berichte der Moderatoren bzw. der Vertreter der Arbeitskonferenzen aus den Dienstaufsichtsbezirken der Katholischen Leitenden Militärdokane (KLMD) nahm wie immer einen breiten Raum in den Beratungen der Delegiertenversamm-

lung ein.⁶ Sie sind wichtig für die Bewertung der Arbeit in den Räten. Der bis zu dieser Woche amtierende Vorsitzende der ZV, Oberst Richard Schmitt, zog aus diesen Berichten die Schlussfolgerung, Laienapostolat brauche Mut und die Bestärkung, nicht allein zu stehen. Er appellierte in seinem Schlusswort vor der ZV an die Delegierten zusammenzuhalten: „Wer glaubt, bleibt nicht allein.“ Zum Schluss der ZV und damit auch zum Abschied aus dem Amt des Vorsitzenden dankte Oberst Richard Schmitt allen, die ihn bei seiner Arbeit begleitet und unterstützt hatten. Allen Delegierten wünschte er bis zur nächsten ZV in Augsburg „viele gute Glaubenserlebnisse, erfüllende Momente und Gottes Segen“.

Die ZV endete und die Bundeskonferenz begann mit einem Pontifikalamt mit Militärbischof Dr. Walter Mixa. An den Gottesdienst schlossen sich ein Empfang und ein Gästeabend des Militärbischofs an. (PS)

⁵ AUFTRAG stellt in einem Interview den neuen Vorsitzenden der ZV auf den Seiten 59 f. vor.

⁶ Merkblatt zur Arbeit der Sachausschüsse s.S. 56 Die Berichte aus den Dienstaufsichtsbereichen sind z.T. so umfassend, dass sie den Rahmen der Berichterstattung im AUFTRAG sprengen.

Die Annahme, Militärseelsorgevertrag und Statuten verpflichten nur den Staat, nicht aber die Kirchen – oder nicht so sehr –, ist falsch. Die Kirchen haben die Bringschuld, die notwendigen Seelsorger und Seelsorge-rinnen zu stellen. Dazu gibt es diese Verträge!

Der Staat hat zugestimmt, dass von den 90 Dienststellen 30 Prozent mit Pastoralreferenten besetzt werden können und dass diese wie die Pfarrer zwölf Jahre über Gestellungsvertrag in der Militärseelsorge verweilen können. Ebenso sind die Hindernisse, die sich vor den Auslandseinsätzen dieser Berufsgruppe aufbauten, weithin beseitigt. Der erste Pastoralreferent geht in den nächsten Tagen in den Kosovo, wo er zusammen mit dem dort eingesetzten Militärpfarrer ein Seelsorgeteam bilden wird.

Eine weitere – auch die Laien betreffende – organisatorische Maßnahme ist die anstehende Reduzierung unserer Dienstaufsichtsbezirke auf vier (von ursprünglich acht). Ohne jetzt auf die damit verbundenen Probleme im Detail einzugehen, bitte ich Sie, ihre Organisationsformen auf der Mittleren Ebene (Arbeitskonferenzen, Bereichskonferenzen der GKS) darauf auszurichten. Die von ihnen erarbeitete und empfohlene Neuordnung der Arbeitskonferenzen wird verfügt, wenn die staatlichen Organisationsmaßnahmen erlassen und umgesetzt sind. Es gilt auch hier der Grundsatz: Die Militärseelsorge folgt in ihrer Struktur der staatlichen Organisation.

Die meisten Sorgen und Schwierigkeiten wird die – ohne Zweifel notwendige – Umorganisation und Neustrukturierung des KMBA mit sich bringen – geht es da doch um

Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jahrelang in vertrauter Umgebung gute Arbeit geleistet haben und leisten. Die Transformation der Bundeswehr erfordert aber ihren Tribut.

Ziel dieser Neustrukturierung ist und muss bleiben, dass unsere Arbeit optimiert und nicht erschwert wird, dass sie transparenter und nicht immer undurchschaubarer wird. Es muss allen Beteiligten, Staat wie Kirche, bewusst sein. Wir sind nicht für uns selbst da, sondern allein für die Soldaten und deren Familien.

Ich wünsche dieser 46. Woche der Begegnung, an der ich wegen einer Überhäufung von Terminen gerade in dieser Woche nur bis morgen Mittag teilnehmen kann, einen guten Verlauf und die Erfahrung echt christlicher, geschwisterlicher Gemeinschaft. □

STATEMENTS DES PODIUMSGESPRÄCHS ZUM THEMA
„SOLDATEN ALS DIENER DER FREIHEIT – GEWISSEN UND GEHORSAM:

Gewissensfreiheit als Grenze der militärischen Gehorsamspflicht

VON THOMAS HOPPE

Nicht nur in der katholischen Moraltheologie, sondern weit darüber hinaus herrscht dahingehend Übereinstimmung, dass niemand eine Handlung begehen darf, die er in einer um Sachgerechtigkeit bemühten Prüfung seines Gewissens als unsittlich erkennt. „Keine Gehorsamspflicht gegenüber irgendeiner staatlichen oder auch kirchlichen Autorität kann den Einzelnen von dieser Verantwortung für sein Tun entbinden“¹. Denn hierbei geht es unmittelbar um die moralische Integrität der Person – theologisch gesprochen: um ihr Heil –, nicht um ihr Wohlergehen in Belangen des irdischen Lebens².

Es gehört daher zum kirchlichen Verkündigungsauftrag, diese moralische Verantwortung ins Bewusstsein zu rufen – zumal in Bereichen, in denen Menschen nicht nur für sich selbst entscheiden, sondern Dritte von ihren Entscheidungen mittelbar oder unmittelbar betroffen sind. Insbesondere gilt dies für Handlungszusammenhänge, in denen das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Menschen gefährdet werden bzw. werden können, wie es im Kontext jeder Form von Gewaltanwendung der Fall ist. In der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ erinnert das Zweite Vatikanische Konzil deswegen „an die bleibende Geltung des natürlichen Völkerrechts und seiner allgemeinen Prinzipien“: „Handlungen, die in bewusstem Widerspruch zu ihnen stehen, sind Verbrechen; ebenso Befehle, die solche Handlungen anordnen; auch die Berufung auf blinden Gehorsam kann den nicht entschuldigen, der sie



ausführt ... Höchste Anerkennung verdient dagegen die Haltung derer, die sich solchen Befehlen furchtlos und offen widersetzen“ (GS Nr. 79).

Dabei richtet sich das Gewissensurteil nicht primär auf allgemeine Prinzipien zur Beurteilung der sittlichen Erlaubtheit von Gewalt, sondern „in erster Linie auf das konkrete Handeln“³, auf den hier und jetzt zu leistenden Dienst und seine Formen. Weil die Treue zum eigenen Gewissen eine unbedingte moralische Pflicht darstellt, ergibt sich das moralische Recht darauf, dass diese Treue von jedem anderen respektiert wird, un-

1 Walter Kerber, Zur Moral des militärischen Gelöbnisses im Zeitalter der nuklearen Abschreckung, in: Stimmen der Zeit 113 (1988) H.5, S. 313-325, hier S. 317.

2 Zur Unterscheidung zwischen sittlichen und nicht-sittlichen Werten vgl. Bruno Schüller, Die Begründung sittlicher Urteile, Düsseldorf 2. Aufl. 1980, S. 73ff.

3 Kerber, a.a.O., S. 318.

mittelbar aus der Würde der Person. Niemandem ist es gestattet, einen anderen zum Handeln gegen sein verpflichtendes Gewissensurteil zu verleiten oder gar zu zwingen. Lediglich in den Bereich der äußeren Handlungsfreiheit einzugreifen kann unter außergewöhnlichen, genau zu bestimmenden Umständen erlaubt sein, beispielsweise um eine Person, die ansonsten einen hochansteckenden Virus verbreiten würde, für einige Zeit in Quarantäne zu nehmen⁴.

Niemand ist zudem dazu berechtigt, den inhaltlichen Umfang möglicher Gewissensurteile, die Anspruch auf Respekt erheben, im Vorhinein festzulegen und dadurch zugleich zu beschränken, so dass Fälle, die mittels einer solchen Festlegung nicht erfasst wären, aus dem Schutzbereich des moralischen Rechtes auf Gewissensfreiheit hinausdefiniert würden. Von Bedeutung sein kann allenfalls die Frage, ob sich an der Art und Weise, in der jemand sich auf sein Gewissensurteil beruft, ablesen lässt, dass es sich tatsächlich um eine schutzwürdige Gewissensentscheidung handelt oder aber möglicherweise um die Verwechslung eines Tatsachenirrtums mit einer Gewissensproblematik, über die die betreffende Person aufgeklärt werden könnte und sollte. Selbst für diesen Fall ist aber daran festzuhalten, dass auch eine Gewissensentscheidung, die auf einem von der urteilenden Person nicht erkannten Irrtum beruht, nichtsdestoweniger für diese verbindlich und daher in den Schutzbereich der Gewissensfreiheit einbezogen bleibt. Dem entspricht das Bundesverfassungsgericht – und seither die ständige Rechtsprechung – durch die folgende Definition: Gewissensentscheidung sei „jede ernste sittliche, d.h. an den Kategorien von Gut und Böse orientierte Entscheidung, die der Einzelne in einer bestimmten Lage als für sich bindend und innerlich unbedingt verpflichtend erfährt, so dass er gegen sie nicht ohne ernste Gewissensnot handeln könnte“⁵. Auf die inhaltliche „Richtigkeit“ oder „Falschheit“ der Entscheidung kann es daher nicht ankommen⁶.

4 Es versteht sich dabei von selbst, dass ihr auch in dieser Zeit eine menschenwürdige Behandlung zukommen muss.

5 BVerfG 12, S. 45 (55).

6 So zutreffend u.a. Frank Schafranek,

Das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“⁷ betont in diesem Zusammenhang insbesondere die Bedeutung des Konzepts der Inneren Führung in der Bundeswehr: Dessen Prinzipien „binden militärisches Handeln an die Werte des Grundgesetzes und orientieren die innere Ordnung der Streitkräfte an rechtsstaatlichen Grundsätzen und am Schutz der Menschenwürde“⁸. Konkret bedeute dies: „Damit dieser Grundsatz in der Praxis wirksam werden kann, bedarf es bei Vorgesetzten wie Untergebenen nicht nur einer genauen Information über die Normen des humanitären Völkerrechts und des Soldatenrechts. Darüber hinaus müssen sie die Wirkungen des eigenen Handelns hinreichend überblicken und sie anhand der Maßstäbe eines gebildeten Gewissens bewerten können. Denn der bisher erreichte rechtliche Standard allein vermag die Opfer bewaffneter Konflikte noch nicht hinreichend zu schützen. Erforderlich ist zudem ein rechtlicher Freiraum, der es dem Befehlsempfänger auch praktisch ermöglicht, sich solchen Anordnungen zu widersetzen, die rechtliche bzw. ethische Grenzen verletzen. Positives Recht hat auch für den Soldaten die Gewissensfreiheit zu garantieren“⁹. Daraus ziehen die Bischöfe die Konsequenz: „Zum Berufsethos gehören auch Urteilsfähigkeit und selbstbestimmtes Handeln. Deswegen ist ein ethisch verantwortetes Entscheidungsverhalten der Soldaten ein hohes Gut. Es sollte in der gesamten Ausbildung und in der praktischen Ausgestaltung des Prinzips von Befehl und Gehorsam so stark wie nur möglich in den Mittelpunkt gerückt werden“¹⁰.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005

Das Urteil des 2. Wehrdienstsenates des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. 6. 200511 ist daher gerade

Die Gewissensfreiheit des Soldaten. Anmerkungen zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005 (2 WD 12.04), in: NZWehrr 47 (2005) H.6, S. 234-246, hier S. 239.

7 Hrsgg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn September 2000 [= GF].

8 GF, Ziff. 140.

9 GF, Ziff. 141.

10 GF, Ziff. 142.

11 BVerwG 2 WD 12.04, im Folgenden zit. nach NJW 59 (2006) H.1-2, S. 77-108

im ethischen Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Denn es gibt Aufschluss darüber, ob und in welchem Umfang eine Garantie der Gewissensfreiheit für Soldaten durch positives Recht tatsächlich gegeben ist. In einem seiner Leitsätze hebt das Urteil hervor: Die „Verpflichtung jedes Bundeswehrsoldaten, erteilte Befehle ‚gewissenhaft‘ ... auszuführen, fordert keinen bedingungslosen, sondern einen mitdenkenden und insbesondere die Folgen der Befehlsausführung – gerade im Hinblick auf die Schranken des geltenden Rechts und die ethischen ‚Grenzmarken‘ des eigenen Gewissens – bedenkenden Gehorsam“¹². Das Recht, sich auf das Urteil des eigenen Gewissens zu berufen, gilt also nicht nur im Hinblick auf Befehle, die bereits nach dem geltenden Recht – also den einschlägigen Normen des Völkerrechts, der bundesrepublikanischen Verfassung und des Soldatengesetzes – unzulässig sind und infolgedessen keine Gehorsamsforderung begründen können¹³: „Die verfassungs-

[= BVerwG 2005].

12 BVerwG 2005, S. 77.

13 Aus den einschlägigen Normierungen ergibt sich folgende rechtliche Situation: „Nicht befolgt werden müssen, oder gar dürfen ... Befehle, die die Menschenwürde verletzen. Gleiches gilt ... für Befehle, die nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt wurden. ... Von der Gehorsamspflicht ausgenommen sind auch solche Befehle, durch deren Befolgung eine Straftat begangen würde, wobei nicht nur Delikte nach dem nationalen Strafrecht, sondern ebenso Delikte nach dem Völkerstrafrecht umfasst sind. Auf internationaler Ebene mitunter fehlende effektive Durchsetzungsmechanismen können so durch alle drei Gewalten des völkerrechtsverpflichteten Verfassungsstaates kompensiert werden. Eine weitere Gruppe nicht bindender Befehle bilden die objektiv unmöglichen oder sinnlos gewordenen. ... Offensichtlich nicht verbindlich sein können ferner solche Befehle, die ihrerseits Art. 26 Abs. 1 S. 1 GG [Verbot des Angriffskriegs] verletzen würden. ... Unverbindlich bleiben schließlich alle ‚unzumutbaren‘ Befehle. Unzumutbarkeit liegt bei einem besonders tiefen und weitreichenden Eingriff in die Persönlichkeitssphäre vor. Damit ist der Bogen zu Art. 4 Abs. 1 GG gespannt, denn die Freiheit des Gewissens und der Gewissensentscheidung ist mit dem der Verfassung zugrunde liegenden Bild von der autonomen sittlichen Persönlichkeit untrennbar verbunden“ (Markus Kotzur, Gewissensfreiheit contra Gehorsamspflicht oder: Der Irak-Krieg auf verwaltungsgerichtlichem Prüfstand, in: Juristen-Zeitung 61 (2006) H.1, S.

rechtliche Gewährleistung der Gewissensfreiheit hat die Aufgabe und den Zweck, den Spielraum für Handlungsalternativen zu erweitern, wenn die Rechtsordnung den Einzelnen (anderenfalls) vor die Alternative stellt, gewissenkonform und rechtswidrig oder gewissenwidrig und rechtmäßig zu handeln¹⁴. Auch stellt das Urteil klar, dass das Recht zur Berufung auf die Gewissensfreiheit für einen Soldaten nicht dadurch hinfällig wird, dass er zu einem früheren Zeitpunkt oder demjenigen seiner Befehlsverweigerung nicht vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung gemäß Art. 4 III GG Gebrauch gemacht hat. In Übereinstimmung mit der bisherigen Rechtsprechung höchster Bundesgerichte hebt das Urteil außerdem hervor, dass es nicht Dritten obliegt, über den Inhalt der geltend gemachten Gewissensentscheidung zu urteilen – Gegenstand einer Prüfung kann (und muss) lediglich die Frage sein, ob von einer „hinreichende[n] Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins des Gewissensgebots und seiner Verhaltensursächlichkeit“¹⁵ ausgegangen werden kann. Nur so lässt sich sicherstellen, dass der Schutz der Gewissensfreiheit im konkreten Fall nicht nach politischen Opportunitäts Gesichtspunkten disponibel wird. Überdies stellt das Gericht fest, dass das Grundrecht der Gewissensfreiheit keinem Gesetzesvorbehalt unterliegt und daher auf diesem Wege auch nicht eingeschränkt werden kann; selbst durch die wehrverfassungsrechtlichen Vorschriften des Grundgesetzes werde es nicht verdrängt.

Durchaus nicht blind ist das Urteil gegenüber den praktischen Folgen dieser Rechtslage für den militärischen Dienstbetrieb. Es fordert, den hier möglichen „faktische[n] Konflikte[n] und Unzuträglichkeiten“¹⁶ durch Herstellung „praktischer Konkordanz“ Rechnung zu tragen: „Diese erfordert ... eine ‚Optimierung‘ des Geltungsgehalts aller beteiligten Verfassungsnormen unter

25-30, hier S. 27; vgl. auch Schafranek, a.a.O., hier S. 235f., sowie Stefan Sohm, Vom Primat der Politik zum Primat des Gewissens?, in: NZWehrr 48 [2006] H.1, S. 1-24, hier S. 4).

14 BVerwG 2005, S. 88.

15 BVerwG 2005, S. 77.

16 ebd. S. 105.

möglichster ‚Schonung‘ ihres jeweiligen Regelungsanspruchs“¹⁷, bei dem der jeweils betroffene „sachliche Grundwertgehalt“ in jedem Fall zu respektieren sei. Die Umsetzung dieses Grundsatzes erfordere „ein konstruktives Mit- und Zusammenwirken ‚beider Seiten“¹⁸. Der militärische Vorgesetzte hat die geltend gemachte Gewissensentscheidung ernst zu nehmen, er darf sie „weder negieren noch lächerlich machen oder gar unterdrücken“¹⁹. Der verweigernde Befehlsempfänger hat gemäß einem weiteren Leitsatz einen Anspruch darauf, „dass ihm eine gewissenchonende diskriminierungsfreie Handlungsalternative bereitgestellt wird, um einen ihn in seiner geistig-sittlichen Existenz als autonome Persönlichkeit treffenden Konflikt zwischen hoheitlichem Gebot und Gewissensgebot zu lösen“²⁰. Die Geltung der allgemeinen Gehorsamspflicht jenseits des den Gewissenskonflikt auslösenden Falles erlischt dadurch freilich nicht.

Die Implikationen des Urteils und seine Konsequenzen

Die vorliegende Entscheidung unterstreicht in wünschenswerter Deutlichkeit, dass die jedem einzelnen Soldaten als moralischem Subjekt seiner Entscheidungen aufgegebene ethische Verantwortung auch für den von ihm zu leistenden Befehlsgehorsam im Einzelfall getragen werden kann, ohne ihn im Konfliktfall zwischen Gehorsamsforderung und Gewissensurteil zwangsläufig in einen Gegensatz zur ihn bindenden Rechtsordnung zu bringen²¹. Das Soldaten-

17 ebd. S. 103.

18 ebd. S. 105.

19 ebd. S. 105.

20 ebd. S. 78. Zu denken ist hier an eine anderweitige Verwendung, Wegkommandierung, Versetzung o.ä.

21 Zutreffend Klausur Dau, Kommentar zu BVerwG 2 WD 12.04, in: NZWehrr 47 (2005) H.6, S. 254-257, hier S. 255: „Die Gewissensentscheidung des einzelnen Soldaten indes nur auf eine Rechtsfrage zu verkürzen, wird der Konfliktlage zwischen Rechtspflicht und Gewissen nicht gerecht. Seit den Zeiten der Antigone verlangt sie eine auch ethische Auflösung.“ Deswegen ist der Auffassung von Schafranek, a.a.O., S. 239ff., zu widersprechen, das Bestreben, die eigene Beteiligung an einer möglichen Straftat zu verhindern, sei nicht Ausdruck einer Gewissensentscheidung,

bild des Konzepts der Inneren Führung, das nicht eine blinde, sondern eine ethisch reflektierte Gehorsamsbereitschaft einfordert, wird durch das Urteil bestätigt, dieses Konzept mithin in einer Zeit gestärkt, in der es aus unterschiedlichen Gründen unter Druck gerät. Auch deswegen sind die im Urteil getroffenen Klarstellungen zu begrüßen.

Freilich lässt der Text der Urteilsbegründung auch erkennen, welche Bedeutung einer zutreffenden Aufklärung über die jeweilige Rechts- und Faktenlage zukommt, die es gegenüber einem in einem Gewissenskonflikt befindlichen Soldaten darzulegen gilt. Dass es nicht hinreichen kann, eine mögliche Gewissensproblematik dadurch wegzudefinieren, dass man alle potentiell problematischen Handlungsweisen vorab unter eine oder mehrere der hier angegebenen Kategorien von vornherein unverbindlicher Befehle subsumiert, zeigt sich bei einem Blick auf die Lückenhaftigkeit einschlägiger Normierungen des Völkerrechts. So fehlt es noch immer an einer konsensualen Interpretation des Terminus „Angriffskrieg“ – rechtliche Unklarheiten in dieser Hinsicht sind ersichtlich von direkter Bedeutung auch für die Frage, ob und unter welchen Umständen die Beteiligung Deutschlands an vergleichbaren Unternehmungen einem Verstoß gegen Art. 26 I GG gleichkommt, der die Vorbereitung (und um so mehr die Führung) eines Angriffskriegs verbietet. Unbefriedigend bleiben aber auch die bestehenden rechtlichen Regelungen im Bereich des „ius in

sondern stelle lediglich eine bestimmte „Rechtsmeinung“ dar, deren Vertretung „zunächst nur eine Meinungsäußerung i.S.d. Art. 5 Abs. 1 GG“ sei (S. 241). Bei dieser juristischen Subsumption wäre der Rechtsschutz für einen Soldaten, für den die Zweifel an der Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit eines an ihn ergangenen Befehls zugleich eine Gewissensproblematik entstehen lassen, ungleich schwächer, als wenn die Einschlägigkeit von Art. 4 Abs. 1 GG bejaht wird. Sohm, a.a.O., S. 55, interpretiert zutreffend die Argumentation des BVerwG im vorliegenden Fall: „Die für den Einzelnen nach seinem Gewissen maßgeblichen ethischen Gebote könnten auch im geltenden Recht ihren Niederschlag gefunden haben, dies entkleide sie nicht ihres ethischen Charakters. Auch bezüglich rechtlicher Bedenken bestehe damit die Möglichkeit, sich auf die Gewissensfreiheit zu berufen.“

bello“, beispielsweise hinsichtlich eines Einsatzes von Atomwaffen²² bzw. im Hinblick auf nicht zwischen-, sondern innerstaatliche Auseinandersetzungen, in die durch eine Intervention von außen eingegriffen wird²³. Zur Situation des im konkreten Fall betroffenen Soldaten führt das Gericht aus, der Soldat sei zwar durch einen Vorgesetzten auf die Möglichkeit hingewiesen worden, „einen Anwalt seines Vertrauens zu konsultieren“²⁴. Jedoch hält es fest: „Im vorliegenden Falle reichte dies angesichts der Komplexität der einschlägig relevanten soldaten-, verfassungs- und völkerrechtlichen Fragen sowie der Ungewissheiten über die konkreten Auswirkungen [der dem Soldaten befohlenen Tätigkeiten] ... auf den im Frühjahr 2003 begonnenen und in seiner Dauer nicht abschätzbaren Irak-Krieg sowie die damit im Zusammenhang stehenden Unter-

stützungsleistungen der Bundeswehr nicht aus“²⁵. Nach Auffassung des Gerichtes hätten daher die Bundeswehrführung und die militärischen Vorgesetzten einer weitergehende Aufklärungspflicht gehabt. Doch ist damit zu rechnen, dass auch auf dieser höheren Ebene erhebliche Unklarheiten bereits über die rechtliche Bewertung des staatlichen Handelns zumindest in der Entscheidungssituation selbst verbleiben – man denke nur an die seinerzeit strittig diskutierte Frage, wie es um die Völkerrechtskonformität der deutschen Beteiligung an der Intervention im Kosovo 1999 bestellt sei.

Mit Situationen, die die ernsthafte Prüfung eines bewaffneten Eingreifens zum Schutz von an Leib und Leben bedrohten Menschen zu einer Pflicht der Staatengemeinschaft werden lassen, ist auch künftig zu rechnen. Soldaten, die in solche Einsätze entsandt werden, dürfen aber dabei nicht dauerhaft unter dem Eindruck stehen, in einer ethischen wie rechtlichen Grauzone zu handeln oder sich sogar an einem schwerwiegenden Völkerrechtsbruch zu beteiligen. Anderenfalls ist damit zu rechnen, dass gerade moralisch sensible Soldatinnen und Soldaten sich vor schwerwiegende Gewissensfragen gestellt sehen. Es bedarf daher einer Weiterentwicklung des internationalen Rechts mit dem Ziel, sicherzustellen, dass erforderliche Entscheidungen zu bewaffnetem Eingreifen aufgrund konsentierter materieller Rechtsstandards und möglichst frei von andersgelagerten politischen Opportunitätskalkülen getroffen werden können. Die entsprechenden Verfahrensregelungen in internationalen Gremien sind daraufhin zu reformieren, dass sie das Zustandekommen sachgerechter Beschlüsse fördern. Auch wenn gegenwärtig diskutierte konkrete Vorschläge hierzu aus unterschiedlichen Gründen noch nicht überzeugen können, muss die Suche nach konstruktiven Modifikationen des gegebenen Systems, nach transparenten und zugleich effizienten wie rechtlich überprüfbareren Entscheidungswegen fortgeführt werden²⁶.

Fortschritte erscheinen ferner im Hinblick auf die geltenden Standards im humanitären Völkerrecht notwendig, die die Opfer bewaffneter Konflikte nicht hinreichend zu schützen vermögen – zumal angesichts gewandelter Konfliktaustragungsformen und sich verändernder technischer Möglichkeiten zum Einsatz von Gewalt. Auch mit den Mitteln des Rechts sollte versucht werden, den schwer beherrschbaren Eigendynamiken jeder organisierten Gewaltanwendung und den damit einhergehenden Eskalationsgefahren so weit wie möglich Dämme zu setzen. Daher gilt es zum einen, alle Staaten dazu zu bewegen, die Standards der Zusatzprotokolle im eigenen Zuständigkeitsbereich verbindlich zu machen – vorzugsweise auf dem Weg des Beitritts zu diesen Vertragswerken. Zum anderen sollten Verhandlungsprozesse initiiert bzw. weitergeführt werden, die auf eine Fortbildung und Verstärkung der humanitären Schutznormen des Völkerrechts, über den Rahmen der Zusatzprotokolle hinaus, gerichtet sind.

Schließlich macht das Gericht auf den hohen persönlichen „Preis“ aufmerksam, den die Entscheidung zur Befehlsverweigerung für den betreffenden Befehlsempfänger nach sich ziehen kann: „Der einzelne, individuell handelnde Soldat befindet sich in einem solchen Konfliktfalle ... regelmäßig in der Gefahr, sich im Kameradenkreis zu isolieren, zum Außenseiter abgestempelt zu werden oder sonst auf Ablehnung in seinen beruflichen Sozialbeziehungen zu stoßen. In einem wegen Ungehorsam eingeleiteten Strafverfahren droht ihm darüber hinaus, zu einer Kriminalstrafe verurteilt sowie daneben noch in einem gerichtlichen Disziplinarverfahren mit einer empfindlichen Disziplinarmaßnahme belegt zu werden und in der Konsequenz für seinen weiteren beruflichen Lebensweg bei Beförderungen, Verwendungsentscheidungen oder sonstigen Fördermaßnahmen erhebliche Nachteile hinnehmen zu müssen“²⁷. Das Gericht sieht hierin ein von vornherein wirksames Hindernis dafür, dass sich Soldaten ohne eine

22 Vgl. dazu bereits Kerber, a.a.O., S. 320, der zugleich (S. 324) darauf hinweist, wie schwierig die Zuweisung rechtlicher wie moralischer Verantwortung an einzelne Personen im konkreten Fall werden kann: „Die moderne Kriegführung gibt dem einzelnen ... nur beschränkt Informationen darüber, was ein bestimmter Einsatzbefehl konkret bedeutet. Der einzelne ist Teil eines vernetzten Apparates, für dessen Wirkung es darauf ankommt, dass jedes Teilchen zuverlässig funktioniert, bei dem aber nur wenige jenen Überblick über das Ganze besitzen, der allein ein klares Urteil erlauben würde. Selbst bei einem eindeutig verbrecherischen Atomwaffeneinsatz dürfte es schwierig sein, die abgestufte Verantwortung der einzelnen Beteiligten klar festzustellen und sie dafür haftbar zu machen.“

23 In diesem Zusammenhang macht der jüngst erschienene Kommentar zum Soldatengesetz von Dieter Walz/Klaus Eichen/Stefan Sohm, Heidelberg 2006, auf eine Regelungslücke auch in der nationalen bundesdeutschen Rechtsordnung aufmerksam; im Kommentar zu § 7 SG (Grundpflicht des Soldaten) heißt es: „Die Pflicht zur Tapferkeit beschränkt sich auf deutsche und – allenfalls – alliierte Rechtsgüter. Bloße deutsche ‚Interessen‘ oder gar solche anderer Staaten oder die Aufgabenwahrnehmung internationaler Organisationen sind nicht in den Schutzbereich einbezogen, für den die Soldaten der Bw [Bundeswehr] mit ihrem Leben einzutreten haben. Wer dies politisch für opportun hält, muss den Gesetzgeber bemühen“ (120 Rdn. 20). Und: „Eine Definition des unbestimmten Rechtsbegriffes ‚treu zu dienen‘ ist bisher weder durch die Rechtsprechung noch durch die Literatur erfolgt. ... Der weiteren Interpretation ist damit jeder Raum eröffnet“ (121 Rdn. 29).

24 BVerwG 2005, S. 107.

25 ebd.

26 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Thomas Hoppe (Hg.), Schutz der Menschen-

rechte. Zivile Einmischung und militärische Intervention, Berlin 2004, S. 187-192.

27 BVerwG 2005, S. 106.

„nachvollziehbare“²⁸ Begründung auf ihr Gewissen berufen, um einen legitimer Weise an sie ergangenen Befehl nicht ausführen zu müssen. Dies ist aber nur die eine Seite des Problems. Zu bedenken ist demgegenüber, ob durch die antizipierbare Kette von rechtlichen und sozialen Sanktionen, denen sich der potentielle Verweigerer ausgesetzt sieht, nicht auch die Bereitschaft untergraben werden könnte, in einem tatsächlichen Gewissenskonflikt eher der Stimme dieses Gewissens zu folgen als den Erwartungen des Befehlsgebers²⁹. Dies wäre nicht nur ethisch, sondern zugleich verfassungsrechtlich hoch problematisch.

Um so mehr ist vor diesem Hintergrund davor zu warnen, die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts, dass von einem im Gewissenskonflikt stehenden Soldaten erwartet werden könne, diese Problematik seinen Vorgesetzten nicht „zur Unzeit“³⁰ darzulegen, in dem Sinne zu interpretieren, dass für einen solchen Fall der Schutz der Gewissensentscheidung zurückzutreten habe, sofern er mit dringenden Erfordernissen der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte kollidiere. Diese Position wird in der das Urteil kommentierenden bzw. kritisierenden juristischen Literatur mancherorts vertreten³¹, wobei teilweise durchaus problematische Voraussetzungen eine Rolle spielen³².

28 BVerwG 2005, S. 77 u.ö.

29 Vgl. Dau, a.a.O., hier S. 257: „Der Untergebene geht gegenüber einem Befehl, ihn mit der Berufung auf die Gewissensfreiheit nicht zu befolgen, ohnehin hohes Risiko ein. Verweigert er den Gehorsam, begeht er ein Dienstvergehen und unter den Voraussetzungen des § 20 WStG auch eine Wehrstraftat. Schuld oder Unschuld erweisen sich erst in einem aufwändigen Gerichtsverfahren.“

30 BVerwG 2005, S. 105.

31 Vgl. Schafranek, a.a.O., S. 243: „Wenn das BVerwG es angesichts des hohen Rangs der Grundrechte für verfehlt hält, von den Streitkräften oder ihrer jeweiligen politischen Führung definierte Bedarfs-, Effektivitäts- oder Funktionsanforderungen heranzuziehen und diese dann mit dem Grundrecht der Gewissensfreiheit abzuwägen, ist dem entgegenzuhalten: Einer muss die Definitionsmacht haben, und das kann nicht der einzelne Soldat sein.“

32 Sohm, a.a.O., S. 7, stellt zwar einerseits fest: „Hinsichtlich des Grundrechts der Religionsfreiheit ist in Literatur und

Auf die diesbezügliche Kontroverse kann zwar an dieser Stelle im Einzelnen nicht eingegangen werden. In einer ethischen Betrachtung ist jedoch festzuhalten, dass nicht der Befehlsgeber die Definitionsmacht darüber beanspruchen kann, ob eine glaubhaft geltend gemachte Gewissensentscheidung auch tatsächlich zu schützen ist. Im positiven Recht steht ausdrücklich der Weg einer späteren gerichtlichen Überprüfung des in Rede stehenden Sachverhalts offen. Von dieser Sachlage müssen Vorgesetzte ausgehen können, d.h. hierüber vor allem hinreichend informiert sein, um zu vermeiden, dass sie in einem konkreten Fall (unbeabsichtigt) den Schutzzweck des Rechts auf Gewissensfreiheit vereiteln.

Es mag nahe liegen, die möglicherweise auftretenden praktischen Probleme im Truppenalltag, die mit der Geltendmachung einer Gewissensnot verbunden sein können, dadurch „lösen“ zu wollen, dass man den Betroffenen einen legalen Weg eröffnet, die Bundeswehr alsbald zu verlassen. So vertritt ein kürzlich erschienener Beitrag in der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht“ die Auffassung, es bleibe „dem Soldaten als ‚gewissenschonende Alternative‘ immer die Möglichkeit, aus den Streitkräften auszuschneiden. ... Im übertragenen Sinne könnte man von einem ‚beneficium emigrationis‘ aus dem Sonderstatusverhältnis als letzter Gewähr der Gewissensfreiheit sprechen“³³. Durch ein Konzept, das darauf hinausliefe, auf jeden Gewissensvorbehalt mit einer Entlassung aus den Streitkräften

Rechtsprechung anerkannt, dass bei der Bestimmung des Schutzbereichs maßgeblich auf das Selbstverständnis des Grundrechtsträgers abzustellen ist. Vergleichbares gilt für die Gewissensfreiheit. Hier kann dem Bundesverwaltungsgericht nur zugestimmt werden.“ Dennoch vertritt er am Schluss seines Beitrags die Auffassung, dem Dienstherrn komme das Recht zu, eine Abwägung zwischen den militärischen Belangen und dem Grundrechtsschutz des Einzelnen zu treffen. Im Ergebnis scheint sich diese Argumentation nicht erheblich von der Position Schafraneks (a.a.O., S. 243) zu unterscheiden, da nicht zu erkennen ist, wieso in einer solchen Abwägung nicht de facto eine Definitionsmacht seitens des Dienstherrn beansprucht würde.

33 Sohm, a.a.O., S. 23.

zu reagieren³⁴, würde jedoch jenes wesentliche Charakteristikum sukzessive ausgehöhlt, durch das sich nach dem Willen des Gesetzgebers die Bundeswehr von Armeen früherer Zeiten unterscheiden soll: Die Wertschätzung eines ethisch reflektierten Gehorsamsverständnisses, mit der unausweichlich verbunden ist, dass gegebene Befehlslagen eben aus jenen ethischen Erwägungen heraus nicht in jedem Falle auf Zustimmung und entsprechende Umsetzung rechnen können. Diese Grundsituation mag unter pragmatischen Gesichtspunkten zuweilen störend wirken – sie ist jedoch auf das begründete Urteil zurückzuführen, dass durch eine Streitkräftestruktur, der das Recht und ggf. die Pflicht zur Prüfung von Befehlen nicht nur anhand der Normen des positiven Rechts, sondern auch an den Maßstäben eines gebildeten Gewissens sozusagen inhärent ist, weit mehr Unheil verhindert wird als an Entlastung der Befehlsgebenden gewonnen werden könnte, wären solche Haltungen zum Umgang mit militärischen Mitteln nicht spürbar. Insofern geht es nicht nur darum, dass sich der Befehlsgeber gewissermaßen aus einer Haltung der Großzügigkeit heraus nach Kräften um eine Abmilderung möglicher Gewissenskonflikte bemüht. Vielmehr muss auch künftig innerhalb wie außerhalb der Bundeswehr der Schutz der Gewissensfreiheit gerade im Interesse des Gemeinwohls der Bürger eines Staates als ein hohes Gut aufgefasst und dadurch eventuellen Tendenzen zur Diskriminierung von Menschen, die sich auf ihr Gewissen berufen, wirksam begegnet werden. □

34 Kritisch hierzu auch Rolf Clement, Die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und das Gewissen des Soldaten, in: Europäische Sicherheit 54 (2005) H.8, S. 40-41; für ihn sind „Situationen denkbar, wo die Tatsache der politischen Entscheidung der Bundesregierung oder des Bundestages für einen bestimmten Einsatz bei der Gewissensprüfung des Soldaten nicht ausreicht, um den Einsatz als eigene Aufgabe zu akzeptieren. ... hier müsste die Bundeswehr im Geist der inneren Struktur der letzten 50 Jahre auch auf den Soldaten eingehen. Nicht jede Nichtbeteiligung an einem bestimmten Einsatz sollte damit die Frage aufwerfen, ob der bestimmte Soldat in den Streitkräften bleiben darf“ (40).

„Soldat als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“

Einführung aus der Sicht eines Soldaten,
der an der Planung und Führung von Einsätzen beteiligt ist

VON GENERALMAJOR RAINER GLATZ

Bevor ich zum Thema komme, gestatten Sie mir drei Vormerkungen – auch zu meiner Person –, damit Sie das von mir Gesagte in die Gesamthematik besser einordnen können.

1. Ich bin im 38. Dienstjahr als Soldat und habe im steten Wechsel zwischen Stäben und Truppe Erfahrungen im nationalen und internationalen Bereich auf nahezu allen Führungsebenen sammeln dürfen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben mich in den verschiedensten Bereichen seit SOMALIA immer wieder intensiv gefordert, insbesondere in meinen dreieinhalb Jahren als Brigadekommandeur der Jägerbrigade 37 „Freistaat Sachsen“, in der ich im Winter 98/99 zur Zeit des beginnenden KOSOVO-Krieges als Kommandeur der D/F Brigade im Einsatz war, während meiner Zeit als Stabsabteilungsleiter Füh III, in die die ersten Planungen für eine deutsche Beteiligung an ISAF und OEF fielen, sowie während meiner dreieinhalbjährigen Zeit als Divisionskommandeur der Division Spezielle Operationen in Regensburg, in der ich fast durchgängig Truppenteile in Afghanistan hatte.

Seit Anfang April dieses Jahres bin ich für die Dauer der Abwesenheit des Befehlshabers des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant Viereck, im Rahmen seiner Verwendung als Operations Commander der EU für die Mission im Kongo mit der Führung des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr betraut worden. D.h., ich trage zurzeit die Verantwortung für ca. 7.700 deutsche Soldaten, die ihren Dienst in den Auslandseinsatzgebieten der Bundeswehr in zehn unterschiedlichen Missionen auf drei Kontinenten vom Balkan, über das Horn von Afrika, im Kongo und in Afghanistan versehen.

Und ich kann Ihnen sagen, dies ist eine Verantwortung, die man

ständig spürt und der man sich bei allen zu treffenden Entscheidungen bewusst sein muss – und dies 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche. Darauf haben die uns anvertrauten Frauen und Männer einen Anspruch, auf dessen Einlösung sie auch vertrauen können müssen.

2. Ein Wort zu meinem Selbstverständnis als Soldat.

Ich persönlich beziehe dieses ausdrücklich auch in Bezug auf unsere Auslandseinsätze aus Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes, in dem es heißt: „DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR. SIE ZU SCHÜTZEN UND ZU ACHTEN IST VERPFLICHTUNG ALLER STAATLICHEN GEWALT.“

Wenn man dieser Linie folgt, muss dies für uns in mehrerer Hinsicht Konsequenzen haben. Zum einen nach innen bezogen auf unser Führungsverständnis und unsere Führungskultur – also die Auftragstaktik und die Prinzipien der Inneren Führung. Zum anderen nach außen bezogen auf unser Verhalten gegenüber der Bevölkerung in den Einsatzgebieten.

Für die einzelnen Einsatzgebiete müssen wir daher bei unseren dort eingesetzten Soldaten ein Verständnis für Geschichte, Kultur, Religion und sich daraus entwickelte Norm- und Wertvorstellungen sowie daraus abgeleitete Verhaltensnormen im Umgang miteinander und mit Fremden aus einem anderen Kulturkreis, die wir ja nun einmal sind, schaffen.

Dies versuchen wir durch Unterrichte und in der einsatzvorbereitenden Ausbildung in vielerlei Abschnitten sowie an vielen Stationen während der praktischen Ausbildungsabschnitte sicherzustellen.

Denn das Motto: „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, warum er sich wo befindet!“, gilt auch mit dem Blick auf andere. Wir können nur wissen, wie wir mit den Befindlichkeiten in fremden Ländern umgehen, wenn wir

wissen, woher sie kommen, und wie wir sie berücksichtigen müssen.

Dies kann nur gelingen, wenn sich das Wissen um die Verhältnisse in den Einsatzgebieten in idealer Weise auch zu Toleranz entwickelt, der Achtung vor der anderen Kultur und ihren ganz spezifischen historisch gewachsenen Werteordnung.

Wir benötigen dieses Wissen dringend. Denn, wenn wir insgesamt erfolgreich sein wollen, müssen wir die Köpfe und Herzen der Menschen in den Einsatzgebieten gewinnen. Auch aus diesem Grunde stellen wir unseren Kontingentführern in den Einsatzgebieten sogenannte „Landeskundliche Berater“ zur Seite.

Darüber hinaus hat das Militärgeschichtliche Forschungsamt, unter anderem mit der Erstellung von „Wegweisern zur Geschichte“ Afghanistans, Bosnien-Herzegowinas und des Kongos der Bundeswehr Hilfen für den Einsatz an die Hand gegeben, welche aus meiner Sicht in diesem Gesamtzusammenhang nicht hoch genug geschätzt werden können. Dankenswerter Weise wird diese Zusammenarbeit fortgesetzt.

Lassen Sie mich diesen Punkt meiner Ausführungen noch einmal zusammenfassen:

Wir können in den Stabilisierungsoperationen vom Balkan bis Afghanistan nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Bevölkerung in den Einsatzgebieten zu gewinnen und zu überzeugen, dass es sich lohnt, ihren Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Dies muss bei der Planung und Durchführung all unserer Operationen, seien sie rein militärisch und/oder gemeinsam mit zivilen Organisationen, stets mitbedacht werden.

3. Bei der Entsendung von Soldaten in eine Stabilisierungsoperation müssen sich alle, insbesondere aber die politischen Entscheidungsträger im Klaren darüber sein, dass mit dem Einsatz von Soldaten neben

dem stabilisierenden Aspekt zunächst für die Politik nur „Zeit gekauft“ wird. Nämlich die Zeit, die es der Politik ermöglicht, an der Beseitigung der tieferliegenden Konfliktursachen zu arbeiten. Anders ausgedrückt: Der militärische Beitrag ist ein wichtiger, er mag ein „Türöffner“ sein, ist aber auf sich allein gestellt nicht ausreichend, um diese Konflikte zu lösen oder zu beseitigen.

Damit komme ich nun zum Kern Ihrer Fragestellung, den Bereichen Verantwortung und Gewissen.

Hier muss man vorausschauend zunächst einmal feststellen, dass sich alle unsere Einsätze im Bereich des Völkerrechtes bewegen, d.h. sie sind durch dieses abgedeckt. Zudem sind sie VN-mandatierte Einsätze zur Krisenbewältigung, anders als die Einsätze der Marine am Horn von Afrika und im Mittelmeer. Diese gründen sich auf Art. 51 der VN-Charta, also Selbstverteidigung, sowie Art. 5 des NATO-Vertrages und die VNSR-Resolutionen 1368 und 1373 aus 2001 sowie der VNSR-Resolution 1566 aus 2004. Darüber hinaus werden alle Einsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte auf der Basis von Bundestagsmandaten unter Berücksichtigung deutschen Rechtes sowie der politisch gebilligten Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt, den sogenannten Rules of Engagement (ROE), durchgeführt.

Der einzelne Soldat wird auf der Grundlage dieser ROEs anhand einer Taschenkarte ausgebildet, die ihm insbesondere in den Fällen Rechts-sicherheit vermitteln soll, in denen er im Einsatz gezwungen sein könnte, nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel militärische Gewalt, einschließlich der Waffengewalt, einzusetzen. D.h., der einzelne Soldat nimmt seinen Auftrag in einem zuvor eindeutig auch rechtlich klar definierten Rahmen wahr. Insofern ist er in diesen Lagen auch zum Gehorsam verpflichtet. Dies enthebt ihn aber nicht möglicher moralischer Dilemmata in einer konkreten, nicht vorhersehbaren Situation.

Da unsere Soldaten ihren Dienst in all unseren Einsätzen auch unter der Führung multinationaler Kommandeure versehen, die für die mi-



Die Teilnehmer des Podiumsgesprächs (v.l.): LWissDir i.K. Lothar Bendel, Prof. Dr. Thomas Hoppe, GenMaj Rainer Glatz und v.r. MinRat Günther, r. dazwischen MilDek Johann Mayer (Foto M. Beyel, KMBA)

litärische Operationsführung in den Einsatzgebieten verantwortlich sind, liegt eine wesentliche und täglich wiederkehrende Aufgabe des Einsatzführungskommandos darin, diese Operationsführung darauf zu überprüfen, ob sie aus der Sicht deutschen Rechts und unserer Einsatzregeln auch mandatskonform ist.

Sie können sicher sein, dass diese Aufgabe, in der wir auch gegenüber der militärischen und politischen Ebene sowie letztlich gegenüber dem Parlament Verantwortung tragen, durch uns sehr ernst genommen wird. Es ist unsere wichtigste Kernaufgabe neben vielen anderen.

Und, wenn sie die Diskussion in den Medien über einen möglichen Einsatz deutscher Soldaten außerhalb Kabuls sowie der Nordregion Afghanistans mitverfolgt haben, können Sie sich auch vorstellen, dass uns diese Aufgabe im Zusammenspiel mit den Kommandeuren vor Ort immer wieder sehr fordert.

Wir sind uns der hohen Verantwortung für Leib und Leben der uns

anvertrauten Frauen und Männer und der Tatsache, dass die Bindung militärischen Handelns an die nationale und internationale Rechtsordnung die Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht der Soldaten begrenzt, sehr bewusst, wissen aber auch, dass auch unter diesen Rahmenbedingungen jeder Einsatz mit Risiken behaftet ist.

Lassen Sie mich zu dem Spannungsfeld, das sich aus dem Gewissen des Einzelnen und damit für die Frage der Übernahme von Verantwortung ergeben kann, vor unserer späteren Diskussion als evangelischer Christ mit Rückgriff auf ein Wort Dietrich Bonhoeffers schließen:

„Das letzte Nichtwissen des eigenen Guten und Bösen und damit das Angewiesensein auf Gnade gehört wesentlich zum verantwortlichen geschichtlichen Handeln. Der ideologisch Handelnde sieht sich in seiner Idee gerechtfertigt, der Verantwortliche legt sein Handeln in die Hände Gottes und lebt von Gottes Gnade und Gunst“ □.

**Hinweis zur Thematik s.a. S. 55:
„Papst Benedikt XVI. Soldaten müssen
für Sicherheit und Freiheit eintreten“**



Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen im Namen des Priesterrates für Ihre Arbeit in der vergangenen Zeit bedanken. Viele von Ihnen haben sich in manchen Bereichen selbstlos und mit viel Engagement eingesetzt. Die Gemeinschaft der Kirche lebt, gestaltet und baut auf, durch das Handeln und Reden vieler Menschen. Sie haben dies getan und damit nicht nur Zeugnis abgelegt für ihren Glauben an Jesus Christus, sondern Sie haben auch durch das Einsetzen ihrer unterschiedlichen Gaben und Fähigkeiten an dem lebendigen Haus Gottes in dieser Welt mitgebaut. Dankeschön und vergelte diesen Einsatz Ihnen Gott.

Einige von Ihnen denken und planen auch weiter und machen sich Gedanken in Planung und Organisation der Kirche unter Soldaten.

So wurde der Vorschlag in den Priesterrat eingereicht, einmal zu bedenken, ob es nicht sinnvoll sei, erfahrene und die Auslandseinsätze der Bundeswehr kennende Soldaten, die kirchlich gebunden und aktiv sind, den Pfarrern im Einsatz zur Seite zu stellen. Diesen Gedanken finde ich gut und wir werden ihn aufgreifen und ohne Bürokratie und großartige Vorplanung umsetzen. Dieser Vorschlag zeigt mir persönlich das gute Zusammenwirken von Priestern und Laien. Einander tragen und stützen, für einander da sein, muss die Devise unseres kirchlichen Handelns sein.

Wo aber geht die Kirche unter Soldaten hin, wie können wir weiter aktiv und sinnvoll in unseren unter-

„Pfarrer ja, Glaube und Kirche nein!“

Grußwort des Moderators des Priesterrates
Militärdekan Thomas Stolz, StOPf. Ulm I

schiedlichsten Aufgabebereichen wirken und vor allem, wie können wir mehr Menschen von der Großartigkeit des Glaubens und der Kirche begeistern.

Nach einer Umfrage, anlässlich des Papst-Besuches durch McKinsey, lässt sich zwar feststellen, dass 20% der Deutschen, Ihre Meinung über die kath. Kirche verbessert habe, von den Katholiken sind es 32%.

20% der Katholiken sagen, sie gingen jetzt regelmäßig in den Sonntagsgottesdienst, das sind 2% mehr als bei der vorherigen Umfrage. 43% der Befragten sind der Meinung, die Institution kath. Kirche müsse sich dringend verbessern. Das sind 14% mehr als 2002. Fast jeder zweite Deutsche (45%) hat weiterhin kein Vertrauen in die kath. Kirche als Institution. Noch schlechtere Vertrauenswerte erzielen die Rentenversicherung (47%) und die politischen Parteien (57%).

Regelmäßige Kirchgänger erwarten nur zu 35% (Gesamtbevölkerung 47%), dass sich in den nächsten Jahren die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert, 25% von ihnen rechnen mit einer Verbesserung der Bildungssituation, von den Deutschen insgesamt sind es nur 18%. In Hilfsorganisationen sind 27% der aktiven Katholiken tätig, sie liegen damit um 15% über dem Bundesdurchschnitt.¹

Diese Zahlen können wir analysieren, oder diskutieren. Fakt ist, und das ergeben viele gleich geartete Umfragen: In vielen Bereichen kommt die kath. Kirche und damit auch christlicher Glaube nicht mehr vor.

Normen und Gesetze ändern, die Kirche dem säkularisierten Zeitgeist anpassen würde der Wahrheit und dem Anspruch des Evangeliums und dem Auftrag der Kirche nicht nur nicht gerecht werden, sondern wäre gleichzeitig ihr Untergang. Was aber tun? Wie die Menschen begeistern

¹ aus „Der Dom“ Kirchenzeitung für das Erzbistum Paderborn, 17.09.2006, S. 3.

und in die Kirche hineinführen? Bei der Kirche unter Soldaten ist es bekanntlich nicht anders, sondern eher noch extremer. Den Pfarrer, die Militärseelsorge finde ich gut, aber mit Glauben habe ich nichts am Hut, so ein weit verbreitete Meinung unter den Soldaten. Ebenso meine Erfahrungen aus den vielen Auslandseinsätzen bestätigen mir diese Tatsache. Wenn von 1.200 Soldaten sonntags 80 zum Gottesdienst kommen, dann kann ich als Priester schon froh sein. Dennoch ist die Annahme meiner Person bei den Soldaten und auch die der anderen Pfarrer recht hoch. Pfarrer ja Glaube und Kirche nein.

In den kommenden Jahren sehe ich genau in diesem Punkt die entscheidende Herausforderung für die gesamte Kirche und all derer die ihren christlichen Glauben als einen gelungenen Lebensentwurf betrachten und diesen in der Welt verkünden und leben wollen.

Die Kirche muss in der Gesellschaft wieder einen größeren Rückhalt bekommen. Die Kirche muss wieder erkannt werden als ein Garant guten und wahrhaftigen Lebens. Die Kirche muss wieder die Fürsprecherin der kleinen Leute werden und sie muss sich bedingungslos für die vielen Randgruppen und außerhalb der Gesellschaft Stehenden kümmern. Und wenn ich hier von Kirche spreche, dann meine ich jeden Einzelnen von uns. Priester und Laien sind aufgerufen das Evangelium im und durch das Leben zu verkünden. Dies hat nicht mit Bequemlichkeiten zu tun, sondern fordert eine gewisse Radikalität.

Daher meine lieben Schwestern und Brüder im Glauben, bitte ich Sie herzlich, Ihren Glauben und Ihre Überzeugung nicht zu verstecken sondern gelegen oder ungelegen in unsere Gesellschaft einzubringen. Dies wird unser Auftrag für die Zukunft sein und kein anderer. Der hl. Johannes Don Bosco kann uns hier ein Beispiel sein. □

NACHBARSCHAFTSHILFE 2006 / 2007 – PROJEKTBECHREIBUNG:

„Perspektiven durch Bildung – ein Gymnasium für Schülerinnen und Schüler im Kosovo“

Die größten Hoffnungen für das Kosovo richten sich auf die Jugend des Landes. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Diese Jugend braucht die Möglichkeit zur Bildung im europäischen Sinne und eine Chance zur Entfaltung im Geist der Verständigung, der Achtung und des Respekts. Mädchen und Jungen aller Ethnien und Glaubensrichtungen sollen gemeinsam zur Schule gehen und wieder neu lernen, miteinander zu leben.

Das kirchliche Hilfswerk Renovabis gab im Jahre 2003 eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines klassischen Gymnasiums im Kosovo in Auftrag. Danach ist die Gründung einer solchen Schule im Kosovo nicht nur wünschenswert und machbar, sondern auch verantwortbar. Insbesondere soll auch Mädchen die Chance zu einer guten Ausbildung eröffnet werden. Das zu gründende Gymnasium sollte unbedingt ein Internatsgymnasium sein, das allen Kosovaren und den Anrainerstaaten offen steht.

In Prizren erfolgte bereits am 16. April 2005 die Grundsteinlegung. Nur 5 Monate später, am 12. September 2005, wurden Teile der Schule eingeweiht. Der Unterricht begann für 184 Kinder am darauf folgenden Tag. Als juristische Person und Ansprechpartner fungiert der Trägerverein „Association Loyola Gymnasium“. Ihm wurde der Public Benefit Status (Gemeinnützigkeit) zuerkannt und er ist bei der UNMIK als NGO registriert. Der Trägerverein setzt sich aus vielen kirchlichen und sozialen Stiftungen aus Deutschland, Österreich und dem Kosovo zusammen. Das Gymnasium wird von Pater Walter Happel SJ geleitet.

Das Loyola Gymnasium verfolgt eine optimistische Pädagogik. Die Erziehung ist welt- und lebensbejahend und will zur ganzheitlichen Bildung des Einzelnen in der Gemeinschaft beitragen. Den Schülern wird nicht

nur Wissen vermittelt. Im Mittelpunkt steht die Wertevermittlung.

Um auch jenen Kindern, deren Eltern es sich nicht leisten können, den Zugang zur Schule zu ermöglichen, vergibt der Trägerverein Stipendien oder zumindest Teilstipendien (z. Zt. 10% Anteil). Die Förderung von Mädchen in einem muslimischen Land, ist ein ganz besonderes Anliegen. Daher sind die Hälfte der Plätze an der Schule und in den Internaten für Mädchen reserviert.

Noch in diesem Jahr wird mit der Bau-Phase II begonnen. Es werden Sportplätze, eine Mehrzweckhalle und weitere Klassenzimmer entstehen.

Das Lehrpersonal und die weiteren Mitarbeiter sind bekannt. Der Katholische Standortpfarrer Köln-Wahn, Militärpfarrer Michael Berning,

und vor Ort eingesetzte Soldaten des Deutschen Einsatzkontingents KFOR haben die Projektpartner bereits mehrfach besucht. Unter anderem führten Kontingentsoldaten eine ganztägige Erste Hilfe Ausbildung am Loyola Gymnasium durch, die neben dem Wissen den Schülern auch ein verändertes Soldatenbild vermittelten.

Die Finanzierung des Betriebs und Ausbaus der Schule und des Internats scheint gesichert. Zur Finanzierung der Stipendien werden verlässliche finanzielle Zusagen gebraucht. Der Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien soll mit deren Hilfe gesteigert werden. Für ein Stipendium werden 720,00 Euro/Jahr (nur Schule) bzw. 2.520,00 Euro/Jahr (Internat) veranschlagt.

(Peter Weber)

GEFUNDEN:

Papst Benedikt XVI.: Soldaten müssen für Sicherheit und Freiheit eintreten

Die katholische Kirche will nach den Worten von Papst Benedikt XVI. weiter an der Gewissensbildung von Soldaten mitarbeiten. Diese müssten ihre Aufgabe als Dienst für Sicherheit und Freiheit begreifen, sagte der Papst am 5. Oktober bei einer Begegnung mit internationalen Militärggeistlichen. Nach wie vor seien Personenwürde und Frieden die grundlegenden Werte, an denen sich die Seelsorge in Armeen orientieren müsse. Das Kirchenoberhaupt äußerte sich aus Anlass des fünften internationalen Kongresses der Militär-Ordinate im Vatikan. Das am Freitag beendete Treffen stand unter dem Thema „Ministerium pacis inter arma“ (Friedensdienst unter Waffen).

Benedikt XVI. unterstrich, bewaffnete Kräfte dürften „ausschließlich im Dienst der Verteidigung und der Sicherheit und der Freiheit der Völker“ eingesetzt werden. Entsprechend habe auch schon das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) die Aufgabe des Militärs als Dienst für den Frieden beschrieben. Leider sorgten jedoch wirtschaftliche und politische Interessen dafür, dass diese „konstruktive Tendenz“ behindert und gebremst werde. Das zeige sich auch bei der Abrüstung, beklagte der Papst. *(KNA)*

Aus der Arbeit der Sachausschüsse

Ein wesentlicher Teil der Arbeit innerhalb des Vorstandes der Zentralen Versammlung (ZV) wird in den Sachausschüssen geleistet. Jedes Vorstandsmitglied leitet einen Ausschuss. Deren Mitglieder werden vom Vorstand berufen. In regelmäßigen Abständen treffen sich diese Sachausschüsse, um zum jeweiligen Thema zu arbeiten und zu diskutieren. Weitere Mitarbeiter sind in den Ausschüssen willkommen. Die Leiter der Sachausschüsse tragen im Verlauf der ZV zur Arbeit in ihrem Themenbereich vor. Hier eine Zusammenfassung, wie sie auch als Merkblatt für die Räte vorliegt.

Dienstalltag und Christsein/ Mission:

Leitung:

Major Gereon Gräf

Dieser Sachausschuss hat sich für das vergangene und die drei folgenden Jahre die Themenbereiche Lebenskundlicher Unterricht (LKU), Familienseelsorge und Seelsorge im Auslandseinsatz auf die Tagesordnung geschrieben.

Hierbei wird unter anderem bei der Erstellung der neuen ZDV 10/4 mitgewirkt. Wichtige Neuerungen bei der Durchführung des LKU dürften u.a sein:

- Keine konfessionelle Trennung
- LKU wendet sich an alle Soldatinnen und Soldaten
- Seminarform (Tagesseminar)

Gemeindearbeit:

Leitung:

Stabsfeldwebel Rüdiger Koethe

Der Sachausschuss greift Fragen und Probleme in den Seelsorgebezirken auf und macht dem Vorstand Vorschläge zur Beantwortung von Fragen bzw. Lösung von Problemen. Desweiteren hält er enge Verbindung zu den Seelsorgebezirksräten und zur mittleren Ebene, den Arbeitskonferenzen der Leitenden Militärdekane (KLMD). Er erarbeitet Vorschläge für die Ordnung der Laiengremien. Er überarbeitet das Handbuch für Seelsorgebezirksräte. Weiterhin beobachtet er Veränderungen der Bundeswehr, die Einfluss auf die Militärseelsorge an den Standorten haben. Schließlich erarbeitet er auch Vorschläge zur Unterstützung der Laienarbeit im Auslandseinsatz.

Organisation/Planung

Leitung: Oberstleutnant
Hans-Georg Schellhaas

Dieser Sachausschuss hat als Hauptaufgabe die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der ZV innerhalb der Woche der Begegnung. Hierbei arbeitet er sehr eng mit dem Referat IV des Katholischen Militärbischofsamtes zusammen. Neben dieser Aufgabe ist er für Planungen und Termine des Vorstandes der Zentralen Versammlung verantwortlich und führt die Terminübersicht.

Soziales Engagement:

Leitung:

Stabsfeldwebel Peter Weber

Der Sachausschuss schlägt geeignete Projekte für die sozial-caritative Aktion „Nachbarschaftshilfe“ der Katholischen Militärseelsorge vor und begleitet diese in der Umsetzung.

Dazu gehört der Gedankenaustausch und die Korrespondenz mit den Partnern in den Projekten. Im Rahmen der Kontaktpflege zu Renovabis vertritt er die ZV bei Partnerschaftstreffen dieser Organisation.

Gesellschaftliche Entwicklung/ Friede/Umwelt:

Leitung: OFA Dr. Martin Keim

Dieser Sachausschuss befasst sich mit ethischen und gesellschaftlichen Grundfragen. Dabei liegt z.z. der Schwerpunkt auf dem Gebiet der „Patientenverfügung“ mit den Teilbereichen „Vorsorgevollmacht“ und „Versorgungsvollmacht“. Ziel der

Arbeit ist es, die Soldaten und die militärische Führung für dieses Thema zu sensibilisieren und konkrete Hilfestellungen bei der Vorbereitung auf Einsätze anzubieten. Im Zusammenhang mit der Patientenverfügung wurde auch das Thema „Recht auf aktive Sterbehilfe“ als Ausdruck einer persönlichen Souveränität in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Politik neu diskutiert.

Ehe – Familie – Partnerschaft:

Leitung: Juliane Petersen

Inhaltlich hat sich der Sachausschuss dieses Jahr dem Thema „Kinder“ gewidmet. Der Sachausschuss hat die Entstehung der Elternbroschüre von Frau Mödl (ZFG in Eichstätt) „Wir schaffen das“ konstruktiv begleitet und diese auf der ZV auszugsweise vorgestellt

Der Ausschuss arbeitet an seinem Internet-Auftritt „Krisenkompass“ weiter. Dort wird u.a eine Zusammenfassung des Themenbereichs eingestellt. Damit will der SA auch zu einem Informationsaustausch in seinem Internet-Forum anregen.

Information:

Leitung: OTL Stefan Graichen

Der Sachausschuss erarbeitet zur Zeit einen Internetauftritt der ZV. Neben der Berichterstattung über die Arbeit im Vorstand und den SA steht die Berichterstattung über die „Woche der Begegnung“ im Mittelpunkt.

Es werden neben Informationen über die Mitarbeit im Laienapostolat der Katholischen Militärseelsorge auch Hinweise zu unserem Glauben bereitgestellt. Auch soll die Vernetzung der organisierten Laienarbeit vorangebracht werden. Ein weiterer Arbeitsbereich wird die Pressearbeit sowie die Herausgabe von Informationen und Flyern bleiben.

(Vorstand ZV)

Der Bundesvorsitzende zur Lage der GKS

Bericht vor der Zentralen Versammlung 2006 in Ludwigshafen

OBERSTLEUTNANT PAUL BROCHHAGEN

Es ist gute Tradition, dass der Bundesvorsitzende der GKS der Zentralen Versammlung aus der GKS berichtet. Außerdem stellt ja die GKS nach der Ordnung der Zentralen Versammlung die Hälfte der Mitglieder.

Da mein umfassender Bericht zur Lage der GKS 2006¹ gedruckt vorliegt, will ich mich hier mit den Aspekten befassen, die mir besonders am Herzen liegen.

1. Ich möchte beginnen mit einem Bekenntnis zur engen Zusammenarbeit mit der ZV; das gilt uneingeschränkt natürlich auch für den noch zu wählenden neuen Vorsitzenden.
2. Gleich an zweiter Stelle steht mein Dank an unseren Militärbischof, dass er unsere Laienarbeit ungeachtet der Misstöne aus einem bayerischen Bistum unverändert fördert. Mit Ihrer Anwesenheit über drei Tage dieser Woche der Begegnung setzen Sie ein deutliches Zeichen.
3. Dieser Bericht ist auch Rechenschaftsbericht über das erste Jahr meiner Amtsführung – wie schnell rennt die Zeit dahin! Also: Was war gut, was hätte besser sein können. Auf der Habenseite stehen zuerst die vielen „pastoralen“ Aktivitäten an der Basis, bei den GKS-Kreisen. Wir können uns freuen über blühendes Leben in vielen Kreisen. Das ist die Basis unserer Arbeit. Die Akademie Oberst Korn im vergangenen Jahr hat wieder ihren Wert als Markenzeichen unserer Bildungsarbeit bestätigt. Der Dreiklang Begegnung – Bildung – Besinnung hat hier eine starke Stütze. In einem feierlichen Festakt wurde die Schirmherrschaft von GenLt

Lather an GenMaj Korte und die Seminarleitung von Oberstlt a.D. Paul Schulz an Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein übergeben.

4. Als positiv zu bewerten ist auch der Stand der Zusammenarbeit mit der deutschen Sektion der kath. Friedensbewegung „pax christi“. Im November des vergangenen Jahres führten wir unter der Regie der bischöflichen Kommission „Justitia et Pax“ ein weiteres gemeinsames Seminar durch. Nachdem es 2004 um einen Erfahrungsaustausch über Auslandseinsätze ging, wurden diesmal die Ausbildungskonzepte der Akteure bei der Friedenskonsolidierung verglichen. So ist inzwischen ein von gegenseitigem Respekt getragenes Verhältnis entstanden und die frühere Sprachlosigkeit überwunden. Ich freue mich, dass der Vizepräsident von pc, Herr Johannes Schnettler, unserer Einladung gefolgt ist; er wird ein Grußwort sprechen.
5. Auch die Gelegenheit zur Mitarbeit bei der Erarbeitung des geplanten Weißbuches dürfen wir ungeachtet der Aussicht auf Berücksichtigung unserer Stellungnahme als Erfolg buchen. Ich bin persönlich skeptisch, ob das Weißbuch überhaupt veröffentlicht wird. Ich habe mich im Bericht zu den drängenden Fragen geäußert.
6. Ebenfalls im politischen Raum finden in der Regel zweimal jährlich im Haus des Kath. Militärbischofs in BERLIN Gespräche mit Politikern statt. Allein die Tatsache, dass wir den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu Gast hatten und im November den Bundesminister der Verteidigung zu Gast haben werden, macht deutlich, dass wir gehört werden und auf diese Weise Einfluss nehmen können.
7. Auf der Haben-Seite zu verbuchen ist schließlich die Übernahme der Präsidentschaft des Apostolat Mi-

litaire International (AMI) durch Oberst i.G. Reinhard Kloss. Die Möglichkeit das Gedankengut der Inneren Führung international zu vermitteln, ist von unschätzbarem Wert.

Was hätte besser sein können?

1. Mit Bedauern habe ich einsehen müssen, dass ich meine Absicht, im ersten Amtsjahr einmal in allen Bereichen gewesen zu sein, nicht realisieren konnte. Der Plan war zu ehrgeizig. Mich tröstet aber, dass meine beiden Stellvertreter vor Ort waren und die Verbindung gehalten haben.
2. Das Projekt „Aufbau Ost“ ist nicht nur politisch eine Mammutaufgabe. Ein Fortschritt ist nicht zu erkennen und angesichts nur ca. 2000 kath. Soldaten im gesamten Bereich auch nur schwerlich zu erwarten. Die Saat fällt zu oft auf steinigem Grund oder unter die Dornen.
3. Schließlich kann ich sie nicht vor der unangenehmen Wahrheit bewahren, dass bei uns wie in vielen privaten und öffentlichen Haushalten sparen angesagt ist. Die allgemeinen Kostensteigerungen und aufwändige Veranstaltungen im Jubiläumsjahr zwingen zu schmerzhaften Einsparungen und zu strenger Haushaltsdisziplin.

Soweit mein Rechenschaftsbericht als Ergänzung zum vorliegenden Lagebericht der GKS 2006.

Ich möchte dieses Forum nutzen, um einige grundsätzliche Gedanken vorzutragen.

Bei der Übernahme des Amtes habe ich deutlich gemacht, dass die strategische Aufstellung der GKS nicht in Frage gestellt ist. Dennoch arbeiten wir - wie auch die großen Volksparteien - an unserem Grundsatzzprogramm. 10 Jahre nach der letzten Überarbeitung, an der ich selbst als Vorsitzender des Sachausschusses Konzeption und Information maßgeblich beteiligt war, ist eine Neufassung erforderlich, nicht zuletzt um Interessenten, Sympathisanten und Neu-Mitgliedern unsere Programmatik in gedruckter Form in die Hand

¹ Der 40-seitige Lagebericht der GKS 2006 wurde den Delegierten der Bundeskonferenz in Ludwigshafen ausgehändigt. Die Informationen sollen an die Bereiche und Kreise weitergegeben werden. Der Beitrag des Geistlichen Beirats zum Lagebericht ist auf Seite 65 wiedergegeben.

geben zu können. Zudem haben wir bei der Erarbeitung des Textes „50 Jahre Militärseelsorge – die GKS im Spannungsfeld gewandelter Aufträge der Bundeswehr“ und durch das Bischofswort „Soldaten als Diener des Friedens“ Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung formuliert und formuliert gefunden, so dass kein Weg an einer Aufnahme in „Ziele und Wege“ vorbeigeht. Es tut einfach gut, so haben wir bei den intensiven Gesprächen im Bundesvorstand erfahren, dass wir uns selbst vergewissern, wer sind wir, wo kommen wir her, wo wollen wir hin?.

Es geht also nicht um eine Neuausrichtung unserer Gemeinschaft, sondern vielmehr um eine Präzisierung unserer Grundsätze.

Als ersten nenne ich: Wir leben, ich wiederhole das, von lebendigen GKS-Kreisen, das ist unsere Basis – ohne die geht nichts! Danke für ihr Engagement; Dank an die Militärseelsorger und Pfarrhelfer, ohne deren geistlichen Rat und tatkräftige Unterstützung auch nichts ginge!

Aber, wir haben auch einen missionarischen Auftrag: ohne Wirkung in die Bundeswehr und die Gesellschaft wären wir uns selbst genug und ohne Relevanz. Katholisch sein heißt sogar noch mehr: nämlich global und international zu denken und zu handeln! Von daher wird unser Engagement im AMI, dem Apostolat Militaire International verständlich.

Abschließend zu dem Kapitel „Grundsätzliches“ wiederhole ich hier in aller Deutlichkeit: Die GKS ist und bleibt eine Gemeinschaft, die sich nicht nach dem Motto „Wie viele Divisionen hat der Papst?“ über Mitgliederzahlen definiert, sondern von der Gemeinsamkeit der Ziele und Ideale derer lebt, die sich dazugehörig fühlen.

Gestatten sie mir einige Gedanken zum Leitthema dieser Woche der Begegnung „Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“. Die deutsche Bischofskonferenz hat sich genötigt gefühlt, zum Dienst der Soldaten Stellung zu nehmen. Das ist absolut außergewöhnlich. Wir müssen die Chance ergreifen und die Gedanken und Anregungen breit diskutieren, wie es auch unser Bundespräsident bei seiner Rede anlässlich der Kom-

mandeurtagung der Bundeswehr 2005, wie es auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in seinem letzten Jahresbericht angemahnt hat. Ich habe dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, unsere Stellungnahme brieflich übermittelt. Sie können das im AUFTRAG nachlesen. Wir wollen uns hier mit dem nötigen Rüstzeug für die Diskussion in den Bereichen SOWIE Kreisen versehen und so das Thema als Jahresthema 2006/2007 mitnehmen. Auch wenn es teilweise „schwere Kost“ ist; es führt kein Weg daran vorbei; wenn wir mitreden wollen, müssen wir kompetent sein.

Ich habe im Lagebericht auch Stellung genommen zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in der Sache Major Pfaff. Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Unabhängig von der Bewertung dieses Einzelfalles enthält das Urteil Defini-

tionen und Positionen, die ausdrücklich zu begrüßen sind, weil sie der katholischen Ethik und der Position der GKS entsprechen.

Damit komme ich zum Schluss und bitte sie alle im Geist der päpstlichen Enzyklika „Deus Caritas est“ in der Bundeswehr Zeichen zu setzen und Flagge zu zeigen. Der verstorbene große Papst Johannes Paul II hat das gemäß eigener Darstellung so praktiziert, dass er für jeden Menschen, dem er begegnete, zuerst ein stilles Gebet gesprochen hat. - Wenn es stimmt, dass Kirche im 3. Jahrtausend entweder mystisch / spirituell, also fromm, wird oder untergeht, fordere ich sie auf unverschämt katholisch zu sein und dies auch zu zeigen.

Wir, die GKS, beobachten weiter, was sich in der Politik, in der Gesellschaft und der Bundeswehr tut und melden uns zu Wort, sei es gelegen oder ungelegen. □

„Wir wissen nicht, wie nachhaltig unser Beispiel ist“

Schlusswort von Militärbischof Walter Mixa zu den Beratungen der ZV

In seinem Schlusswort dankte der Militärbischof Oberst Richard Schmitt, für seine zwar kurze, aber verdienstvolle Arbeit als Vorsitzender der ZV.¹ Die Wichtigkeit der organisierten Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge werde auch unterstrichen durch die Berichte aus den Bereichen. „Ohne gute Zusammenarbeit geht nichts voran“, meinte der Bischof und ergänzte, dass die unterschiedlichen Gnadengaben zur gegenseitigen Ergänzung der Kräfte führten. Ein Grund für den Militärbischof gerade auf der Ebene der Seelsorgebezirke um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ehrenamtlichen mit den Hauptamtlichen zu werben

Den Weltjugendtag 2005 in Köln bezeichnete Mixa als „größte Glaubensdemonstration und -bekenntnis in der germanisch-deutschen Geschichte“. Auf diözesaner Ebene gebe es ähnliche Ereignisse. Der Bischof appellierte an die Delegierten: „Mit Mut voran! Wir haben keinen Grund uns zu verstecken und stumme Hunde zu sein, weil wir ein Gottes- und Menschenbild anzubieten haben, das seinesgleichen sucht.“

Glück und Segen wünschte der Militärbischof dem neuen Vorsitzenden der ZV, Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt. Auch die zweite Säule der katholischen Militärseelsorge neben den Räten, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), sprach der Bischof an. Er hob besonders den Wert der „Akademie Oberst Helmut Korn“ hervor, durch welche die GKS gerade junge Vorgesetzte anspreche und einzubinden suche, um sie in existenziellen Lebens- und Berufsfragen zu beraten. Und allgemein zur Wichtigkeit des Laienapostolats merkte Bischof Mixa an: „Wenn auch wenig unmittelbare Fortschritte festzustellen sind, wissen wir nicht, wie nachhaltig unser Beispiel ist.“ (PS)

¹ Schmitt war am 16. September 2004 bei der 43. WdB auf Schloss Hirschberg bei Beilngries (Diözese Eichstätt) als Nachfolger von Oberst Franz-Josef Pütz zum Vorsitzenden der ZV gewählt worden.



AUFTRAG: Geben Sie unseren Lesern bitte einen kurzen stichwortartigen Überblick über die wichtigsten Stationen Ihres Lebens.

Ralf Eisenhardt: Geboren bin ich 1966 in Essen, evangelisch getauft. Aufgewachsen in Kamen in Westfalen. 1982 Mittlere Reife, 1985 Ausbildung zum Brillenoptikschleifer, 1986 in die Bundeswehr eingezogen. 1992 erst Übertritt in die katholische Kirche, danach Ernennung zum Berufssoldat und dann – jetzt kommt die wichtigste Station – Heirat mit meiner Frau Birgit. 1995 Geburt Sohn Aaron Jonathan. 1998 Geburt Sohn Jakob Antonius. Seit 2003 mit der Wahl zum Delegierten der Zentralen Versammlung (ZV) für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) kooptiertes Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung. 2006 Wahl zum Vorsitzenden der Zentralen Versammlung.

AUFTRAG: Was hat Sie bewogen Berufssoldat zu werden?

R. E.: Da stand zunächst die soziale Absicherung der Familie oben an. Meine Frau und ich wollten gern Kinder und da war ein fester Arbeitsplatz uns beiden wichtig. Es war aber auch die Überzeugung, dass ich als Soldat einen guten und richtigen Beitrag für mein Heimatland leiste. Und es bewog mich die Erkenntnis, dass mir meine Arbeit immer gut gefiel, was heute noch der Fall ist.

AUFTRAG: Was gibt Ihnen Ihr Glaube und welche Rolle hat er bisher in Ihrem Beruf als Soldat gespielt?

DAS INTERVIEW:

Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, neuer Vorsitzender der ZV

R. E.: Halt und Zuversicht erfahre ich im Glauben an Jesus Christus. Die christlichen Werte stehen nicht entgegen der Werte, denen ich als Soldat verpflichtet bin. Sie gehen sogar ein ganzes Stück weiter. Wenn ich versuche Christus zu folgen, erfülle ich u.a. meinen Auftrag als Soldat der Bundeswehr sicher nicht schlecht.

AUFTRAG: Aus welchem Grund waren Sie bereit, für den Vorsitz in der ZV zu kandidieren?

R. E.: Da ich seit vielen Jahren in der Militärseelsorge ehrenamtlich mitarbeite, weiß ich, dass das Engagement der ehrenamtlichen Laien in der katholischen Militärseelsorge enorm hilft, die Kirche unter Soldaten erfahrbar zu machen. Die Aufgabe als Vorsitzender der Zentralen Versammlung bedeutet für mich viel geben zu dürfen, doch auch viel nehmen zu können. Es ist für mich eine einmalige Gelegenheit, in dieser Funktion mitgestalten zu dürfen.

AUFTRAG: Welche Schwerpunkte wollen Sie als Vorsitzender der ZV setzen?

R. E.: Ich möchte die Beratungsfunktion des Gremiums stärker herausstellen. Außerdem bin ich der Meinung, dass der Zentralen Versammlung in ihrer Außenwirkung und –darstellung mehr Berücksichtigung zukommen sollte – daran möchte ich arbeiten.

AUFTRAG: Streitkräfte sind hierarchisch gegliederte Organisationen. Glauben Sie, dass der Dienstgrad bei der Akzeptanz des Vorsitzenden der ZV innerhalb und außerhalb der Militärseelsorge eine Rolle spielt?

R. E.: Innerhalb der Zentralen Versammlung

ist das Thema der Akzeptanz, vor der Wahl des neuen Vorsitzenden, diskutiert worden. Der größte Teil der Zentralen Versammlung ist der Meinung, der Dienstgrad ist für die Akzeptanz des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend. Seitens der hauptamtlichen Militärseelsorge, angefangen vom Militärbischof, Militärgeneralvikar und alle die ich gesprochen habe, bestand überhaupt kein Zweifel, dass der Dienstgrad nicht entscheidend ist. Außerhalb der Militärseelsorge, jedoch innerhalb der Bundeswehr mag es bei einigen Offizieren zunächst vielleicht ein kleines Erstaunen geben, allerdings gibt es bislang überhaupt kein Problem als Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Das wäre in anderen Armeen sicherlich schwieriger – hier greift das Prinzip der Inneren Führung stark. Außerhalb der Bundeswehr ist die Akzeptanz voll gegeben, da spielt der Dienstgrad keine Rolle, das habe ich schon durch die Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gewusst. Viele



haben sich gefreut, dass innerhalb der Militärseelsorge der Status eines Soldaten nicht die entscheidende Rolle spielt, dafür gab es von vielen Seiten viel Lob.

AUFTRAG: Ergänzen Sie bitte folgende Satzanfänge:

– *Kirche unter Soldaten* ... ist für mich ein Stück zu Hause sein, egal wo ich örtlich in der Bundeswehr bin.

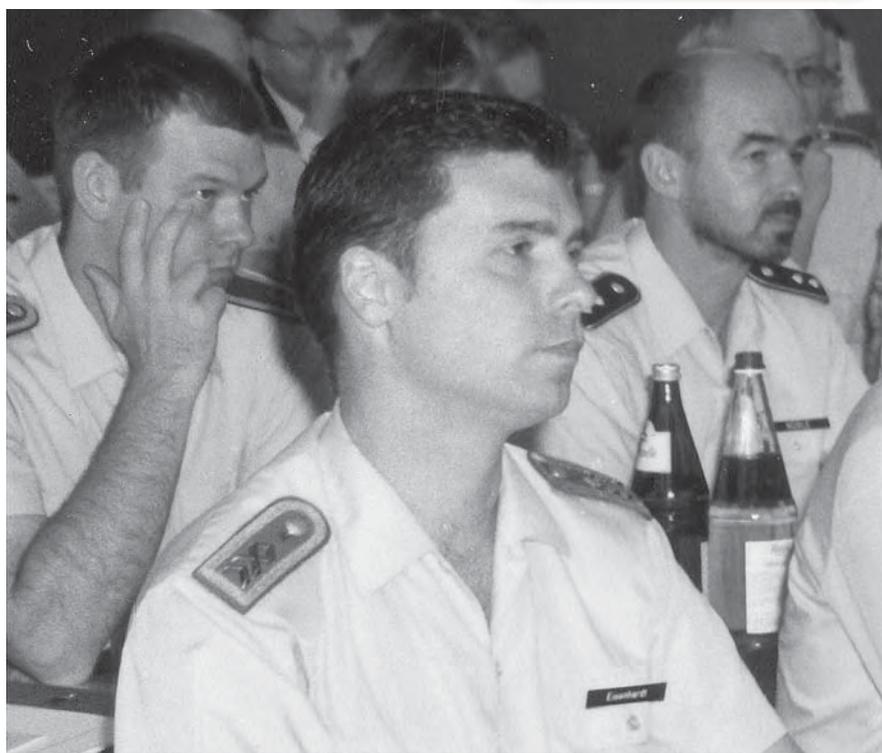
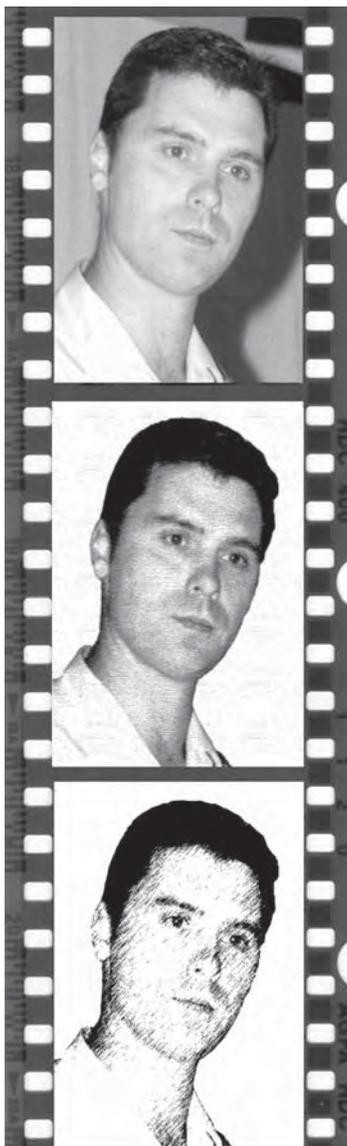
– *Das Laienapostolat in der katholischen Militärseelsorge* ... ist unverzichtbarer Bestandteil der Kirche unter Soldaten

– *Jugend in der Kirche* ... wünsche ich Erlebnisse und Begegnungen, die ihr den Zugang zum christlichen Glauben eröffnet und erhält.

– *Frauen in der Kirche* ... sind für mich genau so selbstverständlich wie Männer in der Kirche.

– *Ökumene in der Militärseelsorge* ... zeigt auf, dass Grenzen vorhanden und zu überwinden sind.

– *Die GKS* ... hat innerhalb des engagierten Laienapostolates für mich grundsätzlich eine gleichwertige Bedeutung wie die Rätestruktur in der katholischen Militärseelsorge deshalb bin ich aktives Mitglied – die Arbeitsweisen sind etwas anders und die Aufgaben werden unabhängiger wahrgenommen.



– *Der AUFTRAG* ... ist seit langem eine meiner Pflichtlektüren, der dankenswerter Weise viele Themen nicht nur an der Oberfläche behandelt, sondern bewusst der Forderung nachkommt, anspruchsvoll für kirchlich, militärseelsorglich und theologisch interessierte Menschen lesbar zu sein.

AUFTRAG: Was sollte sich nach Ihrer Meinung in der „Kirche unter Soldaten“ ändern?

R. E.: Im Prinzip nichts. Ich wünsche mir die Einsicht jedes Bundeswehrangehörigen, dass die Militärseelsorge vom Staat gewollt in die Bundeswehr integriert wurde. Mit der „Kirche unter Soldaten“ wird ein Grundrecht der Soldaten verwirklicht, dass zu respektieren jeder Soldat verpflichtet ist, besonders natürlich Soldaten in Führungsverantwortung.

AUFTRAG: Was tun Sie, wenn Sie sich entspannen wollen?

R. E.: Spazieren gehen, ruhige Musik hören oder auch gern einen Fernsehkrimi genießen.

AUFTRAG: Haben Sie ein Motto und wenn ja, wie lautet es?

R. E.: Ich habe kein Motto. Jemand sagte einmal zu mir: „Denke daran, ein Jedes geht mit seinem Gegenteil schwanger.“ Daran denke ich oft und es macht mich dankbar, auch im Glauben.

AUFTRAG: Wollen Sie unseren Lesern noch etwas zusätzlich mitteilen?

R. E.: Vielen Dank an die aktiven GKS-Mitglieder, welche sich für die Militärseelsorge im vergangenen Jahr engagiert haben. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und segensreiches Weihnachtsfest. Helfen Sie mit im Jahr 2007 die Militärseelsorge zu gestalten, durch Besuche der Gottesdienste, Teilnahme an Veranstaltungen und auch durch Ihre unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit. Und schreiben Sie mir bitte, wenn Sie Anmerkungen zu unserer gemeinsamen Arbeit haben.

(Das Interview führte PS)

Militärbischof Walter Mixa bei den Laien während der Woche der Begegnung



oben: Gottedienst in der Kapelle des Tagungshauses; Geistliche am Altar v.l.: Diakon Olt Jürgen Masuch, MD Thomas Stolz, Militärbischof Walter Mixa, MD Johann Meyer, KLMD Rainer Schnettker (z.T. von Ministranten verdeckt);

Mitte: Militärbischof im Gespräch mit dem ehemaligen Vorsitzenden der ZV, Oberst Richard Schmitt (l.) und dem neugewählten StFw Ralf Eisenhardt;

unten v.l.: Beim Empfang am Mittwoch: Chaplain Majo Arnoldas Valkauskas (LIT), stellv. Bundesvorsitzender Hptm Hans-Georg Pauthner, Bundesvorsitzender OTL Paul Brochhagen, Diözesanbischof Speyer Anton Schlembach



BUNDESKONFERENZ DER GKS IN DER 46. WOCHE DER BEGEGNUNG :

Bundeskonzferenz der GKS stellt das Thema „Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken“ in den Mittelpunkt

Einführende Zusammenfassung

Das Leitwort der Woche der Begegnung „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“ aufgegriffen behandelte die Bundeskonferenz der GKS unter den Aspekt „ETHISCHE BILDUNG IN DER BUNDESWEHR – CHANCEN UND RISIKEN“.

Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant Paul Brochhagen eröffnete die Bundeskonferenz und begrüßte:

- Militärbischof Dr. Walter Mixa,
- den Geistlichen Beirat der GKS Militärdekan Johann Meyer,
- den Sprecher des Priesterrates Militärdekan Thomas Stolz,
- den Kath. Leitenden Militärdekan Köln-Wahn MD Schnettker,
- den zuständigen Standortpfarrer von Mainz Pfarrer Pries,
- den Vorsitzenden der ZV Oberst Richard Schmitt und seinen neu gewählten Nachfolger Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt,
- den als Referenten zur Bundeskonferenz eingeladenen Leitenden Wissenschaftlichen Direktor im Kirchendienst Lothar Bendel,
- die Vorsitzende der KAS Christa Reichard und als Vertreter der Geschäftsführung Martin Oster,
- als Vertreter des Instituts für Theologie und Frieden Oberst a.D. Ludwig Jacob,
- den Vizepräsidenten der deutschen Sektion von pax christi Johannes Schnettler
- den Leiter der Arbeitsstelle für Männerarbeit u. Männerseelsorge

in den deutschen Diözesen

Dr. Andreas Ruffing,

- als Vertreter der Militärseelsorge Litauens Chaplain Major Arnoldas Valkauskas,
- den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der KS Dipl.BetrWirt Detlef Warwas,
- Josef König für die „aktion kaserne“ und als Vertreter des BDKJ,
- Carl-H. Pierck, Chefredakteur „Die Tagespost“ und „kompass“.

Grußworte

Militärbischof Dr. Walter Mixa

Wies auf das Wort der deutschen katholischen Bischöfe „Soldaten als Diener des Friedens“ hin. Es sei eine berechtigte und immer wieder gestellte Frage der Soldaten, welche Bedeutung dem Gewissen zukomme. Daher sei die von den Bischöfen geforderte Stärkung der Inneren Führung von besonderer Bedeutung. Er hob als herausragende Forderungen den Respekt vor Würde und Leben der unterstellten Soldaten und die Weitergeltung der Grundsätze der Inneren Führung in der Zusammenarbeit mit Streitkräften anderer Nationen hervor. Die von ZV und GKS gewählte Thematik „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“ nur ein Jahr nach dem Erscheinen der Schrift der Bischöfe sei eine großartige Leistung, für die den Laien besondere Anerkennung gebühre. Der Militärbischof betonte, dass bei sei-

nen Pastoralbesuchen bei der Truppe von den Soldaten immer wieder die Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichts eingefordert werde.

Er ermunterte die in Räten und im Verband aktiven Laien „unverschämt katholisch“ zu sein, also ihren Glauben auch nach außen deutlich zu machen. Christen müssten Bekenner sein.

Der bisherige **Vorsitzende der ZV, Oberst Richard Schmitt**, berichtete von den vorangegangenen Beratungen der ZV. Die ZV habe in den vergangenen drei Tagen unter dem gemeinsam gewählten Leitwort getagt. Eine gelungene Podiumsdiskussion habe die rechtliche, die ethisch-moralische und die soldatische Position zu dieser Fragestellung beleuchtet.

Nach der Neuwahl des Vorstandes im vergangenen Jahr habe sich der Vorstand in der Zwischenzeit auf seine Aufgaben eingestellt. Alle Sachausschüsse hätten sich konstituiert. Die inhaltliche Arbeit in den Sachausschüssen sei neu geordnet worden. Dabei spielten die Auswirkungen der Transformation der Bundeswehr eine besondere Rolle. Die Einsätze der Bundeswehr im Ausland spiegeln sich in den Themen „Verwundung und Tod“ sowie „Patientenverfügung“, aber auch in der Frage nach den Auswirkungen auf die Familien der Soldaten und Soldatinnen wider.



Blick ins Plenum der Bundeskonferenz; vorn: Bischof Walter Mixa, Geistl. Beirat Johann Meyer, 2. Reihe v.l.: Martin



Oster (KAS), Detlef Warwas (Vorstand KS), Dr. Andreas Ruffing (ArbSt FD); mittl. Bild v.r.: Oberst Ludwig Jacob



(IThF), Josef König (ak), BrigGen a.D. Friedhelm Koch (GKS); Bild r.: GKS-Delegierte aus den Bereichen.

Oberst Schmitt erläuterte das Engagement der Zentralen Versammlung beim Bau eines Gymnasiums im Kosovo und bei der finanziellen Unterstützung bedürftiger Schüler im Rahmen des Projekts „Nachbarschaftshilfe“.

Bei den Berichten aus den Wehrbereichen sei die Sorge deutlich geworden, welche Auswirkungen die Reduzierung der Dienstaufsichtsbereiche der Katholischen Militärseelsorge von sieben auf vier haben werde. Besonders die wachsenden Unterschiede zur Organisation der Evangelischen Militärseelsorge bereitet Sorge.

Als neuer Vorsitzender der ZV sei Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt gewählt worden, der sein Amt an diesem Tag übernommen habe.

Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt richtete ein Grußwort an die Bundeskonferenz. Er führte aus, es liege ihm viel an einer guten Zusammenarbeit mit der GKS, denn schließlich entsende sie die gleiche Anzahl Delegierte in die ZV wie die Arbeitskonferenzen mit den Vertretern aus den Seelsorgebezirksräten. Im Übrigen nehme die GKS damit eine einzigartige Stellung im deutschen Verbandskatholizismus ein. Sie partizipiert auf allen Ebenen wirksam und unmittelbar an den Laienräten der katholischen Militärseelsorge. Und wörtlich fügte Eisenhardt hinzu: „Ich anerkenne, dass die GKS in ihrem Wirken eine wichtige Autorität zur Bildung des Militärischen Gewissens war und ist.“

Chaplain Major Arnoldas Valkauskas (LIT) überbrachte die Grüße der litauischen Militärseel-



sorge und seines Militärbischofs und wünschte der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf.

Die Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), Christa Reichard, dankte für die



Einladung, die sie gerne angenommen habe. Sie überbringe die Grüße der KAS zum letzten Mal, da bei der Mitgliederversammlung im nächsten Jahr wieder ein Mitglied des Deutschen Bundestages als Vorsitzender gewählt werden solle.

Sie erinnerte an die gute Zusammenarbeit beim Katholikentag in Saarbrücken. In den Einsatzländern und zu Hause sehe die KAS ihre Betreuungsaufgabe gegenüber den Soldaten und deren Familien. Sie bitte GKS und ZV um eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit.

Der Vizepräsident der deutschen Sektion von pax christi, Johannes Schnettler, wies darauf hin, dass erstmals der Vizepräsident von pax christi an der Bundeskonferenz der GKS teilnehme. Der Grund dafür sei in der gemeinsamen Arbeit der vergangenen Jahre zu sehen. Er dankte dem Bundesvorsitzenden der GKS für dessen Teilnahme an der letzten Konferenz von pax christi.

Die in dem von der GKS gewählten Thema angesprochene Wissensfrage verbinde GKS und pax christi. Das letzte gemeinsame Seminar in Bensberg habe gezeigt, dass es auch

Chaplain Major Arnoldas Valkauskas (LIT) und der Referent des Bildungsthemas LWD Lothar Bendel (KMBA)



in der Frage von Friedenssicherung und Friedensstabilisierung zwar unterschiedliche Zugänge und Verantwortlichkeiten, aber Einigkeit in der Zielsetzung gebe. Pax christi habe sich gegen den UNIFIL-Einsatz im Libanon ausgesprochen, weil dieser Einsatz voreilig und ohne ausreichende gesellschaftliche Diskussion angeordnet worden sei. Insbesondere die Bedeutung einer denkbaren bewaffneten Auseinandersetzung zwischen deutschen und israelischen Soldaten sei nicht hinreichend bedacht worden.

Für das Institut für Theologie und Frieden in Hamburg überbrachte **Oberst a.D. Ludwig Jacob** die Grüße des Direktors Dr. Justenhoven. Die Kernaufgaben dieses Friedensforschungsinstituts der katholischen Kirche in Deutschland in der Trägerschaft des Katholischen Militärbischofs seien die historische Aufarbeitung der theologischen Aussagen zur Friedenslehre, die philosophische und ethische Auseinandersetzung mit völkerrechtlichen Fragen, die Beschäftigung mit aktuellen Fragen der Konfliktbearbeitung, die Befassung mit Problemen der Terrorismusbekämpfung, schließlich die Betreuung eines sog. Offizierkreises, der sich auf wissenschaftlichen Tagungen mit friedensethischen Fragen befasse.

Dr. Ruffing, Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen, stellte die Arbeitsstelle vor. Sie arbeite im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz und sei zugleich Zentralstelle

für die Männerarbeit in den Diözesen. Die Zusammenarbeit zwischen GKS und der Arbeitsstelle sei seit langen Jahren sehr eng und vertrauensvoll. Vertreter der GKS seien in der GKMD (Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands) regelmäßig an verantwortlicher Stelle positioniert gewesen. Männerarbeit setze heute an den konkreten Lebenssituationen der Männer an. Auch die Lebenserfahrung von Soldaten seien hier einzubeziehen.

Dr. Ruffing dankte für die Möglichkeit, in der GKS-Verbandszeitschrift AUFTRAG über die Männerarbeit zu informieren.

Josef König, Geschäftsführer der aktion kaserne, überbrachte Grüße im Auftrag des Bundesvorstandes des BDKJ. König erklärte, dass er die von der Bundeskonferenz gewählte Thematik für äußerst bedeutend halte. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Kernfrage von Gewissen und Gehorsam sei insofern hilfreich, als das Gewissen als moralische Kategorie für unantastbar erklärt werde. Er regte an, das Soldatengesetz und die ZDV 10/1 im Lichte dieser Entscheidung des BVerwG zu prüfen und ggf. zu ergänzen.

Bericht des Bundesvorsitzenden

Der Bundesvorsitzende GKS Oberstleutnant Paul Brochhagen hob zunächst seine Absicht zur engen Zusammenarbeit mit dem neuen ZV-Vorsitzenden hervor. Zur inhaltlichen Arbeit der GKS machte er deutlich, dass ihm der Schwerpunkt „Bildung“



Bildungsvortrag, v.l.: Referent LWD Lothar Bendel und die Moderatoren StFw Klaus Feinseis und Hptm Hans Georg Pauthner.

besonders am Herzen liege. Dazu habe die GKS im zurückliegenden Jahr mit ihrer Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda und einem weiteren gemeinsamen Seminar mit pax christi in Bensberg gute Arbeit geleistet.

Brochhagen dankte den Sachausschüssen für ihre qualitativ hochwertige Arbeit. Die regelmäßigen Politikergespräche bewertete er als äußerst erfolgreich. In diesem Jahr seien besonders das Gespräch mit dem Wehrbeauftragten und das im November geplante Gespräch mit dem Bundesminister der Verteidigung¹ hervorzuheben.

Der Bundesvorsitzende erläuterte die Notwendigkeit, die Grundsatzpapiere der GKS „Ziele und Wege“ sowie „Ordnung“ und „Geschäftsordnung“ an die geänderten Verhältnisse anzupassen. Zugleich machte er deutlich, dass dies keine Veränderung in der grundsätzlichen Ausrichtung der GKS bedeute. Sie sei und bleibe eine Gemeinschaft, die sich nicht über Mitgliederzahlen, sondern über gemeinsame Ziele definiere. Sie bleibe ein unabhängiger Verband, der sich selbstbewusst zu Wort melde, wo immer dies nötig sei.

Bildungsvortrag

Der Grundstammvortrag zum Jahresthema beleuchtete die ethische Bildung in der Bundeswehr. Referent war der Leitende Wissenschaftliche Direktor im Kirchendienst Lothar Bendel, Referatsleiter im KMBA. Er führte aus, dass auch heute schon ethische Bildung in der Bundeswehr immer dann vermittelt werde, wenn in der Unterrichtung der Wertebezug deutlich werde. Es gebe aber kein Lehrfach „Ethische Bildung.“ Das Ziel ethischer Bildung müsse die Verbesserung der moralischen Urteilskraft der Soldaten und die inhaltliche Bestimmung moralisch richtigen Ver-



haltens sein. Ferner gehe es um eine Moralerziehung, die auf Grundhaltungen ziele, die den Grundnormen unserer Gesellschaft entsprächen.² – Der Vortrag wurde in mehreren Arbeitsgruppen vertieft, die ihre Ergebnisse im Plenum vortrugen.

Im Mittelpunkt des Kulturprogramms der Bundeskonferenz stand eine Führung im Dom zu Speyer. In dem anschließenden geselligen Teil wurde Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein offiziell aus seiner Funktion als Bundesvorsitzender der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz aus seiner Aufgabe als Leiter der Akademie Korn und Hauptmann a.D. Günter Hagedorn als langjähriger Bundesgeschäftsführer und Haushaltsbeauftragter verabschiedet.

Während der Bundeskonferenz fanden auch die Mitgliederversammlungen des Förderkreises der GKS e.V. (FGKS e.V.) und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. (GKS e.V.) statt.

a. FKGS e.V.

Protokoll der Mitgliederversammlung s.S. 74.

b. GKS e.V.

Die Mitgliederversammlung trat am 23.09.2006 zusammen. Das Protokoll wurde den Mitgliedern zugesandt.

OStFw Johann Schacherl ist als stellvertretender Vorsitzender zurückgetreten, bleibt aber als Schatzmeister im Vorstand des Vereins. Als sein Nachfolger wurde OTL Paul Brochhagen gewählt.

Als Nachfolger des früheren

¹ Dieses „Politikergespräch“ hat am 09.11.2006 in Berlin stattgefunden; s.a.S. 4 ff. in diesem AUFTRAG.

² Referat dokumentiert S. 66-72 ff., Diskussion S. 72.

Geistlichen Beirats der GKS – des heutigen Generalvikars von Bamberg Georg Kestel – wurde der jetzige Geistliche Beirat Militärdekan Johann Meyer zum Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Schlusswort des Bundesvorsitzenden

Paul Brochhagen sprach von fruchtbaren Tagen der Begegnung, Bildung und Besinnung, die wir in Ludwigshafen verbracht hätten. Er dankte seinen Stellvertretern, Hptm Georg Pauthner und StFw Klaus Feineis, die als Moderatoren die Veranstaltung souverän geleitet hatten.

Ein weiterer Dank ging an die Organisatoren, besonders an die Kameraden aus dem Bereich Koblenz (OTL Warner, Hptm a.D. Dorndorf) für einen informativen Bildungsteil und eine gelungene Abendveranstaltung, sowie an das Team um den Bundesgeschäftsführer und den Haushalts-

beauftragten mit ihren vielen Helfern. Der Bundesvorsitzende dankte auch MD Meyer für die geistliche Begleitung: Die Gottesdienste seien die Mitte, aus der wir leben.

Abschließend bezog sich der Bundesvorsitzende auf die Worte des Geistlichen Beirats im Lagebericht der GKS.³ Dieser habe davon gesprochen, dass katholische Verbände praktische Lernorte des sozialen Gewissens sein müssten. Wir müssten uns fragen, ob uns dies gelungen sei. Wir müssten darüber nachdenken, wie das Leben aus dem Glauben gestärkt werden könne und wie verbandliche Selbstorganisation ein neuer Weg der Kirchenbildung werden könne. Er richtete die Bitte an MD Meyer, dabei zu helfen, dass die GKS selbst immer kritisch prüfe, ob sie dieser Aufgabe gerecht werde.

³ Beitrag des Geistlichen Beirats zum Lagebericht 2006 der GKS s.S. 65.

Noch einmal griff er das Thema der Woche „SOLDAT ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“ auf: Wir seien mit der Wahl dieses Themas gut beraten gewesen. Durch unsere gemeinsame Arbeit seien wir jetzt besser für die Diskussion in der Bundeswehr gerüstet, auch mehr sensibilisiert für das, was mit den neuen ZDv 10/1 und 10/4 auf uns zukomme.

Der Bundesvorsitzende wünschte allen Teilnehmern Gottes Segen für die weitere Arbeit, für das eigene Wohl und das Wohlergehen der Familien. Alle mögen mit neuer Kraft in den Alltag zurückkehren und aus diesen Tagen der Gemeinschaft die Ermunterung gewinnen, immer wieder Menschen für die Arbeit in der Kirche, in der GKS zu suchen.

Abschließend erteilte Militärdekan Meyer den Reisesegen.

(PS/Klaus Achmann)

Wort des Geistlichen Beirats zum Lagebericht 2006

MILITÄRDEKAN JOHANN MEYER

Ich bin nun seit Anfang des Jahres im Referat IV im KMBA tätig. Bei der Arbeit bin ich während des Jahres auf einen fahrenden Zug aufgesprungen, den mein Vorgänger (zwischenzeitlich) Generalvikar Georg Kestel zum Rollen gebracht hat.

Ich möchte die Chance nutzen, mich Ihnen kurz vorzustellen.

- Ich bin 47 Jahre alt. Ich komme aus der Diözese Eichstätt. 1978 habe ich Abitur gemacht. Anschließend war ich in dieser friedensbewegten Zeit vor der Frage gestanden: „Was machst du jetzt? Zivildienst oder Bundeswehr?“ Ich habe mich für die Bundeswehr entschieden, denn einen KDV-Antrag hätte ich vermutlich aus gewissen Gründen und nicht aus Gewissensgründen gestellt. Ich war dann 15 Monate als Wehrpflichtiger in einer Nachschubkompanie.
- Danach habe ich eine Lehre als technischer Zeichner im Maschinenbau angefangen.
- 1980 begann ich mit dem Studium

der Kath. Theologie an der Kath. Universität Eichstätt.

- 1986 wurde ich zum Diakon und 1987 zum Priester geweiht.
- Meine Kaplanszeit verbrachte ich u.a. in Roth bei Nürnberg. Dort lernte ich den damaligen Standortpfarrer kennen, der mich für die Militärseelsorge immer mehr interessierte. 1991 wurde ich dann Standortpfarrer in Roth. Nach meinem Einsatz 1998 bei SFOR (1. Kontingent neu) wurde ich 1999 nach Ingolstadt versetzt, 2002 nach Regensburg,
- 2005 nach Potsdam ans Einsatzführungskommando und 2006 an meine jetzige Stelle im KMBA.

Für mich ist es damit also die erste Bundeskonferenz der GKS, bei der ich dabei bin. Ich kenne die GKS bisher nur aus meiner Arbeit an der Basis. Dort habe ich sie schätzen gelernt. Für mich war sie in Roth und Ingolstadt ein ganz wichtiger und wesentlicher Teil der Seelsorge an den Standorten.

Bei den Arbeitskonferenzen im



Süden konnte ich dann sehen, wie die einzelnen GKSKreise auf der mittleren Ebene wie Zahnräder ineinander greifen.

Durch Sitzungen und Sachausschüsse konnte ich mir dann ein etwas intensiveres Bild machen, welche Arbeit auf Bundesebene läuft. Ich muss bekennen, dass ich beeindruckt bin. Das Engagement in manchen Sachausschüssen und die hochqualifizierte Arbeit in diesen sind wichtig, müssen sein, um Eckpfeiler für die Positionierung der GKS zu schaffen. Ich denke, auf Bundesebene braucht sich die GKS nicht zu verstecken! Dafür danke ich allen von Herzen!

Eines allerdings fällt mir auf. Die GKS auf Bundesebene und die GKS an der Basis erscheinen mir (vielleicht auch noch oberflächlich gesehen) sehr unterschiedlich. Während auf Bundesebene die Inhalte klar sind, erlebte ich an der Basis doch andere Anliegen.

- „Wie kann ich Kameraden für die GKS begeistern?“
- Welche Antworten kann ich geben auf die Frage: „Was bringt es mir, in der GKS zu sein?““

Ich denke, diese Fragen müssten auf allen Ebenen immer wieder diskutiert und dann beantwortet

werden – zum Wohl der GKS und der einzelnen Soldaten.

Ich wünsche mir für die GKS, dass der Austausch von oben nach unten und von unten nach oben intensiv funktioniert, damit das eintreffen kann, was mein

Vorgänger, Generalvikar Kestel, im letzten Jahr bei Leo Jansen und Manfred Körber zitiert hat:

Katholische Verbände sind eine Chance für die gesamte Pastoral, ...

... wenn sie nicht Vergangenen nachtrauern, sondern sich als praktische Lernorte des sozialen Gewissens und der Solidarität weiter profilieren.

... wenn sie die Bedeutung des Evangeliums in den alltäglichen und politischen Lebenszusammenhängen mit den Menschen neu erschließen.

... wenn sie selbst wie auch die verfasste Kirche die verbandliche Selbstorganisation als einen neuen Weg der Kirchenbildung unter den veränderten Bedingungen der Moderne begreifen. □



Mit dem Großen Kreuz der Kath. Militärseelsorge dankt MD Johann Meyer der Leitung des Heinrich Pesch Hauses für die gute Betreuung während der 46. Woche der Begegnung; I. P. Tobias Karcher SJ, Mitte die Hauswirtschaftsleiterin

Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken

Vortrag zur Bundeskonferenz der GKS in Ludwigshafen am 21. Sept. 2006

VON LOTHAR BENDEL

L Nach meiner Erinnerung artikuliert sich mit Beginn unseres neuen Jahrtausends in den Streitkräften ein gesteigertes Interesse an Fragen der Ethik bzw. ethischer Bildung. Als Indiz dafür verweise ich nur auf entsprechende Projekte wie die regelmäßige Durchführung von Werteseminaren in den letzten Jahren, die auf einen verbindlichen Wertekanon für Soldaten der Bundeswehr zielen, sowie aktuelle Pläne, Offiziere in Universitätsprogrammen in Methoden ethischer Bildung trainieren zu lassen.

Ethischen Bildung in Vorschriften – Sachstand

Die ZDv 10/1 (Innere Führung) ist in einem längeren Prozess überarbeitet worden und betont gegenüber

der Vorgängerversion pointiert die Notwendigkeit einer Stärkung des ethischen Bewusstseins sowie die Schärfung der sittlichen Urteilsfähigkeit der Soldaten. Ihre Inkraftsetzung steht allerdings noch aus.

Die Kirchenämter, das Katholische Militärbischofsamt und das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr, haben die ZDv 66/2 (Lebenskundlicher Unterricht) überarbeitet und einen modernisierten Entwurf an das Ministerium geschickt. Diese Dienstvorschrift wird zukünftig

als ZDv 10/4 den Lebenskundlichen Unterricht regeln. Die Herausnahme der Dienstvorschrift zum Lebenskundlichen Unterricht aus der 66er-Reihe (Militärseelsorge) und Einfügung in die 10er-Reihe (Innere Führung, Politische Bildung) soll die Verantwortung der militärischen Führer für den Lebenskundlichen Unterricht deutlicher machen.

Ethik in der Offizier- und Unteroffizierausbildung

Freilich muss ethische Bildung in der Bundeswehr nicht neu erfunden werden. Was ich im Folgenden knapp skizziere ist Ihnen allen bestens vertraut.

Ethische Inhalte werden im Lehrgebiet „Innere Führung“, das in der Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere als Pflichtfach unterrichtet wird, thematisiert. Die rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienstes, die verbindlichen Rechtsnormen,

Moral ist eine soziale Gegebenheit. Menschen leben immer schon in einer moralischen Kultur, die unsere Maßstäbe, Werte und Ideale bestimmt und festlegt, mit deren Hilfe sie moralisch urteilen.

an denen sich militärisches Handeln orientieren muss sowie historische und politische Bildung sind wichtige Inhalte im Lehrfach Innere Führung.

Aus meiner Sicht ist die Vermittlung solider Kenntnisse des nationalen und internationalen Rechts ein wesentlicher Bestandteil ethischer Bildung, allerdings nur, wenn die Darstellung des positiven Rechtes transparent ist auf die Werte hin, die der Rechtsordnung zugrunde liegen und die durch eben diese Rechtsordnung geschützt werden sollen. Eine bloß positivistische Belehrung und Instruierung über die Normen der Rechtsordnung, die deren menschenrechtliches Begründungsfundament nicht deutlich macht, ist unbefriedigend und im Letzten nicht hilfreich. Es ist unwahrscheinlich, dass jemand, der die moralischen Fundamente (d.h. die Prinzipien der ius-in-bello-Tradition) der völkerrechtlichen Begrenzungen militärischer Gewaltanwendungen nicht kennt, in kritischen Situationen normorientiert handelt. Rechtsgehorsam aus Angst vor Sanktionen ist eine schwache Motivation in Situationen eskalierender Gewalt.

Auch die politische und historische Bildung will die Fähigkeit fördern, Grundfragen des Soldatenberufs in seiner politischen und moralischen Dimension zu reflektieren.

Politische und historische Bildung

Historische Bildung und die in der Geschichte der Bundeswehr regelmäßig auftauchende Frage nach der Tradition dieser Armee sind übrigens ein ganz ausgezeichneter Ort, um sich des politischen und ethischen Selbstverständnisses der Soldaten zu vergewissern. Historische Bildung in den Streitkräften zielt nämlich auf eine wertorientierte Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Streitkräften in Deutschland. Nur auf der Basis einer Übereinstimmung mit den Werten, die unserer rechtlichen und staatlichen Ordnung zugrunde liegen, können Taten und Ereignisse der deutschen Militärgeschichte Tradition und Vorbild für die Bundeswehr sein. Tradition ist immer ein normatives Konstrukt, Ergebnis einer moralisch und politisch begründeten Auswahl und Interpretation der Vergangenheit

und deshalb natürlich Quelle ständigen Streites.

Lebenskundlicher Unterricht

Der Lebenskundliche Unterricht (LKU), den die Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen erteilen, behandelt natürlich ethische Aspekte des Dienstes in den Streitkräften, ist aber von seinem Selbstverständnis her nicht auf ethische Bildung zu reduzieren, vielmehr will er immer auch ein Beitrag zur Lebenshilfe sein.

Ende der 90er Jahre wurde der Versuch unternommen, in Absprache mit den Teilstreitkräften ein Curriculum für den LKU an den Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr zu entwickeln. Die verbindliche Aufteilung von Themen auf verschiedene Lehrgänge soll sicherstellen, dass während der Ausbildung zum Unteroffizier und Offizier eine möglichst umfassende Behandlung berufsethischer Themen gewährleistet ist. Vier Themenfelder wurden hier als wichtig und unverzichtbar angesehen: Friedensethik; Führungsverantwortung; Gewissen und Gehorsam; Krisen- und Extremsituationen. In diesen Themenfeldern sollten die Grundfragen einer Ethik militärischen Handelns angesprochen werden:

1. In welchen Situationen und zu welchen Zielen ist die Anwendung militärisch organisierter Gewalt ethisch gerechtfertigt?
2. Welche Normen regeln militärisches Handeln und speziell die Anwendung militärischer Gewalt? Wo liegen die Grenzen des soldatischen Gehorsams?
3. Welche Bedeutung haben personale Kompetenzen und moralische Haltungen (Tugenden) für ein verantwortliches und moralisch richtiges Führungshandeln gerade in Krisen- und Extremsituationen der Selbst- und Fremdgefährdung?

Dieses Curriculum war nicht so erfolgreich, wie seine Schöpfer gehofft hatten. Dies hat verschiedene Gründe: Vielleicht wurde der Unterricht thematisch überfrachtet? Auch die personelle Situation der Militärseelsorge ist nicht förderlich für eine regelmäßige

Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts. Bei der oben erwähnten Modernisierung und Neufassung der ZDv 66/2 wird die Frage nach den Themen des Lebenskundlichen Unterrichtes gerade in den Laufbahnlehrgängen sicherlich neu gestellt werden.

Ethische Bildung fand und findet also in der Bundeswehr immer statt, allerdings nicht in einem speziellen Lehrfach „Ethik“. Brauchen wir nun ein solches Fach? Diese Frage wird m.E. in den Streitkräften in der nächsten Zeit diskutiert werden.

Ethik ist Theorie der Moral, die auf die Klärung der moralischen Grundbegriffe und Rechtfertigung moralischer Ansprüche und Forderungen zielt

2. Warum ethische Bildung?

Stellen wir uns jetzt erst einmal die Frage, wie sich ein solcher aktueller Ruf nach Ethik bzw. ethischer Bildung rechtfertigen oder erklären lässt.

Ethik ist ein Krisenphänomen. Immer dann nämlich, wenn uns unsere moralischen Intuitionen, mit denen wir unseren – auch beruflichen – Alltag meistern, im Stich lassen, wird der Ruf nach Ethik laut. Es sind i.d.R. neue, unbekannte Situationen oder Handlungsoptionen, bei denen die Beantwortung der Frage nach dem richtigen Handeln schwer fällt, die einen derartigen Ethikbedarf produzieren.¹

Ethische Bildung in den verschiedenen Lernfeldern geschah beinahe 40 Jahre in der Bundeswehr in ruhigen Bahnen, denn der Auftrag der Streitkräfte – die Landes- und Bündnisverteidigung – war kaum Thema einer ethischen Diskussion. Das Recht der kollektiven Selbstverteidigung ist ethisch und völkerrechtlich unbestritten. Strittig waren nur im Blick auf den Einsatz von Nuklear- und anderen Massenvernichtungswaffen die Mittel der Selbstverteidigung. Ebenso wenig in Frage gestellt war

¹ Als Beispiel verweise ich auf die sogenannte „Bioethik“, deren akademische und öffentliche Konjunktur auf unser rapide wachsendes naturwissenschaftliches Wissen in der Erforschung des Humangenoms reagiert.

das kodifizierte Regelwerk zur Normierung militärischer Gewaltanwendung: das humanitäre Völkerrecht.

Ethische Bildung geschieht **mithin im Horizont von Selbstverständlichkeiten.**

In der neuen sicherheitspolitischen Lage, bei den neuen Aufträgen der Streitkräfte sind diese Selbstverständlichkeiten verloren gegangen. Die beste und kürzeste Übersetzung von Transformation der Bundeswehr heißt: nichts ist mehr so, wie es mal war.

Wiedergekehrt ist die Frage nach dem gerechten Krieg. Konnte 1991 die Zeitschrift der italienischen Jesuiten *La Civiltà Cattolica* (30.07.1991) konstatieren, dass die Lehre vom gerechten Krieg nicht mehr haltbar sei, scheint 15 Jahre später der Sieg der Lehre vom gerechten Krieg allgemein anerkannt. Nachdem in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine intensive Diskussion über die Kriegeriologie des gerechten Krieges (im Zusammenhang der Frage nach der Legitimität humanitärer Interventionen) geführt wurde, wird diese weitgehend als kritische Theorie rezipiert, die klärt, wann und welche Gewaltanwendung legitim ist.

Neue Kriege – ethische Grenzen legitimer Gewaltanwendung

Zunehmend geraten auch die Regeln des *ius in bello* in den neuen Einsatzszenarien unter Druck. Unser Institut in Hamburg, das Institut für Theologie und Frieden, hat ein Forschungsprojekt zum Thema „Ethische Grenzen legitimer Gewaltanwendung in den neuen Kriegen“ initiiert, das von einer Grundlagenkrise der Normen der Gewaltanwendung (humanitäres Völkerrecht) ausgeht.

Wir diskutieren im Rahmen der Terrorismusbekämpfung erneut über Folter. Wir diskutieren über die Möglichkeit oder sogar Notwendigkeit, entführte Flugzeuge abzuschießen und damit unschuldige Passagiere zu töten.

Wir diskutieren hier in Deutschland erstaunlicher Weise nicht über die Moralität des Kosovo-Krieges. Die NATO wollte im Kosovo-Konflikt des Jahres 1999 das serbische Jugosla-

Moral hat ein anthropologisches Fundament. Die Situation des Menschen in der Welt hat den Charakter einer Forderung, auf die Menschen in praktischen Urteilen antworten: Urteile also, die festlegen, welche Handlungen zu unterlassen und welche geboten sind.

wien durch Bombardements aus der Luft von der Vertreibung ethnischer Albaner aus dem Kosovo abbringen, schlossen jedoch zugleich öffentlich aus, dass an den Einsatz von Bodentruppen gedacht sei. Die Beobachter der Vereinten Nationen wurden aus dem Kosovo zurückgezogen. So konnte die Vertreibung zunächst noch ungehemmter weiter gehen und erreichte überhaupt ihr größtes Ausmaß. Wann die jugoslawische Führung klein beigeben würde auf Grund der Bombardements, war zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen. Wie ist die Handlungsweise der NATO moralisch zu beurteilen? Durfte man serbische Städte bombardieren und die zivile Infrastruktur zerstören, um den Willen der jugoslawischen Führung zu beeinflussen?

Offensichtlich durfte man dies, wenn man den Nonkombattantenstatus neu definiert. Dies tut Colonel Charles Dunlap im Jahre 2000 in der Zeitschrift „Strategic review“², wo er das Ende der Unschuld verkündet und den Kombattantenstatus in der Post-Kosovo-Ära neu definieren will. In Kriegen wie dem Kosovo-Krieg sind die Nonkombattanten - die serbischen Bürger also - moralisch schuldig, da sie ihre Regierung unterstützen bzw. gewählt haben. Nonkombattanten dürfen zwar nicht direkt getötet werden, aber entgegen den völkerrechtlichen Bestimmungen darf das Eigentum der Zivilbevölkerung zerstört werden, d.h. die Infrastruktur ist ein legitimes Ziel militärischer Gewalt. So kann eine ganze Nation legitimer Weise in einen Zustand von Strom-, Lebensmittel- und Wassermangel gebombt werden.

Solche Fragen und Thesen verweisen auf einen steigenden Bedarf an ethischer Reflektion in den Streitkräften hin, aber nicht nur dort.

² Charles J. Dunlap: The End of Innocence: Rethinking Noncombatancy in the Post-Kosovo Era. In: Strategic Review, Summer 2000, 9-17

3. Moral und Ethik

Bevor ich nun auf die Fragen, die das Thema anzeigt, nämlich nach Zielen, Methoden und Konzepten ethischer Bildung und Reflektion in den Streitkräften eingehe, will ich in einem

Zwischenschritt eine Klärung der Begriffe Moral und Ethik versuchen.

Hier kann ich natürlich nur definitorisch und damit immer auch sehr vereinfachend vorgehen, aber wer eine Konzeption ethischer Bildung beschreiben und entwickeln will, muss über ein kommunizierbares Verständnis von Moral, Ethik und beider zentraler Grundbegriffe verfügen.³

Moral ist ein soziales Faktum

Wir leben immer schon in einer moralischen Kultur, die unsere Maßstäbe, Werte und Ideale bestimmt und festlegt, mit deren Hilfe wir moralisch urteilen. Diese moralische Kultur enthält eine Vorstellung davon, was uns zusteht und was wir anderen Menschen schulden. Sie enthält moralische Aussagen, die zu einem Handeln auffordern, die Stellung nehmen und jemanden verpflichten wollen.⁴

Die Grundsätze unserer moralischen Welt sind dem Einzelnen nicht immer reflexiv präsent. Im Unterricht (nicht nur bei Wehrpflichtigen) macht man bisweilen die Erfahrung, dass moralisches Wissen, also Wissen um die bestimmenden Werte, Normen und Ideale unserer Kultur, nicht oder nur sehr rudimentär vorhanden sind. Trotzdem handeln die meisten regel- und moralkonform im Sinne konventioneller Orientierungen des Kohlbergschen Stufenschemas⁵.

³ Verpflichtet ist dieses Verständnis von Moral und Ethik in erster Linie Peter Knauer: Handlungsnetze. Über das Grundprinzip der Ethik, Frankfurt/M 2002.

⁴ Zum Beispiel: Du sollst nicht gegen Gesetze verstoßen. Du musst die Folgen Deines Handelns beachten. Du sollst nicht stehlen.

⁵ Kohlberg unterscheidet präkonventionelle, konventionelle und postkonventionelle Stufen moralischer Wertung. Konventionelle moralische Wertung beruht auf Rollenübernahme, Orientierung an der konventionellen Ordnung und den Erwartungen anderer, insbesondere der Autoritäten; s. L. Kohlberg: Zur kognitiven Entwicklung des Kindes, Frankfurt/M 1974.

Ethik hingegen ist Theorie, eine Metaebene der Reflexion auf Moral. Sie zielt auf Klärung der moralischen Grundbegriffe und Rechtfertigung moralischer Ansprüche und Forderungen, sofern diese problematisiert sind.

Während Moral also unausweichlich ist, da wir uns in moralischen Lebenswelten handelnd vorfinden, muss Ethik nicht sein. Möglicherweise existiert in einem wohlgeordneten Gemeinwesen kaum Bedarf an ethischer Reflexion.

Moral als soziales Faktum ist grundgelegt in der Situation des Menschen in der Welt. Menschen sind Lebewesen, die an einem „Gelingen ihres Lebens als Ganzem“ (Robert Spämann) interessiert sind. Sie erfahren sich jedoch zugleich als Wesen, die in der Verfolgung ihrer Lebensprojekte verletztlich und auf Hilfe angewiesen sind.

Die prekäre Situation des Menschen in der Welt hat den Charakter einer Forderung, einer Bitte, auf die Menschen in praktischen Urteilen antworten: Urteile also, die festlegen, welche Handlungen zu unterlassen und welche geboten sind.

Die Moral besteht deshalb in ihrem Kernbereich aus Schädigungsverboten (Unterlassensforderungen) und Hilfspflichten.

In der moraltheologischen Tradition bezeichnet man Schädigungsverbote als negative Pflichten, die *semper et pro semper* gelten, immer und auf jeden Fall. Hilfspflichten dagegen als positive Pflichten gelten *semper sed non pro semper*. Sie gelten immer, aber verpflichten nicht in jedem Fall zu aktuellem Handeln. Die Unterscheidung zwischen negativen und positiven Pflichten trägt daher der Tatsache Rechnung, dass die Gewährleistung von Hilfe abhängig ist von Ressourcen und Kompetenzen und deshalb meistens vor Verteilungsprobleme stellt. Im Blick auf die negativen Pflichten gibt es hingegen keine Verteilungsfragen.

Menschliches Handeln vollzieht sich immer unter der Rücksicht eines „Wertes“, der angestrebt wird. In dieser anthropologischen Sicht sind Werte individuell und/oder sozial begehrte und geschätzte Güter und

Werte sind individuell und/oder sozial begehrte und geschätzte Güter und Ziele menschlichen Strebens und Lebens.

Ziele menschlichen Strebens und Lebens (Gesundheit, Frieden, Freiheit, Selbstverwirklichung usw.).

Exkurs: Wertewandel

Wer gegenwärtig – gerade auch in den Streitkräften - von Werten spricht, tut dies oft in kulturkritischer Manier einer Klage über Wertewandel oder Werteverfall.

Der sog. Wertewandel ist freilich in der Geschichte der Menschheit eine Konstante. Er ist in der Regel keine dramatische „Umwertung aller Werte“ (Nietzsche), sondern, wie die empirische Sozialforschung zeigt, eine Neupositionierung von Werten auf einer hierarchischen Werteskala.⁶

Des Weiteren bedeutet Wertewandel nicht per se Verfall von Werten. Jeder Wertewandel verlangt deshalb nach einer ethischen Prüfung.

Vergleichen Sie etwa die Werte einer Feudalgesellschaft mit unseren Werten: Die christlichen Völker in der Feudalzeit haben die Friedensbotschaft des Christentums mit der Lust an Gewalt und dem Hochgefühl des Krieges auf eine Weise verbunden, die uns heute unverständlich ist⁷.

Unsere Väter und Großväter erlebten 1945 einen beispiellosen Wertewandel, den wir doch auf keine Weise als Verfallsgeschichte beschreiben.

Zudem zeigt die vergleichende

Normen sind generalisierte Verhaltenserwartungen, die eine Schutzfunktion gegenüber Werten haben.

Kulturanthropologie auch, dass es fundamentale universelle Werte oder Güter gibt, die der kulturellen Relativierung entzogen sind. Hier sind z. B. zu nennen Güter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, Leben in sozialen Beziehungen, Ko-

operations- und Kommunikationsfähigkeit usw., die gerade auch für eine nicht kulturrelative Begründung der Menschenrechte bedeutsam sind.⁸

Zuletzt sollte im Kontext gesellschaftlicher Wertdebatten bedacht werden, dass der sog. Wertewandel seine Ursachen in sozialen und gesellschaftlichen Änderungsprozessen hat und sich nicht individueller Willkür verdankt. Als Beispiel verweise ich hier auf die Theorie der Postheroischen Gesellschaft, die gegenwärtig von einigen Sozialwissenschaftlern vertreten wird⁹. Postheroisch sind Gesellschaften, in denen der Tod im Kriege kein akzeptables Ereignis ist. Entsprechend niedrig gewichtet sind soldatische und militärische Werthaltungen. Die Entstehung einer postheroischen Gesellschaft verdankt sich nun freilich nicht dem Sieg einer pazifistischen Ethik, sondern steht in einem engen Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung. Gesellschaften, deren Familien 5 – 10 Kinder haben, empfinden den möglichen Verlust eines Teiles ihrer Kinder im Krieg als Übel, das jedoch unter Umständen gerechtfertigt erscheint. Gesellschaften mit wenig Kindern hingegen dulden nicht deren Tod in kriegerischen oder militärischen Aktionen. Hier findet also ein Wertewandel statt, der, wenn man das überhaupt will, mit pädagogischen Mitteln nicht bearbeitet werden kann. Dieser Wandel formuliert vielmehr eine politische Gestaltungsaufgabe, dass nämlich staatliche Sicherheitsvorsorge auch in einer postheroischen Gesellschaft möglich ist

Normen und Tugenden

Normen sind generalisierte Verhaltenserwartungen, die eine Schutzfunktion gegenüber Werten haben.

So schützt etwa das Tötungsverbot den Wert „Leben“, das Verbot des Diebstahls den Wert „Eigentum.“

Tugenden sind Haltungen und

⁶ Hinzuweisen ist hier auf die seit den 70er Jahren stattfindende Diskussion um das Verhältnis von Pflicht- und Selbstverwirklichungswerten.

⁷ s. hierzu Marc Bloch: Die Feudalgesellschaft, Stuttgart 1999.

⁸ Vgl. hierzu z.B. die Arbeiten der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum. Auf deutsch ist erschienen: Martha Nussbaum: Gerechtigkeit oder das gute Leben, Frankfurt 1999.

⁹ vgl. z.B. Edward Luttwak: Strategie. Die Logik von Krieg und Frieden; Lüneburg 2003 (amerik. Original 1987; 2001); S. 105 ff.

Handlungsdispositionen, die richtiges und gebotenes Handeln in Situationen sicherstellen, in denen affektive und emotionale Hindernisse bestehen. Das Wissen um das moralisch richtige Handeln führt nämlich nicht automatisch zur richtigen Handlung. Zwischen Einsicht und Handeln stehen unsere Neigungen, Ängste und Begierden. Tugenden sind notwendige Korrektive der menschlichen Natur, die sich auf Motivationsmängel und Handlungshindernisse beziehen.

Aus Tugend handelt also derjenige, der unabhängig von seinen individuellen Interessen und Neigungen das moralisch Richtige tut.

Die Tapferkeit z.B. ermöglicht das Tun des moralisch Gebotenen in Situationen der Angst, wo der Fluchttrieb uns zu beherrschen droht.

Gerechtigkeit ermöglicht die geforderte Gleichbehandlung von Personen, zu denen wir in unterschiedlichen emotionalen Beziehungen stehen.

Den Kern der Moral bilden Aussagen, die festlegen, was Menschen einander schulden. Diese sind nicht pluralismusfähig. Es gibt keinen moralischen Pluralismus.

Damit verkenne ich nicht, dass wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben. Pluralismusfähig sind Fragen des Konzepts eines guten Lebens, des Lebensstils, der Lebensform, die Formen der (religiösen, metaphysischen, naturalistischen) Weltinterpretation und des Selbstverständnisses. In freien Gesellschaften ist ein solcher Pluralismus offensichtlich unvermeidlich. Es ist nämlich das Kennzeichen totalitärer oder autoritärer Gesellschaften, dass sie für ihre Mitglieder ein Konzept des guten Lebens verbindlich machen wollen.

Eine nicht pluralismusfähige Moral, die festlegt, was Menschen einander schulden, kritisiert jeden Relativismus, der die universelle Gültigkeit moralischer Forderungen bestreitet, weiß aber, dass es in moralischen Fragen natürlich Dissens gibt, auch dieser Dissens wurzelt in der Situation des Menschen als endlichem und irrumsanfälligem Wesen.

Kirchliche Morallehre

Tugenden sind Haltungen und Handlungsdispositionen, die richtiges und gebotenes Handeln in Situationen sicherstellen, in denen affektive und emotionale Hindernisse bestehen. Tugenden sind notwendige Korrektive der menschlichen Natur, die sich auf Motivationsmängel und Handlungshindernisse beziehen.

In der kirchlich moraltheologischen Tradition hat man diese elementaren Verbindlichkeiten als Handlungen bezeichnet, die in sich schlecht sind, deren Unterlassung also ausnahmslos gefordert werden muss.¹⁰

Der Status solcher in sich schlechten Handlungen ist in der katholischen Moraltheologie in den vergangenen Jahrzehnten intensiv diskutiert worden. Ich muss hier nicht diese Diskussion darstellen, will aber darauf hinweisen, dass nicht einfachhin der physische Vollzug einer Handlung in sich schlecht ist, sondern nur eine immer schon moralisch qualifizierte Handlung. Das ist nun erläuterungsbedürftig.

In sich schlecht ist Mord, da eine moralisch nicht gerechtfertigte Tötungshandlung. Nicht jede Tötungshandlung ist Mord, sondern es gibt z.B. auch die gerechtfertigte Selbstverteidigung.

In sich schlecht ist die Lüge, da eine moralisch nicht gerechtfertigte Falschaussage. Nicht jede Falschaussage ist eine Lüge. Die Falschaussage zugunsten eines anderen Menschen, um fremdes Leben zu retten oder einen ungerechtfertigten Angriff abzuwehren oder gar einem Menschen wirksam zu helfen, ist durchaus moralisch gerechtfertigt.

In sich schlecht ist der Diebstahl, da eine ungerechtfertigte Wegnahme fremden Eigentums. Nicht jede Wegnahme fremden Eigentums ist indes Diebstahl.

Die moralische Qualität einer Handlung lässt sich also nicht ablesen am physischen Vollzug dieser Handlung, sondern ist konstitutiv an

¹⁰ Das II. Vat. Konzil zählt zu diesen in sich schlechten Handlungen zum Beispiel alle Formen der direkten Tötung Unschuldiger (Mord, Völkermord, Abtreibung, Euthanasie), aber auch Folter, Prostitution und Sklaverei. (Gaudium et Spes Nr. 27)

den Zweck, das sog. Handlungsobjekt, gebunden.

Stellen Sie sich vor, einer von Ihnen steht auf und verteilt 20-Euro-Scheine an einige Mitglieder dieses Plenums. Wie ist diese Handlung moralisch zu beurteilen? Beantworten kann ich die Frage nur, wenn ich Informationen darüber habe, zu welchem Zweck diese Handlung vollzogen wurde.

Möglicherweise (a) dient das Verteilen des Geldes der Rückzahlung von Schulden, aber vielleicht (b) sollen einige Plenumsmitglieder bestochen werden, damit sie bei der bevorstehenden Vorstandswahl einem bestimmten Kandidaten ihre Stimme geben.

Im Fall (a) ist die Handlung moralisch richtig, im Fall (b) natürlich moralisch schlecht. Der physische Akt der Handlung, das Geldverteilen, ist in beiden Fällen identisch.

In den letzten Überlegungen habe ich Ihnen eine recht simplifizierte Darstellung einiger (nicht aller) Elemente der traditionellen scholastischen Lehre von den „Quellen der Moralität“ vorgetragen.

Ich will meinen kurzen Überblick zusammenfassen mit einer Bemerkung zu Friedrich Nietzsches Kritik der „christlichen“ Moral als Sklavemoral, deren Normen der Versuch der Schwachen ist, die Starken daran zu hindern, sie zu schädigen. Nietzsche hat Recht, es ist nämlich die ureigene Aufgabe der Moral willkürlichen Handelns, das immer ein Machtgefälle zwischen Starken und Schwachen voraussetzt, zu verhindern. Willkür macht, was sie will.

Der Betonung auf den Schutz und der Respekt der Menschenwürde in kirchlichen Texten ist in diesem Sinne zu verstehen, als Appell moralisch und nicht willkürlich zu handeln. Willkürliches Handeln verstößt immer gegen die Menschenwürde.

Wir sollen einander nach vernunftgemäßen Gründen behandeln, in die der jeweils Andere jedenfalls auch aufgrund seiner Vernunft einstimmen kann.¹¹ Das ist der Sinn der

¹¹ vgl. Stephan Ernst: Personenwürde und ärztliches Handeln. Hermeneutische Überlegungen zu einem verbreiteten Argument in der medizinischen Ethik, in:

kantischen Formel vom Menschen als „Zweck an sich“.

4 Modelle ethischer Bildung • Ein kurzer Blick in die internationale Diskussion (besonders in die USA) zeigt, dass im Wesentlichen zwei Modelle ethischer Bildung in und für Streitkräfte entwickelt wurden: 1. Ein sog. „Ethical decision making training“, das an der Lösung normativ-ethischer Fragen interessiert ist und 2. ein „core value development“, das auf gemeinsame Wertbindungen zielt. Liest man nun die neuen Entwürfe einer ZDv 10/1 oder ZDv 10/4, so zeigt sich, dass dies auch die leitenden Zielsetzungen ethischer Bildung in der Bundeswehr sind.

Das erste Ziel ethischer Bildung ist die Verbesserung der moralischen Urteilskraft der Soldaten, d.h. das Vermögen in konkreten Entscheidungssituationen generelle Normen sachgemäß und situationsgerecht zur Geltung zu bringen und so inhaltlich das moralisch richtige Handeln zu bestimmen. Moralische Urteile sind das Ergebnis einer Applikation, einer Anwendung genereller Normen auf eine konkrete Situation. Deshalb setzt moralische Urteilskompetenz nicht nur ein hinreichendes normatives Wissen voraus, sondern auch die Fähigkeit, die relevanten empirischen Merkmale einer Situation zu erkennen und beides in Beziehung zu setzen. Moralische Urteile haben immer einen empirischen und einen normativen Anteil.¹²

Auch hier mag ein Beispiel der Verdeutlichung dienen: Das (moralische) Verbot, unter Alkoholeinfluss Auto zu fahren, setzt sich zusammen aus einem normativen Urteil, dass es verboten ist, andere zu schädigen, und einem empirischen Urteil, dass unter Alkoholeinfluss die Reaktions-schnelligkeit nachlässt und damit das Schädigungsrisiko für andere steigt.

Als hilfreich für den Unterricht hat sich die Diskussion und die Aus-

einandersetzung mit solchen „Fällen“ (problematische Entscheidungssituationen) erwiesen, in denen den handelnden Akteuren mehrere Handlungsoptionen offen stehen. Geeignet sind mithin Fälle, die transparent sind auf miteinander konfligierende Werte oder Pflichten oder aber komplexe Entscheidungssituationen, in denen unter Zeitdruck oder Informationsmangel entschieden werden muss. Die zeitgenössische Ethik spricht hier gerne von Dilemma-Situationen, aus der Tradition bekannt sind solche Fälle als Pflichten-Kollisionen. In diesen Situationen kann ich eine Pflicht nur erfüllen, in dem ich zugleich eine andere Pflicht verletze und damit Menschen ein Übel zufüge.

Die moralische Qualität einer Handlung ist bestimmt durch den Zweck der Handlung.

Fall-Lösungen

Welche Begrifflichkeit man auch immer wählt, es geht letztlich um Kasuistik, also die Lösung konkreter Einzelfälle.

Für Immanuel Kant ist die Kasuistik ein wichtiger Bestandteil der Moralphädagogik.¹³ In der „Katechetischen Moralunterweisung würde es zur sittlichen Bildung von großem Nutzen sein, bei jeder Pflichtzergliederung einige kasuistische Fragen aufzuwerfen“. Wer eine Pflichtzergliederung vornehmen muss, also die Bestimmung des moralisch richtigen Handelns in einer schwierigen Situation anstrebt, übt sich darin – so Kant – eine „Kultur der Vernunft“ zu entwickeln und die praktische Urteilskraft zu schärfen. Darüber hinaus ist Kant der Meinung, dass durch solche Übungen jemand unvermerkt „in das Interesse der Sittlichkeit gezogen wird“.

Natürlich müssen im Unterricht solche Fälle besprochen werden, die den militärischen Kontext berühren. Aber in der gegenwärtigen Situation gibt es daran keinen Mangel.

Ohne Zweifel waren die Ereignisse des 11. September Anlass für

den deutschen Gesetzgeber im Januar 2005, ein Luftsicherheitsgesetz zu verabschieden, das festlegt, dass ein Luftfahrzeug mit Waffen bekämpft und zerstört werden darf, wenn dieses gegen das Leben von Menschen eingesetzt wird und andere Mittel zur Gefahrenabwehr nicht vorhanden sind. Konkret bedeutet dies, dass ein entführtes ziviles Flugzeug, von dem angenommen wird, dass es z. B. gegen ein Kernkraftwerk gelenkt wird, abgeschossen werden darf samt Besatzung und Passagieren. Im Februar 2006 hat das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärt. In der Perspektive des Bundesverfassungsgerichtes verletzt das Gesetz die Menschenwürde der Passagiere, weil hier Leben gegen Leben abgewogen wird, was in der Tat immer willkürlich ist. Ist aber in dieser Perspektive das moralische Problem des Flugzeugab-schusses sachgerecht gestellt? In der moraltheologischen Tradition hat man versucht, durch die Formulierung des Prinzips der Doppelwirkung¹⁴ die Frage zu beantworten, wann die Verursachung oder Zulassung eines Schadens/Übels gerechtfertigt ist.

Dieses Prinzip besagt, dass die Zulassung eines Schadens/Übels dann erlaubt sein kann, wenn der Zweck der Handlung moralisch legitim ist und die Schädigung weder als Mittel noch als Zweck direkt intendiert wird, sondern eine nicht intendierte, wenn auch vorhergesehene Nebenwirkung ist. Ein klassisches Beispiel für den Gebrauch dieses Prinzips der Doppelwirkung ist die Unterscheidung von strategischen und Terrorbomben. Im ersten Fall bombardiert ein Kampfpilot (die Gerechtigkeit des Krieges hier vorausgesetzt) ein militärisches Ziel (um den Krieg schneller zu gewinnen), wohlwissend, dass dabei unschuldige Zivilisten, die in der Nähe leben, getötet werden. Im zweiten Fall bombardiert ein Kampfpilot unschuldige Zivilisten, um den Gegner zu demoralisieren und zur schnelleren Kapitulation zu bewegen (um damit den Krieg schneller zu gewinnen). Gemäß dem Prinzip der Doppelwirkung kann das strategische Bomben (Fall 1) mo-

Stimmen der Zeit 125 (2000), S. 609-621; ferner Bruno Schüler: Die Personenwürde des Menschen als Beweisgrund in der normativen Ethik, in: Theologie und Philosophie 53 (1978), S. 538 -555.

12 s. hierzu Matthias Gillner: Praktische Vernunft und militärische Professionalität. WIFIS-AKTUELL 23, Bremen 2002.

13 Dieter Witschen: Kasuistik in Kants Ethik. Ein Hinweis auf ein nahezu völlig vernachlässigtes Thema, in Ethica 24 (2006) 2, S. 179 – 198. Hier sind obige Kantzitate belegt.

14 Eine ausführliche Darstellung und Interpretation des Prinzips der Doppelwirkung findet man bei P. Knauer: Handlungsnetze a.a.O. S. 27 -69.

ralisch erlaubt sein, da der Tod der unschuldigen Zivilisten weder Mittel noch Zweck der Bombardierung ist.

Anders verhält es sich im Fall des Terrorbombens. Hier ist der Tod Unschuldiger der Zweck der Handlung. Es gilt also der Grundsatz, dass der gute Zweck, nämlich die schnelle Beendigung des Krieges, nicht die schlechten Mittel rechtfertigt.

Wahrscheinlich kann man die Frage nach der Erlaubtheit des Abschusses eines entführten Flugzeuges beantworten wie im Falle des strategischen Bombens. Das Ziel des Abschusses ist nämlich die Beseitigung einer Bedrohung für menschliches Leben. Die vorhersehbare Tötung aller Flugzeuginsassen ist weder das Ziel dieser Handlung noch ein erforderliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Das Flugzeug muss nämlich auch dann abgeschossen werden, wenn alle Insassen mit dem Fallschirm abspringen und die Maschine ferngesteuert auf ihr Ziel zufliegt.¹⁵

Zweifellos wird man den Atombombenabwurf auf Hiroshima oder die Bombardierung Dresdens zu den moralisch illegitimen Formen eines Terrorbombens zählen. Wird man dann aber nicht auch die Bombardierung Serbiens im Jahre 1999 zum Typ des Terrorbombens rechnen müssen? Rechtfertigt der gute Zweck, nämlich die (mögliche) Verhinderung der Vertreibung der Albaner das schlechte Mittel, die direkte Schädigung Unschuldiger?¹⁶

Die Beispiele¹⁷ zeigen die Unvermeidbarkeit von Situationen auf, in denen die Soldaten vor schwierigen Anwendungsfragen moralischer und rechtlicher Normen stehen.

Hier ist selbstbestimmte moralische Urteils- und Argumentations-

fähigkeit der Soldaten gefordert. Im Unterricht muss es deshalb darum gehen, Soldaten zu befähigen, moralische Probleme mit Hilfe von Begriffen, Argumenten und Sachkompetenz zu lösen.

Ziele ethischer Bildung

Noch ein Wort zum Dilemma-Begriff, der zur Zeit Konjunktur hat. Wenn von Dilemma oder Dilemmata die Rede ist, entsteht oft der Eindruck, als handle es sich hier um Situationen unausweichlicher Schuld. Was ich auch tue, wie immer ich mich entscheide, ich werde schuldig. Nun sind die Fälle, über die wir hier reden, derart, dass es immer um die Erlaubnis geht, Menschen schwerste Übel zuzufügen. Es ist nicht nur verständlich, sondern geradezu gefordert, dass wir alle und Soldaten im Besonderen in solchen Situationen Schuldgefühle entwickeln im Sinne eines Bedauerns darüber, anderen ein Übel zuzufügen. Soldaten ohne Schuldgefühle sind verroht. Allerdings ist zwischen Gefühlen des Bedauerns und moralischer Schuld zu unterscheiden. Moralisch schuldig werde ich nur dann, wenn es zu meiner Handlung eine vorzugswürdige Alternative gibt. Diese Unterscheidung und Klärung der Begriffe von moralischer Schuld und Schuldgefühlen ist ein wichtiges Ziel ethischer Bildung, da die Entwicklung einer „dirty job“ Mentalität („Einer muss sich ja die Hände schmutzig machen“) bei Soldaten nicht wünschenswert ist, weil sie verantwortliches Handeln letztlich in Frage stellt.

Das zweite Ziel ethischer Bildung gemäß ZDv 10/1 (neu) gilt der **moralischen Loyalität der Soldaten**. Gemeint ist damit die ungezwungene Anerkennung der fundamentalen Werte und Normen unserer moralischen Kultur, auf die ich oben kurz eingegangen bin.

Das Menschenrechtsethos bildet den Kern unserer moralischen Kultur; ebenso aber auch das Grundgesetz, das ein Depot für Werte, Normen und Ideale ist und nicht bloß die Rechtsstellung der Bürger festlegt und die Regeln der Herrschaftsausübung enthält.

Moralische Loyalität kann nun nicht befohlen werden, sondern ist das Resultat von Bildungsprozessen.

Es kommt deshalb methodisch darauf an, Strategien zur Bewusstmachung und Klärung dieser menschen- und verfassungsrechtlichen Werte und Normen zu entwickeln. Hier geht es also in erster Linie um Moralerziehung, die auf solche Grundhaltungen und persönliche Werterangordnungen zielt, die den normativen Orientierungsgütern unserer Gesellschaft entsprechen. Didaktisch muss man hier von einem Werte- und Normenbestand ausgehen, dessen uneingeschränkte Verbindlichkeit ein nichtdiskutables Axiom ist. Wir können uns also nicht hinstellen und fragen, welche Werte braucht der Soldat der Bundeswehr. Diese sind vielmehr vorgegeben.

Ich bin beinahe am Ende meiner Überlegungen angelangt, möchte aber noch einige kleinere Punkte hinzufügen.

Moral – das Resultat von Freiheit

So wichtig die Initiierung moralischer Bildungsprozesse in den Streitkräften auch ist, scheitert man vermutlich in seinen Bemühungen, wenn die Grenzen moralischer Bildung nicht mit bedacht werden. Moral ist immer das Resultat von Freiheit. Moralische Gesinnung und Charakter gründen in einer unverfügbaren Entscheidung autonomer Subjekte, die „pädagogischem und didaktischem Bildungshandeln“ entzogen ist. Man mag das bedauern. Das Leben wäre vielleicht einfacher, und es gäbe nicht so viel Unmoral, wenn die Moral ein Teil von uns wäre wie eine Zwangsjacke, in die wir fest eingebunden sind. Aber das Leben wäre dann auf jeden Fall auch viel unernsthafter, so aber stehen wir oft vor ernsthaften Entscheidungen¹⁸.

Ich warne deshalb auch vor überzogenen Erwartungen an Dilemmadiskussionen und der Konzeption von Instrumenten zur Messbarkeit moralischer Entwicklung.

Bekanntlich ist das Leben kurz, aber die Wissenschaft hat viel Zeit. In Unterrichtssituationen können wir Probleme ausführlich diskutieren und uns in der Regel die nötigen Sachinformationen beschaffen. Im Alltag handeln wir unter Zeitdruck und

¹⁸ s. hierzu die Überlegungen von Ernst Tugendhat: Vorlesungen über Ethik, Frankfurt/Main 1993, S. 97.

¹⁵ Gerhard Beestermöller: Das Luftsicherheitsgesetz als Krisenindikator, in: Die Neue Ordnung 60 (2006) 4, S. 296-317 argumentiert, dass unter bestimmten Umständen der Abschuss eines Flugzeuges als Nebenwirkung gerechtfertigt werden kann und korrigiert seine Position, die er in: Ist im Krieg gegen den Terrorismus alles erlaubt? Militärseelsorge 42 (2004) – Dokumentation, S. 92 – 97 dargestellt hat.

¹⁶ vgl. hierzu P. Knauer; Handlungsnetze, a.a.O. S. 65

¹⁷ Weitere Beispiele findet man z.B. in der Publikation des Zentrum Innere Führung: Entscheiden und Verantworten. Konfliktsituationen im UN-Einsatz.

Unwissenheit. Hier ist es wichtig, einen „Sinn für Kontingenzt“ (für Grenzen der Verfügbarkeit) zu entwickeln. Was heißt das?

Moralisches Urteilen ist wie menschliches Urteilen allgemein irrtumsfähig, da wir die Folgen einer Handlung oftmals nicht überblicken oder hinsichtlich relevanter Faktoren einer Situation irren. Soldaten zumal stehen in Entscheidungssituationen, die hinsichtlich der Folgen und Auswirkungen der Handlungen ungewiss und deshalb riskant sind. Man kann oft nur mit Wahrscheinlichkeiten und unter Unsicherheiten entscheiden. Soldaten müssen nun gerade in Konfliktlagen unter solchen Unsicherheits- und Ungewissheitsbedingungen moralisch verantwortlich entscheiden.

Der Gefreite im Wachdienst im Camp, dem sich ein Fremder nähert, dessen Absichten nicht bekannt sind (Opfer, Freund oder Feind), muss über den Gebrauch der Schusswaffe verantwortlich entscheiden.

Die besten moralischen Entscheidungsregeln wie etwa das Prinzip der Doppelwirkung beseitigen nicht diese grundsätzliche Unsicherheit und Ungewissheit moralischer Entscheidungen.

Soldaten handeln oftmals in Gefährdungssituationen und hier unter Zeitdruck, die es moralisch verbieten, zuviel Zeit für die Suche nach der moralisch besten Lösung zu verbringen. Innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit muss die wahrscheinlich beste Lösung gesucht werden. Ein Sanitätsarzt zum Beispiel, zu dem ein Verwundeter gebracht wird, kann sich nicht für Stunden zurückziehen, um die bestmögliche Therapie herauszufinden, denn in der Zwischenzeit könnte der Patient sterben. Er muss in der kurzen Zeitspanne, die er zur Verfügung hat, die am ehesten geeigneten medizinischen Maßnahmen durchführen und dabei in Kauf nehmen, dass er sich irrt und damit dem Patienten Schäden zufügt, die

Unbedingte Unterlassungspflichten oder:

Warum vieles sein darf, aber einiges unbeding nicht

„Was zum Lebens selbst in Gegensatz steht, wie jede Art von Mord, Völkermord, Abtreibung, Euthanasie und auch der freiwillige Selbstmord; was immer die Unantastbarkeit der menschlichen Person verletzt, wie Verstümmelung, körperliche oder seelische Folter und der Versuch, psychischen Zwang auszuüben; was immer die sittliche Würde angreift, wie unmenschliche Lebensbedingungen, willkürliche Verhaftung, Verschleppung, Sklaverei, Prostitution, Mädchenhandel und Handel mit Jugendlichen, sodann auch unwürdige Arbeitsbedingungen, bei denen der Arbeiter als bloßes Erwerbsmittel und nicht als freie und verantwortliche Person behandelt wird:

All diese und andere ähnliche Taten sind an sich schon eine Schande; sie sind eine Zersetzung der menschlichen Kultur, entwürdigten weit mehr jene, die das Unrecht tun, als jene, die es erleiden.

Zugleich sind sie in höchstem Maße ein Widerspruch gegen die Ehre des Schöpfers.“

(II. Vatikanisches Konzil (1962-1965), *Gaudium et spes* 27)

natürlich vermeidbar gewesen wären, wenn mehr Zeit für die Suche nach der besten Therapie zur Verfügung gestanden hätte.¹⁹

Es gibt Situationen, in denen die moralische Pflicht besteht, Irrtümer und damit ungewollt Fehler in Kauf zu nehmen, da andernfalls Handeln selbst unmöglich wird.

Solche Fragen müssen im Unterricht besprochen werden und ich denke, es ist hilfreich und wichtig, dass dieser Unterricht einen kirchlichen Horizont hat und haben soll, denn als Christen braucht uns diese Kontingenzt, d.h. die Abhängigkeit erfolgreichen moralischen Handelns von Bedingungen, die wir nicht beherrschen, nicht erschrecken.

Die Liebe Gottes zu uns hat ihr Maß nicht an unserer moralischen Praxis. Alles was gebrochen und fehlerhaft ist, wird in einem umfassenden Sinnhorizont gutgesprochen.

Fortsetzung mit 2 Anh. auf S. 74

¹⁹ Das Beispiel findet man bei Peter Knauer: *Handlungsnetze* a.a.O., S. 99 f.



Bei einem geselligen Abend im Rahmen des Kulturprogramms, verabschiedete der Bundesvorsitzende OTL Paul Brochhagen drei „alte“ Mitglieder des Bundesvorstandes aus (einigen) ihrer Ämter (v.l.): Ehrenbundesvorsitzender Paul Schulz als Leiter der GKS-Akademie Helmut Korn, Ehrenbundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein als Bundesvorsitzender und Hptm a.D. Günter Hagedorn als Haushaltbeauftragter.

ANHANG 1:

Standardbeispiele in der Diskussion des Prinzips der Doppelwirkung

Gemäß dem Prinzip der Doppelwirkung kann in den folgenden Beispielen jeweils die erste Handlung moralisch richtig sein, während die zweite immer moralisch falsch ist.

Strategischer Bomber vs. Terrorbomber

- **Strategischer Bomber:**
Ein Kampfpilot bombardiert (in einem gerechten Krieg) ein militärisches Ziel (um den Krieg (schneller) zu gewinnen), wohl wissend, dass dabei unschuldige Zivilisten, die in der Nähe leben, getötet werden.
- **Terrorbomber:**
Ein Kampfpilot bombardiert (in einem gerechten Krieg) unschuldige Zivilisten, um den Gegner zu demoralisieren und zur schnelleren Kapitulation zu bewegen (und damit den Krieg (schneller) zu gewinnen).

Hysterektomie vs. Kraniotomie

- **Hysterektomie:**
Ein Arzt führt an einer an Krebs erkrankten schwangeren Frau eine Hysterektomie (Gebärmutterentfernung) durch, um das Leben der Frau zu retten, wohl wissend, dass dabei der Fötus sterben wird.
- **Kraniotomie:**
Ein Arzt führt eine Kraniotomie (Zertrümmerung des Schädels des Fötus) durch, um den Fötus aus dem Geburtskanal zu entfernen und das Leben der schwangeren Frau zu retten.

Schmerzlinderung vs. Euthanasie

- **Schmerzlinderung:**
Ein Arzt verabreicht einem von starken Schmerzen geplagten todkranken Patienten ein Mittel, um seine Schmerzen zu lindern, wohl wissend, dass dadurch der Tod früher eintreten wird als ohne Verabreichung des Mittels.
- **Euthanasie:**
Ein Arzt verabreicht einem von starken Schmerzen geplagten todkranken Patienten ein Mittel, um ihn zu töten und dadurch von seinen Qualen zu erlösen.

ANHANG 2:

Einige Aspekte der Diskussion:

- Es wurde gefragt, ob die Instrumente zur ethischen Bildung ausreichen. Manche Entscheidungsdramatik (Beispiel: Israelische Angriffe auf zivile Infrastruktur) fordere eine eingehende ethische Bewertung.
- In der Bundeswehr gibt es seit jeher ethische Wertevermittlung in vielen Bereichen, in der aktuellen Diskussion fehlen jedoch soldaten- und praxisingerechte Vorschläge.
- In vielen Fällen gibt es nur Lippenbekenntnisse zur ethischen Bildung in der Bundeswehr, da sich manche um die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte sorgen. – Es wurde auf das Problem der unterschiedlichen ethischen Vorstellungen bei verschiedenen Bündnisnationen und die drohenden negativen Konsequenzen bei gemischt-nationalen Einsätzen hingewiesen.
- Soldaten stehen im Zusammenhang mit Waffeneinsätzen vor ethischen Fragen, vor denen die zivile Bevölkerung nicht steht. Wünschenswert sei, Orte zu schaffen, wo diese Diskussion politisch wird – also nicht nur innerhalb der Bundeswehr, sondern gesellschaftsweit geführt wird.
- Ein praktischer Grund gegen ein eigenes Fach „ethische Bildung“ liegt darin, dass die Vielzahl der Forderungen in der Truppe nicht realisierbar sind. Es sei daher richtig, dass ethische Bildung als übergreifendes Element in vielen Ausbildungselementen zu vermitteln ist.

Arbeitsgruppen zum Thema

- AG 1 Herausforderungen an das Konzept der Inneren Führung
- AG 2 Entwurf der neuen ZDv 10/1
- AG 3 Lebenskundlicher Unterricht
- AG 4 Ethische Bildung in der Bundeswehr: Was kann die GKS tun?



Vier in ihrem Element: v.l. Sänger Friedhelm Koch und Paul Brochhagen; ihre Freude daran haben Karl-Jürgen Klein und Johann Schacherl. Bildmontage vom geselligen Abend bei der Bundeskonferenz (PS/F. Brockmeier)



Bischof Walter Mixa verpasst Major Gereon Gräf eine Zigarre

Förderkreis der Gemeinschaft



Katholischer Soldaten e.V.

Vorstand

Ludwigshafen, den 22. September 2006

**Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS
am 22.09.2006 in LUDWIGSHAFEN**

- PROTOKOLL -

Teilnehmer: 39 Personen (siehe Beilage 2)
Ort: Heinrich Pesch Haus, LUDWIGSHAFEN
Zeit: 22.09.2006, 1330 - 1410 Uhr

Verteiler: Mitglieder Vorstand FGKS
 Geistlicher Beirat GKS
 Chefredakteur AUFTRAG
 Vereinsmitglieder (über Verbands-
 zeitschrift AUFTRAG)

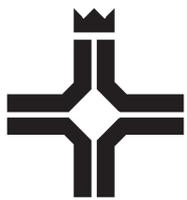
Anlage: (nur in Akte Bundesgeschäftsführer):
 Bericht des Vorstandes (Lage- und Kassenbericht)
 Beilagen: 1. Tagesordnung (gem. Einladung im AUFTRAG 262/Juni 2006, Seite 79)
 2. Teilnehmerliste

Das folgende Protokoll gilt als durch den Vorstand FGKS genehmigt, sofern nicht bis spätestens 4 Wochen nach Erscheinen des AUFTRAG (Protokoll wird im AUFTRAG veröffentlicht, aber nicht verteilt) schriftlich beim Bundesgeschäftsführer Einspruch dagegen erhoben wird. Eine weitere Genehmigung in der nächsten Mitgliederversammlung entfällt.

1. Der Vorsitzende des FGKS e.V., Oberstleutnant Paul Brochhagen, eröffnete die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS. Er begrüßte die Teilnehmer und stellte fest, dass die Einladung mit der Tagesordnung zeit- und fristgerecht ergangen ist. Weiterhin stellte er die Beschlussfähigkeit fest.
2. Die Tagesordnung wurde angenommen (Beilage 1).
3. Protokoll: Bundesgeschäftsführer GKS, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann
4. Bericht des Vorstandes
 Der Schatzmeister, OStFw Berners, legte den Lage- und Kassenbericht vor (Anlage).
 Die Mitgliederzahl stieg im Jahr 2005 auf 343 an.
 Zur Unterstützung der GKS wurden im Jahre 2005 insgesamt 16.541,55 Euro ausgegeben.
5. Die Kassenprüfer, OTL a.D. d.R. Bastian und StFw Wedekin, haben den Haushalt 2005 geprüft. Sie bestätigten eine einwandfreie, übersichtliche und vorbildliche Kassenführung, es gab keine Beanstandungen. Sie schlugen die Entlastung des Vorstandes vor.
6. Die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2005 erfolgte mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen ohne Gegenstimmen.
7. OTL a.d. d.R. Bastian und StFw Wedekin wurden mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen ohne Gegenstimmen erneut als Kassenprüfer gewählt
8. Sachstand
 Der Sitz des Vereins wurde von BONN nach BERLIN verlegt. Nächster Schritt ist die Erlangung der Gemeinnützigkeit durch einen Antrag an das zuständige Finanzamt. Die Mitgliederversammlung entschied sich mit 36 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen und ohne Gegenstimme für diesen Weg.
9. Allgemeines
 - . Der Vorsitzende rief dazu auf, weiterhin mit Nachdruck für den FGKS e.V. zu werben.
 - . Bei Konferenzen der GKS und der ZV sollten Anmeldeformulare für den FGKS e.V. ausliegen.


 Paul Brochhagen
 Oberstleutnant
 Versammlungsleiter


 Dr. Klaus Achmann
 Oberst a.D.
 Schriftführer



51. GESAMTKONFERENZ DER MILITÄRSEELSORGE IN FREISING:

Kirche als Lernort für interkulturelle Kompetenz und Wertevermittlung

VON BERTRAM BASTIAN

Interkulturelle Kompetenz war das übergeordnete Thema mit dem sich die hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen, Pastoralreferentinnen und -referenten bei ihrer diesjährigen Gesamtkonferenz auf dem Domberg in Freising vom 24. bis 26. Oktober befassen wollten. Die Tagung stand unter dem Motto „DIE KIRCHE ALS LERNORT FÜR INTERKULTURELLE KOMPETENZ UND WERTEVERMITTLUNG IN STAAT UND GESELLSCHAFT“. Eine unerwartete Tagesaktualität erhielt das Thema als schockierende

Fotos deutscher Soldaten aus Afghanistan in den Medien erschienen, dies punktgenau zur Veröffentlichung des Weißbuches 2006.

Einführungsvorträge

Prof. Dr. Claude Ozankom, Theologieprofessor an der Universität Bonn, hielt den Vortrag „INTERKULTURELLER DIALOG“ und nach ihm referierte Dr. Chibueze Udeani, von der Universität Salzburg, über das Thema: „FREMDEN BODEN BETRETEN – ZU DEN HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN MULTIKULTURELLER BEGEGNUNGEN IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG“. Eine intensive Diskussion mit den Vortragenden schloss den Vormittag ab und bildete die Grundlage für die Workshops, welche am Nachmittag das Leitthema vertieften. Während die Teilnehmer der Konferenz in den

vorbereiteten Workshops mit ihren Beiträgen nicht zurückhielten, wurde Militärbischof Mixa mit Wünschen für Interviews und Stellungnahmen geradezu überhäuft. Am Morgen hatte eine große deutsche Boulevardzeitung die abstoßenden Fotos von einzelnen Soldaten des deutschen Kontingentes veröffentlicht.

Lagevortrag des Militärgeneralvikars

Geradezu unberührt durch die Hektik der öffentlichen Diskussion über die Fotos aus Afghanistan trug Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut am nächsten Tag zur Lage der katholischen Militärseelsorge vor. Im Rückblick auf eine 50-jährige Erfolgsgeschichte fasste er zusammen, dass Staat und Kirche eine gemeinsame Verantwortung hätten für die

Seelsorge an den Soldaten. Er dankte den deutschen Bischöfen, die in ihrer Herbstvollversammlung in Fulda dem Militärbischof ihre volle Unterstützung für die weitere seelsorgerische Begleitung der Soldaten auch unter den geänderten Rahmenbedingungen und in den Auslandseinsätzen zusagten. Ein Beispiel für das Engagement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, sei seine Predigt in St. Gereon in Köln während des Festgottesdienstes anlässlich 50 Jahre Militärseelsorge in Nordrhein-Westfalen gewesen.

Der Militärgeneralvikar führte weiter aus, dass die neue Struktur der Militärseelsorge jetzt einen verhandelten Rahmen durch den Haushalt des Bundesministers der Verteidigung habe, und nun das Militärbischofsamt darangehe, diesen Rahmen mit „Inhalt“ zu füllen. Dabei seien akzeptable Lösungen erreicht worden. So sei es nun möglich, dass auch Pastoralreferentinnen und -referenten die Soldaten in die Einsätze begleiten können. Die Gliederung der Dienstaufsichtsbereiche und das Regeleintrittsalter der Militärpfarrer seien mit 45 Jahren hinnehmbar.

Trotz der abnehmenden Zahl der Pfarrer, die im Gegensatz zu den größer werdenden Betreuungsbereichen stehe, habe die Militärseelsorge einen ganz bedeutenden Vorteil gegenüber der zivilen Gemeindebetreuung: Die Militärseelsorge erreiche mit den Grundwehrdienstleistenden ein Milieu, welches in den Pfarrgemeinden gar nicht oder nur vereinzelt vorkomme. Dies gelte es zu nutzen. Dabei solle man sich nicht auf das Büro oder



Diskussion nach den Einführungsvorträgen. Auf dem Podium v.l.: Dr. Chibueze Udeani, Universität Salzburg (l.), Leitender Wissensch. Direktor i.K. Lothar Bendel und Prof. Dr. Claude Ozankom, Universität Bonn. (Fotos M. Beyel, KMBA)

den Container zurückdrängen lassen, sondern man müsse gestalten und agieren, damit man diese jungen Leute auch erreiche. Predigt, Liturgie und äußeres Erscheinungsbild müssten im Einklang stehen. Nur dann könne es gelingen, in den Streitkräften den jungen Menschen als Spiegelbild der Gesellschaft abzuholen und an die Religion heranzuführen.

Militärseelsorge solle sich nicht nur als Sakramentenspender verstehen, sondern ständiger Begleiter sein. Dabei sei Kreativität gefragt, um die Frohbotschaft als „gute Information“ an den Mann zu bringen. Wo früher der Standortgottesdienst die Normalität widerspiegelte, seien es heute Familienwochenenden, Sportexerziten und Kleinbegegnungen. Im Lebenskundlichen Unterricht benötigten die Menschen in den Streitkräften eine bessere ethische Ausbildung. Soldaten im Einsatz müssten die ethischen Dimensionen ihres Handelns verstehen und danach handeln können. Zu dieser geforderten und gewünschten Wertevermittlung seien die Militärpfarrer besonders geeignet.

Zum Schluss dankte der Militärgeneralvikar dem Militärbischof für seine vielseitigen Anstrengungen um die Militärseelsorge und allen Mitbrüdern – besonders denen im Einsatz – sowie allen Pastoralreferentinnen/-referenten, die die Arbeit im Gebet begleiten. Wakenhuts Dank galt auch den Militärdekanen, den Mitarbeiterinnen und -arbeitern im Bereich des Militärbischofsamtes sowie den Soldatinnen und Soldaten für ihr Engagement in den Gremien der Militärseelsorge sowie allen militärischen und zivilen Partnern im BMVg.

50 Jahre Bundeswehr – eigene Tradition

Im Vortrag über „INNERE FÜHRUNG UND EINSATZ“ führte Brigadegeneral Robert Bergmann, Stabsabteilungsleiter Fü S I, aus, dass in den 50 Jahren Bundeswehr mittlerweile drei Generationen Soldaten eine eigene Tradition begründet hätten. Innere Führung als Führungsaufgabe berühre alle Bereiche des Soldatseins, da sie den Soldaten als Menschen betreffe. Sie hat vier Hauptaufgaben, indem sie den soldatischen Dienst legitimiere, die Streitkräfte in Staat und



*BrigGen Robert Bergmann,
Stabsabteilungsleiter Fü S I*

Gesellschaft integriere und verankere, sie schaffe Motivation und Mitverantwortung und gestalte die innere Ordnung der Streitkräfte. Damit werde die Innere Führung für Soldaten die verbindliche Grundlage und für zivile Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Leitlinie für das Handeln. Dies gelte es besonders bei den gesteigerten Risiken im Einsatz und bei den Herausforderungen zu berücksichtigen und zu beachten. Damit solle eine hohe Wirksamkeit der Bundeswehr im Einsatz als Gesamtziel unterstützt werden.

Nach einer kurzen Darstellung über den Bearbeitungsstand der zu erwartenden neuen Vorschriften ZDv 10/1 und ZDv 12/1 (beide in der ministeriellen Mitprüfung) wurde die Rolle der Militärseelsorge im Dreiebenen-Konzept der Behandlung von posttraumatischen Belastungen dargestellt.

BrigGen Bergmann gab Informationen über das „EINSATZWEITERVERWENDUNGSGESETZ“. Es diene dazu, dass im Einsatz verwundete und/oder schwerbeschädigte Soldaten weiter im öffentlichen Dienst beschäftigt werden können. Dazu gehören auch Statusfragen und die allgemeine Altersabsicherung der Betroffenen. Dieses Gesetz befindet sich in der Ressortabstimmung. Danach stellte Bergmann das Aktionsprogramm zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz vor. Dieses reise in Form einer Tagesveranstaltung durch die Streitkräfte und sehe als Zielgruppe den jungen Vor-

gesetzten im Einsatz.

In seiner Zusammenfassung hob Bergmann hervor, dass die Innere Führung ein Ergebnis der Nachkriegsgeschichte sei und durchaus als eine Art „Verfassung für die Streitkräfte“ angesehen werden könne, da sie die Grundlage für das Selbstverständnis des Soldaten sei.

Militärbischof Dr. Mixa dankte dem Stabsabteilungsleiter Fü S I für seine Ausführungen und erwähnte dabei, dass er die Gelegenheit hatte, bei der Tagung aller Militärbischöfe die Innere Führung der deutschen Streitkräfte vorzustellen. Er betonte auch, dass bei anderen Armeen eine Art „Lebenskundlicher Unterricht“ nicht existent sei!

Predigt des Militärbischofs

In der Predigt während des Pontifikalamtes am Mittwoch nahm Militärbischof Dr. Walter Mixa auch zu den Veröffentlichungen über das Fehlverhalten einzelner deutscher Soldaten in Afghanistan Stellung. Er sagte, dass er noch nicht verurteilen wolle, da die Untersuchungen erst anliefen und die Ergebnisse abgewartet werden müssten. Hier nun einige Predigtauszüge:

Nach der Frage, was in einem Menschen vorgeht, der eine derartige Handlungsweise an den Tag legt, drängt sich die Frage auf, wer ist der Mensch wirklich? Wie gehen wir mit lebenden Menschen, mit den Toten und mit dem Leichnam um? Kann im Namen einer Religion Hass erfüllt werden? Die Konferenz über den interkulturellen Dialog ist absolut notwendig. Es darf nicht zum Hass aufgerufen werden, Menschenachtung und gegenseitiger Respekt sind auch bei unterschiedlicher Auffassung die Grundlagen einer friedlichen Diskussion. Was bedeutet dies für uns? Nicht mit der katholischen Keule durchs Land ziehen, aber dem Fragenden, Suchendem sagen, was die Wahrheit ist, so wie es im Evangelium heißt (Paulusbrief). Die Menschwerdung Christi zeigt, dass Gott sich voll und ganz hinter den Menschen stellt, was zu einer neuen Sicht des Menschen führt.

Egal, wie unterschiedlich wir sind, immer leuchtet uns aus dem anderen das Antlitz Christi entgegen, somit sind wir von gleich zu gleich, keiner ist über

dem anderen. Dabei darf Christsein nicht reduziert werden auf „seid nett zueinander“, sondern beim Vertreten seines eigenen Glaubens tritt man dem anderen als Geschöpf Gottes entgegen, ohne Vorurteile. Durch Jesus Christus, der Mensch geworden ist, hat Gott die Menschen geliebt. Allein aus dieser Tatsache heraus darf kein Missbrauch geschehen, keine Folter stattfinden, darf keiner unwürdig behandelt werden, auch der Leichnam nicht.

Jesus ist als Mensch ins Grab gelegt worden, deshalb soll auch der Leichnam nicht unwürdig behandelt werden. Es gilt die Totenruhe, Totenmessen werden gehalten. Der Verstorbene wird geehrt, nicht nur als Partner oder Person, sondern wegen seines Menschseins. Das unwürdige Gerede, dass jeder ersetzbar sei, muss im christlichen Sinne heißen „jeder Mensch ist einzig und unersetzbar“. Deshalb beschäftigen wir uns mit Themen wie z.B. der persönlichen Würde des Einzelnen oder der Gehorsamsverweigerung aus Gewissensgründen. Das Ziel, dass der andere gleichwürdig und gleichwertig gegenübersteht, das ist eine der Wahrheiten aus den Paulusbriefen, die wir weiter tragen sollen und müssen. So ist jeder Getaufte, Gefirmte beauftragt, die Wahrheit weiter zu geben, keiner ist Zufall, jeder ist gottgewollt und gottähnlich.

Werte, Politik und Anstand

Am Donnerstag hielt Dr. Hans-Jochen Vogel den Vortrag: „POLITIK UND ANSTAND – WARUM WIR OHNE WERTE NICHT LEBEN KÖNNEN.“

Der Bundesminister a.D. führte aus, dass schon die Frage, ob wir Werte benötigen, eine Wertefrage sei, denn damit suche man Orientierung, die die Werte letztendlich geben. In



den Gesetzen könne und dürfe nicht alles geregelt werden, also gebe es Freiräume. Gestaltung und Leben in diesen Freiräumen würden durch die Erziehung vorgegeben bzw. werde dadurch eine Richtschnur/Orientierung gegeben. Zurzeit erlebten wir, dass der Grundsatz der Beliebigkeit im Vordergrund stehe, die Spaßgesellschaft sich verwirklichen wolle. Dies führe zum Egomane, aber nicht zum mündigen Bürger und sei somit keine Grundlage für ein Gemeinwesen. Daraus resultiere auch die Einstellung, dass nach dem Tod alles vorbei sei. Aus dieser Grundeinstellung könne kein Gemeinwesen entstehen, welches sich um die Schwachen Sorge und kümmere. Es müsse deshalb eine Orientierung erfolgen nach der Unterscheidung zwischen Gut und Böse. Diese Orientierung sei für diejenigen Personen umso wichtiger, die die Gemeinschaft beeinflussten. Somit müsse der erste Schluss lauten, dass es ohne Werte nicht gehe!

Werte seien Maßstäbe für diverses Handeln; es gebe aber keinen Katalog für solches Handeln. Es gebe die Würde des Menschen, Freiheit, Solidarität, Frieden und andere. Vogel stellte fest, „die Werte sind in unserer Verfassung festgehalten, unser Grundgesetz ist eine Werteordnung“. Diese Werte könne man aus der Bibel herleiten, aus den zehn Geboten, aus Matthäus 25 etc. Nach dieser Ansicht werde der Glaube zum archimedischen Punkt der Werteordnung, er führe zur Toleranz.

Nach dieser Herleitung der Werte stellte Dr. Vogel die Frage, ob es Gefährdungen dieser Werte gebe. Dazu führte er aus, Pluralisierung und Globalisierung könnten genauso wie die Beschleunigung der Prozesse und die wachsende Macht des Marktes die Werte gefährden. Die hohe Mobilität der arbeitenden Menschen begünstige die Entwurzelung des Einzelnen, der aus seinem Familienverbund herausgerissen allein und somit gefährdet sei. Eine umfassende Ökologisierung überlasse alles dem Markt, der aber „sozial blind“ sei

Bundesminister a.D. Dr. Hans-Jochen Vogel im Gespräch mit LWD Lothar Bendel.

und dazu führe, dass der Aktienwert den Charakterwert übersteige. Es laufe auf eine breiter werdende Kluft zwischen Arm und Reich hinaus. Das soziale Gefüge der Gesellschaft gerate aus den Fugen und führe dazu, dass der Markt die Gewinne steigern und der Staat für das Soziale verantwortlich gemacht werde. Bei all den Folgen, die wir in den Nachrichten hören, müsse man sich fragen, ob der Kampf für eine gerechtere Welt nicht der bessere Weg im Kampf gegen die Wurzeln des Terrorismus sei als ein präventiver Militäreinsatz. Es sei nicht vermittelbar, dass die Gehälter der Vorstände um 200% bis 300 % stiegen, die dem einfachen Arbeiter Maßhalten und Sparwillen predigen. Dabei stehe doch im Grundgesetz, Artikel 14 ausdrücklich, dass Eigentum verpflichtet, an den Werten könne es also nicht liegen.

Die besondere Situation der Bundeswehr bringe es mit sich, dass gerade Soldaten mit Gewalt und deren Anwendung mehr befasst seien als normale Menschen. Die Veröffentlichung der Bilder aus Afghanistan sei ein Beispiel für wachsende Ökologisierung. Beim verantwortungsbewussten Umgang mit den Bildern wären sie dem Ministerium zur Verfügung gestellt worden, damit die Vorfälle hätten aufgeklärt werden können. Stattdessen wurden sie veröffentlicht, um die Auflage zu erhöhen.¹

Dr. Hans-Jochen Vogel schloss den Vortrag mit dem Bekenntnis, dass er aus seinem Glauben heraus sich stets bemüht habe, die für unsere Gesellschaft unverzichtbaren Werte – die unser Land auch wieder nach oben gebracht haben – als Richtschnur seines Handelns auf jeder seiner Positionen im öffentlichen Leben sichtbar werden zu lassen.

Mit dem Vortrag von Bundesminister a.D. Dr. Hans-Jochen Vogel und einer lebhaften Aussprache danach waren die Vorträge auf der Gesamtkonferenz beendet. Am Freitag wurde dann mit dem Reisesegen die Gesamtkonferenz beendet.

¹ Anm. Verfasser: Gerade diese Zeitung hat ein paar Tage später laut beklagt, dass die Sicherheit unserer Soldaten gefährdet sei – durch das Fehlverhalten, nicht etwa durch die Veröffentlichung!

Vorstellung der neuen Militärseelsorger bei der Gesamtkonferenz in Freising

Die neuen Militärseelsorger mit Militärgeneralvikar Walter Wakenhut (3.v.l.), dem Personalchef im KMBA Militärdekan Carl Ursprung (2.v.l.) und dem Moderator des Priesterrates Militärdekan Thomas Stolz (4.v.r.); v.l.: Pastoralreferentin Angela Reusch (Lechfeld) und die Militärpfarrer Roman Johannsen, Martin Roth (Kauffbeuren), Stephan van Dongen (Wesel), Pater Jonathan Göllner (Hannover)



GEFUNDEN:

Dauerausstellung im Katholischen Militärbischofsamt

Das KMBA in Berlin zeigt eine Dauerausstellung über die Geschichte der Militärseelsorge. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, sagte bei der Eröffnung am 28. November, der Rückblick mache die guten Bedingungen der Militärseelsorge in der Bundeswehr deutlich. Mit Texttafeln und Vitrinen wird das kirchliche Engagement der „Kirche unter Soldaten“ seit 1848 dargestellt. In diesem Jahr feiert die katholische Militärseelsorge ihr 50-jähriges Bestehen.

Die meisten Exponate stammen von Militärseelsorgern, die während des Zweiten Weltkriegs und in Kriegsgefangenenlagern der Nachkriegsmonate im Einsatz waren. So sind die komplette Ausstattung eines Wehrmachtsgewisslichen, ein Kult-Tornister und eine Bord-Kulttasche mit liturgischen Geräten und Feldgesangbüchern zu sehen, zudem Bischofskreuz und -ring des umstrittenen Feldbischofs Franz Josef Rarkowski (1873-1950). Aus dem Kriegsgefangenenlager im französischen Chartres stammt eine handgemalte Krippe von 1946. Ein 20-minütiges Filmdokument schildert die Arbeit dort.

Die Ausstellung ist für Besuchergruppen nach Voranmeldung im Militärbischofsamt zu besichtigen.

Eine ähnliche Schau war bis zum Umzug des KMBA vom Rhein an die Spree im Jahre 2000 im Bonner Gästehaus des Militärbischofs zu sehen. (PS/KNA)

Würzburger Verlag verliert „kompass“

Die Zeitschrift der Katholischen Militärseelsorge „kompass“ erscheint künftig nicht mehr im Würzburger Johann Wilhelm Naumann Verlag. Das bestätigte der Militärgeneralvikar am 26. Oktober Freising. Das Blatt sei zu teuer geworden. Es werde unter anderem Konzept fortgeführt und solle besser ans Militärbischofsamt angebunden werden. Militärbischof Walter Mixa nannte eine Zeitschrift für Soldaten notwendig. Die Kosten dürften aber nicht vergessen werden. Die Umstellung soll 2007 erfolgen.

Kirchliche Statistik

Mehr Eintritte und weniger Austritte verzeichnet die katholische Kirche in Deutschland. Vergangenes Jahr kehrten 11.210 Personen in die Kirche zurück, was einem Plus von 24,5 Prozent gegenüber 2004 entsprach. Wie aus der „Kirchlichen Statistik 2005“ hervorgeht, gab es im vorigen Jahr zudem 4.958 Neueintritte, 23,4 Prozent mehr als 2004. Die Austritte gingen laut Statistik im Vergleichszeitraum um 11,5 Prozent von 101.252 auf 89.565 zurück. Die Katholiken-Zahl belief sich bundesweit auf 25.905.908 Millionen; das entsprach 31,4 Prozent der Bevölkerung.

Der DBK-Vorsitzende Kardinal Karl Lehmann gab bei der Vorlage der Statistik zu bedenken, dass der seit einigen Jahren feststellbare erfreuliche Trend bei den Wiederaufnahmen und Eintritten nicht vor der nüchternen

Seit 2001 wird das Monatsmagazin in Würzburg gemacht. Herausgeber ist der Militärbischof. Die Redaktion der Zeitschrift mit einer Auflage von 18.000 Exemplaren lag bisher bei Carl-Heinz Pierk, gleichzeitig einer der beiden Chefredakteure der drei Mal wöchentlich erscheinenden „katholischen Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur – Die Tagespost“, und Werner Häußner, dem Geschäftsführer von „Echter Neue Medien“. Im Naumann-Verlag erscheint auch die „Tagespost“. (PS/KNA)

Wahrheit bewahre, „dass insgesamt gesehen die Zahlen sinken“. So sei die Zahl der Taufen im Vergleichszeitraum um zwei Prozent auf 196.371 zurückgegangen, die der Erstkommunionen um 2,1 Prozent auf 258.031, die der Firmungen um 3,6 Prozent auf 203.575 und die der Trauungen um 1,5 Prozent auf 49.900. (KNA)

PERSONALIA:

Karl Bernert (72), Domkapitular, bisher Hildesheimer Generalvikar, von 1978 bis 1996 Diözesan-Caritasdirektor und vor 1978 lange Jahre Standortpfarrer Hildesheim und Geistlicher Beirat der GKS im Wehrbereich II (Niedersachsen und Bremen), hat für seine Verdienste um die Caritas den „Brotsteller“, die höchste Auszeichnung des katholischen Wohlfahrtsverbands, erhalten. (KNA)



Aus dem Leben der GKS

Bericht des Bundesgeschäftsführers der GKS

1. Woche der Begegnung / Bundeskonferenz der GKS

Wie seit einer Reihe von Jahren fand auch diesmal die Bundeskonferenz der GKS im Rahmen der „Woche der Begegnung“ (WdB) statt, diesmal vom 20.-23. Sept. 2007 im Heinrich Pesch Haus in Ludwigshafen. Was hier über die Woche und vor allem die Bundeskonferenz zu berichten ist, finden Sie in der Dokumentation der 46. Woche der Begegnung auf den Seiten 44 bis 75 in diesem AUFTRAG. Deshalb folgen hier nur noch die dort nicht aufgeführten Informationen aus dem Bundesvorstand.

2. Sitzung des Bundesvorstandes (BV)

Während der Bundeskonferenz trat der BV zu insgesamt 5 Sitzungen zusammen. Neben einer Reihe organisatorischer Fragen wurden Überlegungen zum Jahresthema 2007 angestellt, die in Bamberg begonnene Diskussion über das Grundlagendokument „Ziele und Wege“ fortgeführt und wichtige Personalentscheidungen getroffen.

• Jahresthema

Nach ausführlicher Diskussion wurde beschlossen, dem Vorsitzenden der ZV, mit dem das Thema der nächsten Woche der Begegnung abgestimmt werden soll, ein religiöses Thema als gemeinsames Leitwort für die WdB vorzuschlagen. Im Kern soll es dabei um das Gottesbild der Weltreligionen gehen. Das Jahresthema der GKS wird sich dann im gleichen thematischen Rahmen bewegen.

Der Bundesvorsitzende betonte, dass die Umsetzung des jeweiligen Jahresthemas innerhalb der GKS

nicht nur durch die Themenstellung der Bundeskonferenz, sondern vor allem durch die Behandlung in den GKS-Bereichen und Kreisen von größter Bedeutung ist. Das Jahresthema müsste auch bei Familienwochenenden und Familienwerkwochen der GKS umgesetzt werden. Die Befassung mit einem religiösen Thema, wie jetzt vorgeschlagen, berühre den Kernauftrag der GKS.

• Grundlagendokument

Der BV befasste sich erneut und ausführlich mit der Neufassung des Dokuments „Ziele und Wege.“ Er schloss damit die inhaltlichen Vorgaben für die Neuformulierung ab, die als Rahmen für die dazu eingesetzte Projektgruppe gelten. Bis Ende Februar 2007 soll ein aus der Projektgruppe gebildetes Redaktionsteam einen Entwurf erstellen, der noch vor den für das Frühjahr geplanten Bereichskonferenzen an die GKS-Bereiche verteilt werden soll. Die Meinungsbildung der Bereiche soll dann in der für Mai/Juni 2007 geplanten Sitzung des BV zusammengeführt werden. Der BV soll auf dieser Grundlage einen Entwurf fertigen, der dann von der Bundeskonferenz 2007 verabschiedet werden kann.

• Personal

a. Redaktion AUFTRAG

Für die mögliche Nachfolge in seiner Funktion als Chefredakteur der Verbandszeitschrift AUFTRAG wird Oberstleutnant a.D. Paul Schulz mit Oberstleutnant a.D.d.R. Bertram Bastian Gespräche über seine Ein- und Mitarbeit in die Redaktion des AUFTRAG führen. Grundlage soll ein noch zu überarbeitendes und vom Bundesvorstand zu billigendes Redaktionskonzept sein.

b. Bundesgeschäftsführer

Nachfolger des Bundesgeschäftsführers Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann soll Oberstleutnant Artur Ernst werden. Die Übergabe der Geschäfte ist nach einer noch zu treffenden end-

gültigen Entscheidung des BV zum 01.10.2007 vorgesehen.

c. Seminar „3. Lebensphase“ –

Leiter dieser Seminare im Bereich Süd wird ab Herbst 2007 Oberstabsfeldwebel Friedrich Mirbeth (StO Roth).

d. Internetredaktion/ Webmaster

Mit der Internetredaktion wurde als Nachfolger von Hauptmann Georg Pauthner Oberstabsfeldwebel Hubert Berners beauftragt.

3. Informationsgespräch mit pax christi

Am 12. Oktober 2006 trafen sich Mitglieder des Bundesvorstands der GKS und des Präsidiums der deutschen Sektion von pax christi in Bonn zu einem Informationsaustausch. Dabei wurden u.a. die folgenden Themen besprochen:

• Seminar

„Friede braucht Fachleute“

Das in 2006 durchgeführte gemeinsame Seminar¹ wurde übereinstimmend positiv gewertet. Das Thema sei sachgerecht und auf hohem Niveau bearbeitet worden. Gemeinsamkeiten und Differenzen seien jetzt klarer. Ein weiteres Seminar wurde nicht grundsätzlich ausgeschlossen, jedoch sah keine Seite einen aktuellen Bedarf.

• Afghanistan

Von Seiten der GKS wurde hervorgehoben, dass das Militär nur einen Teilbeitrag zum „state/nation building“ leisten könne. Dazu sei eine Gesamtstrategie und ausgewogene Kompetenzverteilung unter den Akteuren erforderlich. Auch in der Debatte des Deutschen Bundestages sei ein Gesamtkonzept nicht deutlich geworden.

¹ Klaus Liebetanz, Friedensethisches Seminar von Justitia et Pax, pax christi und GKS, in: AUFTRAG 262/Juni 2006, S. 8-17.

- **Nukleare Bewaffnung**

pax christi führte das Thema mit dem Hinweis ein, sie habe einen Antrag an die deutschen Bischöfe gestellt, sich grundsätzlich zu der Frage zu äußern, ob Atomwaffen „noch“ toleriert werden könnten.

Ein Vertreter des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, der sich mit diesem Thema auseinandersetzt, erläuterte die Gründe für die aktuelle weltweite Diskussion der Nuklearfrage. Zwischen GKS und pax christi bestand Einigkeit, dass Aufmerksamkeit für das Problem wichtig sei. Die Frage, ob Atomwaffen „noch“ toleriert werden können, müsse behandelt werden. Wichtig sei, die stagnierende nukleare Abrüstung wieder zu beleben.

- **Weißbuch**

Da das Weißbuch zum Zeitpunkt des Treffens noch nicht veröffentlicht war, wurde auf eine Diskussion verzichtet.

- **„Soldaten als Diener des Friedens“**

pax christi unterstützt ausdrücklich die Aussagen der Bischöfe zur Inneren Führung. Es wurde aber auch deutlich, dass das Wort der Bischöfe bei pax christi kaum Beachtung gefunden hat.

- **Nächstes Gespräch**

der Vorstände am 18.10.2007 in Bonn

4. **Ausblick**

Abschließend noch ein Blick auf die Schwerpunkte der kommenden Wochen und Monate:

- Am 9. November 2006 wird in der Julius-Leber-Kaserne in BERLIN ein weiteres Politikergespräch stattfinden, diesmal mit dem Bundesminister der Verteidigung.²

² Das Politikergespräch sowie die Diskussion und Meinungsbildung in der GKS über das Weißbuch 2006 sind in diesem AUFTRAG, S. 4-13 dokumentiert.

- Am 13. November 2006 ist eine weitere Sitzung des Exekutiv Ausschusses (EA) der GKS, diesmal wieder in BONN, geplant. Neben einer Nachbereitung der Woche der Begegnung, der Bundeskonferenz und des Politikergesprächs wird eine Meinungsbildung zum Weißbuch 2006 auf der Tagesordnung stehen.³
- Das Jahr 2007 bringt am 26. Januar 2007 den traditionellen Jahresempfang des MGV für den Vorstand der ZV und den Exekutiv Ausschuss der GKS.
- Weitere Termine s. „Terminübersicht“ S.116.

(Klaus Achmann)

³ Der EA hat nach dieser ersten Meinungsbildung zum Weißbuch 2006 den Bundesvorsitzenden gebeten, kurzfristig eine im Grundsatz zustimmende Erklärung für die Öffentlichkeit abzugeben. Dies erfolgte am 06.12.2006 (s.S. 8). Die SA „Sicherheit und Frieden“ sowie „Innere Führung“ sollen nach genaueren Analysen ein Argumentationspapier für den internen Gebrauch erarbeiten.

Seminar 2007 für Funktionsträger der GKS

Bereits mehrfach hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die für neue Kreis- und Bereichsvorsitzende, für Geschäftsführer und Ansprechpartner durchgeführten „Seminare für Funktionsträger der GKS“ eine überaus positive Resonanz gefunden haben. Alle Teilnehmer bewerteten diese Seminare als äußerst hilfreich für ihre ehrenamtliche Arbeit in der GKS. Daher soll jetzt erneut eine Schulung für alle angeboten werden, die jetzt oder zukünftig in der GKS als Vorsitzende, Geschäftsführer oder in anderen Funktionen Verantwortung tragen. Ziel ist dabei, den Teilnehmern einerseits Informationen über die Katholische Militärseelsorge und die Laienmitarbeit in Räten und GKS zu geben, andererseits praktische Hinweise für die Arbeit („aus der Praxis – für die Praxis“) zu geben.

Deshalb wird vom **30.11.-02.12.2007 in der Katholischen Akademie „Wolfsburg“ in Mülheim/Ruhr** ein Seminar zur Einweisung **für Inhaber und Anwärter von Leitungs- oder Geschäftsführungsfunktionen** in der GKS angeboten.

Das Seminar wird vom Bundesvorstand der GKS geleitet. Es beginnt am Freitag, den 30.11.07, um 17.00 Uhr (Eintreffen ab 15.00 Uhr möglich) und endet am späten Sonntagvormittag mit einem gemeinsamen Gottesdienst.

Schwerpunkte:

- Zielsetzung und Auftrag der Militärseelsorge
- Selbstverständnis der GKS
- Organisation der GKS
- Zusammenarbeit auf Landesebene
- Arbeit des GKS-Kreises/-Bereichs (Haushalt, Abrechnungen, Veranstaltungen usw.)

Programm und weitere Einzelheiten gehen den Teilnehmern zeitgerecht zu.

Aus Planungsgründen ist eine **frühzeitige Anmeldung – spätestens bis 30.08.2007** – erforderlich. Anmeldung bei der Bundesgeschäftsstelle der GKS Berlin, über die Vorsitzenden/Geschäftsführer der Bereiche, der Kreise oder die Ansprechpartner der GKS.

Den Seminarteilnehmern entstehen keine Kosten. Bundesbahnfahrkarten werden den Teilnehmern auf Antrag zugestellt. Bei Pkw-Benutzung werden die Kosten einer Bahnfahrkarte 2. Klasse (Großkundenabonnement) erstattet.

BEREICH KLMD GLÜCKSBURG/KIEL:

Arbeitskonferenz berät über neuen Kreis für Soldatinnen und junge Eltern

Die 2. Arbeitskonferenz (AK) beim Kath. Leitenden Militärdekan Glücksburg/Kiel des Jahres 2006 fand vom 29.09. bis 01.10. im Edith-Stein-Haus in Parchim statt. Trotz langem Wochenende und Staus auf der Autobahn trafen sich die Delegierten zu der Konferenz.

Die Themen, die von der AK behandelt wurden, reichten über Termingestaltung für Veranstaltungen bis hin zur neuen Ordnung der Arbeitskonferenz. Besonderes Interesse weckte der Bericht der Militärseelsorgerin im Seelsorgebereich Bremerhaven, Pastoralreferentin Carola Lenz-Menke, die einen Kreis schwangerer Soldatinnen und junger Soldateneltern gründen möchte. Ziel soll die gegenseitige Hilfe und Unterstützung sein. Außerdem sollen die Probleme, die diese Gruppe von Bundeswehrangehörigen hat, ins Bewusstsein gerufen werden. Man war sich einig,

dass hier ein Ansatz für Militärseelsorge gefunden wurde, der in Zukunft immer wichtiger werde.

In der Heiligen Messe, die der Leitende Militärdekan, Msgr. Rainer Schadt mit den Teilnehmern der AK feierte, erinnerte er an die Erzengel Michael, Gabriel und Raphael. Besonders im Hinblick auf die sechs Jugendlichen, die zur Zeit auf die Firmung vorbereitet werden und das Bußsakrament empfangen hatten, wünschte er diesen die Gaben der drei Erzengel:

- Michael, der das Reich Gottes gegen das Böse verteidigt und auch uns beschützt,
- Gabriel, der die Botschaft an Maria überbringt und als Gottes Bote wichtig ist und
- Raphael, der Tobias auf seinem Weg durch die Wüste begleitet und geleitet hat.

Zum Ende der Arbeitskonferenz wünschte der Dekan allen eine gute Heimreise und alles Gute für den Rest des (verlängerten) Wochenendes.

(Text und Foto: Franz-Josef Hosse)



GKS-KREIS WILHELMSHAVEN:

Junger, wachsender Kreis in WHV



Die GKS WHV führte vom 8. bis 10. September ein Familienwochenende in Cuxhaven im Haus Stella Maris durch. Dazu hatten sich 36 Teilnehmer angemeldet. Dies war nach der Gründung des neuen GKS-Kreises am Standort Wilhelmshaven im Jahr 2005 das zweite und auch diesmal wieder gelungene Wochenende für Familien. Erfreulicherweise wächst die Mitgliederzahl des neuen Kreises stetig an.

Für die Betreuung der Kinder und unsere Jugendlichen (16 an der Zahl) waren zwei engagierte Erzieherinnen mitgefahren, die an den beiden Tagen schöne, gemeinsame Erlebnisse vermitteln konnten. In unseren Kindern ruht unsere Zukunft, die es weiterhin zu fördern gilt.

Aus diesem Grund hatte ich die Themenwahl „STARKE ELTERN – STARKE KINDER – Familie und Erziehung“ für die Erwachsenen in die Hände einer

erfahrenen Referentin aus Cuxhaven gelegt.

Bei schönem Wetter und einem Haus in einer herrlich gelegenen Landschaft ging das Familienwochenende wieder einmal viel zu schnell vorüber. Alle Teilnehmer freuen sich jetzt schon auf das nächste gemeinsame Wochenende der GKS-WHV im Mai 2007 in Bad Bederkesa.

Nach einer Beteiligung von knapp 20 Interessenten im April diesen Jahres lässt die gestiegene Teilnehmerzahl hoffen, dass weitere katholische Soldatenfamilien und Einzelpersonen auf den GKS-Kreis WHV aufmerksam (gemacht) werden und ihr Interesse an der Arbeit der GKS entdecken. Dies motiviert mich, als Vorsitzender des Kreises weiter zu werben und zu daran zu arbeiten, damit die GKS auch in der norddeutschen Diaspora wahrgenommen wird.

(Klaus Feineis)

GKS-KREIS AUGUSTDORF:

Draisinen-Spaß von Rinteln bis ins Extertal

Der diesjährige Familientag des GKS-Kreises Augustdorf wurde am 10. September unter der Leitung von Stabsfeldwebel Gerhard Pape mit dem Motto „DER NATUR AUF DER SPUR...“ durchgeführt.

Von Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen und zurück! Mitorganisator Herr Manfred Otte hatte alle Hände voll zutun, um die Fahrrad-Draisinen und Teilnehmer auf die Strecke zu bringen. Nach einer kurzen Einweisung ging es dann gegen 9 Uhr auf die 18 km lange Strecke mit einem Höhenunterschied von 250 m. Rast- und Wendemöglichkeiten entlang der Strecke laden zum kurzen Verweilen ein.

Die Fahrrad-Draisinen sind mit einer 7-Gang-Schaltung ausgestattet, wiegen 90 kg und bieten für zwei bis vier Personen Platz. Jeweils zwei können gleichzeitig in die Pedalen treten. Gegen Mittag erreichte die Gruppe das gesteckte Ziel, den Rastplatz Alverdissen. Nach einer ausgiebigen Pause, wo für das leibliche Wohl gesorgt war, ging es dann am frühen Nachmittag auf die Rückfahrt. Bei einer Geschwindigkeit von bis zu 14 km/h, konnte man ohne Anstrengung die Sehenswürdigkeiten entlang der Strecke genießen. Nach eineinhalb Stunden waren alle Fahrrad-Draisinen zurück



am Bahnhof in Rinteln. Am Ende waren sich alle Teilnehmer einig, der Draisinen-Spaß war zwar anstrengend, aber alle haben einen unterhaltsamen Familientag erlebt.
(Gerhard Pape)

BEREICH NORDRHEIN-WESTFALEN:

Von Gipsmasken und starken Familien

Ein verheißungsvoller, sonnig goldener Tag hieß die Teilnehmer der Familienwerkwoche im Theodor-Schwartz-Haus der Arbeiterwohlfahrt in Travemünde willkommen. Teilweise über 500 Kilometer hatten die Familien bis an die Ostsee zurückgelegt. Sie freuten sich alle auf die schönen Herbsttage.

15 Familien waren der Einladung von OTL Rüdiger Attermeier, Vorsitzender der GKS in NRW, gefolgt. Die jährliche Familienwerkwoche der GKS NRW findet stets großen Zuspruch; leider musste in diesem Jahr neun Familien abgesagt werden – zu wenig Unterkunft.

Reetdachhaus und Ostseestrand

Vom 8. bis 13. Oktober war das Seminarhaus und Ferienzentrum im Ortsteil Brodten das Zuhause der Seminarteilnehmer. In einzel stehenden kleinen Häusern fand jede Familie ein einfaches und geräumiges Zim-

mer mit Kochecke und Nasszelle sowie ein gesondertes Kinderzimmer vor. Für das Seminar standen ein großer Arbeitsraum und ein malerisches, reetgedecktes Fachwerkgelände zur Verfügung. (Walter Fröhler)

GKS-Familien aus NRW zum Familienwochenende im Theodor-Schwartz-Haus der Arbeiterwohlfahrt in Travemünde an der Ostsee. (Foto: H. Berners)



Kaum eingetroffen ging es auf Entdeckungsreise. Nach viertelstündigem Fußmarsch standen Jung und Alt am Brodtener Steilufer und genossen den Blick auf die Ostsee.

Vom berühmten nordischen Schmuddelwetter mit Nieselregen und Dunst über der See war nichts zu sehen. Frischer Wind, blauer Himmel und Sonnenschein ließen die Strapazen der Anreise schnell vergessen.

Anspruchsvolle Themen

Noch am ersten Abend wurden die Familien mit dem Thema „WAS UNS STARK MACHT“ konfrontiert. Bettina Schade M.A. (Magister Artium), die Referentin, behandelte in den folgenden Tagen dieses Thema mit den Familien.

Die Tage begannen nach dem Frühstück mit einem Morgenlob und die Runde stimmte sich mit Liedern und Gebeten auf den Tag ein. Bei der ersten Gruppenarbeit bat Bettina Schade die Familien, auf das Thema, „WAS UNSERE FAMILIE STARK MACHT“, Antworten zu finden. Aus dazu erarbeiteten Grundsteinen, die ein familiäres Zusammenleben ermöglichen, wurden symbolisch Häuser gebaut.

In den folgenden Einheiten stan-

den für die Erwachsenen weitere Themen wie „WAS UNSERE KINDER STARK MACHT“ und „WAS UNSERE PARTNERSCHAFT STARK MACHT“ auf dem Programm. Die Ergebnisse sorgten teilweise für regen Erfahrungsaustausch. Durch häufige Abwesenheit der Väter müssen Soldatenkinder besonders stark sein, stellten die Eltern fest. „Die Ehefrauen sind gefordert, wenn Einsätze anstehen“ und „Männer nehmen sich leichter ihren Freiraum“, fasste Bettina Schade die Resultate der Arbeitsgruppen zusammen.

Die umfangreiche Theorie wurde mit einer Schifffahrt auf der Trave sowie einer Tag- und einer Nachtwanderung aufgelockert. Auch ein Gesellschafts- und ein Bingoabend sorgten für Kurzweil.

Kinderbetreuung bis in die Nacht

Während der Seminartage waren die Kinder zum großen Teil in der Obhut der Betreuerinnen, Lioba Saurbier und Tina Pöpping. Beiden standen fast rund um die Uhr für die Kinder zur Verfügung. Selbst an den langen Abenden beschäftigten sie sich mit den Kindern. Durch die richtige Wahl der Spiele und der Ausgestaltung zo-

gen sie die Kinder so in Bann, dass selbst fast erwachsene Jugendliche mit von der Partie waren. Auch die Anlage bot mit einem Spielhaus und einem großen Spielplatz viele Möglichkeiten. Lioba und Tina nutzten das Spielhaus, um mit den Kindern Glasritzarbeiten und Gipsmasken zu fertigen. Das weitläufige Gelände wurde für eine Spielalley genutzt, bei der die Kinder vielerlei Aufgaben lösen mußten.

Predigt rundet Arbeitsergebnisse ab

Für den geistlichen Beistand reiste Pastoralreferent Thomas Glöckel aus Rendsburg an, der mit den Familien einen Wortgottesdienst gestaltete. „Geld alleine macht nicht glücklich“, so der Tenor seiner Predigt. Eine Familie, die zusammensteht und Halt gibt, gleicht so manchen materiellen Verzicht auf.

Zum Abschluss der Werkwoche kam der GKS-Vorstand aus NRW noch in eigener Sache zu Wort und verabschiedete schließlich eine gut erholte und fröhliche GKS-Schar in Richtung Nordrhein-Westfalen.

(Text: Walter Fröhler,

Fotos: Hubert Berners(1), Walter Fröhler (2), Lioba Saurbier (1)



Bettina Schade im Gespräch mit den Kindern



Strandwanderung bei herrlichem Wetter



Gipsmasken für die Kleinsten mit Beruhigungsmitteln

GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

Grenzenlose Liebe – Grenzen setzen – aber wie?

Aus dem Standort Köln und Umgebung kamen auf Einladung des Vorsitzenden des GKS-Kreises Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, 60 Personen in Lenestadt-Burbecke zusammen. Für dieses Familienwochenende vom 1. bis 3. September 2006 konnte Hecht die Diplom-Pädagogin Waltraud Bauer als Referentin gewinnen.

Mit dem Thema „GRENZENLOSE

LIEBE – GRENZEN SETZEN – ABER WIE?“ wurden alle angesprochen. Jeder kennt den Führerschein für Fahrzeuge, viele haben auch einen Führerschein für den Computer gemacht. Keiner hat aber einen Führerschein für die Kindererziehung. Um dieses komplexe Thema mit der hohen Zahl der Beteiligten bewältigen zu können, teilte Waltraud Bauer die Erziehungsberechtigten in vier Gruppen auf. Da-

bei wurden in den Gruppen auch unterschiedliche Aspekte der Erziehung betrachtet. Der Bogen spannte sich von „KONSEQUENTSEIN LEICHT GEMACHT“ über „GRENZEN DES KONSEQUENTSEINS“ bis zu „Stolpersteinen des konsequenten ERZIEHUNGSVERHALTENS“.

Den Kindern wurden in dieser Zeit statt schweren Themen eine altersgemäße Betreuung geboten. Dazu hatten sich erneut Andrea und Ger-



hard Linden bereit erklärt. Sie sorgten mit viel Engagement für eine sinnvolle Beschäftigung der Kinder.

Trotz seiner engen Zeitplanung übernahm Militärpfarrer Gregor Ottersbach, Standortpfarrer Köln, den geistlichen Beistand. In seiner Predigt zum Familiengottesdienst knüpfte er an das Thema an und machte den Prozess der Fremd- wie Selbsterziehung an der Formgebung eines unbehandelten Stückes Fichtenholz deutlich.

Dies war für die Kinder besonders griffig, da es ihnen aus dem Nachmittagsprogramm noch gut bekannt war. Denn am Samstagnachmittag zog die gesamte Gruppe zur Planwagenfahrt und Waldbauerngaudi in die Sauerländer Berge aus. Für die Kinder wie für die Erwachsenen stellten sich die Aufgaben Tannenzapfenzielwurf, Waldbauernstiefelwurf und Holzzuschnitt auf's Gramm.

Bei seinem Resümee stellte Hecht fest, dass das gemeinsame Wochenende wieder eine „runde Sache“ war. Vor der Heimreise wurde noch die Möglichkeit angeboten, im nahe gelegenen Elspe die Karl-May-Spiele zu besuchen.

(Text: GKS Köln-Wahn)

Viel Freude hatten die Wahnner bei der „Waldbauerngaudi“ – man sieht's, der Jüngste arbeitet und viele geben sachkundige Ratschläge (Foto Gabi Bangemann)

GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

Petrus sorgte für gute Bedingungen

Bei angenehmen Temperaturen und trockenem Himmel säumten annähernd eine Million Menschen am 8. Oktober 2006 den 10. Köln-Marathon.

An den Zuschauern zog auch eine kleine Gruppe der GKS Köln-Wahn vorbei. Allerdings waren von den fünf gemeldeten Teilnehmern nur vier gestartet. Otto Reimann hatte wegen Krankheit leider absagen müssen. Der Vorsitzende der GKS Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht (r. im Bild), konnte in diesem Jahr die Zahl der teilnehmenden Läufer steigern und fand mit der Pax-Bank einen Sponsor für die erforderliche Laufkleidung.

„Die Bedingungen waren nicht schlecht“, so Hecht, „aber mit meiner Leistung von mehr als vier Stunden bin ich nicht zufrieden.“ Jedoch konnten Matthias Hasebrink und Manfred Reimer die anvisierte Zeit von vier Stunden erreichen oder, wie Peter Reichwein, um mehr als eine halbe Stunde deutlich unterbieten.

Bereits Monate vorher begann für die Läufer das harte Training, um die 42,195 Kilometer lange Strecke des Jubiläumsmarathon bewältigen zu können. „Als trainierter Läufer“, so Reichwein, „seien vier bis sechs Monate gezielte Vorbereitung erforderlich“. Peter Reichwein weiß, wovon er spricht, da dies bereits sein achter Köln-Marathon und sein insgesamt zehnter war.

Auch im nächsten Jahr will Albert Hecht wieder eine Mannschaft der GKS Köln-Wahn mobilisieren und versuchen, die Leistung zu steigern.

(Text u. Foto: Walter Fröhler)



BEREICH HESSEN/RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND:

Nur zusammen kann es gehen

Mitglieder des Seelsorgebezirksrates Mainz und der GKS Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland tagten gemeinsam im Kloster Maria Engelport

Die Zusammenarbeit der Laiengremien in der Militärseelsorge, den Mitarbeiterkreisen und Seelsorgebezirksräten mit den Gremien der GKS auf Kreis- und Bereichsebene war Thema eines Familienwochenendes der Katholischen Militärseelsorge Mainz im Kloster Maria Engelport der Oblaten der Makellosen Jungfrau Maria (OMI). Es liegt im Flaumbachtal in der Nähe von Treis-Karden.

Rund 20 aktive und ehemalige Soldaten und Soldatinnen waren mit ihren Ehepartnern/innen zu der vom Katholischen Militärpfarrer Mainz, Christian Preis, geleiteten Zusammenkunft erschienen. Er konnte sich dabei auf die wertvolle und tatkräftige Unterstützung seines Pfarrhelfers Alfred Adamiok und des Vorsitzenden des Bereiches Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Alfred Warner, verlassen. Nach der abendlichen Vorstellungsrunde und einigen gemütlichen Stunden im Klosterkeller, einem morgendlichen geistlichen Impuls und einem ausgiebigen Frühstück berichtete zunächst Militärpfarrer Christian Preis von seinem Einsatz beim 8. KFOR-Kontingent im Kosovo.

Anhand einer Vielzahl von sehr aussagekräftigen fotografischen Momentaufnahmen ging er dabei auf Land und Leute, die geschichtliche Entwicklung, die KFOR-Truppen, das kirchliche Leben im Einsatz bei der Truppe und vor allem auch die Ereignisse und Folgen vom 17. März 2004 ein, als im Kosovo die Kirchen brannten. Sehr eindrucksvoll, offen und engagiert trug er seine Erfahrungen vor. Unter anderem ging er auch auf scheinbare Gegensätze ein – zum einen erzählte er von einer gemeinsamen Karnevalsfeier und zum anderen auch vom Tod eines Kameraden nur eine Woche später. Sein Bericht stand aber immer im Zusammenhang mit dem von ihm vor allem im Einsatz vorge-

lebten und praktizierten Glauben. Offen ließ er allerdings bewusst Fragen nach Versöhnung und Vergebung, einer ungewissen politischen Zukunft, den Möglichkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus und der Bildung im Kosovo.

Diese Ausführungen nutzte Oberstleutnant Warner zur Einführung in die Thematik des Wochenendes. Durch die einsatzbedingten Abwesenheiten von Militärgeistlichen könnten sich sehr oft die Soldaten/-innen und deren Familien mit ihren Problemen nicht an den dann „vakanten“ Standorten an die Militärpfarrer wenden. Warner fragte, wie die Laiengremien zur Militärseelsorge auf der einen Seite und die GKS-Kreise auf der anderen Seite durch gemeinsame Arbeit Unterstützungen leisten könnten, um diese Situationen zu meistern. Im Zusammenhang mit der Katholischen Militärseelsorge berichtete Oberstleutnant Günter Bohn, Vorsitzender des Seelsorgebezirksrates Mainz und Moderator der Arbeitskonferenz des Katholischen Leitenden Militärdekans Koblenz, von seinem Einsatz bei ISAF in Kabul sowie seinen Verwendungen in den neuen Bundesländern, was eine lebhafte Diskussion auslöste.

Fazit der ausgiebigen Diskussion ist, dass die wertvollen Maßnahmen und Aktivitäten der Militärseelsorge in Zeiten der Vakanz vor allem durch das Engagement der Laiengremien unterstützt werden muss. Hier komme es vor allem auf die gute Zusammenarbeit von Mitarbeiterkreisen, Seelsorgebezirksräten und GKS-Kreisen an: „Wir dürfen uns nicht auf die Geschichte berufen und dem nachtrauern, was nach den zahlreichen Transformationsprozessen in der Bundeswehr auch auf dem Gebiet der Militärseelsorge einfach nicht mehr umsetzbar ist. Wir müssen nach vorne sehen, denn nur gemeinsam können wir es schaffen, junge Soldaten/innen und deren Familien bei allen möglichen Gelegenheiten anzusprechen und zur aktiven Mitarbeit in der Militärseelsorge und der GKS zu animieren,“ resümierte Oberstleutnant Warner. Und dies könne nur erreicht werden, wenn die derzeit in den Laiengremien tätigen Soldaten/-innen sowie die Militärgeistlichen in der Gemeinschaft, in den Gottesdiensten und bei den vielfältigen anderen Veranstaltungen der Militärseelsorge dies beispielhaft vorleben, so Warner weiter. Anschließend feierte die Gruppe gemeinsam mit Militärpfarrer Preis in der Hauskapelle die Eucharistie.

Am Sonntag wurde die Diskussion noch um einige Aspekte vertieft. Oberstleutnant Warner informierte von der Woche der Begegnung in Ludwigshafen, vor allem über neue Regularien, anstehende oder bereits vollzogene personelle Veränderungen und anderes. Nach dem Gottesdienstbesuch und dem Mittagessen traten die Teilnehmer um viele Erfahrungen reicher die Heimreise an.

(Wilfried Puth)

Mitglieder des Seelsorgebezirks Mainz und der GKS Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland trafen sich im Kloster Maria Engelport zu wichtigen gemeinsamen Beratungen.



GKS-KREIS VEITSHÖCHHEIM VOM 27.10. BIS 29.10.2006:

Ruhe uns Entspannung tun auch mal gut

Fernab von Hektik, Stress und atemloser Geschäftigkeit verbrachte der GKS-Kreis Veitshöchheim vom 27.10. bis 29.10.2006 im Christkönigshaus Stuttgart (Hohenheim) sein Familienwochenende. Das Exerzitienhaus der Diözese Rottenburg-Stuttgart liegt unweit der Landeshauptstadt gegenüber dem Schloss Hohenheim mit seinem berühmten exotischen und botanischen Garten. Rund 40 Teilnehmer nahmen an der Veranstaltung teil. Darunter vier Kinder, die von der Erzieherin Stephanie Hammer betreut wurden. Die Veranstaltung begann traditionsgemäß mit dem Abendessen. Nach einer kurzen Begrüßung teilte uns der Vorsitzende Rafael Sikorski mit, dass das Seminarthema „Zukunft mit oder ohne Religion“ leider nicht bearbeitet werden könne, da der eingeplante Referent kurzfristig wegen Krankheit abgesagt hat. Den weiteren Abend gestaltete das Ehepaar Scheller mit meditativen Tänzen mit der Gruppe. Zum Ausklang des Abends trafen wir uns noch in der Bierstube des Hauses.

Nach dem Morgenlob am Samstagvormittag fand die Neuwahl der GKS-Kreis-Vorstandschafft statt. Die Vorsitzenden Rafael Sikorski und seine Vertreter Karlheinz Hornung wurden in ihren Ämtern bestätigt.



Die restliche Zeit des Vormittages bis zum Mittagessen nutzten die Teilnehmer zu einem ausgiebigen Spaziergang im angrenzenden botanischen Garten. Den Nachmittag verbrachten die meisten in der naheliegenden Landeshauptstadt. Am Sonntag fand nach dem Frühstück der abschließende Gottesdienst in der nebenan liegenden Sankt Antonius Kirche statt. Nach dem gemeinsamen Mittagessen traten alle Teilnehmer die Heimreise an.

(Karlheinz Hornung)

SEELSORGEBEREICH VEITSHÖCHHEIM:

„Ihr müsst die Kleinigkeiten loslassen“

Feierlicher Erntedank-Gottesdienst in der Balthasar-Neumann-Kaserne

Zu einem heiter-besinnlichen Erntedank-Gottesdienst hatte der Militärpfarrer in Veitshöchheim Wolfgang Bier eingeladen. Rund 300 Gläubige waren zu der schon traditionellen Feier in die Balthasar-Neumann-Kaserne gekommen und erlebten ein Novum: Erstmals zelebrierte Robert Borawski, Pfarrer der örtlichen Doppelgemeinde St. Vitus/Kuratie, gemeinsam mit dem Militärpfarrer den Gottesdienst.

Neben dem stellvertretenden Kommandeur der Division Luftbewegliche Operationen (DLO), Generalmajor Reinhard Wolski, und zahlreichen Angehörigen der Soldaten, die sich derzeit im Auslandseinsatz befinden, feierte auch der Veitshöchheimer Bürgermeister Rainer Kinzkofer mit seiner Frau den Gottesdienst mit. Den passenden Rahmen bot der vom Mitarbeiterkreis des katholischen Standortpfarrers geschmückte Altar sowie die musikalische Gestaltung durch das Heeresmusikkorps 12 unter der Leitung von Stabsfeldwebel Bernd Sieg.

Militärpfarrer Wolfgang Bier appellierte an die Gläubigen, Kleinigkeiten loszulassen, die einen gefangen halten. „Ihr müsst Gelassenheit gewinnen vor dem Herrn und den Menschen“, betonte der Pfarrer. Mit Verweis auf den Rennfahrer Michael Schumacher, der nach einem Motorschaden ausscheiden musste und nur noch eine geringe Chance auf den erneuten Weltmeistertitel wahren konnte, machte der Geistliche deutlich, dass Christen nicht bis zum Letzten kämpfen müssen, denn: „Ich weiß, wo ich



Der Veitshöchheimer Militärpfarrer Wolfgang Bier (l.) und der Pfarrer der Ortsgemeinde St. Vitus Kuratie Robert Borawski zelebrieren gemeinsam den traditionellen Erntedank-Gottesdienst in der Balthasar-Neumann-Kaserne

am Ende hinkomme und muss nicht unbedingt jede Ernte einheimsen“. Wichtig sei es vielmehr, an der eigenen Persönlichkeit zu arbeiten, um so anderen Menschen zum Heil werden zu können.

Im Anschluss an den Gottesdienst, dessen Kollekte den landminengeschädigten Kindern im Kosovo zu gute kommt, gab es neben der auch schon traditionellen Fahrzeugsegnung eine musikalische Zugabe des Heeresmusikkorps. Zahlreiche Gottesdienstbesucher nutzten die Gelegenheit zu Begegnung und Gespräch beim gemeinsamen Mittagessen. Die Kleinen nahmen mit Begeisterung das herbstliche Bastelangebot von Silvia Schüßler und Corinna Rüttiger an. *(Katharina Demleitner)*

GKS-KREIS DORNSTADT/BEREICH BADEN WÜRTTEMBERG:

1956 bis 2006 - 50 Jahre Katholische Militärseelsorge!

Ein Jubiläum, welches zu vielen Gelegenheiten gefeiert wird

Gottedienst zum Weltfriedenstag

Auch am Standort Ulm konnten die Soldaten den Weltfriedenstag im Juni 2006 mit einem vom Diözesanbischof Rottenburg-Stuttgart, Bischof Dr. Gebhard Fürst, zelebrierten Pontifikalamt in der Wengenkirche feiern. Im Anschluss fand vor der Kirche ein Empfang statt, bei dem der Seelsorgebezirksrat und Mitarbeiterkreis beim Militärpfarrer sowie die GKS-Kreise des Standortes sich vorstellten.

Akademiegespräch

Am 5. Oktober nahmen Mitglieder des GKS-Kreises Dornstadt an einem Akademiegespräch in der Katholischen Akademie in Bayern teil. Eingeladen hatte dazu der Katholische Leitende Militärdekan München, Militärdekan Reinhold Bartmann.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Akademiedirektor Dr. Florian Schuller folgten Ausführungen von Prof. Dr. Heinz Hürten (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt) und Prof. Dr. Alfred Hierold (Lehrstuhl für Kirchenrecht an der Universität Bamberg) zu den Themen „Geschichte der Katholischen Militärseelsorge“ und „die Militärseelsorge im Spannungsfeld zwischen Kirche und Staat“.

Bei einer anschließenden Aussprache hatten die Besucher dann noch die Möglichkeit, durch direkte Fragen an die Professoren bzw. Gastgeber ihren Wissensdurst zu

stillen. – Ein festliches Abendessen beschloss diese hervorragende Veranstaltung.

**GKS-Kreis Dornstadt ehrt
Pfarrer Josef Kaupp**

Ein Patroziniumsfest ist immer etwas Besonderes für eine Kirchengemeinde! Ein Patroziniumsfest, bei welchem ein Weihbischof den Festgottesdienst zelebriert und die neue Orgel¹ des Gotteshauses weiht, krönt dieses Ereignis. Diesen so feierlichen Tag nutzte der GKS-Kreis Dornstadt, um der Kirchengemeinde Sankt Michael zu den Wengen und insbesondere dem Pfarrer Msgr. Josef Kaupp zu danken.

Seit vielen Jahren dürfen die Soldaten des Standortes Ulm (zum Standort Ulm zählt auch die Rommelkaserne in Dornstadt) in der Wengenkirche ihre Standortgottesdienste feiern. Und schon seit vielen Jahren pflegt der Pfarrer der Kirchengemeinde intensive und freundschaftliche Kontakte zu „seinen“ Soldaten.

Sei es beim 95. Deutschen Katholikentag im Jahre 2004, beim Dialog mit der Russisch-Orthodoxen Gemeinde der Heiligen Märtyrer Valentin und Pasikratus zu Ulm im Jahre 2005, beim Weltfriedenstag im Juni 2006 oder beim Projekt Christophorus „Segnung eines Kanus“ am 9. Juli 2006 gewesen (um nur einige Beispiele zu nennen). Msgr. Josef Kaupp war und ist immer für die Soldaten da, und dies auch allzu oft außerhalb der „Rahmendienstzeiten“, wie die Zeiten frühmorgens, spätabends und an Sonn- und Feiertagen im militärischen Sprachgebrauch oftmals bezeichnet werden.

Für sein stets offenes Ohr und dem daraus resultierenden guten Miteinander zwischen der Kirchengemeinde Sankt Michael zu den Wengen und den Soldaten, war es dem GKS-Kreis Dornstadt eine besonders große Freude, im Beisein von Weihbischof Dr. Johannes Kreidler, Dekan Matthias Hambücher, Dekan Ernst-Wilhelm Gohl, Pastoralreferent Toni Mader sowie der Kirchengemeinde und den versammelten Gästen, Msgr. Josef Kaupp als Anerkennung und in Würdigung seiner Verdienste um die GKS die Medaille des Verbandes zu verleihen (Foto S. 89, o.r.).

1 Die Chororgel der Wengenkirche (Opus 1093 – die im Bombenhagel 1944 zerstörte Orgel war Opus 93) wurde von Thomas Wohlleb aus Ulm in der Giengener Orgelmanufaktur über drei Jahren (1.500 Stunden) gebaut. Sie verfügt über 11 Register und 498 Pfeifen. Es handelt sich um eine massive, aber transportable Eichenholzkonstruktion.

Dr. Wilhelm Knecht, Pastoralreferent Toni Mader, Oberleutnant Stefan Nüßle, Dekan Matthias Hambücher (katholischer Dekan von Ulm), Monsignore Kaupp (Vorgänger als Dekan von Dekan Hambücher), Weihbischof Dr. Johannes Kreidler und der evangelische Dekan für Ulm, Ernst-Wilhelm Gohl.



Neuer GKS-Vorstand im Bereich Baden-Württemberg

Am ersten Novemberwochenende hatte der Katholische Leitende Militärdekan München/Signaringen, Militärdekan Reinhold Bartmann, die Delegierten der Seelsorgebezirksräte/Mitarbeiterkreise sowie die Delegierten der GKS nach Beilngries zur Arbeitskonferenz II/2006 auf das Schloss Hirschberg eingeladen. Bei der in diesem Rahmen stattfindenden Bereichskonferenz wählten die Delegierten der GKS am Abend des 4. November einen neuen Vorstand für den GKS-Bereich Baden-Württemberg.

Zum Vorsitzenden wählte die Versammlung Oberleutnant Stefan Nüble und zu seinen Stellvertretern Stabsfeldwebel a. D. Alfred Bergmann (1. Stellv.) sowie Hauptmann Jürgen Hendricks (2. Stellv.)

Kirchweih bei der Russisch-Orthodoxen Gemeinde

Mit einer Führung durch das Gotteshaus und einem Gespräch über die Theologie und das Kirchenrecht der Orthodoxie hatte im Jahr 2005 ein ökumenischer Kontakt der GKS in Dornstadt mit der Russisch-Orthodoxen Gemeinde der Heiligen Märtyrer Valentin und Pasikratus in Ulm begonnen. Eine besondere Wertschätzung erfuhr der GKS-Kreis, als eine Abordnung am 1. November 2006 zur „kleinen Kircheneinweihung“² in das neu erworbene Gotteshaus geladen war.

² Die eigentlich („große“) Weihe einer Kirche ist dem zuständigen Bischof vorbehalten. Diese ist in diesem Fall für 2007 geplant. Bei der „kleinen“ Kirchweihe handelt es sich um eine Benediktion (Segnung) durch den Pfarrer, die Voraussetzung dafür ist, dass in dem Kirchenraum regelmäßig Gottesdienste gefeiert werden dürfen.



Im Anschluss an den feierlichen Gottesdienst, in dem die neue Kirche „Zur Erscheinung der Hl. Jungfrau“ geweiht wurde, konnte der Vorsitzende des GKS-Kreises ein Grußwort an die Versammelten Geistlichen und Gemeindeglieder richten, in welchem er neben der Würdigung des hervorragenden Verhältnisses der Russisch-Orthodoxen Kirchengemeinde zu dem GKS-Kreis Dornstadt auch auf Übereinstimmungen im Glaubensgut beider Konfessionen hinwies. Dies wurde mit der Übergabe von drei Kerzen des Verbandes an den Vorsteher der Gemeinde, Mönchspriester Maxim, und mit dem Psalmvers „Seht doch, wie gut und schön ist es, wenn Brüder miteinander in Eintracht wohnen“ bekräftigt.

(Stefan Nüble)



Der Pilgerwege werden mehr: Spanisch-deutsche Jakobuswallfahrt 2006 beginnt in Kantabrien

VON FRANZ THIELE UND NORBERT GLINKA

Das im 8. Jahrhundert auf wundersame Weise durch ein Sternenwunder im Nordwesten Spaniens entdeckte Grab des Apostels Jakobus, der nach der Überlieferung vor seinem Martyrium in Jerusalem in Spanien missionierte, löste eine Jahrhunderte dauernde europaweite Pilgerbewegung aus, die sich seit etwa ein- einhalb Jahrzehnten wieder erstaunlich belebt hat. Auch die inzwischen schon fast unüberschaubare neuere Literatur über den Jakobusweg – auch in deutscher Sprache – ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Wallfahrt nach Santiago de Compostela wieder „interessant“ geworden ist, um nicht den Begriff „Mode“ zu verwenden. Die Europäische Union hat den Jakobsweg – „Camino de Santiago“ – zu einer geschichtlichen Route der europäischen Kultur und europäischen Einheit erklärt. Angesichts der Vielzahl der Nationen aus aller Welt, die heutzutage auf diesem Weg anzutreffen sind, kann seine völker-

Geschichtliche Daten zu Santiago de Compostela

- 44: Martyrium des Apostels Jakobus in Jerusalem
- 711-718 Eroberung Spaniens durch die Araber
- 718: Beginn der Rückeroberung Spaniens, die bis 1492 dauern sollte, und in der Jakobus nach Auffindung seines Grabes in die Rolle des „Matamoros“ („Maurentöter“) gedrängt wird
- um 785: Der Mönch Beato aus dem Kloster in Liébana preist Jakobus als „goldenes Haupt, Schützer und Patron Spaniens“
- 800: Kaiserkrönung Karls des Großen in Rom, der auch in Santiago gewesen sein soll.¹ Der Kaiser stand über seine theologischen Berater in engem Kontakt mit Beato
- 804: Tod des Mönchs Beato
- 813: Auffindung des Apostelgrabs in Santiago de Compostela
- 829: Wallfahrt des Königs Alfons II von Asturien und seines Hofes nach Santiago
- 899: Einweihung einer großen Kirche über dem Apostelgrab in Anwesenheit vieler christlicher Fürsten aus Nordwestspanien
- 951: Der Bischof von Le Puy, Frankreich, gilt als erster nachgewiesener ausländischer Jakobspilger
- Ende 9. Jhs.: Man kann von der Existenz eines im Wesentlichen festgelegten „Jakobusweg“ ausgehen, der allerdings nicht mit dem späteren „Camino francés“ identisch ist.

¹ Dies ist aber historisch nicht haltbar. Auch die Santiago-Wallfahrt von William the Conqueror, des Siegers von Hastings 1066, ist wohl eher eine Legende.



verbindende Kraft nicht hoch genug eingeschätzt werden. Unter den Pilgergruppen, die z.B. bei der Pilgermesse am 8. Juli 2006 in der Kathedrale von Santiago de Compostela begrüßt wurden, sahen wir neben Pilgern aus Europa einschl. der baltischen Staaten auch Südamerikaner, Afrikaner und sogar Israelis.

Schon weit vor der Entdeckung des Apostelgrabs in Santiago de Compostela wurde Jakobus als Apostel Spaniens und Patron des Landes gesehen und verehrt. Eines der

Die imposante Kathedrale von Santiago de Compostela, die aus dieser Perspektive so wirkt, als sei sie eher aus dem Boden gewachsen als von Menschenhand erbaut worden.

(Foto: Franz Thiele)

Generalmajor a.D. Francisco Castrillo Mazéres, inzwischen 82 Jahre alt, und Oberst a.D. Franz Thiele, die 1986/87 die Idee zu der deutsch-spanischen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela hatten. Die Wallfahrt fand in diesem Jahr zum 20. Male statt. Deutsche Teilnehmer in größerer Zahl waren zum achtzehnten Mal dabei.
(Foto: Norbert Gremm)

ältesten Schriftzeugnisse dafür findet sich im Kloster „Santo Toribio“ in Liébana/Kantabrien, am malerischen Gebirgszug der „Picos de Europa“ (bis über 2500 m hoch) gelegen, wo 2006 ein Heiliges Jahr gefeiert wird. Dieses Kloster beherbergt die beiden größten bekannten Partikel des Heiligen Kreuzes, die Bischof Toribius von Astorga im 4. Jh. aus dem Heiligen Land mitbrachte und die schließlich – im Zuge der Flucht der Christen vor den Arabern in den gebirgigen Norden – in Liébana einen sicheren Platz fanden. Außerdem entstanden in diesem Kloster bedeutende handschriftliche und mit kunstvollen Miniaturen geschmückte Kommentare zur Geheimen Offenbarung, die nach einem „Beato“ genannten und theologisch sehr versierten Mönch später als „Beatos de Liébana“ bekannt und berühmt wurden.

Man geht davon aus, dass die frühen Jakobspilger des 8. und 9. Jhs., als Spanien bis an den südlichen Rand der nordwestlichen Küstengebirge von den Arabern beherrscht wurde, ihren Weg nach Santiago de Compostela durch eben diese Gebirgszüge nehmen mussten, in dem sie im Wesentlichen Flussläufen und den alten Römerstraßen folgten, ehe sich die Pilgerwege im Zuge der christlichen Rückeroberung Spaniens mehr und mehr in die offenere und ebenere kastilische „Meseta“ verlagerten. Diese ursprünglichen Wege im Gebirge werden nun wiederentdeckt und für die heutigen – noch nicht sehr zahlreichen – Pilger erschlossen. Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bis eine ausreichende „Pilgerinfrastruktur“ aufgebaut sein wird.

Die spanisch-deutsche Soldatenwallfahrt 2006 (30.06.-09.07.), für die deutschen Teilnehmer je ein Tag mehr für An- und Abreise), stellte eine physische und spirituelle Verbindung zwischen Liébana und seinem Heiligen Jahr und dem Apos-

telgrab in Santiago de Compostela her und umfasste vier Etappen im gebirgigen Kantabrien und im nördlichen León. Daran schlossen sich drei weitere „klassische“ Etappen auf dem „Camino“ zwischen Astorga, Ponferrada und Santiago an.

Wie wir schon im vorigen Jahr auf dem ebenfalls „wiederentdeckten“ Weg zwischen Valladolid und Sahagún feststellen konnten, sind etliche Gemeinden auch in Kantabrien und im nördlichen León dabei, „ihren“ Jakobsweg herzurichten und zu beschildern. Es gibt in der Ortschaft Cistierna sogar schon eine kleine



Pilgerherberge. Überwiegend muss man allerdings noch ohne diese Hilfe auskommen. José Fernández Arenas, der in München und Walberberg bei Bonn studiert hat und sich für den „alten“ Camino de Santiago im Gebiet der Küstengebirge engagiert, führte uns auf zwei dieser Etappen und brachte uns viele historische und kulturelle Hintergründe der spanischen und europäischen Jakobusverehrung nahe.

Weihe an den Apostel Jakobus

(vorgetragen durch Generalmajor a.D. Francisco Castrillo Mazéres beim Pilgerhochamt in Santiago de Compostela am 8. Juli 2006)

Wir sind 90 Mitglieder des Ordens vom Jakobsweg, Deutsche und Spanier, und wir sind diesmal in Santo Toribio von Liébana aufgebrochen, wo wir das dort seit 14 Jahrhunderten aufbewahrte Kreuzesholz verehrt haben.

Dies ist unsere zwanzigste internationale Wallfahrt; und unser Ziel war es diesmal, eine Verbindung zwischen Liébana und Santiago herzustellen, da dort der Beato von Liébana erstmals die Größe des Apostels Jakobus besungen hat, noch vor der Entdeckung seines Grabes, indem er ihn „strahlendes und goldenes Haupt Spaniens“ nennt, und „mächtiger Verteidiger und Schutzpatron“.

Wir danken dir, heiliger Apostel Jakobus, für deinen Schutz auf dieser Wallfahrt. Wir beten heute zu dir in diesen Anliegen:

- Für den Heiligen Vater, der gerade auf dem Weg nach Spanien ist.
- Für Europa, das vom Unglauben bedroht wird.
- Für Deutschland und dieses unser Spanien, wo deine Hilfe nötig ist, für dieses Land, das unter deiner Anrufung entstanden ist. Möge es unter deinem Schutz weiter seinen Auftrag als Verteidiger des Glaubens erfüllen.
- Wir rufen dich an für unsere Familien, die unsere Rückkehr erwarten.
- Für unseren Pilgerorden, damit er ein Beispiel der Liebe zu dir und unter den Menschen guten Willens sei.

Und wenn wir nun wieder von hier aufbrechen, mit neuer Kraft, den Pilgerstab in der Hand, die Muschel um den Hals, wandern wir weiter zwischen Staub und Sternen.“



Der Weg führte uns in diesem Jahr also zunächst, von der kantabrischen Kleinstadt Potes ausgehend, wohin wir von Madrid per Bus anreisten, über das Kloster Santo Toribio in Liébana, Cistierna und Gracedes nach San Miguel de la Escalada, teils entlang einer alten Römerstraße und dann auf der sogenannten „Straße der Klöster“ mit eindrucksvollen Anlagen, von denen aber aus Zeitgründen nur einige wenige besichtigt werden konnten. Schließlich steht die Wallfahrt und ihr Ziel im Mittelpunkt!

Per Bus ging es dann weiter nach Astorga, dem Ausgangspunkt der beiden Etappen nach Rabanal del Camino und von Rabanal nach Acebo, im Einzugsbereich von Ponferrada. Der steile Abstieg auf den letzten Kilometern ist immer eine kleine Herausforderung an die Trittsicherheit. Die Hitze dieses Tages trug ein Übriges dazu bei, dass dieser Tag manchem als die „Königsetappe“ dieser Wallfahrt in Erinnerung bleiben wird, obgleich die Wege im kantabrischen Gebirge auch „nicht ohne waren“.

Nach einer Übernachtung im Kloster Samos ging es dann auf die letzte Pilgeretappe dieses Jahres von Sarria nach Melide, von wo uns der Bus bis fast zum Monte del Gozo vor den Toren von Santiago brachte.

Spirituelle Höhepunkt war – neben der Verehrung der Kreuzreliquie in Santo Toribio – die außerordentlich eindrucksvolle Pilgermesse am Mittag des 8. Juli in der Kathedrale von Santiago. Der Zelebrant verstand es, trotz der wie immer übervollen Kathedrale ein herzliches und nahezu persönliches Klima zwischen sich und den zahlreichen Pilgergruppen und Einzelpilgern zu schaffen. Das ist leider nicht in jedem Jahr so. Der berühmte „Botafumeiro“ war am Schluß der Messe mit seinem kühnen Flug durch das Querschiff zu bewundern.

Die Pilger hatten überdies auch reichlich Gelegenheit, die Kathedrale und das Apostelgrab zu besuchen und sich in die Warteschlange zur rituellen Umarmung der Apostelstatue über dem Hochaltar einzureihen. Auch andere Kirchen konnten besucht werden. Selbstverständlich kamen auch „Shopping“ und „Sightseeing“ in dieser interessanten Stadt nicht zu kurz.

Mit den „Picos de Europa“ im Hintergrund sammeln sich die Pilger um ein Pilgerdenkmal, ehe sie zum Kloster Santo Toribio de Liébana abbiegen.

(Foto: Karl-Heinz Klein)

Pause an einem nebligen Morgen in den Bergen Kantabriens.

(Foto: Karl-Heinz Klein)

Gegensatz zu der weiten und oft kahlen Landschaft der kastilischen Hochebene führt der Pilgerweg in Galizien oft durch bewaldete Zonen und schattige Hohlwege, die sogenannten „corredoiros“.

Bei Regen können sie sich schnell in Sturzbäche verwandeln. Daher sind an besonders gefährdeten Stellen Steinplatten verlegt, die die Nutzung des Weges auch unter diesen Umständen ermöglichen.

(Foto: Franz Thiele)

Die Wanderungen durch eindrucksvolle Landschaften, die immer wieder überraschende Blicke in die menschenleeren oder nur von kleinen Dörfern aufgelockerten Weiten Spaniens boten, gaben jedem Pilger die Möglichkeit, die gewohnte Betriebsamkeit abzulegen, die Stille der Natur in sich hineinzulassen und sein ganz persönliches spirituelles Wallfahrtserlebnis zu finden.

Die Wallfahrt endete mit einer achtstündigen Busfahrt von Santiago de Compostela nach Madrid. Die deutschen Pilger hatten vor dem abendlichen Rückflug noch die Gelegenheit, Madrid kennenzulernen oder die in früheren Jahren gewonnenen Eindrücke zu vertiefen.

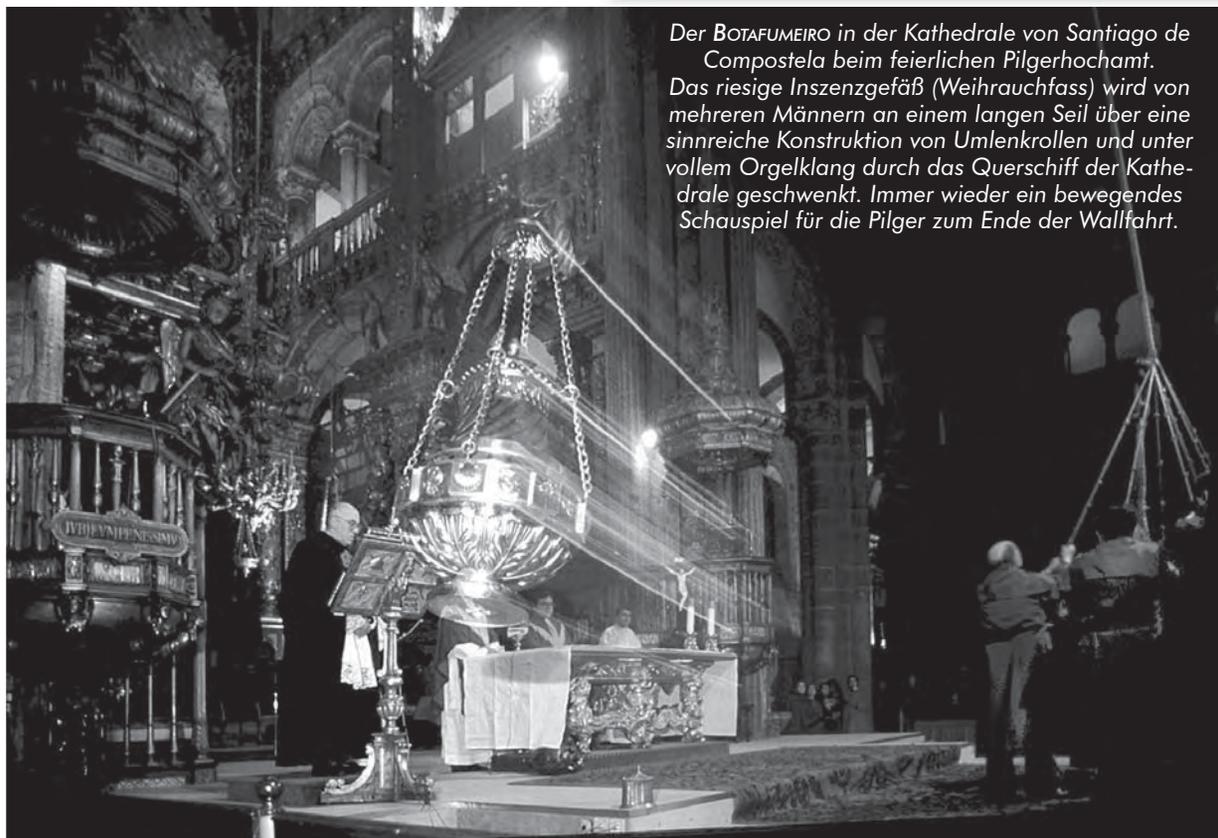
Die Pilgergruppe war in diesem Jahr in unterschiedlichsten Quartieren (Kasernen, Schulheim, Sporthallen, Klosterunterkunft und abschließend in der hotelmäßig ausgebauten Anlage auf dem „Monte del Gozo“ vor den Toren von Santiago) untergebracht. Die Pilgerinnen nächtigten einmal in der allerdings für ihre Zahl nicht ausgelegten Pilgerherberge von Cistierna. An drei Orten wurde nur jeweils eine Nacht kampiert. Alle Pilger hatten damit reichlich Gelegenheit, ihr Organisationsgeschick beim Aus- und Einpacken sowie bei der ständigen Kontrolle der eigenen Habseligkeiten unter Beweis zu stellen. Gelegentliche „Nachsuchen“ nach verlegten oder vergessenen Ausrüstungsstücken (Handys, Fotoapparate, Rucksäcke, Stöcke usw.) blieben nicht aus.

*Ein Tanz zum Abschied.
(Foto: Karl-Heinz Klein)*



Die Fußballweltmeisterschaft konnte natürlich nicht völlig ausgeklammert werden. So hatten interessierte Pilger Gelegenheit, die entscheidenden Spiele im Fernsehen mitzuerleben.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten wird, wie wir nach der Rückkehr erfahren, wegen der zunehmenden Enge der Haushalte diese Wallfahrt in Zukunft nicht mehr fördern können. Damit war die Wallfahrt 2006 die letzte in der bisher gewohnten Organisationsform. Wir werden versuchen, die Wallfahrt unter den neuen Gegebenheiten in einer veränderten Form weiterzuführen. □



Der **BOTAFUMEIRO** in der Kathedrale von Santiago de Compostela beim feierlichen Pilgerhochamt. Das riesige Inszenzgefäß (Weihrauchfass) wird von mehreren Männern an einem langen Seil über eine sinnreiche Konstruktion von Umlenkrollen und unter vollem Orgelklang durch das Querschiff der Kathedrale geschwenkt. Immer wieder ein bewegendes Schauspiel für die Pilger zum Ende der Wallfahrt.

(Foto: Archiv fotografico de la Sociedad Anónima de Xestión do Plan Xacobeeo, Xunta de Galicia)



A.M.I. KONFERENZ 2006 IN NAIROBI, KENIA:

Stärkung christlicher Werte in den Streitkräften weltweit

VON CHRISTOPH AUER

Erstmals in einem afrikanischen Land fand die Jahrestagung des Apostolat Militaire International (A.M.I.) statt. Anfängliche Bedenken wegen der weiten Anreise der europäischen Delegationen wichen aber während der Veranstaltung der Begeisterung über das rege religiöse Leben in Kenia.

Beginn und Einstimmung

Ein feierlicher Sonntagsgottesdienst war als gemeinsamer Auftakt der A.M.I. Konferenz 2006 in der kenianischen Hauptstadt Nairobi vorgesehen. Deswegen erwartete der kenianische Militärbischof Alfred K. Rotich die Ankunft der AMI-Delegationen aus aller Welt bis Samstagabend.

Das Pontifikalamt in den „Resurrection Gardens“, den Auferstehungsgärten war dann auch ein dreifaches Erlebnis:

- zunächst die Parkanlage selbst, die Bilder und Szenen aus dem Alten und Neuen Testament in Bildern, Mosaiken und Plastiken beherbergt, deren Höhepunkt die Darstellung der Auferstehung Jesu Christi bildet;
- dann die Eucharistiefeier in einer lebendigen Gemeinde mit mehreren hundert Gläubigen, die den Gottesdienst aktiv durch Tanz, Gesang und Gebet mitgestalten und schließlich
- das gemeinsame Mittagessen auf

einer großen Wiese, unter Zelten und unter freiem Himmel, zusammen mit der gesamten Gemeinde.

Insgesamt bildete dieser Dreiklang eine gelungene spirituelle Einstimmung für die ganze Konferenz und öffnete den Delegierten Herz und Augen gegenüber der überaus freundlichen, aufgeschlossenen und hilfsbereiten Bevölkerung.

Hochkarätige Teilnehmer an der Konferenz

Die thematische Arbeit der Konferenz wurde durch den Leiter der kenianischen Delegation, den stellvertretenden Befehlshaber der Landstreitkräfte Generalmajor J. P. Opiyo, maßgeblich gestaltet. Außerdem erfuhr sie durch die nahezu ständige Anwesenheit des Befehlshabers der kenianischen Landstreitkräfte, Generalleutnant Augustino Njoroge, die zeitweise Teilnahme des Generalstabschef der kenianischen Streitkräfte, General J M Kianga sowie des päpstlichen Nuntius in Kenia, Erzbischof Alain Paul Lebeau ein deutliche Wertschätzung. Bearbeitet wurden unter dem Generalthema „DIE WELTWEITE STÄRKUNG CHRISTLICHER WERTE IN DEN STREITKRÄFTEN – STRENGTHENING CHRISTIAN VALUES WITHIN ARMED FORCES WORLDWIDE“ die Themenfelder:

- „Der christliche Soldat und seine Familie“,
- „Der christliche Soldat in einer



▲ Pontifikalamt in den resurrection gardens (v.l.n.r.: Präsident des A.M.I., Oberst i.G. Reinhard Kloss; Verteidigungsminister, Njenga Karume; Militärbischof Alfred Rotich, Kommandeur Landstreitkräfte, Generalleutnant Augustino Njoroge)

➤ Im angeregten Gespräch: Chef des Generalstabes General J M Kianga, Oberst i.G. Kloss, Brigadegeneral Bako (Chief Chaplain Nigeria), Militärbischof A. Rotich.



Generalsekretär des A.M.I., OTL Michael Jedlička, Präsident A.M.I., Oberst i.G. Kloss, Generalstabschef General J M Kianga, Kommandeur Landstreitkräfte GenLt Augustino Njoroge, Geistlicher Beirat A.M.I. Msgr. Dr. Werner Freistetter

säkularisierten Welt“ und
– „Der christliche Soldat und die Anforderungen an sein Führungsverhalten“.

Jedes Themenfeld wurde durch ein Impulsreferat eingeleitet, danach in Arbeitsgruppen näher betrachtet und die Ergebnisse in Thesen zusammengefasst.

Ziel ist es, diese Thesen den jeweiligen nationalen Delegationen und ihren entsendenden Verbänden zur Genehmigung vorzulegen und dann in einer gemeinsamen Erklärung zu verabschieden.

Das neue, 2005 gewählte Exekutivkomitee bestehend aus dem deutschen Präsidenten Oberst i.G. Reinhard Kloss mit seinen beiden Stellvertretern, Oberstleutnant Christoph Auer und Hauptfeldwebel Andreas Koppers sowie dem österreichischen Generalsekretär Oberstleutnant Michael Jedlička und seinen beiden Stellvertretern Vizeleutnant Leopold Ganster und Hauptwachtmeister Markus Stromberger konnte Delegationen aus elf Ländern willkommen heißen: Belgien, Deutschland, Großbritannien, Kenia, Litauen, Nigeria, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz, und Slowenien hatten jeweils eine Delegation entsandt.

Ergebnisse der thematischen Arbeit

Inhaltlich wurde, ohne dem ausstehenden Abstimmungsprozess in den jeweiligen nationalen Vereinigungen vorgreifen zu wollen, folgende Sachverhalte herausgearbeitet:

DER CHRISTLICHE SOLDAT UND SEINE FAMILIE

Die europäische Wahrnehmung, dass sich der traditionelle Familienverbund zunehmend auflöst, Scheidungen zunehmen, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Patchwork-Familien auf



dem Vormarsch sind und die Streitkräfte mit ihren Anforderungen an die Mobilität der Familien durch Versetzungen und an die Stabilität durch monatelange Trennung während Auslandseinsätzen diesen Entwicklungen Vorschub leisten, steht die afrikanische Sicht der Dinge entgegen. Die traditionelle, patriarchalische Familie ist der Normalfall. Die Streitkräfte bieten Wohnsiedlungen an oder in den Kasernen bei jeder Versetzung die Möglichkeit des Umzuges. Wochenend-Ehen sind die große Ausnahme. Man fühlt sich an die Ausführung von Erzbischof Josef Clemens erinnert, der bei der AMI Konferenz 2005 in Vilnius ausgeführt hatte¹:

„Der gläubige Christ weiß um die Verantwortlichkeit, die er im Sakrament der Ehe auf sich genommen hat. Er weiß, dass Ehe und Familie keine „Spielplätze“ sind, die ich heute aus „Spaß“ betrete und morgen aus mangelndem „Spaß“ wieder verlasse. Der Christ weiß um die Würde des Partners, mit dem er einen wechselseitigen Bund eingegangen ist; er weiß um die Bedeutung von Treue und Verlässlichkeit. Er erinnert sich dankbar der Gaben, die er selbst durch Treue und Verlässlichkeit empfangen hat. Er weiß um die Wichtigkeit der kleinsten Zelle der menschlichen Gesellschaft. Der

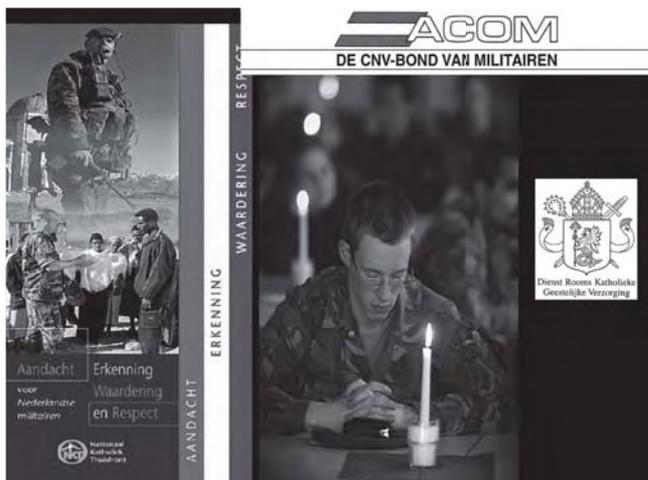
Christ erinnert sich an die Wirkungsgeschichte des Glaubens, der Berge versetzen kann und bereits Berge versetzt hat, d.h. er schöpft Hoffnung, Kraft und Mut aus der Zusage göttlichen Beistands und den guten Vorbildern der Vergangenheit. Manche glauben, dass es sich beim Terrain von Ehe und Familie um ein „verlorenes Land“ handelt, das früher oder später aufgegeben werden muss. Der Christusgläubige denkt nicht so. Für ihn sind Statistiken keine Naturgesetze! Er gibt nicht auf, zumal in einem Bereich, der vom Herrn selbst geordnet und gesegnet ist.“

Gleichwohl wird nicht verkannt, dass Untreue, zumeist bedingt durch die Trennungsphasen bei Einsätzen, und nachfolgend HIV/AIDS ein massives Problem darstellen. Hier werden Ehevorbereitungskurse und gesundheitliche Aufklärung als Gegenmaßnahmen empfohlen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN AN EINEN CHRISTLICHEN SOLDATEN IN EINER SÄKULARISIERTEN WELT:

- **Feststellungen:**
 - Die Säkularisierung hat Europa voll ergriffen und droht mit der Verbreitung und Erhöhung des wirtschaftlichen Wohlstandes auch auf Afrika übergreifen.
 - In vielen insbesondere europäischen Ländern herrscht eine Trennung zwischen Staat und Kirche.
 - Das religiöse Leben in den ein-

¹ Bericht über die AMI-Generalversammlung 2005 in Litauen in AUFTRAG Nr. 260/Dez. 2005, S. 108 ff., mit dem Beitrag von Kurienbischof Josef Clemens: „Der Hl. Stuhl zur Tätigkeit des AMI“, S. 129 ff.



Grafiken aus dem Vortrag der NL-Delegation zum A.M.I.-Konferenzthema „DIE WELTWEITE STÄRKUNG CHRISTLICHER WERTE IN DEN STREITKRÄFTEN – STRENGTHENING CHRISTIAN VALUES WITHIN ARMED FORCES WORLDWIDE“.



- aktiv unterstützen – insbesondere bei Auslandseinsätzen.
- Christliche und insbesondere katholische Organisationen stärken und unterstützen.

DER CHRISTLICHE SOLDAT UND DIE ANFORDERUNGEN AN SEIN FÜHRungsverhalten

Um die vorgegebenen militärischen Ziele zu erreichen, muss der militärische Führer seine Untergebenen anleiten und zur willigen Gefolgschaft führen. Dazu benötigt er einen ausgewogenen Mix aus Befehlsmacht, Charisma und fachlicher Professionalität. Daher braucht der militärische Führer neben seiner Amtsautorität weitere Qualitäten und Eigenschaften wie: Aufrichtigkeit, Integrität, Mut, Weitblick, Verlässlichkeit, Begeisterungsfähigkeit und psychische Belastbarkeit. Natürlich benötigt er auch Fachkenntnisse und entsprechende Fertigkeiten um sich Gehör und Gefolgschaft zu verschaffen. Ein von christlichen Werten geleiteter Führer hat aber weitere Qualitäten: Er ist bescheiden, vertrauenswürdig, lässt sich in seinen Entscheidungen, insbesondere in einem Dilemma von seinem Glauben leiten und zeigt einen tiefen Respekt vor der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen. Darüber hinaus und vor allem ist er selbstlos.

Die Werte und Tugenden eines christlichen Führers leiten sich vom Leben und Beispiel Jesu Christi ab.

Daraus ergeben sich Herausforderungen, die im Folgenden zusammen mit den möglichen Maßnahmen schlaglichtartig dargestellt werden.

zelen Streitkräften stellt sich von Land zu Land unterschiedlich dar.

- Unverkennbar ist der (bedauerliche) Trend, dass Religionsfreiheit immer weniger als Freiheit verstanden wird, seinen Glauben zu praktizieren, sondern als Schutz der Un- und Andersgläubigen vor unerwünschten religiösen Symbolen oder Handlungen.
 - Die Anzahl der Katholiken bzw. Christen sind rückläufig; wir geraten teilweise in die Rolle von Minderheiten.
 - Durch den fortschreitenden Priestermangel wird diese Entwicklung verstärkt.
 - Viele Christen/Katholiken in Europa sind dies nur auf dem Papier; die Anzahl der praktizierenden Gläubigen ist davon nur ein Bruchteil.
- **Folgerungen:**
AMI und seine Mitgliedsorganisationen müssen daher:
- Missionierend und evangelisierend wirken durch ihr eigenes persönliches Beispiel.
 - Die jeweiligen Militärseelsorger

- Jedenfalls ist festzustellen, dass eine Weiterbildung in spiritueller Sicht lebenslang notwendig erscheint. Hier haben die Geistlichen, sei es bei der Homilie, im Lebenskundlichen Unterricht oder bei Arbeitsgemeinschaften eine Schlüsselrolle inne.
- Machtmissbrauch ist mit einer die Selbstreflexion fördernden Erziehung und Ausbildung zu vorbeugen bzw. durch konkrete Hinweise an den entsprechenden Vorgesetzten zu begegnen.
- Ein fehlender Blick für das Wesentliche kann ggf. durch entsprechende Fragestellungen korrigiert werden. (Was willst und was wirst du auf deinem Sterbebett als deine wesentlichen Leistungen in diesem Leben beschreiben?)
- Unzureichende Bildung, fehlende Grundwerte und Glaubensinhalte können nur zum Teil bei der Politischen Bildung und dem Rechtsunterricht vermittelt werden. Praktizierende Christen sind als Vorbilder und Beispiele unverzichtbar.
- Einem Defizit an geistlichem Leben sollte durch eine gezielte Unterstützung der Militärgeistlichen als Freund und Ratgeber für alle Soldaten begegnet werden.
- Der übermäßigen Verweltlichung ist mit der Verbreitung der Erkenntnis zu begegnen, dass die wichtigsten Werte immateriell sind.
- Dem häufigen Spagat zwischen dem Erwartungsdruck der Umwelt und den eigenen Werten und Überzeugungen muss man sich mit einem gewissen Pragmatismus stellen. Christliche Werte zu leben erfordert, wie es schon in der Bibel steht, die Weisheit einer Schlange und die Unschuld einer Taube.

Insgesamt ist jeder Mensch täglich mehrfach gefordert angesichts vielschichtiger Problemstellungen zu entscheiden, ob er den einfachen oder den gerechten Lösungsweg einschlägt. Ein christlicher Führer hat da keine Wahl.

Da eine paradiesische Welt ohne Waffen und ohne Gewalt eine unerreichbare Utopie ist, sind wir überzeugt, dass die anzustrebende Realität

tät die ist, dass die Machtmittel von Politikern und Soldaten kontrolliert und eingesetzt werden, die moralisch gefestigt sind und feste Werte haben; aus unserer Sicht natürlich wo immer möglich christliche Werte.

Kenia als Tourist erleben

Natürlich gab es auch einen Tag, der Gelegenheit gab, die bezaubernde Schönheit des Landes kennenzulernen. Abfahrt früh um sechs Uhr, Zwischenstation an zwei Gedenkstätten, zunächst bei einer Kirche, in der an italienische Gefallene erinnert wird. Der italienische Pater erklärt, dass im 2. Weltkrieg hier die Verbündeten Deutschlands versuchten, den Engländern ihre Kolonie streitig zu machen. Nach einer Kranzniederlegung geht es dann zum benachbarten britischen Soldatenfriedhof. Auch dort wird der Gefallenen durch Kranzniederlegungen gedacht.

Dann geht es weiter zu einem Benediktinerkloster und seiner Bildungseinrichtung: „Bible on the ground“ In einem großen Park sind das Alte und das Neue Testament mit Augen, Ohren und Händen zu erfassen und zu begreifen: Die Bücher sind als Steine mit Inschriften gestaltet, herausragende Themen sind in die Landschaft modelliert. Die Bergpredigt zum Beispiel als Hügel auf dessen Gipfel die Tafel steht: „Selig sind die...“ und darum herum gruppiert die einzelnen Verheißungen wie, „... die Frieden stiften“, „... die Trauernden“.

Nach dem beeindruckenden Rundgang schließt sich eine Eucharistiefeier mit der Gemeinde an. Auch hier reißt die lebendige Gestaltung mit Tanz und Gesang mit und vermittelt ein sehr intensives Gemeinschaftserlebnis – Kommunion im eigentlichen Sinn des Wortes.

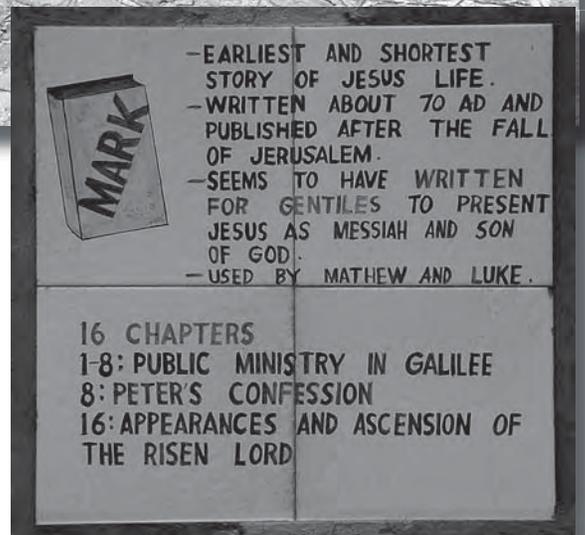
Dann geht es weiter zum Mount Kenya Safari Club, ein Safari-Hotel und -park unmittelbar am Äquator. Die üppige Flora, die exotische Fauna und die herrliche Landschaft mit dem schnee- und eisbedeckten Gipfel des Mount Kenya entschädigen für die stundenlange Anfahrt über holprige Straßen und Pisten.

Und als die Delegationen kurz nach ein Uhr morgens in der von den Schwestern geführten Bildungsstätte



*Bible on the ground:
Die Bibel zum Anfassen,
Begreifen und Verstehen:
Die Bergpredigt als Berg
gestaltet: „Selig sind die ...“*

*Das Markus Evangelium in
Kurzfassung.*



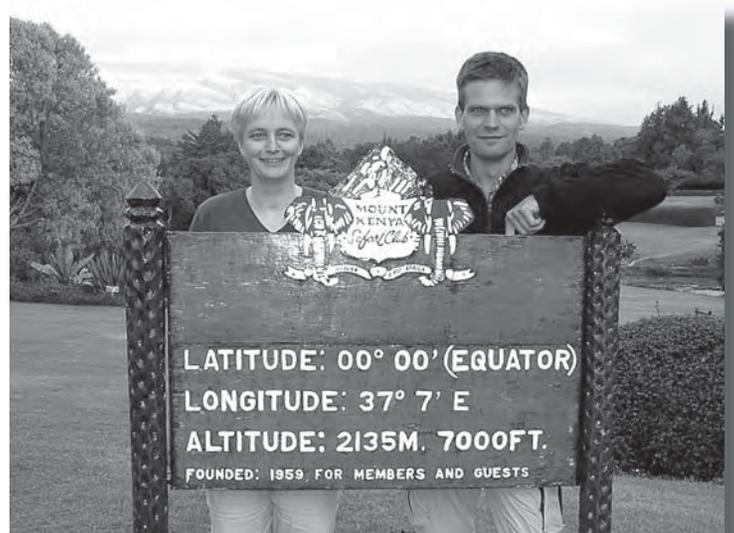
eintreffen, erleben sie Fürsorge und Gastfreundschaft pur: Die Ordensschwestern lassen es sich nicht nehmen, das warme Abendessen aufzutragen.

Zusammenfassung

Es ist also kein Wunder, dass alle Teilnehmer von dieser Jahreskonferenz begeistert waren: Die herzliche Gastfreundschaft, die perfekte Organisation und das faszinierende Land mit seiner

freundlichen Bevölkerung paarten sich mit konstruktiver thematischer Arbeit, erhebenden Eucharistiefeiern und dem Erleben einer vitalen Religiosität.

*Feldapotheker
Ruth Nobis und
OTL Andreas
Preuß (beide
GE-Delegation)
am Äquator im
Mount Kenya
Safari Club
(Fotos: Ch. Auer)*





50 Jahre EAS und KAS – eine ökumenische Erfolgsgeschichte

„Es ist gut und tut gut, Sie an unserer Seite zu wissen!“



Jubiläumsfeier im Fliegerhorst Köln-Wahn

Die Evangelische und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (EAS u. KAS) feierten am 23. November im Tagungs- und Bibliotheksgebäude des Fliegerhorstes Köln-Wahn im Rahmen eines Festaktes ihr gemeinsames 50-jähriges Bestehen. Nach einer kurzen Andacht durch Militärdekan Ulrich Brates, Evangelischer Leitender Militärdekan Mainz, und Militärdekan Rainer Schnettker, Katholischer Leitender Militärdekan Köln-Wahn, begrüßte der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (BAS), Staatssekretär a.D. Klaus-Günther Biederbick, die zahlreichen Gäste.

Der Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz Josef Jung lobte in seiner Festansprache das hohe Engagement der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter und sagte: „Soldatenbetreuung in einem umfassenden Sinn ist eine wichtige, ich denke unverzichtbare Aufgabe. Sie umfasst einfach mehr als das, was die Bundeswehr im Rahmen der dienstlichen Betreuung selbst leisten kann. EAS und KAS haben seit 50 Jahren einen wichtigen Beitrag auch zur Verankerung unserer Streitkräfte in der Gesellschaft geleistet.“ Die Folgerung des Ministers: „Wir arbeiten mit Hochdruck an einem neuen Betreuungskonzept, um den neuen Herausforderungen an die Soldaten gerecht zu werden. Aber wir sind auch in Zukunft auf die Unterstützung von EAS und KAS angewiesen.“

Die weiteren Festredner Reinhold Robbe, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Peter Krug, Evangelischer Militärbischof, Prälat Walter Wakenhut, Katholischer Militärgeneralvikar und Vizeadmiral Wolfram Kühn, Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, hoben in ihren Grußworten immer wieder die hohe Flexibilität der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung, bei der Betreuung der

Soldaten in den Einsatzländern sowie das unermüdliche Engagement in der Familienbetreuung hervor.

Militärgeneralvikar Wakenhut unterstrich in seiner Ansprache die Leistungen der beiden Arbeitsgemeinschaften: „50 Jahre EAS und KAS sind eine Erfolgsgeschichte, weil beide Organisationen nicht vor den großen Veränderungen der Streitkräfte stehen geblieben sind. Sie waren immer auf der Höhe der Zeit und haben die Zeichen der Zeit verstanden. EAS und KAS ist es gelungen, sich immer wieder auf neue Herausforderungen einzustellen. Ich darf Sie bitten, schreiben Sie diese Erfolgsgeschichte, die vor 50 Jahren mit einem Clubhaus in Andernach begonnen hat und heute in einer Oase in Kabul in Afghanistan und hoffentlich auch bald in Mazar-e-Sharif angekommen ist, zum Wohle der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und ihrer Familienangehörigen und nicht weniger der Militärseelsorge weiter!“

Vizeadmiral Kühn bekannte stellvertretend für die Nutznießer der Betreuungsangebote, d.h. vor allem für die Soldaten und ihre Angehörigen: „Es ist gut und tut gut, Sie an unserer Seite zu wissen!“

Für die musikalische Umrahmung des Festaktes sorgte das Bläserquintett des Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf. (Jörg Hilgert, KAS)

Fotos v.o.n.u:
 Bundesminister der Verteidigung,
 Dr. Franz-Josef Jung;
 Der Wehrbeauftragte des Deutschen
 Bundestages, Reinhold Robbe;
 Peter Krug, Evangelischer Militärbischof;
 Prälat Walter Wakenhut,
 Katholischer Militärgeneralvikar.
 (Fotos: Otto Winkelhag, KAS)

MILITÄRSEELSORGE IN DEN US-STREITKRÄFTEN:

Im US-Militär tun sich bisher unbekannte „Glaubens-Fronten“ auf

Innerhalb der US-Streitkräfte machen Insider bislang kaum bemerkte „Fronten“ und regelrechte „Glaubenskämpfe“ zwischen den christlichen Kirchen um die religiöse Betreuung der Soldaten aus. Da die katholische Kirche und die großen protestantischen Kirchen das Kontingent ihrer Militärseelsorger – mangels Bewerbern – nicht ausfüllen, stoßen Freikirchen mit teilweise aggressiven Methoden in die Lücke.

Auf ungewöhnliche Weise haben jüngst die Streitkräfte selbst nach katholischen Geistlichen gesucht – unter anderem mit zwei ganzseitigen Werbeanzeigen in der katholischen Monatszeitschrift „The Priest“ (Oktober). Eine Annonce der Navy zeigte eine Informationstafel vor einer idyllischen Neuengland-Kirche mit der Aufschrift: „Nächster Sonntagsgottesdienst auf dem US-Kriegsschiff Truman vor der Südküste Hawaiis“. In der zweiten Anzeige suchte die Air Force Seelsorger, allerdings mit der für katholische Ohren fragwürdigen Begründung: „Wir können unseren eigenen Nachwuchs nicht klonen.“ Derzeit fehlt an 18 Kasernen der Luftwaffe ein katholischer Militärpfarrer.

Katholische und protestantische Militärseelsorger sind, wie jüngst einer Statistik zu entnehmen war, im US-Militär unterrepräsentiert. Bei den etablierten Kirchen fehlt es an freiwilligen Bewerbern für diese Aufgabe. Während 27 Prozent der GIs Katholiken sind, stellen katholische Geistliche lediglich 7 Prozent der Mitglieder im Korps der Militärseelsorger; ähnlich der Anteil bei den Lutheranern oder der Episkopalkirche (Anglikaner). Demgegenüber sind evangelikale Geistliche etwa von den Pfingstkirchen, den „Southern Baptists“ oder der Freikirche „Assembly of God“ überrepräsentiert und äußerst aktiv – auch in der Ansprache katholischer und protestantischer Soldaten. Da diese wie viele ihrer Kameraden vor allem unter den lebensbedrohlichen Verhältnissen bei militärischen US-Interventionen nach Halt und

Zuspruch suchen, sind sie leicht ansprechbar, erst recht, wenn Seelsorger der eigenen Konfession fehlen. Als weiterer Vorteil für die evangelikalen Militargeistlichen erweist sich, dass sie meist im gleichen Alter wie die Soldaten stehen. .

„Peers“ als Ansprechpartner

In einer Analyse zur katholischen Militärseelsorge führt Militär-Erzbischof Edwin F. O'Brien als Gründe für den Erfolg der Evangelikalen auch an, dass seiner Kirche traditionell Vorurteile wegen ihrer Papstreue und Morallehre entgegengebracht würden. Leichtes Spiel habe die Konkurrenz aber auch, weil viele katholische GIs große Unkenntnis des eigenen Glaubens hätten. Daher orga-

nisiert die Militärdiözese inzwischen verstärkt Glaubenskurse für jüngere Soldaten. Wie das College-Programm „Nachfolge“ für Studenten bildet das Programm „Katholiken suchen Christus“ jüngere Soldaten in Bibel- und Sakramentenkunde aus, die als „Peers“ (Gruppenführer) in der Truppe als Ansprechpartner dienen sollen. Bisher wurden 100 „Peers“ geschult. Demnächst soll diese Ausbildung auch bei den in Deutschland stationierten US-Soldaten erfolgen.

Die ersten „Peers“, als „SQ-Gruppen“ bekannt (SQ steht für „Spiritual Question“ – Spirituelle Fragen), sind seit gut einem Jahr im Einsatz. Mit ihren religiösen und oft auch sehr persönlichen Fragen wenden sich junge Soldaten erfahrungsgemäß eher an die „Peers“ als an die doch meist älteren Militärpfarrer. Im Irak, so Erzbischof O'Brien, fänden die SQ-Gruppen großen Zuspruch: „Unter den wenigen guten Nachrichten (aus dem Irak) ist das die Beste!“ (KNA)

PERSONALIA:

Franz Kamphaus, seit 1982 **Bischof von Limburg**, tritt mit Erreichen der für Bischöfe geltenden Altersgrenze Anfang kommenden Jahres in den Ruhestand. Der Papst werde das Rücktrittsgesuch von Kamphaus zu dessen 75. Geburtstag am 2. Februar 2007 annehmen, kündigte das Bistum an.

Elisabeth Bußmann (56), Leiterin der Heimvolkshochschule „Gottfried Kőnzgen“ und des angegliederten Familienpädagogischen Instituts der Katholischen Arbeitnehmerbewegung in Haltern, bleibt für weitere vier Jahre Präsidentin des Familienbundes der Katholiken. In das neue Amt einer zweiten Stellvertreterin wurde die frühere bayerische Familienministerin Barbara Stamm (61) gewählt. E. Bußmann ist seit 2002 **Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD)**, welche eine der Säulen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ist. Die GKS ist Mitglied der AGKOD und entsendet über diese einen Delegierten in die Mitgliederversammlung des ZdK: zz. Oberst a.D. Karl Jürgen Klein.

Reinhard Führer leitet weiter Kriegsgräberfürsorge Berlin (KNA) Reinhard Führer (60), früherer Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, bleibt **Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge**. In Berlin wurde der CDU-Politiker nach Angaben der Organisation am 04.11. für weitere vier Jahre in dem Amt bestätigt. Der Volksbund ist ein gemeinnütziger Verein mit nach eigenen Angaben rund 200.000 Mitgliedern und mehr als einer Million Förderern. Im Auftrag der Bundesregierung pflegt er die Gräber der deutschen Kriegstoten beider Weltkriege. Arbeitsschwerpunkt sind derzeit die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Insgesamt betreut der Volksbund 827 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten. Zudem fördert er internationale Jugendbegegnungen. (PS/KNA)

Christenverfolgung heute

AUFTRAG hat wiederholt über die Verfolgungen von Christen in der Gegenwart berichtet (so z.B. jüngst in den Heften Nr. 261/JMärz 2006, S. 77, und Nr. 263/September 2006, S. 31). Hier folgt ein Beitrag des Bonner Politikwissenschaftlers Dr. Andreas Püttmann, den die katholische Hilfsorganisation „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe Deutschland e.V.“ freundlicherweise für den Nachdruck zur Verfügung gestellt hat. In zehn Thesen fasst der Autor eindrucksvoll zusammen, warum es immer Christenverfolgung geben wird, was christliche Märtyrer von muslimischen Fanatikern unterscheidet und warum der Westen heute Christen mit Bekennermut braucht. Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser beim diesjährigen Kongress „Freude am Glauben“ des Forums Deutscher Katholiken in Fulda gehalten hat.

„Mein Glaube war nicht käuflich“ – Zehn Thesen zur Christenverfolgung

VON ANDREAS PÜTTMANN



1. Jesu Leben als Urbild von • Verfolgung und Martyrium

Verfolgung und Martyrium um des Glaubens willen gehören von der Geburtsstunde des Christentums an zu seinen Grunddimensionen. Jesus selbst war ein Verfolgter, und zwar seit frühester Kindheit, als Herodes' Häscher Maria und Josef zur Flucht nach Ägypten ins Exil trieben. In seiner Heimat Nazareth provoziert der Gottessohn gefährliche Empörung: „Sie sprangen auf und trieben Jesus zur Stadt hinaus; sie brachten ihn an den Abhang des Berges (...) und wollten ihn hinabstürzen“ (Lk 4,29). Jesu unerschrockene, manchmal auch anprangernde Reden rufen insbesondere beim religiösen Establishment Widerspruch und Wut hervor und schließlich - begünstigt durch Verrat in den eigenen Reihen - eine tödliche Gegenreaktion: Die Hohenpriester suchen und finden eine Möglichkeit, „Jesus mit List in ihre Gewalt zu bringen, um ihn zu töten“ (Mk 14,1). Jesus Christus ist gleichsam das Urbild des christlichen Märtyrers.

2. Bedrängnis als Normalfall • christlicher Weltexistenz

Im Johannesevangelium (15,20) sagt Jesus seinen Jüngern voraus: „Der Sklave ist nicht größer als sein Herr. Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen“. Bei

Matthäus (10,16ff) warnt Jesus die Seinen: „Seht, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe. Nehmt euch vor den Menschen in acht! Sie werden euch vor die Gerichte bringen und in ihren Synagogen auspeitschen. Ihr werdet um meinetwillen vor Statthalter und Könige geführt, damit ihr vor ihnen und den Heiden Zeugnis ablegt“. Ähnlich heißt es bei Lukas (21,12): „Man wird euch festnehmen und euch verfolgen. Man wird euch um meines Namens willen den Gerichten der Synagogen übergeben, ins Gefängnis werfen und vor Könige und Statthalter bringen.“ So geschah es. Petrus und die Apostel aber, vor den Hohen Rat zitiert, sprechen unerschrocken „die Grundformel der christlichen Freiheit des Individuums“ aus: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5,29).

Joaquín Alliende, geistlicher Leiter von „Kirche in Not“, erinnerte jüngst daran, dass die Bedrängnis biblisch-historisch nicht als Ausnahme, sondern als Normalfall christlicher Existenz zu betrachten ist: „Der Teufel existiert und kämpft unermüdlich weiter gegen Christus und die Seinen. (...) Wenn die Kirche ihrem Bräutigam Jesus treu bleibt, dann ist es nicht verwunderlich, dass sie verfolgt wird. Überraschender und besorgniserregender wäre es, wenn sie nicht verfolgt würde und die Mächtigen der

Welt, die heute in den Massenmedien ein privilegiertes Sprachrohr finden, ihr applaudierten“. Anders gesagt: eine Kirche, an der man sich nicht mehr reibt, die in der säkularen Öffentlichkeit nicht mehr aneckt, muss sich fragen, was sie falsch gemacht hat. Das Idealbild des Bischofs ist insofern nicht der populäre Bürgermeister-Typ, sondern der verpönte Störenfried des bequemen Konsenses und der moralischen Abstumpfung. Ich brauche ja wohl keine Namen zu nennen.

3. Die theologische Dimension • der Verfolgung

Jesus verspricht: „Selig seid ihr, wenn ihr um meinetwillen beschimpft und verfolgt und auf alle mögliche Weise verleumdet werdet. Freut euch und jubelt: Euer Lohn im Himmel wird groß sein“ (Mt 5,11f). Denn: „Wer sich nun vor den Menschen zu mir bekennt, zu dem werde auch ich mich vor meinem Vater im Himmel bekennen“ (Mt 10,32). Dort wird man die Blutzugehörigen zu jenen zählen, die nach der Offenbarung des Johannes (7, 14-17) vor dem Thron Gottes stehen: „Es sind die, die aus der großen Bedrängnis kommen. Sie haben ihre Gewänder gewaschen und im Blut des Lammes weiß gemacht. (...) Sie werden keinen Hunger und keinen Durst mehr leiden, (...) und Gott wird alle

Tränen von ihren Augen abwischen“.

Im Einklang mit diesen Verheißungen nannte Pater Werenfried van Straaten die verfolgten Christen „die Elite der Kirche (...). Das Leiden der Märtyrer kommt allen zugute. Daher ist es eine hohe Auszeichnung, um des Namens Jesu willen Schmach zu leiden, mit dem leidenden Herrn verbunden zu sein und an seinem Erlösungswerk teilzunehmen“. Auch Jesus erlöste uns nicht durch Worte und Handlungen, sondern durch sein Leiden, betonte Papst Benedikt XVI. jüngst in einem Brief an einen schwer kranken Bischof, der mutig jahrzehntelanger Anfeindung trotzte, und fuhr fort: „Wenn der Herr Dich nun gleichsam mit auf den Ölberg nimmt, dann sollst Du doch wissen, dass Du gerade so ganz tief von seiner Liebe umfassen bist und im Annehmen Deiner Leiden ergänzen helfen darfst, was an den Leiden Christi noch fehlt“. Auch alle verfolgten Christen ergänzen – gemäß dem tiefgründigen Pauluswort (Kol 1, 24) – in ihrem Leib, „was an den Leiden Christi noch mangelt“. Und wo sie lebensbedrohliche Aggressionen erleiden, die Schiller in den Satz goß: „Gewalt ist für den Schwachen jederzeit ein Riese“ (Don Carlos), da mag sie Jesu Wort stärken: „Fürchtet Euch nicht vor denen, die den Leib töten, aber darüber hinaus nichts weiter zu tun vermögen“ (Lk 12,5).

4. Christenverfolgung und Nächstenliebe

Christliches Widerstehen im Glauben bis hin zum Opfer des Lebens stellt auch eine Form des Dienstes am Nächsten und am Gemeinwohl dar: Es lenkt den Blick der Mitmenschen auf die letzte Wahrheit und eine letzte Realität. Es ist ein Zeichen der Absolutheit Gottes und damit eine notwendige Antwort auf den Relativismus. Die von der Kirche mit Sorgfalt zusammengetragenen Akten der Märtyrer bilden – so der Weltkatechismus (Ziff. 2474) – „die mit Blut geschriebenen Archive der Wahrheit“. Schon Tertullian bezeichnet das Martyrium als „den Samen für neue Christen“, durch den die standhaften Bekenner anderen den Weg zur Wahrheit und damit zu einem Leben

in Fülle eröffnen. Und denjenigen, deren Glaube lau geworden ist, werden die Verfolgten zur lebendigen Katechese „dafür, dass Christsein mehr bedeutet, als auf Erden anständig zu leben. Sie sagen uns mit ihrer Existenz, dass der Glaube eine Sache auf Leben und Tod ist“.

Dennoch sucht der Christ nicht das Martyrium so wie es manche muslimischen Fanatiker heute blutrünstig demonstrieren – und schon gar nicht auf Kosten anderer. Der christliche Märtyrer ist das Gegenteil des Selbstmordattentäters, der aus Hass tötet und stirbt und Unschuldige mit in den Tod reißt. Das christliche Martyrium ist der Extremfall der Liebe. „Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt“ (Joh 15,12-13). Paulus betont im Ersten Korintherbrief: „Wenn ich meinen Leib dem Feuer übergäbe, hätte aber die Liebe nicht, nützte es mir nichts“ (1 Kor 13,3). Ein christliches Martyrium ist zunächst der höchste Liebesbeweis gegenüber Gott, kann aber auch aus Nächstenliebe erwachsen. Pater Maximilian Kolbe sollte nicht Gott, der Kirche oder seinem Glauben abschwören. Er gab sein Leben freiwillig für einen Familienvater, der erschossen werden sollte. Er hatte das Martyrium nicht gesucht, war aber von Gott offensichtlich gut genug darauf vorbereitet worden. Das Martyrium ist kein reines Menschenwerk, sondern der Gnade Gottes zuzuschreiben: Im Philipperbrief (1,29) betont Paulus: „Denn euch wurde die Gnade zuteil, für Christus dazusein, also nicht nur an ihn zu glauben, sondern auch seinetwegen zu leiden“.

Fast übermenschlich ist auch die Liebe, die Jesus den verfolgten Christen im Verhältnis zu ihren Peinigern predigt und vorlebt: „Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet“ (Mt, 5,44). So haben die Märtyrer der Kirche im Sterben ihren Mördern verziehen. In Stephanus' Gebet: „Herr, rechne ihnen dies Sünde nicht an!“ (Apg 7,60) hallt Jesu Bitte auf Golgatha wider: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Lk 23,34). Die Feindesliebe soll sich aber schon weit vor dem Martyrium

manifestieren, nämlich indem Christen ihrer Unterdrückung nicht wütend, verbittert und zähneknirschend widerstehen, sondern hoffnungsfroh, maßvoll und vernünftig argumentierend. Jesus ließ sich vom Knecht des Hohenpriesters nicht einfach schlagen, schlug aber auch nicht zurück, sondern stellte seinen Peiniger zur Rede: „Wenn es nicht recht war, was ich gesagt habe, dann weise es nach; wenn es aber recht war, warum schlägst du mich?“ (Joh, 18,23).

5. Tugenden gläubigen Widerstehens unter Verfolgung

Schon in römischer Zeit warnten Bischöfe die Gläubigen davor, sich von vornherein und auf eigene Faust nach dem Martyrium zu drängen und dafür den Willen Gottes in Anspruch zu nehmen. Der menschlichen Schwäche wegen wäre es unklug, und wegen des Wertes jedes Menschenlebens unmoralisch, sich leichtfertig oder mutwillig in eine existenzgefährdende Situation zu bringen. Die meisten Märtyrer hatten durchaus eine gesunde Angst vor einem Schicksal, dass die menschlichen Kräfte im Normalfall übersteigt. Etliche fielen im letzten Moment ab. Tugendethisch gesprochen, bedarf die Tapferkeit im Zeugnisgeben daher der anderen Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit und Mäßigung, um nicht in Tollkühnheit umzuschlagen. „Seid daher klug wie die Schlangen und arglos wie die Tauben!“, mahnt der Herr (Mt 10, 16).

Zu dieser Klugheit gehört auch eine nüchterne Kalkulation der Kräfteverhältnisse und ein gewissenhaftes Abwägen aller Folgen. In den christlichen Lehren vom gerechtfertigten Widerstand gegen ungerechte Staatsgewalt werden strenge Bedingungen an den Einsatz von Waffengewalt gestellt: Neben dem sicheren Wissen um eine schwerwiegende und andauernde Verletzung von Grundrechten (1.) sind dies die Ausschöpfung aller anderen Hilfsmittel (2.), die Vermeidung noch schlimmerer Unordnung als Folge (3.), die Aussicht auf Erfolg (4.) und der Mangel an vernünftigen Alternativen (5.). Wo Christen heute unterdrückt werden, fehlt es einem bewaffneten Widerstand fast immer

an der Aussicht auf Erfolg, da Verfolgung typischerweise in einer Minderheitssituation droht, die militärische Unterlegenheit einschließt. Der Regelfall christlicher Antwort auf Unterdrückung der Religionsfreiheit oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit muss daher ein geistiger Widerstand sein: Bekundung weltanschaulicher Distanz, verweigerte Mitwirkung, Hilfe für die Opfer, Gebet für Verfolgte und Verfolger. Das Opfer des Lebens bleibt demgegenüber nur Extremfall.

Christen können dazu beitragen, Unrechts- und Verfolgungssituationen erst gar nicht entstehen zu lassen, indem sie, sofern oder solange es in einer Gesellschaft möglich ist, ihren Glauben missionarisch leben und Führungsaufgaben in verschiedensten Bereichen des Gemeinwesens übernehmen, damit der Widerstandsfall, in dem es Gott zu geben gilt, was Gottes ist (vgl. Mt 22, 15-22), gar nicht erst eintritt. Der Publizist Johannes Gross warnte einmal vor einem „katakombensüchtigen Christentum“, welches aus dem Missstand einer schrumpfenden Kirche das Ideal einer „kleinen, aber feinen“ Kontrastgesellschaft konstruierte, die den „Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ voreilig defätistisch nichtchristlichen Kräften überlasse. Bekenntnisfaulheit und Bekenntnisfeigheit, Bekenntnisunwilligkeit und Bekenntnisunfähigkeit führen langfristig in eine Minderheitenposition, in der die Glaubensfreiheit leichter in Gefahr gerät, zunächst faktisch gesellschaftlich, später auch rechtlich. Je mehr Mitglieder mit Zivilcourage die Kirche heute hat, desto weniger Helden wird sie morgen brauchen.

6. Christenverfolgungen der Gegenwart

Ausgerechnet das 20. Jh., das mit dem Anspruch von Humanismus, Menschenrechten und Demokratie angetreten war, brachte ideologische Bewegungen hervor, welche die Glaubensfreiheit teilweise bis vollständig abschafften und die umfangreichsten Christenverfolgungen seit Neros und Diokletians Zeiten organisierten. Zigtausende Geistliche und christliche Laien verschwanden in Gulags und KZ's, wurden misshandelt und er-

mordet, Millionen andere drangsaliert und diskriminiert. Die Landkarte der Unterdrückung und Verfolgung umfasst über 40 Staaten insbesondere Nordafrikas, des Orients und Südoasiens, darunter die aufstrebende Weltmacht China und die größte Demokratie der Welt, Indien. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums dominiert dabei eine andere Gefahr für die Freiheit der Kirche und das Leben ihrer Gläubigen: Der islamische Fundamentalismus, Integralismus und islamistische Terrorismus.

Der Bonner Journalist Reinhard Backes hat 2005 in seinem Buch: „Sie werden euch hassen - Christenverfolgung heute“ einen sehr guten Überblick über die Situation der unterdrückten Kirchen unter dem Halbmond, unter Hammer und Sichel sowie im Spannungsfeld der Interessen gegeben und dabei politische und religiös-kulturelle Analysen mit aufschlussreichen Einzelfallschilderungen verbunden. Die ARD sendete vor wenigen Wochen einen erschütternden Bericht über Christenverfolgungen in Palästina, Ägypten und Indonesien, wobei alltägliche Gewalterfahrungen, die kaum Schlagzeilen machen, im Vordergrund standen - von Grabschändungen über Steinerwerfereien bis hin zu Straßenkämpfen und Morden. Im Heiligen Land habe sich die Minderheitensituation der Kirche unter dem feindseligen Klima eines aggressiven Islamismus immer weiter verschärft; früher bekannte sich hier jeder Fünfte, heute nur noch jeder Fünfzigste Bewohner zum christlichen Glauben.

7. Die Solidarität mit den verfolgten Brüdern und Schwestern

„In allen Zeiten ihrer Geschichte hat die Kirche jene, die, für den Namen Christi' leiden, mit außerordentlicher Aufmerksamkeit, großer Sorge und besonderer Liebe umgeben“, betonte Papst Johannes Paul II. im August 1983 in Lourdes. Biblische Vorbilder bleiben die weinenden Frauen von Jerusalem, Veronika, Simon von Cyrene und Maria. Pater Werenfried ermahnt uns: „Diesen Dienst des Mitleidens durch einen Blick der Er-

mutigung, durch einen Bissen Brot, durch Öl und Wein in den klaffenden Wunden ... diesen hohen Dienst der Liebe fortzusetzen ist eure Ehrenschild gegenüber der verfolgten Kirche, die Christus ist. All eure Gaben für die verfolgten Brüder gelangen mit unfehlbarer Sicherheit in die Hände Jesu, der ausdrücklich erklärt hat: ‚Was ihr den geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan‘“. Die verfolgten Christen haben gleichsam doppelte Priorität: als Notleidende und als Glaubensbrüder. Paulus fordert im Galaterbrief (6,10): „Deshalb wollen wir, solange wir noch Zeit haben, allen Brüdern Gutes tun, besonders aber denen, die mit uns im Glauben verbunden sind“. Ich erinnere mich dankbar daran, dass meine Eltern schon uns Kinder Nachtgebete lehrten, in denen „die Menschen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden“, einen festen Platz hatten.

Im Ersten Korintherbrief heißt es: „Wenn darum ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ (1 Kor 12,26) - auch und gerade im Leib Christi. Aber wie sieht die Realität aus? Die Solidarisierung mit den weltweit unter kommunistischer Diktatur verfolgten Christen war in den westlichen Wohlstandsgesellschaften und Kirchen teilweise eigentümlich lau. Anklagen gegen die Machthaber etwa in der Tschechoslowakei, Rumänien oder der DDR störten die „Entspannungspolitik“. Fürbittgebete, Hilfsaktionen, Demonstrationen oder politische Initiativen wurden nur von engagierten Minderheiten getragen. Unter den Helfern für die Brüder hinter dem Eisernen Vorhang waren konservative Christen stärker präsent als die so genannten fortschrittlichen bzw. liberalen Kräfte. Diese hofierten lieber marxistisch inspirierte Befreiungstheologen, sogar wenn sie sich, wie etwa in Nicaragua, zu Handlangern linksautoritärer Regimes machen ließen. Die unter dem realen Marxismus leidenden Christen gleich hinter der Grenze konnten dagegen keine breite Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Diese Geschichte ideologisch bedingten Versagens bedarf noch der historisch-moralischen Aufarbeitung. Aber auch in der Gegenwart lassen emotionale Betroffenheit und Hilfe

für die verfolgten Christen in weiten Teilen unserer Kirche zu wünschen übrig.

8. Das Hilfswerk Kirche in Not

Hauptakteur der Hilfe für verfolgte Christen ist bis heute das 1947 durch Pater Werenfried van Straaten gegründete internationale katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ mit 17 nationalen Sektionen und 600.000 Spendern, das in mehr als 130 Ländern der verfolgten, bedrängten oder armen Kirche hilft. Es verleiht der Not leidenden Kirche weltweit eine Stimme, wirbt um fürbittendes Gebet und sammelte insgesamt schon rund drei Milliarden Euro für pastorale Projekte. Schon die Tatsache, dass das Werk 2005 mit 74,4 Millionen Euro Spendengeldern das zweithöchste Ergebnis seiner Geschichte erreichte, zeigt, dass auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks keine Motivationskrise der Spenderklientel und leider auch keine Aufgabenverminderung festzustellen war. In Deutschland bringen rund 55.000 Spender jährlich etwa 12,5 Millionen für das Hilfswerk auf.

1999 empfahl „Kirche in Not“ die Wiedereinführung des jährlichen „Gebetstages für die verfolgte Kirche“, zu welchem die katholischen deutschen Bischöfe bis zum Jahr 1994 aufgerufen hatten. Aktuelle Berichte aus Indien, dem Sudan, Pakistan, China und vielen anderen Ländern hätten gezeigt, wie aktuell und wichtig internationale Solidarität für die bedrängten Christen weiterhin sei. Dieser Initiative wurde bisher nicht entsprochen.

9. Christen als Verfolger – und als Verteidiger der Religionsfreiheit

Größere Aufmerksamkeit als verfolgte Christen fanden in der Medienöffentlichkeit jahrzehntelang

Christen als Verfolger. Nach der eigenen Leiderfahrung durch eine etwa 300 Jahre lange Bedrängnis im Römischen Imperium mit rund zehn Wellen grausamer Verfolgung - dem „Heldenzeitalter der Kirche“ - erlangen Christen später der Versuchung, dort, wo sie die Macht hatten, selbst religiös unduldsam zu werden und Andersgläubige oder Glaubensabweichler zu drangsalieren, zu vertreiben oder umzubringen. Düstere Kapitel hierbei sind etwa die Kolonialisierung der „Neuen Welt“, die konfessionellen Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts und der Antijudaismus, wobei sich politische, ökonomische

ihre Geistlichen in eigenen Institutionen auszubilden; das Recht religiöser Gemeinschaften auf Gottesdienst in respektierten Gebäuden; das Recht auf offenen Austausch religiöser Information und den Erwerb von Schriften; das Recht zu religiösen Zwecken Medien einzurichten und zu anderen Medien Zugang zu haben; das Recht sich ungehindert zu versammeln, einschließlich Pilgerfahrten im In- und Ausland; das Recht auf Gleichbehandlung ohne Diskriminierung in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht; das Recht jeder religiösen Gemeinschaft, sich nach eigenem Gutdünken zu organisieren“.

„Kirche in Not“ heißt nicht mehr „Ostpriesterhilfe“

Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ verändert seinen Namen. Der Zusatz „Ostpriesterhilfe“ entfällt, „um Missverständnisse zu vermeiden“, wie die Organisation Anfang November in München mitteilte. Stattdessen firmiert „Kirche in Not“ künftig als „weltweites Hilfswerk Päpstlichen Rechts“. Das Werk feiert im kommenden Jahr sein 60-jähriges Bestehen.

Der niederländische Prämonstratenserpater Werenfried van Straaten gründete „Kirche in Not“ 1947, um Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten zu helfen. Weil die Hilfsgüter meist über Priester weitergereicht wurden, führte das Werk zunächst den Namen „Ostpriesterhilfe“. Die Organisation ist inzwischen in 140 Ländern aktiv und hilft nach eigenen Angaben der katholischen Kirche überall dort, wo diese unterdrückt wird oder zu wenig Mittel für die Seelsorge hat. (KNA)

und religiöse Motive unentwirrbar vermischten. Jedenfalls gaben Christen ein schlechtes Beispiel, welches die Glaubwürdigkeit der Kirche bis heute belastet, obwohl sie sich, etwa durch die Schuldenerklärungen im Heiligen Jahr 2000, den Verbrechen im Namen Jesu längst selbstkritisch gestellt hat.

Heute tritt die Kirche überzeugend für die Religionsfreiheit ein und nimmt sie für sich in Anspruch. Auf einer Nachfolgekonferenz zur Schlussakte von Helsinki hat der Vatikan 1988 zehn Rechte genannt, die ein Staat respektieren und verteidigen muss: Das Recht der Eltern, ihren Kindern einen Glauben zu vermitteln; die Respektierung religiöser Überzeugungen im weltlichen Erziehungswesen; das Recht einer Person auf individuelle oder in Gruppen organisierte religiöse Erziehung; das Recht jeder religiösen Gemeinschaft,

ihre Geistlichen in eigenen Institutionen auszubilden; das Recht religiöser Gemeinschaften auf Gottesdienst in respektierten Gebäuden; das Recht auf offenen Austausch religiöser Information und den Erwerb von Schriften; das Recht zu religiösen Zwecken Medien einzurichten und zu anderen Medien Zugang zu haben; das Recht sich ungehindert zu versammeln, einschließlich Pilgerfahrten im In- und Ausland; das Recht auf Gleichbehandlung ohne Diskriminierung in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht; das Recht jeder religiösen Gemeinschaft, sich nach eigenem Gutdünken zu organisieren“.

Auch in den „freien“ Gesellschaften des Westens mit ihrer garantierten Religionsfreiheit gibt es subtile Formen des Kampfes gegen Christen und Kirche. Papst Johannes Paul II. forderte deshalb 1983 in Lourdes, neben Tod, Gefängnis, Deportation und Verbannung „raffinierte Strafen“ nicht zu übersehen, etwa soziale Diskriminierung oder subtile Freiheitseinschränkungen, die „eine Art zivilen Todes“ bedeuten können; „auch ein materialistisches oder religiös gleichgültiges Klima, das alle geistigen Bestrebungen erstickt“, könne den Gläubigen viel Mut abverlangen, „einen klaren Blick zu bewahren, treu zu bleiben und ihre Freiheit gut zu gebrauchen. Auch für sie muss man beten. Fürchtet euch - sagt Jesus - vor denen, die die Seele ins Verderben stürzen können (vgl. Mt 10,28)“. Der amerikanisch-jüdische Rechtsgelehrte Joseph Weiler spricht angesichts der Verhinderung einer Anrufung Gottes im Entwurf für eine europäische Verfassung und der gescheiterten Berufung

Fortsetzung auf S. 104 u.



INTERNATIONALER KONGRESS RENOVABIS 2006:

„Lebensform Familie – Zukunftsfrage für Europa“

VON HEINRICH DORNDORF

„Lebensform Familie – Zukunftsfrage für Europa“ lautete das Thema des diesjährigen Internationalen Kongresses Renovabis in Freising auf dem Domberg vom 31. August bis 2. September 2006, wenige Tage vor dem Besuch von Papst Benedikt XVI. Etwa 300 Teilnehmer aus 24 Ländern, vorwiegend aus Osteuropa, informierten, diskutierten zu o.a. Thema.

In den verschiedenen Grußbotschaften von deutschen, ausländischen Bischöfen, der Bundeskanzlerin und einigen Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Kongress wurde immer wieder die Familie als tragende Säule, als Keimzelle der Kirche, des Staates und Europas bezeichnet. „Ohne die Familie hat keine Gesellschaft Bestand, was besonders bei den Themen Erziehung, Sozialisation, Rente und Pflege deutlich wird“, so der Erzbischof von Bamberg, Prof. Dr. Ludwig

Schick. Große Beachtung fand das Grußwort von Papst Benedikt XVI, indem es u.a. heißt: „Die Familie ist nach göttlichem Plan *der bevorzugte Ort, an dem der Mensch lernt, Liebe zu empfangen und zu schenken. Väter und Mütter, verbunden und gestärkt durch das Sakrament der Ehe, können ihre Kinder am besten zu reifen Persönlichkeiten erziehen und zur verantwortlichen Wahrnehmung ihrer moralischen und sozialen Pflichten, sowie zu einer tragenden Gottesbeziehung führen.*“

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Hauptgeschäftsführer von Renovabis, Pater Dietger Demuth CSsR, wurde der Kongress durch den Berliner Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky eröffnet. Er wies u.a. darauf hin, dass die Familie das fundamentale Glied des Staates sei und somit hänge das Wohl der Gesellschaft vom Wohl der Familie ab. Eine besondere Bedeutung habe die Familie

für die Kirche, so der Kardinal, denn hier finde die erste Unterweisung der Kinder im Glauben statt. Hilfe durch Renovabis erfahren Kinder in Kaliningrad, Nowosibirsk, die Familienzentren in Litauen, sowie Straßenkinder in der Ukraine und Rumänien.

In den sogenannten „Schlaglichtern“ nahmen Vertreter aus Litauen, Russland und der Ukraine Stellung zu Problemen hinsichtlich Kinder und Familie in ihren Ländern. Die Familie habe dort zwar einen hohen Stellenwert, doch nähmen Ehescheidungen und Schwangerschaftsabbrüche gerade nach der Wende immer mehr zu. Viele Familien lebten quasi ohne Väter, denn wenn kein Vater gemeldet sei, beziehe die Mutter ein höheres Kindergeld. Probleme gebe es vor allem bei über 18-jährigen ehemaligen Heimkindern, denn sie seien meistens nicht in der Lage Kinder zu erziehen, da sie selbst kein echtes Familienleben erfahren haben. Da auch viele Väter in EU-Ländern arbeiten, ist der Zerfall der Familie vorgegeben.

Fortsetzung von Seite 103

des italienischen Ministers Rocco Buttiglione zum EU-Kommissar von einer wachsenden „Christophobie“ in Europa. Wäre Buttiglione Jude gewesen, hätte ihm niemand jene inquisitorischen Fragen gestellt, deren Beantwortung ihn angeblich für das Amt disqualifizierte. Auch andere Beobachter, etwa der große französische Politologe René Rémond, erkennen in Europa eine antichristliche Tendenz. In Reaktion darauf wurde jüngst in Wien ein „European Observatory on Christianophobia and Intolerance“ gegründet.

Wo „Christen zunehmend aus dem öffentlichen Leben gedrängt“ und christliche Grundsätze, wie etwa das Recht auf Leben von Anfang an“ zwar rechtlich garantiert, „de facto aber außer Kraft gesetzt“ werden, stellt sich für jeden Gläubigen die

Gewissensfrage, welche materiellen Nachteile und sozialen Blessuren zu erleiden er bereit ist. Solche Opfer könnten leichter fallen im Blick auf das Vorbild der verfolgten Christen. Ihr Widerstehen speist sich aus einer geistlichen Kraft, die wir heute nötig brauchen. Ein prominenter Vertreter der vietnamesischen Märtyrerkirche mit einem langen persönlichen Leidensweg, der im Jahr 2000 als erster Asiat im Vatikan die päpstlichen Exerzitien hielt, brachte seine Treue zu Christus in einem Satz auf den Punkt, den sich bequeme Konventionschristen hinter den Spiegel stecken können: „Mein Glaube war nicht käuflich. Um keinen Preis konnte er abgelegt werden, und sei es auch der Preis eines glücklichen Lebens“ (Kardinal Francois-Xavier Nguyen Van Thuan).

(<http://www.kirche-in-not.de>)

„Familienpolitik in einer älter werdenden Gesellschaft“, war das Thema eines Referates von NRW-Minister Armin Laschet. Zwar wachsen 80% der Kinder in Deutschland bei ihren verheirateten Eltern auf, aber im Durchschnitt gebe es nur noch 1,3 Kinder pro Frau. Was ist also erforderlich, wenn immer weniger Kinder geboren werden, wenn in ca 20 Jahren die Jüngeren nur auf Alte treffen? Jede 3.Frau und jeder 3.Mann sind kinderlos, d.h. sie haben keine Enkel! Familienpolitik sei der Schlüssel, so der Minister. Hier bestehe Handlungsbedarf. Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse verbessert werden, nach seiner Ansicht z.B. durch Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, dazu Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen. Doch

sollten Interessen der Eltern nicht außer Acht gelassen werden, die sich selbst um Erziehung und Betreuung ihrer Kinder kümmern.

In einem weiteren Vortrag referierte die Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments, Anna Zaborska, über das Thema: „Kann die traditionelle Familie Europa retten“?, zum Teil auch aus der Sicht ihres Heimatlandes der Slowakei. Ihre Bestandsaufnahme,

- in den 25 EU-Mitgliedsstaaten leben in zwei Dritteln der Haushalte keine Kinder;
- die Überalterung in Europa nimmt zu,
- bis 2050 nimmt die Bevölkerung in Europa von derzeit 725 Millionen auf 600 Millionen Einwohner ab,
- in Deutschland ist ein Drittel der 1967 geborenen Frauen ohne Kinder, ähnlich die Situation in der Slowakei

endet in der Formel: wer keine Kinder will, glaubt nicht an die Zukunft, hat kein Vertrauen in sie, hat kein Vertrauen zu sich selbst.

Ihre Lösung: Die Familie, die traditionelle Familie könne Europa retten, wenn man das Thema Familie zum zentralen Thema mache. Sie müsse in den Mittelpunkt von Politik, Gesellschaft und Kultur gestellt werden. „Nirgendwo anders investiert man besser als in eigene Kinder. Wenn Europa das versteht ist noch nicht alles verloren. Familie und Europa müssen sich gegenseitig ergänzen“, meinte die Europapolitikerin aus Slovenien.

„**F**amilie im Umbruch“, war Thema einer Abenddiskussion, an der u.a. Kardinal Sterzinsky teilnahm. Wenn auch die Familie als die beste Form des Zusammenlebens, als tragbares Netz des Lebens gilt, so sei sie doch von gegenläufigen Strömungen bestimmt. Es gebe eine Sehnsucht nach einer zuverlässigen Partnerschaft mit Kindern, aber es gibt nicht den Mut zur Ehe auf ewig. Daher blieben viele Partnerschaften (Ehen) ohne Kinder, weil man dem gegenwärtigen Partner nicht traue.



Am Rande des Kongresses im Gespräch: Der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks Renovabis, Pater Dietger Demuth CSsR (l.) und sein Vorgänger P. Eugen Hillengass SJ (Foto H. Dorndorf)

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war das Referat von Prof. Dr. Elisabeth Jünemann von der Kath. Fachhochschule NRW, Abt. Paderborn. „Familie im Wandel, neue Rollenbilder in der Gesellschaft“. Sie behandelte das Thema unter drei Gesichtspunkten aus der Perspektive der katholischen Soziallehre: *Familie – was ist das?, was irritiert sie?, was stärkt sie?*

Schwerpunkt ihrer Ausführungen war natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem aus der Sicht von Müttern. Medien und Illustrierte zeigten uns Supermütter, die mit einer perfekten Organisation von Tagesmüttern, Hilfskräften, vom Baby zum Büro bzw. vom Computer in die Küche wechseln. Andere Mütter, die in der sogenannten Freizeit die Bügelwäsche erledigen, oder morgens früh in Eile die Pausenbrote für die Kinder richten, kämen nicht vor. Irritationen der Familie fingen damit an, dass alles zu jeder Zeit möglich ist, Arbeit und Ruhe, Arbeitszeit und Freizeit. Aber die gemeinsame Zeit schwinde, selbst der Sonntag sei in Gefahr.

In einem abschließenden Podiumsgespräch wurde die Frage gestellt: „Hat die Familie Zukunft?“ Zweifellos steckt die Familie in einer Krise. Wir kennen die traditionelle Familie, die auch Großeltern und Verwandte mit einbezieht, so gibt es heute die verschiedenen Formen wie z.B. von der Großfamilie bis zur allein erziehenden Mutter, zum allein erziehenden

Vater. Ein Wandel vollzieht sich auch im Hinblick auf die Vaterrolle. Familie hat dann eine Zukunft, wenn die verschiedenen Rollen immer wieder neu bedacht werden.

Allerdings, wenn Menschen keine Zukunftsperspektive haben (Arbeitslosigkeit), dann hat auch die Familie keine Zukunft.

Das Thema „Familie im Wandel“ aus der Sicht der Länder Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Russland, wurde in verschiedenen Arbeitskreisen behandelt. Wurden in Litauen bis zur Wende 7% der Kinder außerehelich geboren, so waren es danach 30%. Arbeitslosigkeit und Alkoholismus treiben viele Kinder aus dem Elternhaus. So betreut der deutsche Pfarrer Dr. Hans-Friedrich Fischer in seiner Gemeinde in Vilnius ca. 400 Straßenkinder. Eine große Hoffnung sind die von der katholischen Seite angebotenen Ehevorbereitungsseminare, in den Familienzentren, die sich hauptsächlich durch Spenden von Renovabis finanzieren. Wichtig wäre hier, dass Renovabis langfristig diese Zentren unterstützt, es gäbe Sicherheit für die Angestellten.

In seinem Schlusswort zu diesem Kongress betonte Pater Demuth u.a. „dass in einer stabilen Partnerschaft zu leben und Kinder zu haben den allermeisten Menschen als ein hohes, anzustrebendes Ideal gilt und es doch immer weniger Menschen glückt, dieses auch in die Realität umzusetzen. ...“

Anmerkung: Ausführliche Berichte und die Referate sind zu finden auf der Website von Renovabis:

< www.renovabis.de > . □

50 JAHRE BUNDESWEHR:



Der sechste Bundespräsident und die Bundeswehr

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker – ein glaubhafter Brückenbauer

VON DIETER KILIAN

Die Weizsäcker dienen ihrem Land in erster Linie als eine Familie von Predigern, Juristen, Diplomaten, Politikern und Wissenschaftlern. Doch unter den Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits gab es auch eine militärische Tradition: Ur-Ur-Großvater Meibom aus der mütterlichen Linie hatte als hessischer Offizier auf Seiten Napoleons auf dessen Feldzug 1812 in Russland gekämpft und den verlustreichen Übergang über die Beresina er- und überlebt. Karl Hugo von Weizsäcker (1853-1926), der Großvater väterlicherseits, war 1870 mit siebzehn Jahren als Kriegsfreiwilliger in den Deutsch-Französischen Krieg gezogen.

„Wir Württemberger wünschen nichts sehnlicher, als endlich auch einmal ins Feuer geführt zu werden,“ schrieb er seinen Eltern am 6. November 1870.¹ Einen Monat danach wurde in Champigny bei Paris verwundet, verbrachte drei Monate im Lazarett und schied als Fähnrich aus der Armee. 1916 erhielt er – mittlerweile zum Ministerpräsidenten in Stuttgart aufgestiegen – von Wilhelm II. (1848-1921), dem letzten württembergischen König, den erblichen Titel eines Freiherrn. Großvater mütterlicherseits war Generalleutnant Fritz Gustav Theodor von Graevenitz (1861-1922), der bis 1919 als Generaladjutant von König Wilhelm II. von Württemberg (1848-1921) diente.² Zur gleichen Zeit war Alfred Graf Stauffenberg (1860-1936), der Vater von Claus Schenk von Stauffenberg (1907-1944), als

Oberhofmarschall oberster Verwaltungsbeamter am württembergischen Hofe. Ein Onkel aus der Familie der Mutter Richard von Weizsäcker war der Bildhauer Fritz von Graevenitz (1892-1959). 1911 in das Grenadier-Regiment „Königin Olga“ in Stuttgart eingetreten, musste er im Ersten Weltkrieg wegen einer Augenverwundung als Hauptmann aus der Armee ausscheiden. Er studierte danach Bildhauerei. Seine Bindung zum Militär aber blieb: So schuf er für sein Regiment 1923 das Löwendenkmal im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart. Richard von Weizsäcker saß als kleines Kind seinem Onkel Fritz Modell, als dieser den „Faunbrunnen“ in Stuttgart³ schuf.

Richards Vater, Ernst Heinrich von Weizsäcker (1882-1951), trat 1900 als Seekadett in die Kaiserliche Kriegsmarine ein, lernte auf dem Schulschiff „Charlotte“ das seemannische Handwerk und besuchte bis 1902 die Offizierschule der Marine in Kiel-Düsternbrook. Danach folgte eine dreijährige Seeverwendung in ostasiatischen Gewässern auf dem Großen Kreuzer „Hertha“⁴ u.a. unter Kapitän zur See Friedrich von Ingenohl (1847-1933), dem späteren Flottenchef. Prinz Adalbert Ferdinand (1884-1948), der dritte Sohn Kaiser Wilhelms II., war dort ebenfalls eingeschifft. 1905 kehrte von Weizsäcker nach Kiel zurück und war dort bis 1912 stationiert, u.a. ab 1909 als Erster Flaggleutnant beim Chef der Kaiserlichen Flotte, Vizeadmiral Henning von Holtzendorff (1853-1919). Kaiser Wilhelm II. wohnte mehrmals im Jahr an Bord des Flaggschiffes der Flotte. Im Jahre 1911 heiratete er Marianne von Graevenitz, eines der fünf Kinder des Generalleutnants Fritz von Graevenitz und seiner Frau Marianne (geb. Klotz; 1867-1940).

Beide Familien kannten sich, denn sie waren Nachbarn und bewohnten zwei sog. „Kavaliershäuschen“ auf der Solitude bei Stuttgart. 1912 wurde Korvettenkapitän von Weizsäcker ins Marinekabinett in die Bendlerstraße nach Berlin versetzt und diente unter dem Personalchef der Marine, Admiral Georg A. von Müller (1854-1940). Als der Erste Weltkrieg ausbrach, ließ er sich eilig zur Flotte⁵ versetzen und diente als Admiralstabsoffizier beim 2. Admiral des III. Linienschiffgeschwaders: „Denn jede Stunde späteren Eintreffens an der Nordsee würde mich – ... – den Anschluss an die Flotte und damit vielleicht die Teilnahme an der zu erwartenden Seeschlacht kosten können.“⁶

Ähnlich hatte bereits sein Vater Karl Hugo 1870 gedacht. Allerdings ließ die erhoffte Seeschlacht lange auf sich warten, denn die Admiraltät wehrte sich gegen eine Entscheidungsschlacht, die Flottenchef von Ingenohl forderte. Im Mai 1916 nahm von Weizsäcker an der Skagerrak-Schlacht teil. Später wechselte er als Navigationsoffizier auf den Panzerkreuzer S.M.S. „Von der Tann“⁷ unter Fregattenkapitän (später Vizeadmiral) Konrad Mommsen (1871-1946)⁸ und wurde mit dem Eisernen Kreuz beider Klassen ausgezeichnet. 1917 ging er zurück in den Flottenstab und wurde 1918 für drei Monate als Verbindungsoffizier der Marineleitung der Obersten Heeresleitung – zunächst im vorgeschobenen Hauptquartier im nordfranzösischen Avesnes-sur-Helpe, später im belgischen Spa – zugeteilt, wo er sowohl Feldmarschall von Hindenburg als auch General Ludendorff kennenlernte.

Nach der Novemberrevolution arbeitete Ernst von Weizsäcker im Reichsmarineamt in der sog. „Friedenskommission“. 1919 wurde er

Marineattaché in Den Haag. Nach zwanzig Dienstjahren in der Marine wechselte er ein Jahr später in den Auswärtigen Dienst, wo er jedoch „wieder von der Pike anfangen musste.“ 1921 übernahm er in seiner ersten Auslandsverwendung das Konsulat in Basel. Von 1924 bis 1926 diente er als Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Kopenhagen. Im Februar 1927 kehrte Ernst von Weizsäcker in die Zentrale nach Berlin zurück, wo er das Sachgebiet Abrüstung leitete. Von 1928 bis 1931 war er Referatsleiter des Völkerbundreferates und zugleich Mitglied der Deutschen Delegation bei den Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes in Genf. 1931 folgte wieder ein Auslandsposten: für zwei Jahre wurde er Gesandter in Oslo. 1933 wechselte er als Botschafter in die Schweiz. Im Mai 1937 kehrte er erneut in die Zentrale nach Berlin zurück und übernahm die Politische Abteilung unter Außenminister Konstantin von Neurath (1873-1956). Am 4. Februar 1938 war Joachim von Ribbentrop (1893-1946) Außenminister geworden; er berief von Weizsäcker im April 1938 zum Staatssekretär und damit zum höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes.⁹ Dem Hitler-Regime gegenüber zunehmend kritisch eingestellt, verwarf von Weizsäcker – auch auf Drängen des mit ihm befreundeten Generalobersten Ludwig Beck (1880-1944; Chef des Generalstabs des Heeres 1935-38) – jedoch einen Rücktritt.¹⁰ Er pflegte Kontakte aus alter Verbundenheit zu Admiral Wilhelm Canaris (1887-1945), dem Chef der Abwehr, aber auch zu Generaloberst Franz Halder (1884-1972), dem Nachfolger Becks als Generalstabschef. Besonders verbunden aber war er mit dem General der Infanterie Hermann Geyer (1882-1946/Ritterkreuzträger), dem gleichaltrigen „Freund seit Kindheitstagen“.¹¹

Nach Kriegsausbruch wollte sich von Weizsäcker zur Marine zurückversetzen lassen, doch sein Gesuch wurde von Hitler abgelehnt. Gleichzeitig sank sein Einfluss auf den außenpolitischen Kurs des Deutschen Reiches; sein Verhältnis zu Außenminister Ribbentrop war gespannt. Im Juni 1943 verließ er Berlin und wurde als Botschafter an den Heiligen

Stuhl entsandt: Papst Pius XII. (1876-1958) war zu dieser Zeit Oberhaupt der katholischen Kirche. Wirkungsvoller als in Berlin konnte von Weizsäcker nun dort seine Vermittler- und auch Beschützerrolle ausüben: eine große Zahl von Juden wurden mit seiner Hilfe vor einer Deportation gerettet. Er selbst hatte erstmals im Herbst 1941 durch Admiral Canaris von Massenenmorden gehört.¹² Nachdem Rom am 4. Juni 1944 von alliierten Truppen kampflos eingenommen wurde, blieb das Ehepaar von Weizsäcker im Vatikan und kehrte erst ein Jahr nach Kriegsende nach Deutschland zurück – als Zeuge vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal war ihm freies Geleit zugesichert worden. Weizsäcker sagte aus und wurde dennoch im Sommer 1947 verhaftet: Er habe, so lautete der Vorwurf, gegen die Grundsätze von Kriegsrecht und Humanität verstoßen. Sohn Richard – 28 Jahre alt – unterstützte seinen Vater als Assistent der Verteidigung. 1949 wurde er zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch im Oktober 1950 aufgrund einer Amnestie aus der Haft entlassen. Ernst von Weizsäcker starb nur wenige Monate später, am 4. August 1951, in Lindau.

Am Ende seiner Zeit als Marineattaché an der Gesandtschaft in Den Haag reiste Vater Ernst Heinrich mit seiner Frau und den drei Kindern Carl-Friedrich (* 1912)¹³, Adelheid (*



Ernst Freiherr von Weizsäcker mit seiner Frau Marianne beim Verlassen der Haftanstalt Landsberg. (Foto: DHM, Berlin)

1916) und Heinrich (1917-1939) zur Entbindung in die Heimat zurück: Auf dem Rheinfrachter „Kinderdyk“ gelangte die Familie langsam, aber unbeschadet durch das in Aufruhr befindliche Ruhrgebiet in die schwäbische Heimat. Dort kam Richard, das vierte Kind, am 15. April 1920 in Stuttgart zur Welt. Kindheit und Jugend verbrachte er aufgrund des Diplomatenberufes des Vaters in der Schweiz, in Dänemark – dort wurde er 1926 in Kopenhagen eingeschult – und ab 1927 in Berlin. Im Jahre 1937 legte Richard am humanistischen Bismarck-Gymnasium die Reifeprüfung ab und studierte danach bis 1938 an den Universitäten Oxford und Grenoble Philosophie und Geschichte. Dann folgte er dem Rat seines älteren Bruders Heinrich Viktor und trat im Oktober 1938 als Rekrut in die Maschinengewehr-Kompanie des traditionsreichen Infanterieregiments 9 (IR 9) in Potsdam ein, um seine Wehrdienstzeit abzuleisten, denn sonst wäre die Fortsetzung seiner Studien in Deutschland nicht möglich gewesen. Zuvor hatte er noch eine sechsmonatige Pflichtausbildung beim Reichsarbeitsdienst am Werbellinsee bei Berlin ableisten müssen. Das Regiment¹⁴ war am 1. Januar 1921 mit drei Bataillonen zu je vier Kompanien, einer (13.) Granatwerfer- und einer (14.) Panzerabwehrkompanie aufgestellt worden und unterstand zunächst der 3. und ab 1935 im Zuge der Umfangserweiterung der Wehrmacht der 23. Infanteriedivision. Oberst Werner Freiherr von und zu Gilsa (1889-1945/Freitod), der spätere General der Infanterie und Eichenlaubträger, war von Oktober 1936 bis Februar 1941 der erste Regimentskommandeur der Brüder Weizsäcker.

Der Zweite Weltkrieg unterbrach die weitere Lebensplanung. Bruder Heinrich Viktor von Weizsäcker war bereits 1936 Soldat geworden. Er wollte Berufsoffizier werden und diente als Leutnant im IR 9 in Potsdam, in dem Oberleutnant Wolf Graf Baudissin (1907-1993), der spätere Generalleutnant der Bundeswehr, bis 1938 Regimentsadjutant war. In diesem Regiment diente eine Reihe von Offizieren, die später im Widerstand

gegen Hitler aktiv und am Attentat 1944 beteiligt waren. Weizsäcker schreibt, dass kein anderer Truppenteil so viele Beteiligte am Widerstand als Opfer zu beklagen hatte wie sein Regiment. Im November 1937 – ein Jahr vor Richard von Weizsäcker – hatte Axel Freiherr von dem Busche-Streithorst (1919-1993) als Fahnenjunker in der 1. Kompanie des IR 9 seine ersten Schritte als Soldat gemacht. Richard von Weizsäcker und er wurden Freunde. Bussche plante mit Wissen von Stauffenberg einen Selbstmordanschlag auf Hitler: Am 16. Dezember 1943 sollte der Führer bei einer Vorführung von Winteruniformen anwesend sein. Major Bussche hatte sich als „Modell“ einteilen lassen und wollte sich mit zwei Handgranaten in der Tasche auf Hitler stürzen. Doch die Vorführung wurde abgesetzt, weil der Güterwaggon mit den Uniformen kurz zuvor unter britischem Bombenhagel ausgebrannt war.¹⁵ Bussche überlebte – mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet – den Krieg. Er arbeitete 1950 kurzzeitig im „Amt Blank.“ Bundespräsident von Weizsäcker hielt die Grabrede auf seinen Freund, als dieser Ende Januar 1993 im schwäbischen Lehrensteinsfeld bei Heilbronn mit militärischen Ehren zur letzten Ruhe geleitet wurde.

Das IR 9 verließ am 26. August 1939 seinen Standort und verlegte nach Mobilmachung an die deutsch-polnische Grenze. *„Nicht wie im August 1914 mit klingendem Spiel bei helllichem Tag, sondern bei tiefer Dunkelheit und auf Umwegen zu einem Verladebahnhof ..., ohne Bevölkerung am Straßenrand und ohne Abschied.“*¹⁶

Am 1. September 1939 griff das IR 9, zusammen mit den anderen beiden IR 67 und 68 im Rahmen der 23. Infanteriedivision unter Generalmajor Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt (1887-1943) an. Einen Tag später bereits fiel Heinrich Viktor von Weizsäcker an einem Bahndamm der Bahnstation Klonowoin der Tucheler Heide, nur wenige hundert Meter von seinem Bruder Richard entfernt – einer der ersten Gefallenen im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite. Der Verlust zählt zu den schlimmsten, die Richard von Weizsäcker, der die Totenwache

hielt, jemals traf. *„Kaum hatte der Krieg begonnen, hatte er schon mein Leben für immer geprägt; es war nie mehr dasselbe wie zuvor.“*¹⁷

Die Zäsur war tief: Danach habe er seinen Vater, sagte Richard von Weizsäcker später, „überhaupt nie mehr lachen gesehen. Er war tief verstört.“¹⁸

Anfang September überquerte das IR 9 die Weichsel. Per Bahn ging es quer durch Ostpreußen nach Lych. Von dort stieß das Regiment auf Biaystok vor. Nach dem Einmarsch der Roten Armee übergab das Regiment die Stadt und marschierte nach Stettin zurück, von wo es per Bahn in den Raum St. Wendel im Saarland zur Sicherung der Westgrenze verlegt wurde. Während des Westfeldzuges besuchte von Weizsäcker einen Lehrgang für Reserveoffiziere in Potsdam und Landsberg an der Warthe. Im September kehrte er als Fähnrich zu seinem Regiment zurück, das Ende Juli nach erfolgreichen Kämpfen an der Westfront wieder nach Osten, in den Raum Wlozlawek (Leslau) verlegt worden war. Im Februar 1941 hatte Oberst (später Generalleutnant) Adolf Raegener (1895-1983) das Regiment übernommen und führte es bis Dezember 1941. Beim Angriff auf die Sowjetunion stieß das Regiment im Rahmen von Operationen der Heeresgruppe Nord am 24. Juni 1941 über den Fluss Narew vor. Einen Monat später erhielt von Weizsäcker das EK II (Eiserne Kreuz II. Klasse). Wenige Tage danach durchschlug eine Kugel seinen Unterarm. Es folgten vier Wochen in einem Lazarett in Berlin. Im September 1941 kehrte Weizsäcker zu seinem Regiment zurück. Dieses kämpfte im Oktober in den Kesselschlachten um Wjasma und Brjansk. Danach setzte das Regiment den Vormarsch auf Moskau fort, bis es im November 35 km vor Moskau, „beinahe auf Sichtweite zur Hauptstadt“ und dem Moskauer U-Bahnhof „Majakowskaja,“ dem Hauptquartier des sowjetischen Generalstabs, im Schnee stecken blieb. Weihnachten 1941 verbrachte von Weizsäcker mit seiner Truppe im Raum Sacharino und Waldischino. Anfang Dezember hatte Oberst (später Generalmajor) Kuno Dewitz (1897-1960) das Regiment als

Kommandeur übernommen. Bei den schweren Winterkämpfen 1941/42 wurde der Verband fast vollständig aufgerieben: Seine Kriegsstärke von 2.500 Mann war fast auf ein Zehntel – 7 Offiziere, 70 Unteroffiziere und 212 Mannschaften – geschrumpft.¹⁹ Nach einem Rückzug über 200 km bis nach Wjasma wurden die Reste für wenige Tage hinter die Front verlegt, aber danach erneut nach vorn geworfen. Erst Ende Juni 1942 wurde das Regiment von der Ostfront abgelöst und per Bahn nach Westen zur Neuaufstellung verlegt. Drei Monate zuvor, im März 1942, war von Weizsäcker ins Oberkommando des Heeres ins Lager Mauerwald bei Lötzen in Ostpreußen als Ordonanzoffizier von Generalleutnant (später General der Infanterie) Gerhard Matzky (1894-1983)²⁰, dem Oberquartiermeisters IV im Oberkommando des Heeres, versetzt worden. Diesem unterstanden u.a. die Abteilungen Fremde Heere Ost und West. Im Oberkommando des Heeres lernte von Weizsäcker als Offizierkurier u.a. auch Generaloberst Franz Halder, den Generalstabschef des Heeres von 1939 bis 1942 und Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944) kennen.²¹

*„Er war allerdings zehn Jahre älter als ich und mindestens zwei Dienstgrade höher und insofern mein Vorgesetzter. Dann gab es einen anderen, der eine große Rolle in unserem Regiment spielte, das war Fritz Schulenburg, Friedrich Werner Graf von Schulenburg,²²..., wie so manch anderer in der Verzweiflung über die ganz späten Jahre der Weimarer Republik sich zunächst vom Nationalsozialismus eher Positives als Böses erhoffte und dann später zu einem der entschlossensten und mutigsten Widerstandskämpfer geworden ist. Er war ein älterer Reserveoffizier, ich war ein jüngerer Reserveoffizier, und da hat es viele Gespräche gegeben über die Notwendigkeit, etwas zu unternehmen.“*²³

Durch seine eigenen vielfältigen persönlichen Beziehungen – weniger durch die damals kriegsbedingt seltenen Gespräche mit seinem Vater – wusste von Weizsäcker um Attentatsplanungen:

„Also, speziell mit dem 20. Juli

*war es so, dass ich drei oder vier Wochen vorher auf Heimaturlaub war und in Potsdam bei meinem Ersatztruppenteil den schon genannten Fritz Schulenburg traf, der mir sagte, es werde jetzt bald losgehen, das Datum könne er mir nicht sagen. Und er wolle nur darauf aufmerksam machen, wenn es käme, dann könnte eine Anforderung an mich kommen, ich solle mit den Truppenteilen, mit denen wir damals im Baltikum zusammen waren, zur Verfügung stehen.*⁴²⁴

Weizsäcker war bereit, in diesem Falle zu handeln. Doch als Frontoffizier – fern dem Ziel des Anschlages, Hitler – waren seinen tatsächlichen Möglichkeiten einer aktiven Mitwirkung bei Vorbereitung und Durchführung gleich Null. Und so klingt es reichlich naiv, wenn Schröck, einer der Biographen Weizsäckers, schreibt, dass dieser sich dem Widerstand „nicht anschließen wollte (oder konnte)“.²⁵ Allerdings hatte er noch anfangs 1944 als Regimentsadjutant den Marschbefehl für seinen Kameraden und Freund von dem Bussche ausgestellt, der mit Billigung von Stauffenberg ein weiteres Attentat plante und dazu von der Ostfront abkommandiert werden musste.²⁶ Diese Reisepapiere mit der Unterschrift Weizsäckers führten nach dem 20. Juli 1944 zu einer Untersuchung gegen ihn, die allerdings nicht in einem Verfahren mündete.

Im Juni 1942 verlegte das Hauptquartier in die Nähe von Winniza in der Ukraine. Im Oktober 1942 wurde von Weizsäcker als stellvertretender Regimentsadjutant wieder zu seinem Verband versetzt, der zwischenzeitlich im dänischen Jütland im September 1942 als Grenadierregiment 9 neu aufgestellt worden war. Er erhielt die „Ostmedaille“ (Medaille Winterschlacht im Osten 1941/42). Im Februar 1943 wurde von Weizsäcker als Chef einer Maschinengewehrkompanie wieder an die Ostfront kommandiert, diesmal in den Raum Leningrad. Im August 1943 – Weizsäckers Vater hatte zu dieser Zeit seine Amtsgeschäfte als Botschafter beim Heiligen Stuhl aufgenommen – wurde er Regimentsadjutant des IR 9. Der

seit Neuaufstellung in „26. Panzerdivision“ umbenannte Großverband kämpfte unter Generalmajor Friedrich von Schellwitz (1893 -1978)²⁷ im Rahmen der Abwehrkämpfe und Rückzugsoperationen der Ostfront im Nordabschnitt. 1944 folgte die Sicherung der baltischen Inseln Moon (Muhu) und Ösel (Saaremaa) in der Rigaer Bucht, die Verteidigungskämpfe auf der Halbinsel Sworbe, sowie die Verlegung nach Ostpreußen zur Auffrischung. Am 10. Januar 1944 wurde Weizsäcker mit dem EK I (Eisernen Kreuz I. Klasse) ausgezeichnet.

Im Zuge der Winterschlacht in Ostpreußen wurde das Regiment bei Wartenburg eingeschlossen, konnte aber den Brückenkopf bis April halten. Die 26. Panzerdivision wurde aufgerieben, und das Grenadierregiment 9 der 24. Panzerdivision unterstellt. Als sein Regimentskommandeur, Oberstleutnant Rudolf Trittel (1913-1945),²⁸ bei Allenstein schwer verwundet wurde, übernahm Hauptmann von Weizsäcker als Regimentsadjutant das Kommando. Durch einen – trotz heftiger Gegenwehr der sowjetischen Kräfte – erfolgreichen Gegenstoß gelang es ihm, einen Fluchtweg über die See und das Frische Haff offen zu halten und damit eine große Zahl von Soldaten zu retten. Der Kommandeur dieser Division, Generalmajor Gustav-Adolf von Nostitz-Wallwitz (1898-1945), schlug von Weizsäcker wegen dieser Tat für das Kampfabzeichen der Ehrenblattspange und der damit verbundenen Nennung im Ehrenblatt des Deutschen Heeres vor.²⁹ Zu einer förmlichen Verleihung an Weizsäcker kam es jedoch wegen der Kriegswirren nicht mehr. Weizsäcker wurde erneut verwundet, und dies rettete ihn vor sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Anfang April 1945 wurde er über Danzig nach Kopenhagen in ein Lazarett transportiert, von wo aus er in Genesungsurlaub zuerst nach Potsdam und von dort zum Bauernhof seiner betagten Großmutter Paula und seiner zwischenzeitlich verwitweten Schwester Adelheid³⁰ nach Lindau am Bodensee reiste. Wenige Tage nach seiner Ankunft war der II. Weltkrieg zu Ende. Von Weizsäcker hatte nahezu den gesamten Ostfeld-

zug als Offizier an der Front durchgestanden und dabei alle Facetten des Krieges erlebt.

*„In meinem Truppenteil jedenfalls waren die allermeisten Soldaten zwar ohne Enthusiasmus, aber von der Überzeugung geprägt, ihre Pflicht zu tun.“*³¹

Seine spätere glaubwürdige Mittlerrolle als Brückenbauer sowohl im Inneren als auch gegenüber den ehemaligen osteuropäischen Kriegsgegnern ist zweifelsohne auch auf das Erleben langer Kriegsjahre an der Front begründet. Im Rückblick auf seine Zeit als Offizier der Wehrmacht sagte von Weizsäcker: *„Wir waren damals als Soldaten keine besseren oder schlechteren als die Generation vor uns oder als die jungen Männer heute. Eines aber war klar: In der Wehrmacht wurde man ausgebildet, nicht um fremde Angriffe zu verhindern, sondern vor allem auch, um selber Kriege führen zu können.“*³²

Im Vorwort seiner Bildbiographie über Weizsäcker benutzt Autor Rudolf Schröck das Wort „Verstrickung“, weil Weizsäcker „Wehrmachts-Offizier und der Vater ein NS-Diplomat war“ – geistige Sippenhaft reinsten Wassers. Auch Weizsäcker habe „die klassische deutsche Entschuldigungsformel ‚Ich habe von allem nichts gewusst‘ gebraucht.“³³ – Das typische Vokabular eines besserwissenden Spätergeborenen. Erstaunlicherweise wurde dieser strenge Maßstab bei anderen – wie z.B. Gustav Heinemann – nicht angelegt.

Von 1945 bis 1949 setzte Richard von Weizsäcker das Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Göttingen fort und arbeitete danach von 1950 bis 1966 in der Industrie. 1953 heiratete er Marianne von Kretschmann. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Von 1964 bis 1970 und von 1979 bis 1981 war Weizsäcker der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, außerdem von 1967 bis 1984 Mitglied der Synode und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Im Jahre 1969 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages in der CDU-Fraktion³⁴ und behielt dieses Mandat bis zu seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin 1981.



Bundespräsident von Weizsäcker im Gespräch mit den Oberbefehlshabern der belgischen, französischen und niederländischen Streitkräfte in Deutschland (nicht im Bild der amerikanischen und britische OB), sowie Generalinspekteur Wellershoff und Oberst i.G. Drews im Jahre 1990 (Foto: Archiv Drews)

1984 wurde er – als erster und bisher einziger Adelliger – zum sechsten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt und trat das höchste Staatsamt am 1. Juli an. Er besaß ein sicheres Gespür für Würde und stilsicheres Auftreten. „Schon sein Äußeres verführt zu der Annahme, er habe in der Villa Hammerschmidt das Licht der Welt erblickt“, bemerkte ein Politikerkollege einmal.³⁵ Niemand konnte „eine Ehrenformation der Bundeswehr so schneidig abschreiten wie Richard von Weizsäcker es demonstrierte.“³⁶ Während seiner zehnjährigen Amtszeit besuchte er die Bundeswehr regelmäßig zweimal im Jahr und hielt mehrere Grundsatzreden zu Kernfragen der Streitkräfte. Geschliffen, intellektuell ausgefeilt und sprachgewaltig setzte er Akzente, wobei er eher auf kritischen Konsens denn auf weiche Kompromisse setzte.

Nach seiner Amtsübernahme statete von Weizsäcker der Bundeswehr am 4. Oktober 1984 seinen Antrittsbesuch ab. Am 12. November 1985 würdigte er die Bundeswehr im Rahmen des Festaktes zu ihrem dreißigjährigen Bestehen. In der Loyalität der Bundeswehr sah er einen verlässlichen Teil der Demokratie. Er teilte nicht die Befürchtungen, sie könne zu einem undemokratischen Element im Staate werden; dies hätte sich als „gänzlich unbegründet“ erwiesen.³⁷ Er sparte auch nicht mit berechtigten Mahnungen an die Armee, so z.B. an die Vorgesetzten, denen er auferlegte,

sie müssten den Soldaten den guten Sinn ihrer Dienstzeit nahe bringen, oder der Warnung vor Feindbildern. Eindeutig stellte sich von Weizsäcker auf die Seite der Bundeswehr, wenn sie zum Gegenstand unsachlicher, ehrverletzender Polemik wurde, so z.B. als der Autor Joseph von Westphalen (*1945) im „Zeit“-Magazin schrieb, „er zöge einen Sack Müll einem Soldaten vor“³⁸ Als im Dezember 1987 die 14. Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt den Arzt Peter Augst, der in einer Podiumsdiskussion behauptet hatte, jeder Soldat sei „ein potentieller Mörder“ vom Vorwurf der Volksverhetzung freisprach, schrieb Weizsäcker dem Arzt einen Brief, der keinen Zweifel an Weizsäckers Haltung aufkommen ließ. Er stellte darin fest, Augst habe mit seiner Äußerung die Grenze der Meinungsfreiheit überschritten.³⁹

Während der zehnjährigen Amtszeit von Weizsäcker wurde das Verteidigungsressort von vier Ministern geführt: Wörner, Scholz, Stoltenberg und Rühle. An der Spitze der Bundeswehr standen drei Generalinspekteure: Altenburg, Wellershoff und Naumann.

Erstmals und nicht ganz zufällig wurde im Oktober 1984 ein Soldat des Heeres zum Verbindungsoffizier beim ehemaligen Infanterieoffizier von Weizsäcker berufen: Oberst i.G. (später Brigadegeneral) Wolfgang Sand (1937-2001); bis Ende August war diese Aufgabe noch von Kapitän

zS Wulf Dieter Fischer (* 1940) wahrgenommen worden, der unter Bundespräsident Carstens gedient hatte. Auch die folgenden drei Offiziere trugen den grauen Rock des Heeres: Oberst i.G. Sand folgte nach vier Jahren im März 1988 Oberst i.G. (später Generalleutnant) Rüdiger Drews (* 1942), der wiederum am 19. März 1990 von Oberst i.G. (später Generalmajor) Friedrich Freiherr von Senden (* 1942) abgelöst wurde. Von Senden nahm den Dienstposten nur bis zum 31. März 1991 wahr.⁴⁰ Im Mai 1991 folgte ihm der vierte Heeresoffizier, Oberst i.G. (später Generalleutnant) Kersten Lahl (* 1948), der den Bundespräsidenten bis zum Ende der Amtszeit begleitete. Auch Weizsäckers Pressesprecher von 1991 bis 1994, Hans-Henning Horstmann (* 1945),⁴¹ hatte von 1964 bis 1966 als Soldat auf Zeit in der Panzeraufklärungstruppe gedient und ist Hauptmann der Reserve. Weizsäcker referierte am 3. Juni 1987 bei der 29. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Oldenburg – Admiral Wellershoff (1933-2005) war Generalinspekteur – über das Thema „Dienen und Führen.“

„Dienen ist kein Kernbegriff unserer Zeit. Das Wort klingt geradezu altmodisch. ... Zwar funktioniert die Demokratie gut. Aber sie trainiert uns besser dazu, unsere Rechte wahrzunehmen als unsere Pflichten zu erkennen. ... Jedermann sichert seine Ansprüche und Besitzstände.“⁴²

Differenziert äußerte er sich in dieser Rede auch zum Zivildienst; zwar zollte er jenen Respekt, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigerten, lehne es aber ab, ihm einen höheren moralischen Stellenwert zuzubilligen.

„Abwegig ... ist es, den Zivildienst als deutlicheres Zeichen des persönlichen Friedenswillen zu bewerten.“

Ähnlich hatten dies auch die Bundespräsidenten Scheel und Carstens formuliert; Johannes Rau hingegen sah – hier in enger Tradition zu Gustav Heinemann – eher eine Gleichwertigkeit. In seiner Rede zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Grundgesetzes am 24. Mai 1989 regte von Weizsäcker an, den Begriff „Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes“ umzuändern in „Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes“, da der Soldat keinen Kriegsdienst, sondern Kriegsverhinderungsdienst leiste. Die Vorstellung vom Wehrdienst als vorrangiger Bürgerpflicht fand auch ihren Ausdruck darin, in dem der älteste Sohn, Klaus Robert Freiherr von Weizsäcker (* 1954), seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe in Porz-Wahn und Holland ableistete. Es war der erste Sohn eines Bundespräsidenten, der bei der Bundeswehr diente.

Anlässlich einer Sitzung des Arbeitskreises „Wehrdienst und Berufswelt“ besuchte von Weizsäcker – zusammen mit Generalinspekteur Admiral Dieter Wellershoff (1933-2005) – am 5. Juli 1989 den DGB-Bundesvorstand unter Leitung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit (* 1924)⁴³ in Düsseldorf. In seinem Vortrag betonte das Staatsoberhaupt, dass

*Antrittsbesuch
beim Staatsoberhaupt:
Generalleutnant
Helge Hansen,
der neue Inspekteur
des Heeres,
im April 1992
(Foto: D. Kilian)*

Streitkräfte und Gewerkschaften – „trotz grundverschiedener Strukturen, interessenbezogener und zuweilen auch ideologischer Konflikte“ – Verständnis für einander und fruchtbare Beziehungen entwickelt hätten. Am 13. Oktober 1989 besuchte von Weizsäcker die Hochschule der Bundeswehr in Neubiberg und sprach über das Auftragsverständnis des Soldaten in einer Zeit der Entspannung. „Sicherheit durch Verteidigung und Entspannung“ im Rahmen eines Symposiums von 50 Wissenschaftlern aus 10 Ländern, darunter auch aus der UdSSR.⁴⁴ Ebenfalls 1989 stattete von Weizsäcker dem Jagdbombergeschwader 34 in Memmingen einen Besuch ab.

Von Weizsäcker empfing erstmalig Anfang 1990 gemeinsam die nationalen alliierten Oberbefehlshaber der amerikanischen, belgischen, britischen, französischen und niederländischen Truppen in Deutschland im Beisein des Generalinspektors der Bundeswehr als oberstem deutschen Soldaten – eine Regelung, welche die Nachfolger übernahmen (Foto S. 8). Am 28. Juni 1990 nahm von

Bundespräsident von Weizsäcker beim Staatsbesuch im Jemen im Juni 1992. Neben dem Bundespräsidenten Staatspräsident Ali Abdallah Saleh; dahinter Oberst i.G. Kersten Lahl.

(Foto: BPA)



Weizsäcker – in Begleitung von Generalinspekteur Dieter Wellershoff und dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Henning von Ondarza (* 1933) – an der Beförderungszeremonie von Offizieranwärtern des Heeres zum Leutnant an der Offizierschule des Heeres (OSH) in Hannover teil und überreichte – stellvertretend für die 700 angetretenen Soldaten – 40 Oberfähnrichen persönlich die Beförderungsurkunde. In seiner Ansprache, in der von Weizsäcker die Bedeutung des Offizier- und Soldatenberufes in einer Zeit des sicherheitspolitischen Umbruches in Europa beleuchtete, erinnerte das Staatsoberhaupt an jenen Tag, als er – vor 50 Jahren – sein Offizierpatent erhielt. Deutschland habe damals anders ausgesehen: „Frieden in Freiheit war ein ferner Traum“. Er wies auf die Schwierigkeit hin, in einer Zeit, die das Freisein von Bindungen als höchstes Ziel betrachtet, als Soldat zu dienen. „Dabei sind Freiheit und Bindungen gar keine Gegensätze.“ Weizsäcker mahnte, dass „Freiheit immer von neuem errungen“ sein muss. Er hob den Beitrag der Bundeswehr beim Überwinden der tiefen Gräben des Zweiten Weltkrieges hervor. Zur Menschenführung sagte er, dass es von der „Phantasie und Hingabe“ der Vorgesetzten abhängt, wie die Wehrpflichtigen ihren Dienst in den Streitkräften erleben und ihn damit auch als Multiplikatoren in die Gesellschaft tragen.

Am 19. November 1990 besuchte er das I. Korps unter Generalleutnant Jörn Söder (* 1934) im westfälischen Münster. Im Dezember 1990 empfing



er Generalinspekteur Admiral Wellerhoff zu einem Gedankenaustausch zum bevorstehenden Jahreswechsel. An der Übernahme der NVA durch die Bundeswehr – ein bisher einmaliges Ereignis in der internationalen Militärgeschichte – hat der Bundespräsident von Anfang an „große Anteilnahme“ gezeigt.⁴⁵ Hierzu ließ er sich am 8. Oktober 1990 und am 24. Januar 1991 durch den Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, Generalleutnant Jörg Schönbohm (* 1937), vortragen und besuchte dessen Stab am 29. April 1991. Es war sein erster Besuch bei der Bundeswehr in den neuen Bundesländern. Dabei nahm der Bundespräsident auch an einer Tagung der Kommandeure des Korps-

und Territorialkommandos Ost teil, wo ihm zwei hohe Offiziere – einer aus dem Westen und ein ehemaliger Kommandeur der NVA – ihre Sicht der Vereinigung der beiden Armeen vortrugen.⁴⁶ Die Bundeswehr ehrte den nach zehn Jahren scheidenden Präsidenten 1994 - mit Minister Rühle und Generalinspekteur Klaus Naumann als Gastgeber – durch einem Großen Zapfenstreich. Richard von Weizsäcker hat auch für die Bundeswehr ihr Ansehen in Deutschland und der Welt viel getan.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt ließ er seine Verbindung zur Bundeswehr nicht abreißen:

so übernahm er z.B. den Vorsitz in der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommission („Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“). Am 23. Mai 2000 legte die sog. „Weizsäcker-Kommission“ Verteidigungsminister Rudolf Scharping den Abschlussbericht mit Vorschlägen zur Ausgestaltung der Streitkräfte vor. Sie empfahl, die Streitkräftestruktur an den wahrscheinlichsten Aufgaben der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung – zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung und in der Erfüllung internationaler Verpflichtungen – auszurichten. Realisiert wurden diese Vorschläge jedoch nur zu einem geringen Teil.

Anmerkungen:

- 1 zit. in: Scholz, Günther, a.a.O. S. 369
- 2 Er war mehrere Jahre württemberg. Militär-Bevollmächtigter bei der Obersten Heeresleitung unter Feldmarschall von Hindenburg.
- 3 gem. Frau Julia Müller, Graevenitz-Museum und Archiv Stuttgart: Der vormals in Stuttgart an der Ecke Büchsen-/Calwer Straße stehende Brunnen wurde im Krieg zerstört. Fritz von Graevenitz fand auf dem Soldatenfriedhof der Solitude seine letzte Ruhe.
- 4 Indienststellung 1898 auf der Werft „Vulcan in Stettin (465 Mann Besatzung; Länge 105 m, Breite 17 m, Tiefgang, 6,3 m Wasserverdrängung 5.660 t). Ab 1899 Einsatz im Ostasien-Geschwader in Tsingtau. Ende 1904 schied „Hertha“ aus dem Geschwader aus und verlegte nach Kiel zurück. Außerdiensstellung 1914, danach Wohnschiff in Flensburg. 1920 wurde der Kreuzer in Audorf abgewrackt.
- 5 Seine Flottenchefs waren: Friedrich von Ingenohl, Hugo von Pohl (1855-1916) und Reinhard Scheer (1863-1928).
- 6 Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen, S. 30
- 7 Stapellauf 1909; über 900 Mann Besatzung; Juni 1919 Selbstversenkung in Scapa Flow.
- 8 Flottenchef von 1924 bis 1927; ein Sohn des Historikers und Literaturnobelpreisträgers von 1902 Theodor Mommsen (1817-1903).
- 9 Ungewollte Begleiterscheinungen waren die Verleihung der Mitgliedschaft in der NSDAP und die Übertragung eines sog. höheren „Ehrenranges“ der SS.
- 10 In einem Interview mit der FAZ am 04.03.2005 führte Richard von Weizsäcker dazu aus, bei einem Besuch habe Beck seinem Vater – „die beiden standen sich sehr nahe“ – gesagt, er habe den Auftrag bekommen, den Krieg vorzubereiten. Das aber könne er nicht verantworten und werde daher den Dienst quittieren. „Mein Vater dagegen solle dazu beitragen, dass es zu keinem Kriegsausbruch komme, und deswegen müsse mein Vater im Amt bleiben.“ Später wurde im Reichssicherheitshauptamt ein Papier gefunden, in dem es hieß, von Weizsäcker müsse aus dem Amt entfernt und angeklagt werden (s.a: Weizsäcker, Ernst: Erinnerungen, S. 173 f.
- 11 Die Schulfreunde fanden sich kurz vor Kriegsende gemeinsam im Großen Hauptquartier in Spa und gehörten danach 1919 der deutschen Friedenskommission an. Geyer war später Kommandeur des II. Bataillons des InfRgt 13 in Ludwigsburg, in dem auch Dr. Hans Speidel – er stieg in der Bundeswehr zum General auf – diente. 1939 führte Geyer das IX. Korps, dessen 1. Generastabs-offizier Speidel wurde. Geyer schied 1946 freiwillig aus dem Leben.
- 12 Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen, S. 338.
- 13 Physiker und Philosoph.
- 14 Im Zuge der geheimen Aufrüstung 1934 zunächst in „Infanterieregiment Potsdam“ umbenannt, erhielt es ein Jahr später seine alte Bezeichnung wieder.
- 15 Anfang 1944 plante von dem Bussche ebenfalls mit Billigung von Stauffenbergs ein weiteres Attentat.
- 16 Weizsäcker, Richard von: Von Deutschland nach Europa, S. 34.
- 17 Weizsäcker, Richard von: Vier Zeiten, S. 79.
- 18 Interview mit der FAZ am 4. März 2005. Die Familie hatte bereits im I. Weltkrieg einen hohen Blutzoll zahlen müssen: Carl von Weizsäcker, der Bruder von Richards Vater, fiel als Leutnant der Reserve im Herbst 1914 in den Vogesen. Ernst Heinrich von Weizsäcker schreibt in seinen Erinnerungen (S. 29): „Den Tod meines Bruders hat mein Vater nie überwunden; er blieb stets der Meinung, dass dieser Krieg hätte vermieden werden können.“ Richard, der Schwager seines Vaters, fiel als Artillerieoffizier, und Karl, ein anderer Schwager, blieb mit seinem Torpedoboot auf See.
- 19 Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker, S. 152.
- 20 Nach dem Krieg wurde Matzky beauftragt, den Bundesgrenzschutz (BGS) aufzubauen und wurde 1951 dessen erster Kommandeur. Im Jahre 1956 wechselte er zur Bundeswehr, übernahm 1957 als Generalleutnant das I. Korps in Münster und führte es als Kommandierender General bis 1960.
- 21 Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, S. 239.
- 22 Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902-1944); als Anhänger und Mitglied der NSDAP anfangs Aufstieg in der NS-Beamtenhierarchie (u.a. stv. Polizeipräsident von Berlin). Später wurde er zum erbitterten Gegner und schloss sich der Widerstands-bewegung an. 1939 meldete er sich freiwillig zum Fronteinsatz im Ersatzbataillon des IR 9. Im August 1944 wurde er in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
- 23 Interview mit der FAZ am 4. März 2005.
- 24 Ebenda
- 25 Schröck, Rudolf: Richard von Weizsäcker, S. 21.
- 26 Doch kurz vor Antritt der Reise – am 30. Januar 1944 – wurde Bussche schwer verwundet; ein Bein musste amputiert werden. Er heilte die Verwundung in einem Lazarett der SS in Hohenlychen aus. Dies rettete ihn vor der Verfolgung nach dem 20. Juli 1944.

- 27 Später unter den Kommandeuren General der Artillerie Horst von Mellenthin (1943), Generalleutnant Paul Gurran (1943), Generalleutnant Walter Charles de Beaulieu (1944) und Generalleutnant Hans Schirmer.
- 28 Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes; er starb im Mai 1945 im Lazarett.
- 29 Scholz, Günther a.a.O. S. 389 f. Die Ehrenblattsperre war am 30. Januar 1944 für außergewöhnliche Tapferkeit gestiftet worden. Der Vorgesetzte musste im Besitz der Eisernen Kreuze II. und I. Klasse sein.
- 30 Ihr Ehemann (1938) Botho-Ernst Graf zu Eulenburg (1903-1944) war als Offizier 1944 gefallen.
- 31 Weizsäcker, Richard von: Von Deutschland nach Europa, S. 38.
- 32 Weizsäcker, Richard von: Rede am 5. Juli 1989 vor dem DGB-Vorstand in Düsseldorf beim „Arbeitskreis Wehrdienst und Berufswelt“.
- 33 Schröck, Rudolf: Richard von Weizsäcker Eine Bildbiographie, S. 7.
- 34 1965 hatte er den Vorschlag des damaligen rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl, für einen Sitz im Bundestag zu kandidieren, abgelehnt: Das Mandat ließe sich nicht mit seinem Amt als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages vereinbaren.
- 35 siehe: Winter, Ingelore M.: Unsere Bundespräsidenten, S. 198.
- 36 Wiedemeyer, Wolfgang: Roman Herzog, Der erste gesamtdeutsche Präsident, S. 18.
- 37 Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker, S. 407.
- 38 Ebenda, S. 409.
- 39 Ebenda, S. 410.
- 40 Der Bundespräsident stimmte der Versetzung nach nur einem Jahr nur deshalb zu, da von Senden als erster Kommandeur die neu aufzustellende Heimatschutzbrigade 42 BRANDENBURG (später PzBrig 42 BRANDENBURG) übernahm.
- 41 u.a. von 2002 bis 2006 Botschafter in Österreich; seit September 2006 Botschafter beim Heiligen Stuhl.
- 42 Weizsäcker, Richard von: Von Deutschland nach Europa, S. 126ff.
- 43 Breit, von 1982 bis 1990 DGB-Vorsitzender, war von 1941 bis 1945 Soldat gewesen.
- 44 Unter den Wissenschaftlern war auch der russische Prof. Andrei Piontkovsky der Direktor des „Center for Strategic Research“ in Moskau, der im Gespräch die These vom bevorstehenden Auseinanderbrechen der Sowjetunion aufstellte, was von den meisten Zuhörern, auch vom Bundespräsidenten, als unrealistisch verworfen wurde (vgl.: Huber, Reiner K., Prof. Dr.-Ing., Fakultät für Informatik, in: „Hochschulkurier“, Universität der Bw München, Nr. 15/2002 S. 21 ff.).
- 45 Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland, S. 210.
- 46 Schönbohm, Jörg: ebenda S. 211 ff.; die beiden Vortragenden waren Oberstleutnant (NVA-Oberst) Reinhard Panian (letzter Kdr der 11. MotSchDiv in Halle) und Brigadegeneral von Hans-Peter von Kirchbach (Kdr HSBrieg 41 in Eggesin; später Generalinspekteur der Bundeswehr).

Literatur:

- Hoffmann, Peter: Claus Schenk von Stauffenberg und seine Brüder; DVA 2004
- Krack, Bernhard W.: Staatsoberhaupt und Streitkräfte Die Position der Bundespräsidenten zur Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik; Ergon Verlag, Würzburg 1990
- Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker - Ein Porträt aus der Nähe; DVA 1990
- Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten, Biographien eines Amtes; Hüthig Verlagsgemeinschaft Decker & Müller, Heidelberg 1990
- Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland; Siedler Verlag, Berlin 1992
- Schröck, Rudolf: Richard von Weizsäcker – Eine Bildbiographie; Heyne Verlag, München 1992
- Weizsäcker, Ernst Heinrich Frhr. von: Erinnerungen; hrsg. Von Richard von Weizsäcker; List Verlag, Augsburg 1950
- Weizsäcker, Richard Frhr. von: Vier Zeiten – Erinnerungen; Siedler Verlag GmbH, Berlin 1997
- Weizsäcker, Richard Frhr. von: Von Deutschland nach Europa, Die bewegende Kraft der Geschichte; Siedler Verlag, Berlin 1991
- Wiedemeyer, Wolfgang: Roman Herzog Der erste gesamtdeutsche Präsident; Verlag Bonn Aktuell 1994
- Winter, Ingelore M.: Unsere Bundespräsidenten – Neun Porträts; Droste Verlag, Düsseldorf 2004

PERSONALIA:

Oberst Josef Blotz wurde – wie „aktuell“ Zeitung für die Bundeswehr“ Nr. 47/27.11.2006 meldete – von Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung zum Brigadegeneral befördert. BrigGen Blotz ist Kommandeur der PzGrenBrig 30 in Ellwangen. Seit 17. Dezember ist er als Führer des 13. dt. Kontingents der ISAF in Mazar-e-Sharif und damit zum zweiten Mal in Afghanistan im Einsatz. Josef Blotz ist Vorsitzender des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der GKS. – Herzlichen Glückwunsch und Gottes Schutz und Segen für die Zeit im Einsatz.

Professor Dr. Paul Roth ist am 4. September im Alter von 81 Jahren in München gestorben. 1925 in Berlin geboren, lebte er von 1928 bis 1935 in Odessa, wo sein Vater Konsul war. Nach dem Abitur 1942 in Berlin wurde er 1943 Soldat. Von 1944 bis Ende 1949 befand er sich in russischer Kriegsgefangenschaft. Danach kamen Studium und Promotion. Mehrere Jahre

arbeitete er als Journalist und Redakteur, dann ab 1962 im wissenschaftlichen Dienst der Bundeswehr, bis 1990 als Professor für Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität der Bundeswehr/Neubiberg. Paul Roth hat insgesamt 20 Bücher veröffentlicht, davon sieben über Medien- und Religionspolitik in der Sowjetunion und im Danach-Russland, zuletzt „Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow“ (1990) und „Die religiöse Situation und Religionsgesetzgebung in der UdSSR/GUS 1990/1991“ (1992). Zahlreichen Lesern der Kirchenpresse wurde Paul Roth, der 1976 der GKP beitrug, als Verfasser religiöser Gedichte und Meditationen bekannt.

Im AUFTRAG, Rubrik „Gesellschaft nah und fern“, hatte Prof. Paul Roth regelmäßig Beiträge über die Gesellschaft und die Streitkräfte zunächst in der Sowjetunion und später in Russland veröffentlicht. Der letzte Artikel „Glauben die Russen an Gott?“ erschien im AUFTRAG 263/Juni 2006, Seite 48. – RIP!

KATHOLISCHE SOLDATEN IM ZdK:

Pausengespräche



Momentaufnahme aus dem Plenum der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in der Stadthalle von Bad Godesberg am 24./25. November 2006. Um den Tisch herum v.l.: Oberst Richard Schmitt, bis September 2006 Vorsitzender der ZV, Johannes Schnettler, Vizepräsident der deutschen Sektion von pax christi, im Gespräch mit Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, Ehrenbundesvorsitzender der GKS, Generalleutnant Karlheinz Lather, Delegierter der ZV im ZdK, im Gespräch mit einer Verbandsvertreterin, v.r. StFw Ralf Eisenhardt, Vorsitzender der ZV. (Foto Thomas Pinzka)

Spendenaufruf

Die Arbeit der GKS – gleich ob an der Basis, auf Bereichsebene oder im Bundesvorstand – kostet viel Geld. Die Aufwendungen für die notwendigen Aktivitäten, einschließlich des AUFTRAG's, steigen mit der allg. Kostenentwicklung von Jahr zu Jahr. Mehr Mittel stehen aber nicht zur Verfügung. Auch die GKS ist auf Spenden ihrer Mitglieder, Sympathisanten und Nutznießer angewiesen. Zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit und um Spendenquittungen ausstellen zu können, musste ein GKS e.V. gegründet werden. Auf dessen Konto können Sie Spenden überweisen. Spendenquittungen werden ausgestellt.

Überweisung/Zahlschein		Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		Bankleitzahl
Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)		
Gem. Kath. Soldaten e.V.		Bankleitzahl
Konto-Nr. des Begünstigten	1017495018	37060193
Kreditinstitut des Begünstigten		
Pax-Bank eG		
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)		Betrag: Euro, Cent
Spende		EUR
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)		
Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)		
48.802	Konto-Nr. des Kontoinhabers	18
Datum, Unterschrift		

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN.
Bitte je Zeichen ein Kästchen verwenden!

PERSONALIA GEFUNDEN IN: OBERBERGISCHE VOLKSZEITUNG NR. 278 VOM 30.11.2006

Mit Pferd hinauf zum Petersdom

Als Ritter des päpstlichen Silvester-Ordens hat Paul Schulz kuriose Privilegien

von MICHAEL FIEDLER-HEINEN

WALDBRÖL. Es sind schon ganz spezielle Privilegien, die der Waldbröler Paul Schulz genießen darf. Allerdings ist unwahrscheinlich, dass er sie auch in Anspruch nimmt, zum Beispiel gehört „mit einem Pferd die Treppen zum Petersdom hinaufreiten“ zu seinen Rechten.

Auch das Privileg, sich eine Silvesteruniform schneiden oder das Silvesterschwert schmieden zu lassen, dürfte sich der bescheidene 66-Jährige eher nicht herausnehmen wollen.

Dankbar hat Paul Schulz jedoch aus der Hand von Weihbischof Dr. Rainer Woelki die päpstliche Auszeichnung angenommen, die ihn zu diesen Privilegien berechtigt: das Komtur-Kreuz des päpstlichen Ordens „Ritter des Heiligen Papstes Silvester“.

Geehrt wurde Schulz, langjähriger Vorsitzender des Waldbröler Pfarrgemeinderates, für sein „herausragendes Engagement in dieser Gemeinde, wie auch in anderen



Bereits zum zweiten Mal wurde Paul Schulz für seine Verdienste um die katholische Kirche mit dem Silvesterorden ausgezeichnet.

kirchlichen Gemeinschaften und Gliederungen“. Der Silvesterorden ist der fünfthöchste Orden für Verdienste um die römisch-katholische Kirche, einer ihrer prominentesten Träger war 1968 der Unternehmer Oskar Schindler („Schindlers Liste“).

Dabei ist das Komtur-Kreuz der zweite Silvester-Orden für Paul Schulz. Bereits 1990 wurde er zum „Ritter“ geschlagen. „Komtur mit Stern“ und „Großkreuz-Ritter“ wären dann die dritte und schließlich die vierte und höchste Stufe dieses Ordens, der 1841 von Papst Gregor XVI. gestiftet wurde.

Bei der Ordensverleihung anno 2006 gab es für Paul Schulz vor allem ein Wiedersehen mit zahlreichen alten Weggefährten und Freunden in Waldbröl.

Im Sommer hatten er und seine Frau das Haus am Odenthalweg aufgegeben, und waren zu den Kindern nach Lüneburg gezogen.

Mit ihm verlor die Pfarrgemeinde St. Michael einen ihrer aktivsten Mitstreiter. Er war

im Dekanatsrat tätig, ebenso im Seelsorgebereich „An Bröl und Wiehl“, prägte die Veranstaltungen zu den großen Jubiläen im Jahr 2005 und schrieb und gestaltete über Jahre die Pfarrnachrichten „Lupe“.

Doch auch zahlreichen überregionalen kirchlichen Gruppierungen setzte der ehemalige Berufssoldat seinen Stempel auf, unter anderem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken oder in der Gemeinschaft Katholischer Soldat, deren Bundesvorsitzender er von 1987 bis 1992 war.

Repräsentanten all dieser Organisationen erwiesen ihm die Ehre, als Weihbischof Dr. Woelki im Auftrag von Papst Benedikt die hohe kirchliche Auszeichnung überreichte.

Ein ehemaliger Waldbröler hatte kürzlich selbst den Silvesterorden überreichen dürfen: Weihbischof Manfred Melzer. Der frühere Waldbröler Pfarrer ehrte die Kölnerin Ana Maria Preußner im Auftrag des Papstes für ihr soziales Engagement in Peru.

Autoren

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der dt. Kommission Justitia et Pax.

Bastian, Betram

Oberstleutnant a.D., Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, Mitglied der Redaktion AUFTRAG.

Bös, Werner

Oberst a.D., Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Glatz, Rainer

Generalmajor, amtierender Befehlshaber Einsatzführungskommando Potsdam.

Heinemann, Dr. Winfried

Oberst, Referatsleiter im Militärhistorischen Forschungsamt der Bundeswehr Potsdam; Mitglied im Bundesvorstand und Pressesprecher der GKS.

Hellersdorf, Joachim

Entwicklungshelfer, Kinshasa/Kongo.

Hoppe, Prof. Dr. Thomas

Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr Hamburg, Fachbereich Pädagogik – Professur für kath. Theologie (Schwerpunkt: Sozialwissenschaften und Sozialethik); Vorsitzender Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“ der dt. Kommission Justitia et Pax.

Jacob, Ludwig

Oberst a.D., freier Mitarbeiter am Institut für Theologie und Frieden, Hamburg; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Mitglied der GKS-Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/Saudi-Arabien.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Weber, Peter

Stabsfeldwebel, Mitglied im Vorstand der ZV und Leiter der Arbeitsgruppe „Soziales Engagement“.

Foto-/Grafiknachweis:

AMI/NL-Delg. (3), Archiv (3), C. Auer (6), H. Berners(4), BMVg/BPA/BTag (4), F. Brockmeier (12), K. Dehmleitner (1), DHM (1), H. Dorndorf (1), K. Feineis (2), W. Fröhler (4), N. Gremm (1), F.-J. Hosse (3) Kh. Hornung (1), Internet (4), D. Kilian (1), K.H. Klein (2), KMBA/Beyel (10), S. Nüßle (4), OVZ (1), G. Pape (1), T. Pinzka (1), PS (10), W. Puth (1), L. Saurbier (1), F. Thiele.

Termine 2007

10.01.07	Vorstandssitzung ZV in Berlin
11.01.07	Int. Soldatengottesdienst in Köln
26.01.07	J-Empfang MGv für Vorst ZV u. EA
27.01.07	Vorstandssitzungen ZV und EA Berlin
01.02.07	Friedensgottesdienst in Hildesheim
22.-24.02.07	Tagung Justitia et Pax, SA Mission-Entwicklung-Frieden in Speyer
19.-23.03.07	Gesamtkonferenz der Pfarrhelfer
30.-31.03.07	Tagung Justitia et Pax in Bonn/Köln
16.04.07	EA-Sitzung in Bonn
22.-24.04.07	Vorstand ZV in Augsburg Leitershofen
25.04.07	Verwaltungsrat Kath. Soldatenseelsorge
25.-27.04.07	Haupttagung der GKMD in Fulda
25.-29.04.07	I. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
04.-05.05.07	Vollversammlung ZdK
09.-15.05.07	49. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
31.05.-03.06.07	BV-Sitzung mit Ehefrauen in Passau
06.-10.06.07	II. Seminar 3. Lebensphase Cloppenburg
06.-10.06.07	31. Dt. Ev. Kirchentag in Köln
22.-24.06.07	Vorstand ZV mit Ehepartnern in Augsburg-Leitershofen
27.07.-04.08.07	Jugendfreizeit in Österreich
30.08.07	Verwaltungsrat Kath. Soldatenseelsorge
20.08.07	EA-Sitzung in Bonn
15.-17.09.07	Vorkonferenz zur Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
17.09.-22.09.07	Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
18.10.07	Vorstandsgespräch GKS-pax christi, Bonn
22.-26.10.07	52. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorger in Bensberg
24.-28.10.07	Seminar 3. Lebensphase Nürnberg
26.-27.10.07	Herbsttagung Justitia et Pax in Berlin
10.11.07	Vorstandssitzung ZV in Berlin
16.11.07	EA-Sitzung in Fulda
23.-24.11.07	Vollversammlung ZdK
29.11.07	Verwaltungsrat Kath. Soldatenseelsorge
30.11.-02.12.07	Seminar für Funktionsträger der GKS in der Wolfsburg in Mühlheim

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/Familienwochenenden

KLMD Kiel/Glücksburg/GKS Nord/Küste

24.-26.03.07	AK/BK in Salem
19.-21.10.07	AK/BK in Bünsdorf

KLMD Hannover/GKS NS-Bremen

16.-18.02.07	AK in Dassel
30.03.-01.04.07	BK in Worphausen
09.-11.11.07	AK in Duderstadt

GKS Nordrhein-Westfalen

15.-17.06.07	BK in Kirchhundem-Rahrbach
30.09.-05.10.07	GKS-NRW: Familienwerkwoche in Kirchhundem-Rahrbach

GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland

25.-28.05.07	BK in Hübigen
07.-09.12.07	BK, Kloster Maria Engelport

KLMD München/Sigmaringen

GKS Bayern u. Bad-Württembg

20.-22.04.07	AK/BK in Untermarchtal
06.-08.07.07	AK/BK in Reimlingen
16.-18.11.07	AK in Wertach

KLMD Erfurt/GKS Bereich Ost

GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“ im Albertinum, Bonn: 29.01., 19.03., 30.07., 17.09., 26.11.

SA „Sicherheit und Frieden“

im Albertinum, Bonn: 09.02., 05.05., 26.10.
in Berlin 29.06.-01.07.07 gem. mit „InFü“
Internationaler SA

Vorschau 2008

16.-20.04.08	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
21.-27.05.08	50. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
21.-25.05.08	97. Dt. Katholikentag, Osnabrück
15.-20.07.08	Weltjugendtag Sydney
20.-24.10.08	53. Gesamtkonferenz
22.-26.10.08	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
21.-22.11.08	Vollversammlung ZdK

Vorschau 2009

15.-19.05.09	51. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes
20.-24.05.09	32. Dt. Ev. Kirchentag in Bremen

Vorschau 2010

12.-16.05.10	2. Ökumenischer Kirchentag in München
--------------	---------------------------------------

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

LANDMINEN-REPORT 2006:

Mehr Minen geräumt als je zuvor

Im vergangenen Jahr wurden größere Gebiete von Minen geräumt als je zuvor. Dabei entspricht die Gesamtfläche von 740 Quadratkilometern fast der Größe der Stadt Berlin, wie aus dem am 13. September 2006 in Brüssel und Genf vorgestellten „Landminen-Monitor-Report 2006“ hervorgeht. Weltweit wurden demnach bei Räumprogrammen rund 470.000 Landminen zerstört.

Minenopfer

Laut Studie ist die Zahl der durch Minen Getöteten und Verletzten im vergangenen Jahr dennoch gestiegen. So wurden 2005 offiziell rund 7.300 Fälle registriert, elf Prozent mehr als 2004. Die Gesamtzahl sei aufgrund der Dunkelziffer aber vermutlich doppelt so hoch. Jedes fünfte Opfer sei ein Kind gewesen. Die Studie führte den Anstieg der Opferzahlen auf bessere Möglichkeiten der Erhebung sowie auf Konflikte in Ländern wie Birma, Nepal, Indien und Pakistan zurück.

Zugleich sprachen die Anti-Rüstungsorganisationen von bedeutenden Fortschritten im Kampf gegen Landminen. Während es Mitte der 90er Jahre schätzungsweise 26.000 Tote und Verletzte gab,

seien es nun zwischen 15.000 und 20.000, sagte Stan Brabant von „Handicap International“. Zudem seien mittlerweile 151 Staaten dem Abkommen zur Ächtung von Anti-Personen-Minen beigetreten. Dagegen unterzeichneten nach wie vor 40 Staaten das Abkommen nicht, darunter China und die USA.

78 Staaten in Gefahr

Weltweit sind dem Minen-Report zufolge weiterhin 78 Staaten von der Gefahr betroffen, die von Landminen und nicht explodierten Geschossen ausgeht. Zudem litten bis zu 500.000 Menschen unter den Folgen eines Unfalls mit Landminen oder Blindgängern. Brabant beklagte, dass die internationalen Ausgaben für Anti-Minen-Programme 2005 im Vergleich zu 2004 um 18 Millionen auf etwa 295 Millionen Euro zurückgegangen seien. Auch die EU habe ihre Mittel gekürzt. Der Landminen-Monitor wird seit 1998 von der „Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen“ (ICBL) erstellt. Die ICBL ist ein Zusammenschluss verschiedener Nichtregierungsorganisationen, dem auch „Handicap International“ angehört. (KNA)

Menschenrechte

Janne Haaland Matlary: „Veruntreute Menschenrechte. Droht eine Diktatur des Relativismus?“ Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 208 Seiten



„Die Menschenrechte sind jedem Menschen angeboren, sie sind allgemeingültig und unveräußerlich“, heißt es in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen. Dass westliche Politiker und Lobbyisten

keine 60 Jahre nach der Unterzeichnung dieser Resolution begonnen haben, die Menschenrechte als Basis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzuweichen und auszuhöhlen, das weist die norwegische Professorin für Internationale Politik Janne Haaland Matlary in ihrem neuen Buch nach. Das Vorwort schrieb der politische Altmeister Otto von Habsburg.

Matlary zeigt, dass europäische Politiker es paradoxerweise ablehnen, die Menschenrechte, für deren Einhaltung Europa und der Westen international Vorreiter sind, zugleich inhaltlich objektiv festzulegen, zum Beispiel die Ehe zwischen Mann und Frau als Grund-

BUCHBESPRECHUNG

einheit für die Familie. Dieses Paradoxon sieht Matlary als „symptomatisch für eine tiefere Krise in der europäischen Politik: die Krise einer zunehmenden Irrationalität und eines wachsenden Relativismus“. Ihr Buch ist eine intellektuelle Kampfschrift von höchstem Niveau und mit einer Menge Sprengstoff für die gesellschaftspolitische Diskussion – auch hierzulande – gefüllt.

Matlary beschreibt den anthropologischen Ausgangspunkt der europäischen Politik mit seinen unveränderlichen und übergesetzlichen Prinzipien der menschlichen Natur, die Mainstream-Protagonisten in so genannten liberalen Gesellschaften heute als vermeintlich intolerant ablehnen. So gilt es als nicht „politically correct“, die auf der Ehe gegründete Familie als Norm anzuerkennen und gleichgeschlechtliche Partnerschaften bei der Definition von „Ehe“ und „Familie“ klar auszuschließen. Anschaulich und fachkundig zeigt Matlary, wie politische Prozesse, die von Interessensgruppen beeinflusst werden, die Menschenrechte verändern. Damit verlieren die Menschenrechte, wie sie im Westen als Kriterium für die Beurteilung von Rechtsstaatlichkeit gelten, ihren Status als übergesetzlich und allgemeingültig. Den Ausweg zeigt Matlary mit der Rückkehr zur klassischen Tradition des Rationalismus. Die „reichste und modernste Variante dieser Tradition“ findet sie in der Soziallehre der katholischen Kirche,

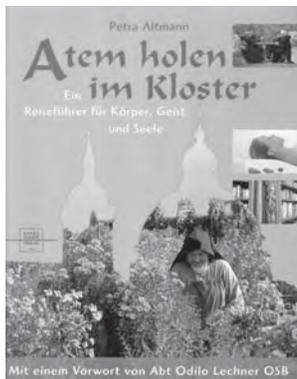
die die Naturrechtstheorie sowie eine Analyse der Gegenwartsgesellschaft umfasst. Matlary beschreibt die zentrale Bedeutung der Menschenrechte in der Politik des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. und zeigt, wohin Joseph Ratzingers – heute Papst Benedikt XVI. – Analyse des Relativismus und der Demokratie führt: zu einer klaren Wiedereinsetzung der Grundbegriffe der naturrechtlichen Anthropologie, die sie zu Beginn des Buches als das eigentliche Defizit der europäischen Demokratie diagnostiziert hat.

Matlary entlarvt in ihrer scharfsinnigen Analyse die „Diktatur des Relativismus“ als Triebfeder einer menschenverachtenden Politik moralischer Beliebigkeiten, die als tolerant verkauft wird. Die Wissenschaftlerin tut dies in engagierter und gut verständlicher Sprache und macht ihr Buch damit zu einer Orientierungshilfe und zu einem Manifest für alle, denen tragfähige Werte für das menschliche Miteinander wichtig sind.

Die Autorin: Janne Haaland Matlary, geboren 1957, ist Professorin für Internationale Politik an der Universität Oslo. Die Mutter von vier Kindern war von 1997 bis 2000 Vizeaußenministerin von Norwegen. Mit 25 Jahren konvertierte sie zur kath. Kirche und sah sich im säkularisierten Milieu ihres Heimatlandes deshalb lange Zeit persönlichen Anfeindungen ausgesetzt. Sie ist Mitglied der Päpstlichen Räte für die Familie und für Gerechtigkeit und Frieden. (PS/Verlag)

Reiseführer

Petra Altmann: „Atem holen im Kloster. Ein Reiseführer für Körper, Geist und Seele“. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 176 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen.



Prachtvolle Architektur, geheimnisvolle Gärten, Stille und Spiritualität – seit jeher üben Klöster als ganz besondere Orte zwischen Himmel und Erde große Faszination aus. Die Klosterspezialistin Petra

Altmann stellt die schönsten Angebote von Klöstern in ganz Deutschland für körperliche und seelische Entspannung vor. Abt Odilo Lechner hat dazu das Vorwort geschrieben.

Doch das informative Werk ist weit mehr als ein Wellness-Ratgeber. Das reich bebilderte Buch lädt zum Schmökern ein, nicht nur um das richtige Angebot für sich zu finden, sondern es lässt mit hochwertigen Farbfotografien die Atmosphäre der vorgestellten Klöster lebendig werden.

Die klösterlichen Angebote teilt Altmann in übersichtliche Schwerpunkte ein: „Lebenshilfe, Lebensorientierung“, „Meditation, Besinnung, Kontemplation“, „Meditation und Kreativangebote“, „Christliche Spiritualität“, „Stille Tage“, „Körper und Seele“, „Umwelt, Natur, Gartenkultur“. Jeder kann auswählen, ob er ein Angebot „vor seiner Haustür“ wahrnehmen oder eine weitere Reise antreten will. Auswahlkriterium der Autorin, die jedes Kloster selbst besucht hat, waren das besondere Angebot für die Gäste und die Erfahrung der Ordensleute im Umgang mit Gästen. Denn im Gegensatz zu einem Hotel ist die Atmosphäre im Kloster sehr persönlich, man plaudert bei Tisch miteinander oder kommt bei den Veranstaltungen ins Gespräch. Hier muss sich niemand einsam fühlen, aber auch, wer das Alleinsein sucht, ist willkommen.

Die große Vielfalt – sowohl der unterschiedlichen Angebote für Männer, Frauen, Jugendliche und Familien als auch der einzelnen Klöster, die in Bildern und Texten zu Lage, Geschichte und Besonderheiten vorgestellt werden – macht das Buch zu einer Entdeckungsreise durch die schönsten Klöster Deutschlands, die von Wellness und Heilkunde über Gastronomie und Kunst auch Möglichkeiten zum „Kloster auf Zeit“ anbieten. Da ist garantiert für jeden etwas dabei!

Die Autorin Dr. Petra Altmann war nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften rund 20 Jahre in Buchverlagen tätig. Heute arbeitet sie als freie Journalistin und Buchautorin. Seit Jahren beschäftigt sie sich mit Ordengeschichte sowie den Traditionen und aktuellen Angeboten der Klöster. Regelmäßig verbringt sie selbst Tage im Kloster – als stille Zeit oder im Rahmen von Seminaren und Exerzitien. (PS/Verlag)

Christlicher Glaube

Scott Hahn: „Geheimnis und Gefolgschaft. Die Kraft der Sakramente“. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 192 Seiten.



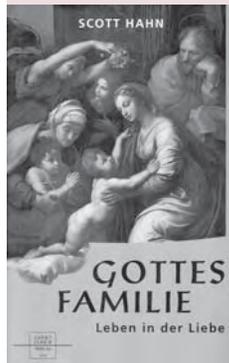
Das neue Werk des amerikanischen Theologen und Bestseller-Autors Scott Hahn bietet eine ungewohnte Perspektive auf die Sakramente der Kirche, die sich in den Begriffen von Geheimnis und Gefolgschaft ausfaltet. Die Sakramente Christi als Bundesschluss,

Treueversprechen und persönliche Lebensgemeinschaft mit Gott.

Der Bibelkenner Hahn spürt in fesseln der Sprache der Frage nach, was ein Sakrament überhaupt ist und was seine Wirkung ausmacht. Auf knapp 200 Seiten legt er aus der Bibel und der Tradition der Kirche dar, wie Christen durch den Empfang von Taufe, Firmung oder Erstkommunion in ein ganz direktes „Verwandtschaftsverhältnis“ mit Gott treten und dadurch ihr Leben grundlegend verändern. Wie stets in seinen Werken geht Scott Hahn von seinen persönlichen Erfahrungen aus und lässt den Leser an seinem eigenen Leben teilhaben. Verständlich und mitreißend stellt Scott Hahn dar, dass der Mensch der Gegenwart ebenso wie die großen Gestalten der Bibel eingeladen ist, durch die Sakramente einen persönlichen Bund mit Gott einzugehen.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt der Autor dabei der christlichen Ehe, die wie kein anderes Sakrament das Bündnis zwischen Christus und seiner Kirche versinnbildlicht. Auch in diesem Zusammenhang nimmt der Autor den Leser mit in seine persönliche Lebenswelt. Ein sehr amerikanisches Buch mit der Kraft und dem Bekennergeist einer jungen Kirche, das auch von europäischen Christen mit Gewinn gelesen werden kann. (PS/Verlag)

Scott Hahn: GOTTES FAMILIE. Leben in der Liebe. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 192 Seiten.



Von der Schöpfungsgeschichte über das Neue Testament bis zur alltäglichen Glaubenspraxis war und ist „Familie“ ein zentraler Begriff des Christentums. Welchen Stellenwert Familie für Christen hat, zeigt Scott Hahn in allen Facetten in seinem Buch auf.

Hahn steigt mit den Erinnerungen an die Vorgeschichte seiner eigenen Ehe und Familiengründung mit Kimberly in einer sehr persönlichen Sprache ins Thema ein, um dann zur Schöpfungsgeschichte und ihrer

Interpretation als Familiengründung überzuleiten. Hahn deutet die Zugehörigkeit zu einer Familie als Grundbedürfnis des Menschen und Grundstruktur der Gesellschaft, von der natürlichen Familie mit Vater, Mutter, Kind bis zu gesellschaftlichen Zusammenschlüssen, deren Namen an familiäre Bindungen erinnern: etwa die Universität als „alma mater“ – als „nährenden Mutter“ der Hochschulabsolventen.

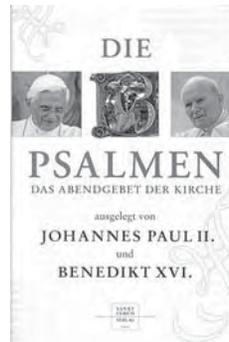
Temporeich und unterhaltsam bietet Hahn einen fundierten Durchgang durch die Bedeutungsgeschichte des Begriffs „Familie“ im Christentum. Er zeigt, dass „Familie“ zur Zeit Jesu einen weit größeren Verband umschloss als heute – gemeint waren die erweiterte Familie, der Stamm, die ganze Sippe – und schildert anhand zentraler Bibelstellen und Beispiele aus Liturgie und Glaubenspraxis, stets genauestens belegt, wie sich die Gemeinschaft der Christen bis heute im Bild der Familie widerspiegelt. Hahn bleibt dabei nicht an der Oberfläche, auch komplexere theologische Sachverhalte bereitet er nachvollziehbar auf: In mehreren Kapiteln geht er dem Wesen des Heiligen Geistes als dem „ungeschaffenen Prinzip der Mutterschaft“ nach, dem weiblichen Charakter der Kirche als Braut Christi und der väterlichen Gestalt Gottes. Er zeigt, wie die menschliche Ehe und Familie durch körperliche, geistige und seelische Verbindung zum Abbild der göttlichen Trinität werden.

So führt der Autor den Leser von seiner eigenen Lebensgeschichte zu tieferen theologischen Reflexionen, um am Ende den Kreis zu schließen mit einer eingehenden Betrachtung der Parallelen von Familienleben und dem Leben in der christlichen Gemeinschaft, jetzt wieder am Beispiel seiner eigenen Familie und ihres tief im christlichen Glauben verwurzelten Alltagslebens, aus dem er lebensnah und mit großer Offenheit erzählt.

„Gottes Familie“ wird dadurch zum Lesestoff nicht nur für eingefleischte „Hahn-Fans“, sondern für jeden Gläubigen, der sich mit zentralen Begriffen des Glaubens und ihrer Wirkung bis ins alltägliche Leben auseinandersetzen will.

Der Autor: Scott Hahn (Jg. 1957), ist Professor für Theologie und Bibelwissenschaft an der Franziskanischen Universität in Steubenville/Ohio. Der amerikanische Bestsellerautor und gefragte Redner konvertierte 1986 von den Presbyterianern zur kath. Kirche. Er ist verheiratet und hat sechs Kinder. (PS/Verlag)

„Die Psalmen ausgelegt von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. Das Abendgebet der Kirche“ Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2006, geb., 353 Seiten.



Jeden Mittwoch haben Papst Johannes Paul II. und sein Nachfolger Benedikt XVI. auf dem Petersplatz bei der Generalaudienz einen Psalm des Stundengebetes der Kirche erschlossen: eine immer junge geistliche Quelle für

alle, die aus dem tiefen Herzen der Kirche beten und schöpfen wollen. Die 150 Psalmen mit ihrer Auslegung durch die beiden Päpste sind jetzt in ihrem vollständigen Wortlaut im Sankt Ulrich Verlag erschienen.

Die Psalmen des Volkes Israel sind das zentrale Gebetbuch des Alten Bundes und der Kirche Jesu Christi. Die alten Texte sind von einzigartiger Kraft und inhaltlicher Schönheit.

Dem jeweiligen Bibeltext folgt in dem hochwertig gestalteten Band die Auslegung durch den Papst. Die Gliederung richtet sich chronologisch nach den Wochentagen, und jedes Kapitel ist genau datiert. Voraus gehen den einzelnen Auslegungen Einführungen von Papst Johannes Paul II. zur Bedeutung und zum Aufbau der Vesper. Die wöchentliche Auslegung der Psalmen bei den Mittwochsaudienzen bildet eine wunderbare Klammer zwischen den Pontifikaten von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. (PS/Verlag)

Politik und Religion

Hartmut Behr/Mathias Hildebrandt (Hrsg.): „Politik und Religion in der Europäischen Union“. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, geb., 500 Seiten.

Das Thema Politik und Religion erfasst seit geraumer Zeit die Europäische Union und dies vornehmlich unter zwei Gesichtspunkten: so haben wir auf der einen Seite die Europäische Union mit ihren Richtlinien, die das Verhältnis von Politik und Religion betreffen und die für alle Mitglieder verbindlich sein sollen und auf der anderen Seite stehen dem die Frage von Politik und Religion im Allgemeinen und die Beziehung von Kirche und Staat im Besonderen in ihren spezifischen mitgliedstaatlichen Ausprägungen gegenüber. So besteht zwischen diesen Gesichtspunkten ein Spannungsverhältnis, das durch die einzelnen Beiträge in diesem Sammelband eingefangen wird. So wird in diesem Werk besonders deutlich, dass vor allem die Gegenüberstellung von nationalen Traditionen und Europäisierung für die neuen und potentiellen Mitgliedsstaaten eine große Herausforderung darstellt, da sie nicht wie die alten Mitgliedsstaaten über jahrzehntelang mit der EU und ihren Richtlinien wachsen konnten.

Der Sammelband ist die vierte Publikation des Arbeitskreises "Politik und Religion" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Der Arbeitskreis versteht sich selber als ein politikwissenschaftliches, aber auch interdisziplinäres Arbeitsforum, das sich stärker auf die Beziehung zwischen Politik und Religion fokussiert, um die Thematik so ein Stück weiter in der politikwissenschaftlichen Forschung zu etablieren.

Im Wesentlichen konzentriert sich der Sammelband auf vier Themenfelder. So werden im ersten Teil Europa und die Europa-Idee im Spiegel der jüdischen, christlichen und islamischen Religion reflektiert und analysiert. Im zweiten Teil widmet sich der Band dem Verhältnis von Politik und Religion in ausgewählten alten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Behandelt werden in diesem

Teil Deutschland, Italien, die Niederlande, Spanien, Griechenland, Großbritannien und Irland. In einem dritten Teil behandelt das Werk das Verhältnis von Politik und Religion in einigen neuen und potentiellen Mitgliedsstaaten der EU. Dabei handelt es sich um Beiträge zu Polen, der Slowakischen Republik, Malta, der Türkei, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine. Der abschließende vierte Teil nimmt unter dem Titel „Religiöser Pluralismus und die Erweiterung und Integration der EU“ wieder eine gesamteuropäische Perspektive ein.

Der Sammelband besteht insgesamt aus 23 Beiträgen, die Experten zu den einzelnen Bereichen verfasst haben. Es blieb daher auch nicht aus, dass einige wenige der Beiträge in englischer Sprache geschrieben worden sind. Bei diesem Aufsatzband handelt es sich im Wesentlichen um ein wissenschaftliches Werk, das jedoch durch seine einzelnen Länderberichte einen sehr abwechslungsreichen Charakter hat. Die einzelnen Länderberichte sind angenehm zu lesen, da man hier einen historischen Abriss zu der Bedeutung der einzelnen Religionen und deren Stellung in den einzelnen Nationen von der Vergangenheit bis in die supranationale Gegenwart erhält.

Jeder der sich in den nächsten Jahren ernsthaft mit dem Thema „Politik und Religion in der Europäischen Union“ beschäftigen möchte, wird um dieses Werk nicht herumkommen werden. (Frank Geldmacher)

Orthodoxe Schwesterkirchen

Berthold Pelster: „Die Liebe wieder herstellen – Wiederentdeckung der orthodoxen Kirchen als Schwesterkirchen“, Hrsg. KIRCHE IN NOT; 86 Seiten.

Über die „Wiederentdeckung der orthodoxen Kirchen als Schwesterkirchen“ infor-

miert eine kürzlich erschienene Broschüre des weltweiten katholischen Hilfswerks Kirche in Not. Sie gibt einen Überblick über die Geschichte der Entfremdung und Trennung und stellt Struktur, Glaube, Liturgie und Frömmigkeit der orthodoxen Kirchen vor.

Im Vorwort erinnert der Bischof von Augsburg, Walter Mixa, an den Auftrag Christi, nach der Einheit aller Christen zu streben, die nur aus einer Haltung des Respekts und im gemeinsamen Suchen nach den fundamentalen Gemeinsamkeiten in Liebe erwachsen könne.

Die Begegnungen von Papst Benedikt in Istanbul mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I., aber auch mit dem armenisch-orthodoxen Patriarchen Mesrob II. und dem syrisch-orthodoxen Metropoliten Filoksenos sowie die gemeinsame Erklärung vom 30. November hätten das Interesse der Öffentlichkeit wieder auf die östlichen Kirchen gelenkt, schreibt der Autor der Broschüre.

Er weist darauf hin, dass schon Papst Johannes Paul II. erklärt habe, dass es seiner Ansicht nach im 21. Jh. keine wichtigere Aufgabe für die katholische Kirche gebe, als für die Versöhnung mit den orthodoxen Kirchen zu arbeiten. Benedikt XVI. habe dieses Anliegen gleich in seiner ersten Predigt nach der Wahl zum Papst als besonders vordringlich aufgegriffen und bestätigt.

„Es gibt so viele Missverständnisse“, bedauert Pelster; aber auch wenn manche theologischen Fragen noch offen seien, sei die Kirchenspaltung „nicht in erster Linie eine Frage der Lehre, sondern eine Frage der Liebe“. Man könne aber nur jemanden lieben, den man kenne.

Die Broschüre kann unentgeltlich angefordert werden bei: KIRCHE IN NOT, Postfach 701027, 81310 München, Telefon: 089-7607055. (ZENIT)

Ethik für Soldaten

Christian Weber: „Im Auftrag für Freiheit und Frieden. Versuch einer Ethik für Soldaten der Bundeswehr. Miles-Verlag, Berlin 2006; 123 Seiten.

Der Autor, emeritierter Professor für Evangelische Theologie (1974 bis 1992 an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg), unternimmt den Versuch, eine Ethik für Soldaten der Bundeswehr zu entwickeln. Mit dieser Studie verbindet der Verfasser – wie es im Vorwort heißt, „die Absicht, eine Diskussion über Fragen anzuregen, die im Problemfeld ‚Soldat und Ethik‘ beheimatet sind. Zugleich soll damit auch eine Leerstelle in der geistigen Orientierung des Soldaten ausgefüllt werden.“

Gerade diese Ausgabe der GKS-Zeitschrift AUFTRAG zeigt erneut, dass es im Bereich der Katholischen Militärseelsorge und Laienarbeit in der GKS solche „Leerstellen“ seit den Gründungstagen der Bundeswehr nicht gibt. Allein seit 20 Jahren lädt die GKS gerade junge Vorgesetzte alle zwei Jahre ein, sich in Seminaren der hierarchiefreien Akademie „Oberst Helmut Korn“ mit ethischen Sinn- und Grenzfragen des Soldatenberufs auseinanderzusetzen.

Trotz dieser Einschränkung aus Verbandsicht der GKS ist dieser „Versuch einer Ethik für Soldaten der Bundeswehr“ zu begrüßen, weil trotz der Stellung deutscher Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“, denen glücklicherweise in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine Sonderstellung verwehrt wurde, nie eine breite Diskussion über die Ethik des Soldaten in der Öffentlichkeit geführt wurde. In anderen, befreundeten Armeen ist das anders. Dort gibt es, wie Weber schreibt, eine Tradition der „Military Ethics“. Sich daran anzuschließen und damit eine Lücke zu schließen ist die Absicht des Verfassers.

Wenn in dieser Studie auch die protestantische Sicht vorherrscht, stellt sie doch für die Mitglieder der GKS eine empfehlenswerte Anregung dar für die innerverbandliche Diskussion und darüber hinaus. GKS-Mitglieder können die Broschüre zu einem Sonderpreis von 10 Euro, statt 12,80 Euro im Handel, erwerben. Bestellungen sind per Email unter Angabe der GKS-Mitgliedschaft zu richten an: <UHWHartmann@aol.com>. Bei Bestellungen von mindestens 10 Ex. gewährt der Verlag einen Sonderpreis von 8 Euro je Exemplar. (PS)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Betram Bastian, Oberstleutnant a.D., Redakteur, Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur e.h.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06
21317 Lüneburg, Tel/Fax: 04131–220768,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nach-träglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107495018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.